

Wirtschaft und Gesellschaft

Editorial

Der österreichische Sozialstaat in der Covid-19-Krise

Christine Mayrhuber

Geschlechtsspezifische Pensionslücke in Österreich

Ingrid Mairhuber, Bettina Stadler

Gender Gap in Pension und Pension Literacy von Frauen
in Österreich

Bernhard Kittel, Thomas Resch

Erwerbsverläufe und psychisches Wohlbefinden
während der SARS-CoV-2-Pandemie in Österreich

Heinz D. Kurz

Kapitalismus Sozialismus und Demokratie:
Schumpeters Entwurf einer histoire raisonnée
der Moderne

Die in „Wirtschaft und Gesellschaft“ veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Arbeiterkammer wieder.

Redaktion: „Wirtschaft und Gesellschaft“ wird redaktionell von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien betreut:
Kai Biehl, Franziska Disslbacher, Michael Ertl, Georg Feigl, Julia Hofmann, Markus Marterbauer, Patrick Mokre, Reinhold Russinger, Matthias Schnetzer, Jana Schultheiss, Tobias Schweitzer, Thomas Zotter, Josef Zuckerstätter

Redaktionelle Leitung: Markus Marterbauer

Geschäftsführende
Redaktion: Josef Zuckerstätter, Franziska Disslbacher, Michael Ertl, Patrick Mokre

Redaktionssekretariat: Susanne Fürst (Tel. 01/501 65/12283),
e-mail: susanne.fuerst@akwien.at

Wissenschaftlicher Beirat: Joachim Becker (WU Wien), René Böheim (Univ. Linz), Jörg Flecker (Univ. Wien), Eckhard Hein (HWR Berlin), Arne Heise (Univ. Hamburg), Jakob Kapeller (Univ. Duisburg-Essen), Max Kasy (Oxford University), John King (LaTrobe Univ., Melbourne), Bernhard Kittel (Univ. Wien), Heinz Kurz (Univ. Graz), Fabian Lindner (HTW Berlin), Özlem Onaran (Univ. Greenwich, London), Susanne Pernicka (Univ. Linz), Miriam Rehm (Univ. Duisburg-Essen), Waltraud Schelkle (London School of Economics), Engelbert Stockhammer (King's College, London), Richard Sturn (Univ. Graz), Achim Truger (Univ. Duisburg-Essen, Sachverständigenrat), Till van Treeck (Univ. Duisburg-Essen), Rudolf Winter-Ebmer (Univ. Linz)

Redaktionsbeirat: Helfried Bauer, Felix Butschek, Günther Chaloupek, Peter Fleissner, Wilhelmine Goldmann, Oskar Grünwald, Thomas Lachs, Ferdinand Lacina, Werner Muhm, Ewald Nowotny, Herbert Ostleitner, Claus J. Raidl, Hans Reithofer, Gerhard Schwödiauer, Hannes Swoboda, Julian Uher, Hans Wehsely, Karlheinz Wolff, Heinz Zourek

Medieninhaber: LexisNexis Verlag ARD ORAC GmbH & Co KG, A-1030 Wien,
Marxergasse 25, Tel. 01/534 52-0, Fax 01/534 52-140
e-mail: verlag@lexisnexis.at

Herausgeber und
Redaktion: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, A-1041 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20-22, Tel. 01/501 65/12283 oder 12284

Hersteller: Druckerei Janetschek GmbH, A-3860 Heidenreichstein, Brunfeldstr. 2,
Tel: (02862) 522 78 411, e-mail: office@janetschek.at

Preise: Einzelnummer € 12,50; Jahresabonnement € 39,- (inkl.
Auslandsversand € 64,-); ermäßigtes Studierenden-Jahresabonnement
(bei Bekanntgabe einer gültigen ÖH-Kundennummer) € 19,90 (alle
Preise inkl. MwSt).

Bei unverlangten eingesandten Manuskripten wird keine Gewähr übernommen. Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare werden nicht zurückgegeben.

Alle Artikel in „Wirtschaft und Gesellschaft“ sind begutachtet.

„Wirtschaft und Gesellschaft“ im Internet:
<https://wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/WirtschaftundGesellschaft/index.html>

und

<https://wug.akwien.at/>

ISSN 0378-5130

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

46. Jahrgang (2020), Heft 4

Inhalt

Editorial

Der österreichische Sozialstaat in der Covid-19-Krise	487
---	-----

Artikel

Christine Mayrhuber Geschlechtsspezifische Pensionslücke in Österreich	501
Ingrid Mairhuber, Bettina Stadler Gender Gap in Pension und Pension Literacy von Frauen in Österreich	515
Bernhard Kittel, Thomas Resch Erwerbsverläufe und psychisches Wohlbefinden während der SARS-CoV-2-Pandemie in Österreich	537
Heinz D. Kurz Kapitalismus Sozialismus und Demokratie: Schumpeters Entwurf einer histoire raisonnée der Moderne	559

Rezensionsartikel

Rainer Lucas, Reinhard Pfriem, Hans-Dieter Westhoff (Hrsg.) Arbeiten am Widerspruch – Friedrich Engels zum 200. Geburtstag (Hans G. Nutzinger)	609
--	-----

Buchbesprechungen

Tomáš Cvrček. Schooling under control. The origins of public education in Imperial Austria 1769–1869 (Andreas Weigl)	627
Elisabeth Schimpfössl. Rich Russians, From Oligarchs to Bourgeoisie (Matthias Schnetzer)	631
Matthias Schmelzer, Andrea Vetter. Degrowth/Postwachstum zur Einführung (Ulrich Brand)	635
Harald Hagemann, Robert W. Dimand (Hrsg.). The Elgar Companion to John Maynard Keynes (Markus Marterbauer)	638
Angela O'Hagan, Elisabeth Klatzer (Hg.). Gender Budgeting in Europe. Developments and challenges (Margit Schratzenstaller)	644
Jahresregister 2020	647

Unsere AutorInnen:

Bernhard Kittel ist Professor am Institut für Wirtschaftssoziologie der Universität Wien und Projektleiter des Austrian Corona Panel Project (ACPP).

Heinz D. Kurz ist emeritierter Universitätsprofessor am Institut für Volkswirtschaftslehre der Karl-Franzens-Universität Graz und Fellow des Grazer Schumpeter Centre.

Ingrid Mairhuber ist Politikwissenschaftlerin und bei der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind unter anderem Geschlecht und Alterssicherung, Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung sowie Angehörigenpflege.

Christine Mayrhuber ist Ökonomin am WIFO mit den Forschungsschwerpunkten soziale Sicherheit, Einkommensverteilung und Umverteilung.

Bettina Stadler ist Sozialwissenschaftlerin bei FORBA (Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt). Ihre Forschung beschäftigt sich mit Fragen der Arbeitszeitgestaltung, Gender und Mitbestimmung.

Thomas Resch arbeitet im Institut für Wirtschaftssoziologie der Universität Wien. Er studierte an der Universität Wien Internationale Betriebswirtschaft (BSc) und Betriebswirtschaft (MSc) mit Schwerpunktsetzung auf Wirtschaftssoziologie, Strategisches Management und Organisation.

Editorial

Der österreichische Sozialstaat in der Covid-19-Krise¹

Nach jahrzehntelangen neoliberalen Angriffen auf den Sozialstaat wird spätestens in der Covid-19-Krise deutlich, wie unverzichtbar er für uns alle ist. In einer ausgebauten Form erfüllt der Sozialstaat vielfältige Aufgaben: Er sichert die Menschen vor Risiken und in schwierigen Lebenslagen (wie z. B. Krankheiten und Arbeitslosigkeit) ab, trägt zum Erhalt des sozialen Friedens bei, ermöglicht benachteiligten Gruppen gesellschaftliche Teilhabe und fungiert als stabilisierende Kraft – besonders in Krisenzeiten (Arbeiterkammer Wien 2020). In der Regel bewältigt der österreichische Sozialstaat diese Aufgaben gut, und gerade zu Beginn der Pandemie konnte er sich in großen Teilen bewähren. Die Covid-19-Krise macht deutlich, dass der Sozialstaat sehr breite Bevölkerungsschichten gegen biografische und soziale Risiken absichert. Dies betrifft etwa die Kurzarbeit, aber auch das Arbeitslosengeld, das in der Pandemie – zum Teil für sie überraschend – für Menschen aus der scheinbar abgesicherten Mitte der Bevölkerung elementar wurde.

Im internationalen Vergleich gibt Österreich viel Geld für den Sozialstaat aus. Diesen Ausgaben steht ein hohes Niveau an Sozialleistungen gegenüber. Eine Einschränkung ist jedoch die Leistungshöhe beim Arbeitslosengeld, die im internationalen Vergleich eher gering ausfällt. Dieser und andere bestehende Mängel in der sozialen Absicherung, etwa von Personen, die keine Leistungsansprüche erworben haben, wurden mit Fortschreiten der Pandemie bislang nur unzureichend behoben.

Umkämpfter Sozialstaat

Der Sozialstaat ist eine Errungenschaft sozialer Kämpfe, seine Ausgestaltung Ergebnis politischer Kräfteverhältnisse. Der neoliberale Umbau des Sozialstaates durch einen Abbau von Leistungen und eine Individualisierung sozialer Risiken fand in Österreich in einem weit geringeren Umfang statt als in anderen europäischen Ländern. Partiiell war in den vergangenen Jahren sogar ein Ausbau bzw. eine Weiterentwicklung des Sozialstaates zu verzeichnen (Ausbau des Pflegesys-

¹ Die in diesem Editorial verwendeten Daten und Zahlen sind – soweit nicht anders ausgewiesen – Stand Anfang Dezember 2020.

tems zu Beginn der 1990er, Einführung einer bundesweiten bedarfsorientierten Mindestsicherung 2010). Dennoch ist die „jüngere sozialstaatliche Entwicklung (...) auch in Österreich von Ambivalenzen, von Rückbau und punktuellen Erweiterungen, von Problemlagen und Herausforderungen geprägt“ (Tálos/Obinger 2020: 161).

In den Ambivalenzen lässt sich neben der Ideologie des „schlanken Staates“ eine zweite Achse im Ringen um die Ausgestaltung des österreichischen Sozialstaates ausmachen, die durch eine konservativ-nationalistische Ausrichtung charakterisiert ist und sich besonders in ÖVP-FPÖ-Regierungsprojekten manifestierte. Auf der einen Seite kommt es zum mitunter großzügigen Ausbau von – konservativ konnotierten – Leistungen, vielfach zugunsten von besser Verdienenden (wie zuletzt dem Familienbonus), auf der anderen Seite steht eine „exkludierende Sozialpolitik (...), die vor allem Flüchtlinge, MigrantInnen und andere besonders verwundbare Gruppen trifft“ (Becker 2018: 35).

Die letzte türkis-blaue Koalition verfolgte beides: eine neoliberale Grundorientierung über deutliche Einschnitte in den Sozialstaat (und der Koalitionsvertrag ließ weitere befürchten) sowie eine konservativ-nationalistische Ausrichtung (Becker 2018). Exemplarisch zu nennen seien hier die Ablösung der Mindestsicherung durch ein restriktives Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, die Anhebung der Höchstarbeitszeiten, die Reform der Sozialversicherung/Fusion der Krankenversicherungsträger, die Indexierung der Familienbeihilfe – alles flankiert von einer faktischen Aufkündigung des Dialogs mit den Sozialpartnern.

Nach dem abrupten Ende der türkis-blauen Koalition sind die Konturen einer türkis-grünen Sozialpolitik – nicht zuletzt Covid-19-bedingt – noch nicht auszumachen. Im Regierungsübereinkommen bleiben viele sozialpolitische Vorhaben vage, einige türkis-blaue Eingriffe in den Sozialstaat – wie das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz – bleiben unverändert, andere radikale Vorhaben, „wie die Abschaffung der Notstandshilfe oder die Schwächung der Kammern“, werden nicht mehr verfolgt (Tálos 2020). Zudem gibt es progressive Zielsetzungen, wie die Halbierung der Armut in der Regierungsperiode.

Pandemie trifft auf ausgebauten Sozialstaat

Trotz der oben skizzierten Kämpfe um seine Ausgestaltung traf die Pandemie im März 2020 in Österreich auf einen gut ausgebauten und funktionstüchtigen Sozialstaat. Dies zeigte sich insbesondere im Gesundheitssystem, aber auch in vielen bestehenden Leistungen mit automatisierten Abläufen, die von Beginn an schnell und umstandslos griffen.

Ein aktuell besonders relevantes Beispiel für den immer noch gut ausgebauten Sozialstaat ist das Gesundheitssystem (Wöss 2021). Neben der breiten gesetzlichen Krankenversicherung (etwa keine private Krankenvollversicherung wie in Deutschland) rückte gleich zu Beginn der Pandemie die Frage der Anzahl der Spitals- und insbesondere Intensivbetten in den Fokus. In vielen Ländern sind in den vergangenen Jahren Bettenkapazitäten unter dem Schlagwort der Effizienzsteigerung abgebaut worden. Die angeblich zu hohe Zahl der Spitalsbetten in Österreich wurde in den letzten Jahrzehnten von ÖVP, Neos, aber auch dem Rechnungshof und der OECD immer wieder kritisiert und hier auf große Einsparpotenziale verwiesen (Zerbes 2020). Laut einer aktuellen OECD-Studie vom April 2020 liegt Österreich im Vergleich von 33 OECD-Staaten auf Platz fünf bei den Akutbetten (5,5 pro 1.000 EinwohnerInnen; OECD-33-Durchschnitt: 3,7) und im Vergleich von 22 OECD-Staaten bei den Intensivbetten pro 100.000 EinwohnerInnen mit rund 29 auf Platz zwei hinter Deutschland (34; OECD-22-Durchschnitt: 12) (OECD 2020). Unter anderem die bisher ausreichende Zahl an Intensivbetten scheint die Menschen in Österreich bislang vor Schlimmem bewahrt zu haben.

Die gesamtstaatlichen Sozialausgaben beliefen sich im Jahr 2019 auf rund 117 Mrd. Euro, die Sozialquote (Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt) lag bei 29,3%. Damit liegt Österreich im EU-Vergleich auf dem fünften Platz nach Höhe der Sozialquoten. Der weitaus größte Anteil der Sozialleistungen entfiel 2019 mit 45% auf Leistungen im Alter (wie Pensionen, Betreuungs- und Pflegeleistungen), gefolgt von Ausgaben für die Krankheits- bzw. Gesundheitsversorgung (27%). Leistungen für das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe machten 5% aus, nur 2% entfielen auf armutsvermeidende Leistungen, wie Wohnbeihilfen, Mindestsicherungs-/Sozialhilfeleistungen etc. (Statistik Austria 2020a).

Tálos und Oblinger (2020: 160) halten in einer umfassenden Analyse über die Entwicklungen des österreichischen Sozialstaats fest, dass „Österreich (...) im internationalen Vergleich überproportional viel Geld für sozialpolitische Zwecke auf[wendet], insbesondere für die Alterssicherung“, aber auch, dass „[d]iese hohen fiskalischen Aufwendungen (...) abgesehen von der Arbeitslosenversicherung mit vergleichsweise hohen Sozialleistungen [korrespondieren]“. Die „Reichweite der Veränderungen“ im österreichischen Sozialstaat in den vergangenen Jahren schätzen sie als „eher moderat“ ein, etwa im Vergleich zum deutschen Sozialstaat, in dem seit den 1980er-Jahren bei „zwar ähnliche[n] Entwicklungstrends (...) die strukturellen Veränderungen und Leistungseinschnitte (...) erheblich weitreichender [waren]“ (ebenda: 144).

Insgesamt zeigt sich in Krisen die Notwendigkeit öffentlicher Sozial-

systeme besonders deutlich. Während sich in der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 die öffentlichen Pensionssysteme als deutlich stabiler erwiesen, wird in der Covid-19-Krise besonders die Bedeutung gut ausgebauter Gesundheitssysteme ersichtlich.

Lücken und Baustellen wurden in der Krise sichtbar

Das österreichische Sozialsystem dient als „Stabilitätsanker“ (Wöss 2020) in der Covid-19-Krise: Der Sozialstaat sichert die breite Mitte der Bevölkerung ab. Allerdings offenbart die Krise auch, wo seine Lücken und Verbesserungspotenziale liegen. So zeigt sich etwa, wie schnell abrupt eintretende Phasen der Arbeitslosigkeit Angehörigen der „abgesicherten Mitte“ die materielle Basis für das (Über-)Leben entziehen können, wenn sie der Sozialstaat nur bedingt unterstützt.

Bevölkerungsgruppen, die es schon vor der Covid-19-Krise nicht leicht hatten (z. B. Menschen, die von Armut betroffen sind, Frauen mit Mehrfachbelastungen, z. B. Alleinerzieherinnen, und Menschen mit prekärer oder unsicherer Arbeit, die oft auch als Solo-Selbstständige tätig sind), treffen die Auswirkungen der Pandemie besonders hart. Gerade für sie werden die Lücken und unzureichenden Absicherungen im Sozialsystem besonders deutlich (Arbeiterkammer 2020, Madner 2020).

Arbeitslosigkeit als zentrales Problem

Besonders schlimm trifft die Covid-19-Krise diejenigen, die quasi über Nacht ihre Erwerbsarbeit und damit ihr Einkommen verlieren oder schon vor der Krise arbeitslos waren und derzeit keine Chance auf einen neuen Arbeitsplatz haben. Ging vor der Covid-19-Krise die Arbeitslosigkeit in Österreich kontinuierlich zurück, stieg sie mit der Krise massiv an. Eine erste Welle der Massenarbeitslosigkeit erfolgte im ersten Lockdown des Frühjahrs, zweiter und dritter Lockdown im Herbst/Winter 2020/2021 brachten eine zweite Welle. Der Jahresdurchschnitt für 2020 liegt bei +108.000 Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahr. Mehr als 414.000 Beschäftigte sind zudem noch immer in Kurzarbeit (AMS 2020), und noch ist nicht klar, wie viele von ihnen in den kommenden Monaten ihren Job behalten.

Besonders alarmierend ist, dass viele junge Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Aus der Forschung ist bekannt, dass der Einstieg in den Arbeitsmarkt besonders zentral für den Verlauf der weiteren Erwerbskarriere ist (Tamesberger 2015).

Außerdem schaffen derzeit weniger Personen den Sprung aus der

Arbeitslosigkeit zurück in die Erwerbstätigkeit, sodass sich die Arbeitslosigkeit verfestigt und die Langzeitarbeitslosigkeit zunimmt. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen lag im Dezember 2020 bei rund 136.000 bzw. +37.000 gegenüber dem Vorjahr (AMS 2020).

Im Zuge der Covid-19-Krise wurde einmal mehr deutlich, dass die – international verglichen – relativ niedrige Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld von rund 55% (unter Umständen zzgl. eines Ergänzungsbeitrags und/oder eines Familienzuschlags) keineswegs ausreicht. In Zeiten von Vollbeschäftigung und nur sehr kurzen individuellen Arbeitslosigkeitsphasen mögen niedrige Arbeitslosenleistungen ihre Berechtigung haben, sie funktionieren aber weder individuell noch gesamtwirtschaftlich betrachtet in Zeiten mit andauernder Massenarbeitslosigkeit. Auch mit der „Aufstockungsoption“ reichen die Arbeitslosenleistungen in Österreich derzeit nicht aus, um eine Verarmung zu vermeiden. In einer aktuellen SORA-Studie geben acht von zehn betroffenen Arbeitslosen an, dass das Geld für ihr Überleben kaum ausreicht (SORA 2020b). Das heißt, die Höhe des Arbeitslosengeldes reicht derzeit nicht aus, um als „automatischer Stabilisator“ zu wirken, und somit droht die Mitte der Gesellschaft sozial abzusteuern. Die zeitlich befristete Erhöhung der Notstandshilfe oder die Einmalzahlungen sind für viele Betroffene zwar eine unmittelbare finanzielle Unterstützung. Es handelt sich hierbei allerdings um keine nachhaltigen Strategien, und sie lösen das Grundproblem zu niedriger finanzieller Unterstützungsleistungen bei Arbeitslosigkeit nicht. Dies ist auch deshalb besonders besorgniserregend, weil kein rascher Rückgang der hohen Zahl an Arbeitslosen erwartet werden kann.

Arme Menschen besonders betroffen

Wer vor der Pandemie bereits einkommensarm bzw. armutsgefährdet war, den hat die Covid-19-Krise besonders hart getroffen. Viele Armutsbetroffene haben sich vor der Krise über eine geringfügige Beschäftigung etwas Geld dazuverdient, um finanziell einigermaßen über die Runden zu kommen. Gerade diese geringfügigen Jobs sind allerdings in der Covid-19-Krise oft als Erstes gestrichen worden: Der Verlust eines geringfügigen Jobs bedeutete für Armutsbetroffene bis zu 460 Euro weniger im Monat, was ein beträchtlicher Anteil ihrer finanziellen Ressourcen war. Zu diesen erheblichen finanziellen Problemen gesellten sich gesundheitliche und psychische Probleme. Einer Studie der Armutskonferenz (Dawid 2020) zufolge fungieren Armutsbetroffene oft als „soziales Fieberthermometer“. Das heißt, sie spüren soziale und wirtschaftliche Veränderungen häufig schneller und stärker als die

Mitte der Gesellschaft und nehmen soziale Spaltungen früher wahr, als es die Statistik zeigt.

Auch wenn eine Zunahme von Armut in den aktuellen Armutsstatistiken noch nicht ersichtlich ist, erwarten ForscherInnen einen Anstieg in den kommenden Jahren (BMSGPK 2020) und damit eine erhöhte Gefährdung der Mitte der Gesellschaft: Einer aktuellen Studie von SORA (2020) zufolge berichteten fast sieben von zehn Haushalten mit unter 2.000 Euro Nettoeinkommen von Einkommensverlusten, sechs von zehn mussten Ausgaben einschränken oder auf Ersparnisse zurückgreifen.

Vor der Covid-19-Krise ist der Anteil der Menschen in Österreich, die von Armut betroffen waren, kontinuierlich gesunken. Die stark steigende (Langzeit-)Arbeitslosigkeit, insbesondere in Niedriglohnbranchen, wird sich jedoch in einer Erhöhung der Armuts(gefährdungs)quote niederschlagen: Rund die Hälfte der Langzeitarbeitslosen gilt laut EU-SILC-Daten als armutsgefährdet (Tamesberger/Woltran 2020). Hinzu kommt, dass jene Menschen, die bereits vor Ausbruch von Covid-19 arbeitslos waren, nun noch schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt vorfinden. Die weitreichende Reform des letzten sozialen Netzes im Frühjahr 2019 (Sozialhilfe neu), die teilweise mit beträchtlichen Kürzungen einhergeht, wird ebenfalls negative Auswirkungen auf die Armutsbetroffenheit haben (Wagner 2020). Schlussendlich besteht die Gefahr, dass die Folgen der Krise etwa in Form von Einsparungen oder Kürzungen bei den öffentlichen (Sozial-)Ausgaben besonders zulasten finanziell schlechtergestellter Menschen gehen werden (Arbeiterkammer 2020).

Die Covid-19-Krise zeigt, dass auch ein gut ausgebauter Sozialstaat nicht alles abfedern kann, wenn sein unterstes Netz nicht gut ausgebaut ist. Zwar hat die Regierung einige Initiativen ergriffen, um Armutsbetroffene zu unterstützen (wie z. B. die Erhöhung der Ausgleichszulage), allerdings müssen hier mehr nachhaltige und effektivere sozialstaatliche Maßnahmen gesetzt werden, um der wachsenden sozialen Ungleichheit entgegenzutreten.

Viele Selbstständige stehen vor Problemen

Von der Covid-19-Krise sind aber nicht nur Unselbstständige betroffen, auch vielen (kleinen) Selbstständigen ist ihre Erwerbsgrundlage über Nacht weggebrochen. Selbstständige sind zwar eine sehr heterogene Gruppe, durchschnittlich haben sie jedoch eine höhere Armutsgefährdung. In den Statistiken waren sie schon vor der Covid-19-Krise doppelt so oft „working poor“ – also trotz Arbeit armutsgefährdet – wie

unselbstständig Erwerbstätige (EU-SILC 2020). Gerade Ein-Personen-Unternehmen, Kulturschaffende etc., die schon vor der Krise wenig verdient haben, sind nun mit einer massiven ökonomischen Unsicherheit konfrontiert.

Zugleich offenbarte sich im Zuge der Covid-19-Krise eine systemische Lücke bei der Unterstützung in Phasen der Beschäftigungslosigkeit der kleinen Selbstständigen: Während unselbstständig Erwerbstätige mit einigen Voraussetzungen (z. B. innerhalb der letzten 24 Monate mindestens 52 Wochen arbeitslosenversicherungspflichtige Beschäftigungszeiten) Arbeitslosengeld beziehen können, fehlt vielen Selbstständigen ein ähnliches Sicherungsnetz zur Überbrückung von Auftragseinbrüchen. Es gibt zwar die Möglichkeit der freiwilligen Arbeitslosenversicherung, diese nehmen allerdings nur wenige in Anspruch. Natürlich können einige Selbstständige den Einkommensentfall mit Rückgriff auf das eigene Vermögen schultern, viele bringt dies jedoch in eine prekäre Lage: Statt einen Rechtsanspruch auf eine Versicherungsleistung zu haben, rutschen sie im schlimmsten Fall in die Mindestsicherung als letztem Auffangnetz.

Frauen sind mehrfach belastet

Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass Frauen über alle (Nicht-)Beschäftigungsformen, Bildungsniveaus und anderen Ungleichheitsdimensionen hinweg von der Covid-19-Krise stärker betroffen sind als Männer. Dies zeigte sich sowohl im Bereich der Erwerbsarbeit als auch innerhalb der familiären Arbeitsaufteilung. Frauen trifft der immer wiederkehrende Ausfall der Kinderbetreuung besonders hart: Wenn Kinder nicht in Schule oder Kindergarten oder von Großeltern oder BabysitterInnen betreut werden (können), sind v. a. sie es, die ihre Erwerbsarbeitszeit reduzieren oder die verschiedenen Erwerbs- und Care-Arbeiten gleichzeitig leisten: Studien zeigen, dass Frauen sowohl im ersten als auch im zweiten Lockdown ihre Arbeitszeit stärker reduziert haben als Männer, um unbezahlte Care-Arbeiten für Kinder und betreuungspflichtige Verwandte zu übernehmen (SORA 2020). Der von ihnen geleistete Anteil der unbezahlten Arbeit ist noch weiter angestiegen (Mader et al. 2020). Insbesondere AlleinerzieherInnen waren in der Covid-19-Krise besonders belastet: Ihre Gesamtarbeitszeit betrug rund 15 h/Tag (gegenüber 11 h/Tag in Paarhaushalten ohne Kinder; Zeller 2020).

Lehren ziehen – Rückenwind nutzen

Trotz dieser ungleich verteilten Vulnerabilitäten und der offensichtlichen Lücken hat sich der österreichische Sozialstaat in der Krise bewährt und seine Aufgabe als stabilisierende Kraft in wirtschaftlichen Krisenzeiten erfüllt. Es gilt nun den Rückenwind aus der bestandenen Bewährungsprobe für dringende Verbesserungen zu nutzen und in einen breiten Ausbau des Sozialstaats zu investieren. Im Fokus muss dabei u. a. eine aktive Arbeitsmarktpolitik stehen.

Die von den Sozialpartnern entwickelte Kurzarbeit mit 80 bis 90% Lohnersatz ist der zentrale Hebel, um Arbeitslosigkeit in der Krise gar nicht erst entstehen zu lassen. Die hohe Zahl von ca. 1,15 Mio. betroffenen ArbeitnehmerInnen (März bis inkl. September 2020; AMS 2020) lässt erahnen, dass die Arbeitslosigkeit ohne die schnelle Einigung auf die Kurzarbeit weitaus höher ausgefallen wäre.

Zentrales Ziel der Arbeitsmarktpolitik muss es jetzt sein, die Arbeitsplätze der KurzarbeiterInnen auch über die Behaltefrist hinaus zu erhalten. Die beiden weiteren, ebenso wichtigen Ziele müssen lauten, die arbeitslos gewordenen Menschen möglichst gut zu unterstützen und die Zahl der Arbeitslosen so rasch wie möglich auf das Vorkrisenniveau zurückzubringen. Leistungen mit automatisierten Abläufen sind in Krisenzeiten besonders hilfreich, da sie stabilisierend wirken.

Die Offensive Arbeitsmarkt der AK setzt insbesondere auf vier Säulen (Mitter 2020):

- 1) Qualifikationsoffensive für Beschäftigte und Arbeitssuchende: damit ArbeitnehmerInnen ihr Wissen und Können dem Strukturwandel anpassen können und zur Behebung des Personalmanagements in Sozialberufen, insb. der Pflege, sowie in technischen Berufen.
- 2) Jobgarantie für Langzeitarbeitslose: Möglichkeit einer Beschäftigung auf einem dauerhaft geförderten Arbeitsplatz, der zugleich die Versorgung der lokalen Bevölkerung mit sozialen, ökologischen und kulturellen öffentlichen Dienstleistungen verbessert und sie in die Schaffung der Arbeitsplätze mit einbezieht.
- 3) Dauerhafte Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 70%: zur Armutsvermeidung und Lebensstandardsicherung, zur Sicherung regional wirksamer Kaufkraft und zur Vermeidung einer volkswirtschaftlich schädlichen Beschäftigung unterhalb der erworbenen Qualifikationen.
- 4) Ein personell gut ausgestattetes Arbeitsmarktservice: um die Auszahlung der Geldleistungen zu bewältigen, die Kurzarbeit abzuwickeln und Arbeitslose möglichst rasch wieder in Beschäftigung zu bringen.

Zudem muss die Arbeitsmarktpolitik auf die besondere Betroffenheit bestimmter Gruppen, wie etwa Jugendliche/junge Erwachsene, die zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt in den Arbeitsmarkt eintreten, reagieren. Hier sind auch kreative, kurzfristige Lösungen, die über die reine Arbeitsmarktpolitik hinausgehen, gefragt, wie etwa eine Ausweitung von Ausbildungsplätzen in überbetrieblichen Lehrwerkstätten, weiterführenden Schulen, Fachhochschulen und Universitäten. Zudem hat die Covid-19-Krise gezeigt, dass über eine bessere Absicherung von (kleinen) Selbstständigen im Sozialsystem nachgedacht werden sollte. Schoukens und Weber (2020) haben hier etwa für Deutschland Vorschläge für eine Arbeitslosenversicherung für Selbstständige in die Diskussion der Lehren aus der Covid-19-Krise eingebracht.

Die genannten Maßnahmen im Bereich des Arbeitsmarktes sind sowohl für die Bekämpfung bestehender als auch zur Verhinderung neu entstehender Armut von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus bleibt Armutspolitik ein Querschnittsthema. Notwendige Maßnahmen reichen vom Bildungssystem (aktuell insbesondere mit einem Fokus auf Distanzunterricht) über das Gesundheitssystem (inkl. Zugang zu kostenlosen psychotherapeutischen Angeboten) bis zu Wohnfragen (Wohnungssicherung, Energiearmut) (Schultheiß/Wagner 2020). In der Covid-19-Krise hat außerdem die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen wieder Aufwind bekommen. Nicht zuletzt die Gedanken einer armutsverhindernden Grundsicherung und der Freiheit jenseits der Arbeitsgesellschaft machen die Idee des Grundeinkommens attraktiv. Jedoch ist der Sozialstaat viel zielgenauer auf die Bedürfnisse der Betroffenen ausgerichtet, da beim Grundeinkommen das Geld unabhängig von konkreter Bedürftigkeit an alle BürgerInnen ausgezahlt wird und damit weniger Mittel für die besonders Schutzbedürftigen zur Verfügung stehen. Fortschrittliche Aspekte des Grundeinkommens können aber in der Debatte um die Weiterentwicklung des Sozialstaates hilfreich sein (Ausbau sozialer Dienste, Arbeitszeitverkürzung) (Editorial 2019, Marterbauer 2020).

Um die Situation armutsbetroffener Menschen zu entschärfen, muss zunächst die türkis-blaue Reform der Mindestsicherung zur Sozialhilfe neu rückgängig gemacht werden. Dieses jüngere Beispiel eines Rückbaus im Sozialstaat zeigt, wie die soziale Lage in Krisenzeiten nicht stabilisiert, sondern im Gegenteil durch ungenügende Absicherung noch verschärft wird. So führt die Reform der bedarfsorientierten Mindestsicherung in den Bundesländern, die das türkis-blaue Grundsatzgesetz bereits umgesetzt haben, teilweise zu deutlich geringeren Leistungen für Wohnungslose, Menschen mit Behinderung und Familien mit Kindern (Armutskonferenz 2020). Gerade die Situation von Wohnungslosen und die Armutsbetroffenheit von Kindern drohen sich durch die

Covid-19-Krise weiter zu verschärfen. Perspektivisch sollte die Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe an die Armutsgefährdungsschwelle angepasst werden.

Zudem sind nun möglichst rasch weitere Investitionen in den Sozialstaat notwendig, die sich einerseits aus bestehenden Ausbau- und Reformnotwendigkeiten ergeben und andererseits aufgrund ihrer Beschäftigungsintensivität auch zur nachhaltigen Bekämpfung der Covid-19-Arbeitslosigkeit beitragen können. So ist etwa der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen weiter voranzutreiben und der von Sozialpartnern und Industriellenvereinigung geforderte Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz umzusetzen. Die entsprechenden Investitionen im Bereich frühkindlicher Bildung sind von derzeit ca. 0,7% auf den EU-Schnitt von 1% des Bruttoinlandsproduktes auszuweiten. Im Bereich der Schulen muss möglichst rasch das AK-Chancenindex-Modell, das eine Zuteilung von mehr finanziellen Mitteln für Schulen mit besonderen Herausforderungen vorsieht, auf mindestens 500 Schulen erweitert werden. Zudem muss zur Bewältigung der pädagogischen Herausforderungen der Covid-19-Krise zusätzliches pädagogisches Unterstützungspersonal eingestellt werden. Im Bereich der Erwachsenenbildung ist eine massive Mittelaufstockung dringend notwendig.

Um den Herausforderungen in der Langzeitpflege gerecht zu werden, sind schon seit Jahren umfangreiche Reformen im System nötig, die auch eine deutliche Ausweitung der finanziellen Mittel erfordern würden. Als erster Schritt würde ein von der AK gefordertes Sofortmaßnahmenpaket mit Investitionen von 1,7 Mrd. Euro zu deutlichen Verbesserungen im bestehenden System führen, wenngleich es noch keine strukturellen Veränderungen umfasst. Hiervon wären eine Aufstockung des Personals in Pflegeheimen um 20%, ein Ausbau der Betreuung und Pflege zu Hause, die flächendeckende Ausrollung von psychosozialer Angehörigenberatung, die Abschaffung der Selbstbehalte und Qualitätsverbesserungen in den mobilen Diensten sowie ein Beitrag zur Verringerung des Lohnunterschieds zum akutstationären Bereich umfasst (Feigl et al. 2020).

Die Covid-19-Krise hat bislang nicht zu einem Umdenken in Geschlechterfragen, sondern zu einer weiteren Schlechterstellung von Frauen am Arbeitsmarkt und einer Retraditionalisierung der Rollenverteilung in der Familie geführt. Die Krise hat die Notwendigkeit von progressiven Antworten auf Fragen der Geschlechtergerechtigkeit deutlich gemacht, etwa: ein Rechtsanspruch auf kostenlose Kinderbetreuung, Karenzmodelle, die eine ausgeglichene Aufteilung der Karenzzeiten zwischen den Eltern auch wirklich fördern, sowie eine deutliche Ausweitung der Leistungen in der professionellen Pflege und Angehörigenunterstützung. Zudem ist gerade in wirtschaftlichen und sozialen

Krisenzeiten eine aktive und mit den entsprechenden Mitteln ausgestattete Frauenpolitik sowie eine konsequente Anwendung von Gender-Mainstreaming bzw. -Budgeting in allen Politikbereichen dringlicher denn je.

Andere Formen der Finanzierung sind gefragt, um künftige Herausforderungen zu bewältigen

Der österreichische Sozialstaat steht vor großen Herausforderungen: Kurzfristig wird er weiterhin die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auf hohem Niveau sichern und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abfangen müssen. Neben den genannten dringend notwendigen Verbesserungen im Bereich des Arbeitsmarktes, die im bestehenden System theoretisch leicht und schnell umsetzbar wären, dürfen jedoch grundsätzlichere Weiterentwicklungen des Sozialstaates nicht aus dem Blickfeld geraten. Trotz einiger progressiver Entwicklungen (etwa Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegesystem) wird der österreichische Sozialstaat weiterhin als konservativ charakterisiert. Dies ist hauptsächlich auf die starke Erwerbs- und Familienzentriertheit sowie den Fokus auf statuserhaltende Leistungen zurückzuführen. Es wird Zeit, emanzipatorische Elemente anzugehen, die bestehende Machtverhältnisse nicht erhalten, sondern aufbrechen: Arbeitszeitverkürzung, stärkere Orientierung an Care-Leistungen, Sozialstaat als elementarer Teil einer wohlstandsorientierten Wirtschaftspolitik. Hierzu gibt es auch deutlichen Rückenwind durch die Bevölkerung. Nach einer Studie der Arbeiterkammer mit Befragungszeitraum 2018, also noch vor der Covid-19-Krise, wünschen sich fast 90% der Befragten eine Ausweitung des Sozialstaates in Richtung eines sozialdemokratischen Modells, das heißt vor allem einen Ausbau sozialer Dienstleistungen (Brait et al. 2020).

Darüber hinaus ist es wichtig, längerfristige Weichenstellungen vorzunehmen und die großen Herausforderungen im Bereich der Verteilungsgerechtigkeit, der Digitalisierung, des Klimaschutzes und des demografischen Wandels anzugehen (Wöss 2021). Allein durch die demografische Entwicklung wird es in Zukunft zu Kostensteigerungen im Sozialstaat kommen – dies betrifft aufgrund einer wachsenden und alternden Bevölkerung (Statistik Austria 2020b) besonders die Ausgaben im Gesundheits- und Pflegesystem.

Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen der Klimakrise und des technologischen Wandels müssen dringend auch unter der Perspektive der Verteilungsgerechtigkeit diskutiert werden. Staatliche Investitionen zur notwendigen Modernisierung des öffentlichen Kapital-

stocks müssen Digitalisierung und Klimapolitik adressieren und gleichzeitig die Zahl von VerliererInnen dieser Entwicklungen minimieren sowie deren Verluste ausgleichen. Die Bewältigung der Klimakrise und der Digitalisierung ist somit auch vorausschauende Sozialpolitik, da wirtschaftliche Verluste durch sozialstaatliche Leistungen abgefangen werden müssten.

Die Aufgaben des Sozialstaates werden in den kommenden Jahren also wachsen: Klimakrise, Folgen der Pandemie, demografische Faktoren und der technologische Wandel müssen aktiv gestaltet werden, was auch eine gewaltige und kostenintensive Modernisierung des öffentlichen Kapitalstocks beinhaltet. Notwendige Investitionen in einen Ausbau des Sozialstaats und eine Erweiterung des BezieherInnenkreises sozialer Leistungen benötigen ebenfalls eine entsprechende Finanzierung. In der Vergangenheit wurde der Ausbau des Sozialstaates stets über einen Anstieg der Abgaben finanziert: Seit den 1970er-Jahren haben sich die Sozialquote und die Abgabenquote in Österreich weitgehend parallel entwickelt (Sozialquote 1970 bis 2018: +8,6%; Abgabenquote: +8,5%). Diese Abgaben sind in Österreich weitgehend an Arbeitseinkommen geknüpft. Aufgrund der bereits hohen Besteuerung der Arbeitseinkommen ist eine Fortsetzung dieses Weges wenig vernünftig. Vielmehr müssen weitere Einnahmequellen gestärkt werden. Insgesamt muss es um eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis des Sozialstaates gehen: Dies umfasst insbesondere progressive Steuern auf Vermögen, Erbschaften, Kapital- und Spitzeneinkommen, aber auch Umweltsteuern und neue Steuern, die im Zuge von Digitalisierungsprozessen diskutiert werden sollten.

Die Redaktion

Literatur

- AMS (2020): Arbeitsmarktdaten. Übersicht aktuell – Dezember 2020. Wien: AMS.
- Arbeiterkammer Wien (2020): sozialleistungen.at. Sozialstaat im Überblick: Aufgaben und Ziele. Online verfügbar unter: <https://www.sozialleistungen.at/c/SL8096520/Aufgaben-und-Ziele> (letzter Zugriff: 21. 12. 2020).
- Arbeiterkammer Wien (2020): sozialleistungen.at. Sozialstaat im Überblick: Aufgaben und Ziele. Online verfügbar unter: <https://www.sozialleistungen.at/c/SL8096520/Aufgaben-und-Ziele> (letzter Zugriff: 21. 12. 2020).
- Arbeiterkammer (2020): Offensive Arbeitsmarkt. Online verfügbar unter: <https://www.arbeiterkammer.at/OffensiveArbeitsmarkt> (letzter Zugriff: 18. 1. 2021).
- Armutskonferenz (2020): Die sozialen Probleme werden größer. Und die schlechte Sozialhilfe kann sie nicht lösen, 17. 12. 2020, online verfügbar unter: <http://www.armutskonferenz.at/news/news-2020/die-sozialen-probleme-werden-groesser-und-die-schlechte-sozialhilfe-kann-sie-nicht-loesen.html> (letzter Zugriff: 25. 1. 2021)
- Becker, Joachim (2018): Zwei Flügel der nationalistischen Rechten, in: Kurswechsel 3/2018, S. 28–37.

- BMSGPK (2020): COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich, Teil 2 – vorläufige Version. Wien: BMSGPK.
- Brait, Romana/Hofmann, Julia/Mayer, Thomas (2020): Was ist uns der Sozialstaat wert? A&W-Blog 4. 5. 2020, online verfügbar unter: <https://awblog.at/was-ist-uns-der-sozialstaat-wert/> (letzter Zugriff: 18. 1. 2021).
- Dawid, Evelyn (2020): Armutsbetroffene und die Corona-Krise. Eine Erhebung zur sozialen Lage aus Sicht von Betroffenen. Wien: BMSGPK.
- EU-SILC (2020): Tabellenband EU-SILC 2019. Online verfügbar unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html (letzter Zugriff: 18. 1. 2021).
- Feigl, Georg/Marterbauer, Markus/Schultheiß, Jana/Schweitzer, Tobias et al (2020): Zu spät, zu wenig, nicht ausreichend fokussiert. Budgetpolitik in der Corona-Krise. Analyse des Bundesvoranschlags 2021 und darüber hinaus. Wien: Arbeiterkammer Wien.
- Mader, Katharina/Derndorfer, Judith/Disslbacher, Franziska/Lechinger, Vanessa/Six, Eva (2020): Genderspezifische Effekte von COVID-19. Online verfügbar unter: <https://www.wu.ac.at/vw3/forschung/laufende-projekte/genderspezifischeeffekte/voncorona-19> (letzter Zugriff: 18. 1. 2021).
- Madner, Martina (2020): Der Sozialstaat kann es richten. Wiener Zeitung 31. 8. 2020, online verfügbar unter: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2073146-Der-Sozialstaat-kann-es-richten.html> (letzter Zugriff: 18. 1. 2021).
- Marterbauer, Markus (2020): Grundeinkommen: Sechs Schlussfolgerungen für emanzipatorische Politik. A&W-Blog 3. 6. 2020, online verfügbar unter: <https://awblog.at/grundeinkommen-schlussfolgerungen/> (letzter Zugriff: 25. 1. 2021).
- Mitter, Gernot (2020): Offensive Arbeitsmarkt: Was nun getan werden muss. A&W-Blog 15. 9. 2020, online verfügbar unter: <https://awblog.at/offensive-arbeitsmarkt/> (letzter Zugriff: 22. 12. 2020).
- OECD (2020): Beyond Containment: Health systems responses to COVID-19 in the OECD. Online verfügbar unter: https://read.oecd-ilibrary.org/view/?ref=119_119689-ud5comtf84&Title=Beyond%20Containment:Health%20systems%20responses%20to%20COVID-19%20in%20the%20OECD (letzter Zugriff: 21. 12. 2020).
- Redaktion Wirtschaft und Gesellschaft (2019): Editorial: Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle?, in: Wirtschaft und Gesellschaft, 45. Jahrgang (2019), Heft 3, S. 339–348.
- Schoukens, Paul/Weber, Enzo (2020): Unemployment insurance for the self-employed: a way forward post-corona, IAB-Discussion Paper 32/2020. Online verfügbar unter <http://doku.iab.de/discussionpapers/2020/dp3220.pdf> (letzter Zugriff: 22. 12. 2020).
- Schultheiß, Jana/Wagner, Norman (2020): Armutspolitik: bestehende Armut bekämpfen, neue Armut verhindern! A&W-Blog 16. 10. 2020, online verfügbar unter: <https://awblog.at/armutspolitik/> (letzter Zugriff: 22. 12. 2020).
- SORA (2020): Zur Situation von Eltern während des zweiten Lockdowns in der Coronapandemie. Online verfügbar unter: <https://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/momentum-elternbefragung-corona-ii.pdf> (letzter Zugriff: 22. 12. 2020).
- SORA (2020b): Arbeitsklima Index zeigt: Für rund die Hälfte der Arbeitslosen ist die Krise existenzbedrohend, online verfügbar unter: <https://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelsicht/news/arbeitslosigkeit-in-der-corona-krise-1045.html> (letzter Zugriff: 22. 12. 2020).
- Statistik Austria (2020a): Sozialausgaben im Jahr 2019 auf 117 Mrd. Euro (29,3% der Wirtschaftsleistung) gestiegen, Pressemitteilung vom 3. 12. 2020, https://www.statistik.at/web_de/presse/124913.html (letzter Zugriff: 25. 1. 2020).

- Statistik Austria (2020b): Bevölkerungsprognosen. Online verfügbar unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_prognosen/bevoelkerungsprognosen/index.html (letzter Zugriff: 18. 1. 2021).
- Tálos, Emmerich/Obinger, Herbert (2020): Sozialstaat Österreich (1945–2020). Entwicklungen – Maßnahmen – internationale Verortung. Innsbruck, Wien: Studienverlag.
- Tálos, Emmerich (2020): Sozialpolitik und Sozialpartnerschaft unter Schwarz/Türkis-Grün. A&W-Blog 31. 1. 2020, online verfügbar unter: <https://awblog.at/sozialpolitik-und-sozialpartnerschaft-unter-tuerkis-gruen> (letzter Zugriff: 21. 12. 2020).
- Tamesberger, Dennis (2015): Jugendarbeitslosigkeit. Der Einfluss von institutionellen, politischen und individuellen Faktoren: Essays zu Jugendarbeitslosigkeit (Dissertation). Linz: JKU Linz.
- Tamesberger, Denis/Woltran, Iris (2020): Corona-Krise erfordert Erhöhung des Arbeitslosengeldes. A&W-Blog 16. 4. 2020, online verfügbar unter: <https://awblog.at/corona-erhoehung-arbeitslosengeld/> (letzter Zugriff: 18. 1. 2021).
- Wagner, Norman (2020): Armut und COVID-19 – was jetzt zu tun ist. A&W-Blog 31. 7. 2020, online verfügbar unter: <https://awblog.at/armut-und-covid-19-was-jetzt-zu-tun-ist/> (letzter Zugriff: 18. 1. 2021).
- Wöss, Josef (2020): Sozialstaat – Stabilitätsanker in der Krise. A&W-Blog 27. 4. 2020, online verfügbar unter: <https://awblog.at/sozialstaat-stabilitaetsanker-in-der-krise/> (letzter Zugriff: 18. 1. 2021).
- Wöss, Josef (2021): Sozialstaat 2021 – Lehren aus der Krisen für Stärkung nützen. A&W-Blog, 4. 1. 2021, online verfügbar unter: <https://awblog.at/sozialstaat-krisenbewaeltigung-fuer-weiterentwicklung-nuetzen/> (letzter Zugriff 12. 1. 2021).
- Zeller, Sarah (2020): Alleinerziehende in der Corona-Krise. A&W-Blog, 25. 6. 2020, online verfügbar unter: <https://awblog.at/alleinerziehende-in-der-corona-krise/> (letzter Zugriff: 18. 1. 2021).
- Zerbes, Jakob (2020): Ginge es nach Rechnungshof, OECD und ÖVP: Österreich hätte nur halb so viele Intensivbetten. KONTRAST.at 8. 4. 2020, online verfügbar unter: <https://kontrast.at/intensivbetten-oesterreich-coronavirus/> (letzter Zugriff: 21. 12. 2020).

Geschlechtsspezifische Pensionslücke in Österreich*

Christine Mayrhober

Auch wenn die Jahre 2020/21 wirtschaftlich von den Eruptionen der COVID-19-Pandemie dominiert sind, gibt es langfristig relative stabile Strukturen und Gegebenheiten. Die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im gegenwärtigen Wirtschaftssystem ist eine dieser Gegebenheiten, die sich u. a. an den unterschiedlichen Pensionshöhen zeigt. Schon bisher sind Frauenpensionen deutlich niedriger als Männerpensionen und die Pensionslücke (engl. Gender Gap in Pensions, kurz GGP) ist eine der größten in Europa. Infolge der krisenbedingten Beschäftigungs- und Einkommensrückgänge sowie der hohen Frauenarbeitslosigkeit besteht die Gefahr, dass die finanzielle Eigenständigkeit der Frauen wieder fragiler wird. Auch könnte die in den letzten Jahren vorhandene Tendenz einer sinkenden Pensionslücke zu einem Ende kommen. Nachfolgend werden auf der Grundlage des Konzepts der Pensionslücke die Entwicklung des geschlechtsspezifischen Pensionsnachteils vor 2020 in Österreich skizziert und seine wesentlichen Bestimmungsgründe ermittelt.

1. Messung der geschlechtsspezifischen Pensionslücke

Im österreichischen Sozialversicherungssystem leitet sich der überwiegende Teil der Sozialleistungen von der Höhe der individuellen Erwerbseinkommen ab. Erwerbseinkommen bestimmen damit sowohl kurz- als auch langfristig die ökonomische Lage der Menschen in Österreich. Diese Lage unterscheidet sich strukturell zwischen Erwerbsformen, Berufen, Qualifikationen etc. und über all diese Bereiche hinweg zwischen Frauen und Männern (Bock-Schappelwein et al., 2020A) deutlich: Im Jahr 2019 waren 48% der unselbständig Erwerbstätigen Frauen, sie leisteten 40% der gesamten Erwerbsarbeit und bezogen dabei nur rund ein Drittel der

* Der Beitrag beruht auf den Arbeiten von: Mayrhober, Ch., Geschlechtsspezifische Pensionslücke in Österreich, in: Mairhuber I., Mayrhober, Ch., TRAPEZ.ANALYSE Geschlechtsspezifische Pensionslücke in Österreich: Quantitative und qualitative Befunde, im Erscheinen. <https://www.trapez-frauen-pensionen.at/>.

gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme. Da der Arbeitsmarkt dem Alterssicherungssystem vorgelagert ist, setzen sich Genderdifferenzen des Arbeitsmarktes im Alterssicherungssystem fort. Von den 2,45 Mio. Pensionsbeziehenden sind 56% Frauen, sie beziehen 46% aller Altersbezüge, wovon 10 Prozentpunkte durch Witwenpensionen begründet sind (Statistik Austria, 2019A).

Durch das im Pensionskontorecht ab 2005 verstärkte Äquivalenzprinzip, also die Berücksichtigung aller Erwerbseinkommens über die Erwerbsphase für die Pensionshöhenberechnung, stellt die Erstpension auf individueller Ebene eine „Bilanz“ des gesamten Erwerbslebens dar. Abgeändert wird dieses Bilanzergebnis durch die Berücksichtigung der Teilversicherungszeiten, also Zeiten von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kindererziehung und Pflege etc. wie auch durch das Instrument der Ausgleichszulage.

In Anlehnung an den *Gender Pay Gap* wurde der Indikator der Pensionslücke (Gender Gap in Pensions, GGP) entwickelt. Der GGP drückt den prozentuellen Einkommensnachteil von Frauen gegenüber Männern beim Bezug von Altersleistungen aus (European Parliament, 2019). Der Indikator zeigt damit die langfristigen Folgen der strukturellen ökonomischen und gesellschaftlichen Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern auf, die über institutionelle Regulierungen im Alterssicherungssystem fortbestehen (EIGE, 2015, Bettio, Tinios, Betti, 2013, Ekheden et al., 2019). Dieser Indikator wird von einer Vielzahl von Tatbeständen über eine recht lange Zeitspanne mitbestimmt. Neben individuellen Entscheidungen, die vom Haushaltskontext mitbestimmt sind, beeinflussen auch gesamtwirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen bis hin zu regionalen wirtschaftlichen und institutionellen Strukturen die individuellen Erwerbs-, und Einkommensverläufe, die sich wiederum auf den GGP auswirken (Mayrhuber 2017).

Ein Indikator, der diese vielschichtigen Informationen über den gesamten Erwerbsverlauf beinhaltet, braucht eine genaue Definition und eine genaue Abgrenzung. Die Stärke des Indikators liegt im direkten Vergleich der individuellen Einkommenslagen von Frauen und Männern im Alter, die sich aus der individuellen Erwerbsbiographie ableiten. Die Schwäche des Indikators liegt in den unterschiedlichen Abgrenzungsmöglichkeiten, die alle mit unterschiedlich hohen Pensionslücken verbunden sind. Die Höhe der Lücke steht etwa im Zusammenhang mit der betrachteten Gruppe (nur Pensionsneuzugänge, alle Pensionsbeziehenden, bestimmte Altersgruppen etc.) aber auch mit den berücksichtigten Einkommen: Neben gesetzlichen, betrieblichen und privaten Pensionsleistungen gibt es auch Ergänzungsleistungen (Kinderzuschuss, Ausgleichzulage etc.), weitere Einkommenskomponenten (Erwerbseinkommen, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung etc.) sowie weitere Transfereinkommen (Pflege-

geld), deren (Nicht-)Berücksichtigung mit unterschiedlichen Lücken verbunden ist. Selbst nach erfolgter Grenzziehung der Vergleichsgruppen und der berücksichtigten Alterseinkommen variiert die Pensionslücke in Abhängigkeit der betrachteten aggregierten Pensionseinkommen. Der Vergleich auf der Grundlage von Medianpensionen liefert einen höheren Gap als auf der Grundlage der Durchschnitte. Die linksschiefe Verteilung der Frauenpensionen, also ihre geringere Medianpension gegenüber der Durchschnittspension und die rechtsschiefe Verteilung der Männerpensionen führt zu einem größeren GGP bei den Medianpensionen im Vergleich zu den Durchschnittspensionen.

Im österreichischen Kontext spielt auch die zwischenstaatliche Pensionsversicherung, also Pensionen an Personen, die sowohl in Österreich als auch im Ausland (Vertragsstaaten) Versicherungszeiten erworben haben, eine wichtige Rolle. Der Pensionsstand 2019 bestand zu 19% aus Teilleistungen (21% Männer, 16% Frauen), die aufgrund der kürzeren inländischen Versicherungszeiten deutlich geringer ausfallen (Dachverband der Sozialversicherungsträger, 2020). Ihre Berücksichtigung führt vor allem bei den Männern zu geringeren Durchschnittspensionen und damit zu einem geringeren Pensionsgap.

Insgesamt ist der Indikator GGP sensitiv gegenüber den skizzierten Größen. Eng gefasste Vergleichsgruppen, beispielsweise Zugangskohorten eines Jahres, haben den Vorteil einer besseren Vergleichbarkeit, da Frauen und Männer einer Altersgruppe ähnliche wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen vorfinden.

Der Indikator fokussiert die individuelle Einkommenslage; für die ökonomische Lage im Alter ist jedoch nicht nur das eigene Alterseinkommen, sondern auch der Haushaltskontext entscheidend. Fragen der Armutsgefährdung bzw. Armutsquoten von Frauen im Alter können daher mit dem GGP-Indikator alleine nicht beantwortet werden. Trotz Einschränkungen liegt die Aussagekraft des Indikators in seiner Entwicklung über die Zeit und in der Vergleichbarkeit genau definierter Gruppen (Pensionsneuzugänge eines Jahres).

2. Dimensionen der geschlechtsspezifischen Pensionslücke

2.1 Die Versorgungslücke

Im erwerbszentrierten Alterssicherungssystem spiegelt sich die geringere Arbeitsmarktpartizipation der Frauen im Vergleich zu den Männern nicht nur in ihren geringeren Pensionshöhen, sondern auch in einem geringeren Anteil an Frauen mit Eigenpensionsansprüchen wider.

In Ländern mit ausgebauten Grundsicherungselementen wie der Garantiepension in Schweden oder der Volkspension in Dänemark ist der Bevöl-

kerungsanteil ohne Altersleistungen generell niedriger als im erwerbszentrierten österreichischen System. Auch in Ländern mit einer geringen Frauenerwerbsbeteiligung (Malta, Spanien, Griechenland etc.) ist der Anteil der Frauen ohne Alterseinkommen hoch. Europaweit vergleichbare Daten zum Versorgungsgrad zeigen, dass in der Altersgruppe der 65–bis 74-Jährigen im Durchschnitt der EU-28 um 6% weniger Frauen als Männer einen Pensionsbezug haben, in Österreich sind es in dieser Altersgruppe hingegen 12% (European Parliament, 2016).

Der Versorgungsgrad lässt aber keine Rückschlüsse auf die Höhe der Pensionslücke zu, wie umgekehrt die Höhe der Pensionslücke in keinem Zusammenhang mit der Häufigkeit von Pensionsansprüchen von Frauen steht: Ein hoher Versorgungsgrad kann mit einer hohen (Niederlande, UK, Tschechische Republik) oder einer geringen (baltische Staaten, Dänemark, Skandinavien) Pensionslücke einhergehen. Auch kann ein geringer Versorgungsgrad der Frauen mit Alterspensionen mit einer geringen Pensionslücke, wie dies in Malta und Belgien der Fall ist, verbunden sein (Betio et al. 2013, European Parliament, 2017). Zwischen 2008 und 2014 ging die geschlechtsspezifische Versorgungslücke in 13 Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, zurück, während es in elf Ländern (beispielsweise Italien, Luxemburg, Portugal) zu einem Anstieg kam; in vier Ländern kam es zu keiner Veränderung (European Parliament, 2016).

Für Österreich zeigte sich in der Vergangenheit ein Rückgang des Anteils von Frauen ohne Pensionseinkommen. Werden alle Frauen im Alter von 65 und mehr Jahren betrachtet, sank der Anteil der Frauen ohne Eigenpension (einschließlich aller betrieblichen und privaten Leistungen) zwischen 2011 und 2018 um 3 Prozentpunkte auf 18,2%. Bei zusätzlicher Berücksichtigung der abgeleiteten Pensionen gab es einen Rückgang auf 13,6%. Selbst nach der Berücksichtigung der Unfallrenten und dem für Pensionshaushalte wichtigen bedarfsorientierten Pflegegeld bleibt der Anteil der Frauen ohne regelmäßige Alterseinkommen noch bei 11,4%. Der entsprechende Anteil bei den Männern lag 2018 bei 1,3%. Daraus ergibt sich eine geschlechtsspezifische Versorgungslücke von 10,1 Prozentpunkten (vgl. Tabelle 1), das sind rund 100.000 Frauen, die ausschließlich auf innerfamiliäre Strukturen für ihre Existenzsicherung angewiesen sind.

2.2 Pensionsunterschiede in Österreich

Während es bei Erwerbseinkommen keine institutionelle Obergrenze gibt, schränkt die Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung und die daraus abgeleitete Höchstpension (Ausnahme Beamtete) die Streuung der Pensionseinkommen gegenüber den Erwerbseinkommen ein. Das könnte den Pensionsnachteil der Frauen ebenso dämpfen wie das Instrument der Ausgleichszulage, die zu über 2/3 an Frauen und davon

Tabelle 1: Anteil der Frauen und Männer über 65 ohne Alters-einkommen in % der jeweiligen Bevölkerung

	2011	2013	2016	2017	2018	2011–2018 Veränderung
Frauen						
ohne Eigenpension	21,2	20,6	19,8	18,4	18,2	–3,0
ohne Eigen- oder abgeleitete Pension	16,3	15,4	13,8	13,6	13,6	–2,7
ohne Pensionen und sonstige Leistungen*	14,6	13,7	11,3	11,4	11,4	–3,2
Männer						
ohne Eigenpension	4,1	6,0	2,7	1,0	1,8	–2,3
ohne Eigen- oder abgeleitete Pension	3,6	5,4	2,7	0,8	1,5	–2,1
ohne Pensionen und sonstige Leistungen*	3,1	5,1	2,3	0,6	1,3	–1,8
Geschlechtsspezifische Versorgungslücke in Prozentpunkten						
ohne Eigenpension	17,1	14,6	17,1	17,4	16,4	–0,7
ohne Eigen- oder abgeleitete Pension	12,7	10,0	11,1	12,8	12,1	–0,6
ohne Pensionen und sonstige Leistungen*	11,5	8,6	9,0	10,8	10,1	–1,4

Quelle: EU-SILC, WIFO-Berechnungen; * sonstige Leistungen: Privatpensionen, Unfallrenten, Pflegegeld etc. ohne Bedarfsorientierte Mindestsicherung bzw. Sozialhilfe, diese sind Einzelpersonen nicht zurechenbar.

wiederum zu 60% an Direktpensionen und zu 40% an Witwenpensionen geht. Tatsächlich ist trotz dieser institutionellen Rahmenbedingungen die Pensionslücke in Österreich überdurchschnittlich hoch.

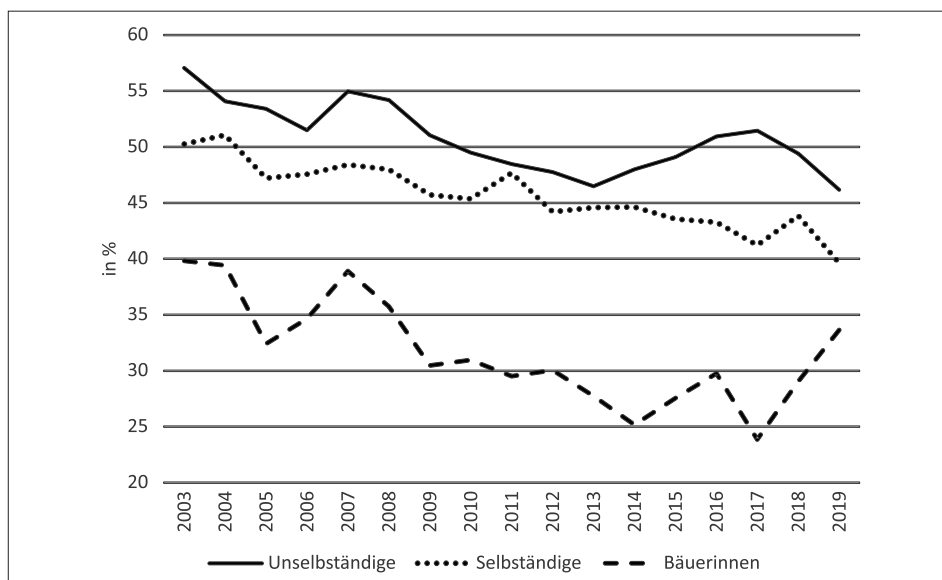
Einen ersten Eindruck der genderspezifischen Pensionshöhenunterschiede in Österreich liefern aggregierte Daten der Pensionsneuzuerkennungen. In der gesetzlichen Pensionsversicherung erreichte 2019 bei den neu zuerkannten Alterspensionen die durchschnittliche Frauenpension mit 1.380 Euro (brutto pro Monat) nur 60,6% der durchschnittlichen Männerpension von 2.278 Euro, der Gender Gap der Pensionen betrug damit 39,4%. Deutlich größer ist die geschlechtsspezifische Pensionslücke, wenn anstatt des arithmetischen Mittels die Mediane der Bruttopensionen verglichen werden: Da die mediane Frauenpension mit 1.226 Euro deutlich geringer ist als die durchschnittliche Frauenpension, ist der Pensionsnachteil gemessen an der Medianpension deutlich größer: Mediane Neupensionen der Frauen erreichten 2019 nur 53,9% der Männerpension, die Pensionslücke beträgt damit 46,1%.

Die niedrigste Pensionslücke bei den Medianpensionen hatten 2019 mit 33,7% die Bäuerinnen. Diese vergleichsweise geringere Differenz ist sowohl auf die niedrigen Männerpensionen als auch auf den hohen Anteil der Bäuerinnenpensionen mit Ausgleichszulage zurückzuführen. Vormalig selbständig erwerbstätige Frauen haben im Schnitt um 39,6% geringere Alterspensionen als Männer, bei den unselbständigen beträgt der GGP

46,1% (Abbildung 1). Der Pensionsnachteil der Frauen berechnet aus den Durchschnittspensionen beträgt insgesamt 39,4%, diesem Schnitt liegt ein Gap bei den Unselbständigen von 40,2%, bei den Selbständigen von 29,6% und in der Landwirtschaft von 33,1% zugrunde.

In den vergangenen 15 Jahren verringerte sich die Pensionslücke deutlich, beim Medianpensionsvergleich der Neuzuerkennungen um 8 und beim Durchschnittspensionsvergleich um 6,7 Prozentpunkte. Begleitet wird diese Entwicklung von der beschriebenen Abnahme der Versorgungslücke der Frauen.

Abbildung 1: Gender Gap der Pensionen (Median), Neuzuerkennungen, Alterspensionen



Quelle: Dachverband der Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. Ohne zwischenstaatliche Teilleistungen, einschließlich Zulagen und Zuschüsse.

2.3 Gender Gap und Pensionsbezugsdauer

Unabhängig vom Vergleich von Erstpensionen oder Pensionsständen, Alters- oder krankheitsbedingten Pensionen, Median- oder Durchschnittspensionen: Der Pensionsnachteil der Frauen ist in allen Vergleichen, obgleich in einem unterschiedlichen Ausmaß, vorhanden.

Selbst die Berücksichtigung der längeren Pensionsbezugsdauer der Frauen, die sich aus dem um rund 1,8 Jahre niedrigerem tatsächlichen Eintrittsalter (bei einem Regelpensionsaltersunterschied von 5 Jahren) und ihrer längeren Restlebenserwartung auf 5,3 Jahre summiert (Statistik Austria, 2019B), verringert die Lücke, ohne sie zu schließen: Die kumulier-

ten Pensionseinkommen über die gesamte Pensionsbezugsdauer reduziert die mediane Pensionslücke der Neupensionen aus dem Jahr 2019 von 46,2% auf 36,0% und die mittlere Lücke von 42,3% auf 27,6%. Klotz und Klimont (2016) zeigen darüber hinaus für Österreich, dass Männer mit Hochschulabschluss im Alter von 65 Jahren eine um vier Jahre höhere Restlebenserwartung haben als Männer mit Pflichtschulabschluss. Die Differenz beträgt bei Frauen nur 1,5 Jahre. Sozioökonomische Merkmale wie Bildung und Einkommen sind positiv mit der Lebenserwartung korreliert (Leoni et al., 2020), wodurch die hier berechneten genderspezifischen Pensionslücken über die gesamte Pensionsbezugsdauer eine Untergrenze darstellen.

3. Höhe der Pensionslücke

Das Wissen über die Bestimmungsfaktoren der Pensionslücke stellt die Voraussetzung dar, um gezielte Maßnahmen zur Verringerung des genderspezifischen Pensionsnachteils zu setzen.

Diese Faktoren wurden für die rund 85.000 Pensionsneuzuerkennungen 2017 der vormals unselbständig Erwerbstätigen (ohne Beamtete) ermittelt. Die pensionsrelevanten Versicherungszeiten und Beitragsgrundlagen aus aktiver Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Kindererziehung der letzten 45 Jahre bilden die Grundlage der vorliegenden Berechnungen. Weitere Teilversicherungszeiten wie Kranken-, Rehabilitationsgeld, Präsenz-, Zivildienst, Schul- und Studienzeiten standen nicht zur Verfügung und konnten daher nicht berücksichtigt werden. Damit fehlen bei Frauen und Männern rund 2% aller pensionsrelevanten Versicherungszeiten (Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2019).

3.1 Gender Gap der Beschäftigungsjahre

Die Beitragsjahre aus aktiver Beschäftigung unterscheiden sich entlang der Pensionsarten (Alterspensionen, vorzeitige Alterspensionen, krankheitsbedingte Pensionen) zwischen Frauen und Männern erheblich voneinander. Die Anspruchsvoraussetzungen für vorzeitige Alterspensionen gehen mit dem geringsten Gap bei den Beitragsjahren einher, Frauen haben hier im Schnitt fünf Beitragsjahre weniger als Männer, bei den normalen Alterspensionen bzw. krankheitsbedingten Pensionen sind es hingegen 7,5 bzw. 6,4 Jahre. Ein Viertel der neuen Alterspensionistinnen hatte nur 11,3 Beitragsjahre, die Hälfte bis zu 24,2 Beitragsjahre, bei den Pensionisten waren es 18,1 bzw. 36,1 Jahre. Die starke Streuung der Zahl der Beitragsjahre bedeutet auch hier, dass der Gender Gap der Beitragsjahre gemessen am Median deutlich höher liegt: Für die Hälfte der Frauen

mit neu zuerkannter Alterspension betrug der „Beitragsgap“ zwölf Jahre, bei den vorzeitigen und krankheitsbedingten Pensionen lag er mit rund 7,5 Jahren etwas niedriger.

3.2 Gender Gap der Teilversicherungszeiten

Neben den Erwerbszeiten finden auch weitere Versicherungszeiten in der Pensionsberechnung Berücksichtigung. Die wichtigsten Teilversicherungszeiten sind jene für Kindererziehung und Zeiten mit Leistungsbezügen aus der Arbeitslosenversicherung. Frauen mit Kindern haben im Schnitt rund fünf Jahre Teilversicherungszeit durch Kindererziehung. Weiters haben Alterspensionistinnen zusätzlich rund 2,6 Jahre berücksichtigte Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit definiert bei den betroffenen Männern im Schnitt 3,5 Jahre ihrer Versicherungszeit bei normalen Alterspensionen. Bei krankheitsbedingten Pensionen ist der Umfang der Arbeitslosigkeit mit 3,9 (Frauen) bzw. 4,6 Jahren (Männer) deutlich größer.

3.3 Gender Gap der Versicherungsjahre

Das Lebensstandardprinzip in der österreichischen Alterssicherung definiert eine individuelle Einkommensersatzrate im Ausmaß von 80,1% nach 45 Versicherungsjahren und einem Pensionsantritt zum Regelpensionsalter. Eine kürzere Versicherungszeit bedeutet eine geringere Ersatzrate. Aufbauend auf die Beschäftigungsjahre erhöht die Berücksichtigung der Teilversicherungszeiten die pensionsrelevanten Versicherungszeiten sowohl für Frauen als auch für Männer. Durch die Teilversicherungszeiten reduziert sich der Gender Gap der Einkommensersatzrate, sie können ihn aber nicht schließen. Zum einen ist die Differenz bei den Beschäftigungsjahren groß, zum anderen haben nur rund $\frac{2}{3}$ aller Frauen Teilversicherungszeiten aus Kinderbetreuung. Am deutlichsten ist der Rückgang des Ersatzratengaps durch die Anrechnung der Teilversicherungszeiten von 21,4% auf 13,6% bei den normalen Alterspensionen und ebenso bei den vorzeitigen und krankheitsbedingten Pensionen (Tabelle 2) wirkt sich die Anrechnung verringernd auf den Ersatzratengap aus. Die theoretische Einkommensersatzrate der Frauen liegt auch nach der Berücksichtigung der Teilversicherungszeiten unter jener der Männer. Teilversicherungszeiten nehmen eine erhebliche Ausgleichsfunktion für Frauen ein, können aber die Beschäftigungsunterschiede bei Weitem nicht schließen.

3.4 Gender Gap der Pensionen

Um die Frage zu beantworten, welche Arbeitsmarktfaktoren für die Pensionsunterschiede von Frauen und Männern verantwortlich sind, werden die Versicherungsjahre mit den entsprechenden Einkommen (Beitragsgrundlagen) der Zugangskohorte 2017 in einer Pensionsberechnung zu-

Tabelle 2: Gender Gap der Ersatzrate, Median, Pensionsneuzugänge 2017

	Einkommensersatzrate				Gender-Gap-Ersatzrate	
	Beschäftigungsjahre		Versicherungsjahre		Beschäftigungsjahre	Versicherungsjahre
	Frauen	Männer	Frauen	Männer		
	in %				in %-Punkten	
Alterspension	43,5	64,9	54,3	67,9	−21,4	−13,6
vorzeitige Alterspension	64,9	78,2	75,4	79,2	−13,3	−3,8
krankheitsbedingte Pension*	33,4	47,0	47,0	52,6	−13,6	−5,6

Quelle: WIFO-INDI-DV, WIFO-Berechnungen; * ohne Zurechnungsmonate. Lesebeispiel: Die Einkommensersatzrate auf Basis der Beschäftigungsjahre beträgt bei Frauen, die 2017 erstmals eine Alterspension bezogen, 43,5% ihres lebensdurchschnittlichen Einkommens (Männer: 64,9%). Werden alle Versicherungsjahre berücksichtigt (auch Teilversicherungszeiten), beträgt die Ersatzrate für Frauen 54,3% (Männer: 67,9%). Der Nachteil für Frauen beträgt daher 21,4 Prozentpunkte bzw. 13,6 Prozentpunkte bei Berücksichtigung auch der Teilversicherungszeiten.

sammengeführt. Die Pensionshöhenberechnung beruht ausschließlich auf dem Pensionskonto-Recht, die Kontoerstgutschrift per 2014, die auch für die Kohorte 2017 maßgeblich ist, bleibt ausgeblendet. Für die vereinfachte Berechnung bilden die versicherungspflichtigen aufgewerteten Einkommen und Teilversicherungszeiten über den gesamten Erwerbsverlauf eine fiktive Bemessungsgrundlage, von der für jedes Versicherungsjahr 1,78% als Pensionsleistung gelten. Durch diese Vereinfachungen können weniger die konkreten Pensionshöhen als vielmehr die relativen Unterschiede zwischen Frauen und Männern interpretiert werden.

Die Zusammenführung der Versicherungszeiten mit den entsprechenden Beitragsgrundlagen erhöht sowohl das Niveau der Frauen- als auch der Männerpensionen. Für die Teilversicherungszeit Kindererziehung kommt zusätzlich zum Tragen, dass sie Erwerbslücken schließt und die Bemessungsgrundlage gegebenenfalls zusätzlich zu einem individuellen Erwerbseinkommen erhöht. Insgesamt übten knapp 14% der Frauen der Pensionskohorte 2017 innerhalb der ersten vier Jahre nach der Geburt ihres Kindes eine Erwerbstätigkeit aus; bei Frauen, die in eine vorzeitige Pension übertraten, waren es 19%. Für diese Zeiten erhöht sich ihre Teilgutschrift um die Gutschrift für die Kindererziehung.

Bei den Pensionsneuzuerkennungen 2017 hatte die Hälfte der Alterspensionistinnen eine durchschnittliche Bemessungsgrundlage aus ihrer aktiven Erwerbstätigkeit von 1.526 Euro, die somit knapp 40% unter dem vergleichbaren Wert der Männer (2.543 Euro) lag. Auch bei den vorzeitigen Alterspensionen beträgt die Bemessungsgrundlagen-Lücke 38,7%, das entspricht rund 1.100 Euro. In Kombination mit der geringeren Ersatzrate durch die geringe Anzahl an Versicherungsjahren wächst der Pen-

sionsnachteil der Frauen weiter an. Die mediane Alterspension der Frauen erreichte 2017 mit 811 Euro etwas mehr als 50% der Männerpension, der mittlere Pensionsgap der Neuzuerkennungen betrug damit 48,1% (Median) bzw. 35,4% im Durchschnitt, bei den vorzeitigen Alterspensionen lag der mediane Gap – trotz langer Versicherungsdauer als Antrittsvoraussetzung – bei 40,1% bzw. 31,5% im Durchschnitt (Tabelle 3).

Tabelle 3: Gender Gap der Pensionen, Pensionsneuzugänge 2017

	25% (1. Quartil)	50% (Median)	75% (3. Quartil)	Durchschnitt
Alterspension				
Frauen	395,0 €	811,0 €	1.393,0 €	1.003,0 €
Männer	671,0 €	1.563,0 €	2.333,0 €	1.552,0 €
Nachteil der Frauen	-41,1%	-48,1%	-40,3%	-35,4%
vorzeitige Alterspensionen				
Frauen	984,4 €	1.381,3	1.919,3 €	1.509,6 €
Männer	1.861,2 €	2.304,5	2.823,2 €	2.204,6 €
Nachteil der Frauen	-47,1%	-40,1%	-32,0%	-31,5%
krankheitsbedingte Pensionen*				
Frauen	372,0 €	711,1	1.170,5 €	853,2 €
Männer	499,5 €	1.060,7	1.697,4 €	1.158,7 €
Nachteil der Frauen	-25,5%	-33,0%	-31,0%	-26,4%

Quelle: WIFO-INDI-DV, WIFO-Berechnungen; ohne zwischenstaatliche Teileleistungen;

* ohne Zurechnungsmonate. Lesebeispiel: 50% der Frauen, die 2017 erstmals eine Alterspension bezogen haben, bekamen 811 € oder weniger (Männer: 1.563 €). Der Gender Gap der Pensionen (Median), also der Nachteil der Frauen, beträgt daher 40,3%.

4. Bestimmungsgründe der Pensionslücke

Versicherungsjahre und Einkommenshöhen liefern einen unterschiedlichen Erklärungsbeitrag zum Pensionsgap. Die Anwendung der realisierten Versicherungsjahre der Männer (fünf Jahre mehr als Frauen bei den Alterspensionen bzw. 3,7 mehr bei vorzeitigen Alterspensionen) auf die realisierten medianen Bemessungsgrundlagen der Frauen zeigt folgendes Bild: Der Gender Gap der monatlichen Alterspension würde um rund 20 Prozentpunkte von 48,1% (752 Euro monatlich) auf 28,5% (445 Euro) bzw. bei den vorzeitigen Alterspensionen um knapp 10 Prozentpunkte auf 31% sinken. Auf der Grundlage durchschnittlicher Werte sind die Pensionslücken weniger groß, und der Rückgang der Pensionslücke bei den Alterspensionen von 35,4% auf 33,5% und bei den vorzeitigen Pensionen von 31,5% auf 29,7% ist geringer.

Stärker ist der Einkommenseffekt: Hätten die höheren Bemessungsgrundlagen der Männer für die realisierten Versicherungsjahre der Frauen für die Neupensionistinnen 2017 gegolten, wäre der Gender Gap der Pensionen sowohl bei den Alterspensionen als auch bei den krankheitsbedingten Pensionen um mehr als die Hälfte geschrumpft, der Gap der medianen Alterspension auf 21,7% (das sind 340 Euro) gefallen. Bei den vorzeitigen Alterspensionen, die als Voraussetzung lange Versicherungsdauern haben, zeigt sich die Einkommenskomponente noch deutlicher. Hier fällt der GGP von 40,1% (923 €) auf 8,7% (200 €) (Tabelle 4). Der Einkommenseffekt berechnet mit den durchschnittlichen Pensionen bedeutet eine Reduktion des GGP von 35,4% auf 12,0% bei den Alterspensionen bzw. von 31,5% auf 4,8% bei den vorzeitigen Alterspensionen.

Damit erklären die unterschiedlichen Erwerbseinkommenshöhen im Laufe des Erwerbslebens mit 55% mehr als die Hälfte der geschlechtsspezifischen Pensionslücke, die kürzere pensionsrelevante Versicherungszeit hingegen „nur“ 41% der Lücke. Die verbleibenden 4% sind durch die Lage und Kombination beider Faktoren bestimmt.

Die Zerlegung der Komponenten zeigt also, dass der „Einkommenseffekt“ höher als der „Zeiteffekt“ ist, die im Schnitt höheren Erwerbseinkommen der Männer also einen größeren Erklärungswert für die geschlechtsspezifische Pensionslücke haben als die geringere Anzahl an Versicherungsjahren der Frauen.

Tabelle 4: Bestimmungsfaktoren des GGP, Pensionsneuzugänge 2017

	Status quo	Anwendung des Faktors Versiche- rungszeit der Männer auf Frauen	Anwendung des Faktors Einkommen der Männer auf Frauen	Status quo	Anwendung des Faktors Versiche- rungszeit der Männer auf Frauen	Anwendung des Faktors Einkommen der Männer auf Frauen
	Median			Durchschnitt		
Alterspension						
Frauen	811,0 €	1.117,0 €	1.224,0 €	1.003,0 €	1.032,0 €	1.366,0 €
Männer	1.563,0 €	1.563,0 €	1.563,0 €	1.552,0 €	1.552,0 €	1.552,0 €
GGP der Frauen	-48,1%	-28,5%	-21,7%	-35,4%	-33,5%	-12,0%
vorzeitige Alterspensionen						
Frauen	1.381,3 €	1.589,6 €	2.104,3 €	1.510,0 €	1.551,0 €	2.099,0 €
Männer	2.304,5 €	2.304,5 €	2.304,5 €	2.205,0 €	2.205,0 €	2.205,0 €
GGP der Frauen	-40,1%	-31,0%	-8,7%	-31,5%	-29,7%	-4,8%

Quelle: WIFO-INDI-DV, WIFO-Berechnungen.

5. Schlussfolgerungen

Die in den letzten Jahrzehnten zu beobachtende Zunahme der Frauenbeschäftigungsquote führte zu einem sinkenden Anteil von Frauen im Pensionsalter, die keine eigenständigen Altersleistungen beziehen. Trotz gestiegener Arbeitsmarktintegration der Frauen in quantitativer (Beschäftigungsquote) und qualitativer (Einkommensniveaus) Sicht sind neu zuerkannte Alterspensionen an Frauen immer noch relativ niedrig.

Die geschlechtsspezifische Pensionslücke in Österreich ist dadurch hoch und für die überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdung alleinstehender Frauen im Pensionsalter mitverantwortlich. Das erwerbszentrierte Alterssicherungssystem transferiert genderspezifische Ungleichheiten des Arbeitsmarktes durch das Äquivalenzprinzip in die Pension. Die „Ausgleichsmechanismen“, vor allem die Teilversicherungszeiten und die Ausgleichszulage, schließen die Lücke nicht. Frauen in Österreich haben trotz der vergleichsweise großzügigen Anrechnungen von Betreuungszeiten einen größeren Pensionsnachteil im europäischen Ländervergleich. Damit zeigt sich die Wichtigkeit weiterer Gleichstellungsmaßnahmen am Arbeitsmarkt zur Schließung der Einkommens- und damit Pensionslücken zwischen Frauen und Männern.

Die empirische Analyse zeigt, dass die geringen Erwerbseinkommen der Frauen den größten Erklärungswert der Pensionslücke haben. Hierfür ist die hohe Teilzeitquote mit entsprechend geringen Teilzeiteinkommen der Frauen, aber auch ihr überdurchschnittlich hoher Anteil an Niedriglohnbeschäftigten verantwortlich. Die geringere Anzahl der Versicherungsjahre, die sich weniger durch das geringere Pensionsantrittsalter der Frauen als vielmehr durch die Erwerbsunterbrechungen erklären lässt, liefert nur den zweitwichtigsten Erklärungswert der Pensionslücke.

Neben einer verstärkten Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen braucht es essentielle strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt als das der Pensionsversicherung vorgelagerte System ist der Ansatzpunkt zur Verbesserung der ökonomischen Absicherung von Frauen, sowohl für die Erwerbsphase als auch in weiterer Folge für die Pensionsphase. Wie sich an den Bestimmungsfaktoren des GGP zeigt, ist hier das Einkommensniveau der zentrale Ansatzpunkt. Die geringe Bewertung der Tätigkeiten in frauendominierten Branchen wie im Gesundheits- und Sozialwesen, im Handel etc. in Verbindung mit einem hohen Anteil an Teilzeitjobs (vgl. Bock-Schappelwein et al., 2020B) begründet die hohe Pensionslücke. Lohn- und Einkommenspolitik hat damit eine fundamentale Funktion für die Alterssicherung der Frauen und bildet die Grundlage zur Reduktion der Pensionslücke.

Die Eindämmung der De-Standardisierungsentwicklungen bei den Einkommens- und Beschäftigungsformen (Ein-Personen-Unternehmen), die

Reduktion der Arbeitslosigkeit und eine gezielte Beschäftigungsförderung sind Voraussetzungen der verbesserten ökonomischen Absicherung der Frauen, auch im Alter.

Literatur

- Bettio, Francesca, Tinios, Platon, Betti, Gianni (2013): The Gender Gap in Pensions in the EU. Luxemburg: Publications Office of the European Union.
- Bock-Schappelwein, Julia, Famira-Mühlberger, Ulrike, Horvath, Thomas, Huemer, Ulrike (2020A): Gleichstellungsindex Arbeitsmarkt, Eine Analyse des Geschlechterverhältnisses in Österreich, Aktualisierung 2020, Wien.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Mayrhuber, Ch., COVID-19 (2020B): Ökonomische Effekte auf Frauen, WIFO Research Briefs, (3).
- Dachverband der Sozialversicherungsträger (2020): Verteilung des monatlichen Pensionseinkommens, Pensionsstände im Dezember, Berichtsjahr 2019, Wien.
- EIGE (European Institute for Gender Equality) (2015): Gender gap in pensions in the EU.
- Ekheden, Erland, Linnér, Hanna, Lundberg, Kristoffer, Settergren, Ole (Swedish Pensions Agency [2019]): Theoretical gender gaps in pensions, The International Social Security Association (ISSA).
- European Parliament (2016): The gender pension gap: differences between mothers and woman without children.
- European Parliament (2017): Gender Gap in Pensions: Looking ahead, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/583150/IPOL_STU\(2017\)583150_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/583150/IPOL_STU(2017)583150_EN.pdf).
- European Parliament (2019): The gender gap in pensions in the EU. EMPL in Focus.
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (2019): Teilversicherungs-, Ersatzzeiten- und Wanderversicherungsbericht für das Jahr 2018, Wien.
- Klotz, Johannes, Klimont, Jeanette (2016): Lebenserwartung in Gesundheit nach Bundesland, Geburtsland und Schulbildung. In: Statistische Nachrichten 4/2016. S. 256–263.
- Leoni, Thomas; Spielauer, Martin, Reschenhofer, Peter (2020): Soziale Unterschiede, Lebenserwartung und Gesundheitsausgaben im Lebensverlauf, WIFO, Wien.
- Mayrhuber, Christine (2017): Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit und ihre Bedeutung für das Frauen-Lebenseinkommen. Wien.
- Statistik Austria (2019A): Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).
- Statistik Austria (2019B): Demographische Indikatoren. Aufgerufen am 10. Jänner 2020, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_indikatoren/index.html.

Zusammenfassung

Österreich ist durch mehrere geschlechtsspezifische Nachteile („Gender Gaps“) gekennzeichnet. Zum einen haben wir im europäischen Vergleich einen überdurchschnittlich hohen Gender Pay Gap: Abhängig von den verwendeten Einkommensdaten liegt er zwischen 15,6% (bereinigte Stundenlöhne, 2015) und 36,7% (unbereinigte Jahreseinkommen, 2018). Zum anderen ist auch der Versorgungsgap, also der geschlechtsspezifische Unterschied bei den Anteilen von Personen im Pensionsalter mit autonomem Pensionseinkommen, hoch: 11,4% der Frauen haben keine eigenständigen oder abgeleiteten Alterseinkünfte (Männer: 1,3%), der Versorgungsgap der Frauen im Pensionsalter liegt damit bei

10,1 Prozentpunkten. Schließlich beträgt der Nachteil bei den Pensionseinkommen, der Gender Gap der Pensionen (kurz GGP) für Frauen, die 2019 in eine Alterspension übertraten, im Durchschnitt 39,4% und im Median 46,1%. Vergleichbare europäische Zahlen aller Alterseinkommen der 65- bis 79-Jährigen weisen den österreichischen GGP mit 38,8% aus, er liegt um 9,7 Prozentpunkte über dem Schnitt der EU-28. Hauptursachen des GGP sind in erster Linie das geringe Erwerbseinkommen und in zweiter Linie die geringere Anzahl an pensionsversicherungsrelevanten Jahren im Erwerbsverlauf von Frauen. Eine forcierte Gleichstellung am Arbeitsmarkt, allen voran bei den Erwerbseinkommen, ist somit die Grundvoraussetzung für eine Verringerung des frauenspezifischen Pensionsnachteils.

Abstract

Austria is characterized by several gender-specific disadvantages ("gender gaps"). First, we have an above-average gender pay gap compared to other European countries: depending on the income data used, it ranges from 15.6% (adjusted hourly wages, 2015) to 36.7% (unadjusted annual income, 2018). Second, the pension gap, i.e., the gender gap in the shares of people of retirement age with autonomous pension income, is also high: 11.4% of women have no autonomous or derived retirement income (men: 1.3%), putting the pension gap of women of retirement age at 10.1 percentage points. Finally, the pension disadvantage, the gender gap in pensions (GGP for short) for women who transitioned to a retirement pension in 2019 is 39.4% on average and 46.1% on median. Comparable European figures for all retirement incomes of 65- to 79-year-olds show the Austrian pension gap at 38.8%, 9.7 percentage points higher than the EU-28 average. The main reason for the GGP is primarily the low earned income and secondarily the lower number of insurance years of women. Thus, promoting equality in the labour market is a prerequisite for reducing the pension disadvantage for women.

Key words/Schlüsselbegriffe: Pensionen, Pensionslücke, Gender Gap, Gender Pension Gap, Gender Gap in Pensions.

JEL Codes: J31 , J26, J08 , I31.

Gender Gap in Pension und Pension Literacy von Frauen in Österreich

Ingrid Mairhuber, Bettina Stadler

Einleitung¹

2018 betrug die neu zugewandene Alterspension (ohne zwischenstaatliche Teilleistungen, einschließlich Zulagen und Zuschüsse) von Frauen in Österreich im Durchschnitt 1.284 Euro, die der Männer 2.227 Euro. Frauen erhielten damit eine um 42,3% niedrigere Alterspension als Männer. Bezogen auf die Medianpensionen machte der Gender Gap in Pensions bzw. der geschlechtsspezifische Pensionsunterschied sogar 49,2% aus.²

Im EU-kofinanzierten Projekt „TRAPEZ: Transparente Pensionszukunft – Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit von Frauen im Alter“ wurden die Gründe für den hohen geschlechtsspezifischen Pensionsunterschied erstmals einer genaueren Analyse unterzogen.³ Der wichtigste Grund für die großen Unterschiede sind im erwerbszentrierten österreichischen Pensionssystem die geringeren Erwerbseinkommen von Frauen. Frauen arbeiten aufgrund der weiterhin schwierigen Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und familiärer Versorgungsarbeit häufiger Teilzeit, sie sind in den zwar systemrelevanten, aber niedrig entlohnenden Wirtschaftsbereichen tätig oder verdienen als Frauen schlicht weniger, weil sie diskriminiert werden.⁴ Der zweitwichtigste Grund für die großen Differenzen bei den Alterspensionen von Frauen und Männern ist die häufig geringere Anzahl an Erwerbsjahren, die sich weniger daraus ergibt, dass Frauen theoretisch (noch) fünf Jahre früher in Pension gehen können als Männer, als vielmehr durch Berufsunterbrechungen während der Haupterwerbsjahre.⁵

Das erwerbsbezogene österreichische Pensionssystem beinhaltet aber auch eine Reihe von Bestimmungen, die Frauen bzw. Personen mit Betreuungspflichten oder instabilen Erwerbsverläufen zugutekommen, wie z. B. die Anrechnung von Kindererziehungszeiten oder von Zeiten mit Ar-

¹ Wir bedanken uns bei Karin Sardadvar sowie bei den anonymen GutachterInnen für wichtige Hinweise und wertvolle Anregungen.

² Mayrhuber (2020) 37.

³ Siehe dazu näher: Mairhuber, Mayrhuber (2020).

⁴ Geisberger, Glaser (2017).

⁵ Siehe dazu näher: Mayrhuber (2020) 42ff.

beitslosengeld- bzw. Notstandshilfebezug. Gleichzeitig gibt es Regelungen, wie z. B. die Ausgleichszulage, welche die Absicherung im Alter vom Familienstand abhängig machen und de facto vor allem bei Frauen dazu führen, dass sie im Alter finanziell von ihren Partnern abhängig sind.

Die Einführung des Pensionskontos 2005 stand auch im Zeichen einer Erhöhung der Transparenz der erwartbaren individuellen Pensionsleistungen. Damit einher geht die Anforderung, individuell Handlungen für eine Verbesserung der eigenen Absicherung im Alter zu setzen. Dies wiederum setzt voraus, dass Menschen zumindest in Grundzügen über die Bestimmungen des Pensionsversicherungsrechtes Bescheid wissen und dieses Wissen auf ihre eigenen individuellen Erwerbs- und Lebensverläufe übertragen können. Ein ausreichendes Pensionswissen bzw. eine ausreichende Pension Literacy⁶ ist – so zeigen auch internationale Studien – eine unerlässliche Voraussetzung, um fundierte und vorausschauende Entscheidungen im Hinblick auf die eigene Absicherung im Alter treffen zu können.

Im vorliegenden Beitrag gehen wir daher der Frage nach, ob Frauen in Österreich ausreichend Wissen über das österreichische Pensionssystem haben, um gute Entscheidungen treffen zu können, und ob der enorme Gender Gap in Pensions zu einem Teil auf ihre Pension Illiteracy zurückzuführen ist. Dabei geben wir zunächst einen kurzen Überblick über den in internationalen Studien beschriebenen Zusammenhang zwischen Pension Literacy und Pensionsplanung. Danach werden die Datenbasis und die methodische Vorgehensweise vorgestellt. Diesem Abschnitt folgt eine Beschreibung der Eckpunkte des österreichischen Pensionsversicherungsrechtes, welches den Hintergrund für die Analyse der Pension Literacy von Frauen in Österreich bildet. Im Hauptteil präsentieren wir die ersten für Österreich verfügbaren empirischen Ergebnisse zum Pensionswissensstand von Frauen und seine Bedeutung für den Gender Gap in Pensions. Darauf aufbauend ziehen wir Schlussfolgerungen bzw. präsentieren Maßnahmen zur Verbesserung des Pensionswissens von Frauen und damit zum Abbau des geschlechtsspezifischen Pensionsunterschiedes in Österreich.

Pension Literacy als Voraussetzung für eine gute Absicherung von Frauen und Männern im Alter

In den letzten Jahrzehnten kam es in zahlreichen Ländern innerhalb der EU, aber auch weltweit zu mitunter weitreichenden Reformen der Alterssicherungs- bzw. Pensionssysteme. Internationale Studien belegen, dass

⁶ Im vorliegenden Beitrag werden die Begriffe Pension Literacy, Pensionskompetenz und

dies u. a. zu einer stärkeren Erwerbszentrierung und Individualisierung der Alterssicherungssysteme geführt hat. Das bedeutet, dass die Einzelnen mehr Verantwortung für ihre zukünftigen Pensionsleistungen übernehmen müssen.⁷ Dementsprechend sind Individuen zunehmend gezwungen, selbst Maßnahmen zu ergreifen, um im Ruhestand über genügend finanzielle Mittel zu verfügen.⁸ Staatliche Alterssicherungssysteme wurden durch die Reformen mit Ausnahme von Mindestsicherungselementen, die zum Teil auch eine Verbesserung erfahren haben, weniger großzügig, aber flexibler gestaltet. Von den einzelnen Menschen wird nun erwartet, dass sie über den gesamten Lebens- und Erwerbsverlauf hinweg Entscheidungen treffen, die sich positiv auf ihre Pensionsleistungen auswirken.⁹

Wenn aufgrund von Reformen Individuen mehr Verantwortung für ihre Pensionsleistungen übernehmen müssen, gewinnt – so die Schlussfolgerung internationaler Studien – das Wissen über die grundlegenden Bestimmungen und die Funktionsweise von Pensionssystemen enorm an Bedeutung, denn nur auf Basis von umfassendem Wissen, sprich ausreichender Pension Literacy, können qualifizierte Entscheidungen getroffen werden.¹⁰ Dies gilt vor allem in Ländern, deren Alterssicherungssysteme neben staatlichen Pensionsleistungen stark auf betriebliche und private Zusatzpensionen setzen, aber auch für Länder wie Österreich, in denen die staatlichen Pensionssysteme immer stärker an individuelle Erwerbs- und Lebensverläufe geknüpft sind.¹¹

Der Begriff Pension Literacy leitet sich aus dem zunächst vor allem in US-amerikanischen quantitativen Studien erforschten Zusammenhang zwischen Financial Literacy und Pensionsplanung ab.¹² Der Begriff Literacy meint grundsätzlich die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können sowie über Wissen zu verfügen, das sich auf ein bestimmtes Fachgebiet bezieht. Wichtig dabei ist, dass dies auch die Fähigkeit umfasst, den Text und die darin enthaltenen Informationen richtig zu interpretieren.¹³ In Anlehnung an die Definition von Financial Literacy beziehen wir den Begriff Pension Literacy daher auf das Wissen über Pensionssysteme und die Fähigkeit, Pensionsinformationen, z. B. über das eigene Pensionskonto, zu verstehen, zu interpretieren und damit an der Pensionskommunikation aktiv teilnehmen zu können.

Pensionswissen synonym verwendet. Gleiches gilt für die Begriffe Financial Literacy, Finanzkompetenz und Finanzwissen.

⁷ Atkinson et al. (2012), Foster, Heneghan (2018), Adeabah (2020).

⁸ Lusardi, Mitchell (2014) 6f, Aubrama et al. (2016) 27.

⁹ Prast, van Soest (2015) 5f.

¹⁰ Adeabah (2020) 2, Gallo et al. (2018) 261, Prast, van Soest (2015) 3ff, Landerretche, Martínez (2013).

¹¹ Siehe dazu näher: Mairhuber (2012).

¹² Siehe dazu z. B.: Lusardi, Mitchell (2014), Clark, Lusardi, Mitchell (2017).

¹³ Aubrama et al. (2016) 3.

Aus internationalen Studien geht jedoch hervor, dass fehlendes und/oder falsches Wissen über Pensionssysteme und Pensionsleistungen in vielen Ländern weit verbreitet ist und dies im Hinblick auf die individuelle Pensionsplanung zu schlechten bzw. zumindest suboptimalen Entscheidungen führt.¹⁴

Prast/van Soest¹⁵ weisen in einem vergleichenden EU-Projekt zum Thema Pension Awareness darauf hin, dass bei den meisten ArbeitnehmerInnen die Pensionen höher sind als alle anderen Ersparnisse, die sie im Laufe ihres Lebens ansammeln, dennoch sind sie während ihres Erwerbslebens in sozialpolitische Fragen der Alterssicherung nur sehr begrenzt einbezogen, und ihr Pensionswissen ist sehr gering. Untersuchungen für die Niederlande ergeben, dass Männer pensionsbewusster sind als Frauen, wahrscheinlich – so wird angenommen – weil Männer oft die Hauptverdiener sind. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der in vielen Ländern beobachteten Kluft zwischen Männern und Frauen bei der tatsächlichen oder vermeintlichen Financial Literacy.¹⁶

Zudem hat, wie Aubrama et al.¹⁷ für Österreich und die Schweiz zeigen, die selbst eingeschätzte Financial Literacy einen stärkeren Einfluss auf die Pensionsplanung als das faktische Niveau der Financial Literacy. Dementsprechend ist wichtig, ob Menschen sich selbst als finanziell gebildet betrachten, während das Faktenwissen von geringerer Bedeutung für die Planung der eigenen Absicherung im Alter ist. Somit könnte der Unterschied sowohl in der Financial als auch in der Pension Literacy am stärkeren Selbstvertrauen der Männer liegen.¹⁸ Wie ebenfalls aus internationalen Studien hervorgeht, werden Informationen z. B. zu Finanzfragen nicht aufgenommen, wenn die Menschen Inhalte und Botschaft nicht verstehen bzw. wenn sie vermuten, dass sie diese nicht verstehen und deshalb die Informationen ignorieren oder als irrelevant ablehnen.¹⁹

Dieses Nicht-Wissen bzw. das fehlende Vertrauen in das eigene Wissen hat schwerwiegende Folgen. Eine von Foster/Heneghan²⁰ in Großbritannien durchgeführte qualitative Studie zur Pensionsplanung von Frauen kam zum Ergebnis, dass diese aufgrund von fehlendem Pensionswissen kein Vertrauen in mögliche eigene Pensionsentscheidungen haben. Dies führt dazu, dass sie es eher vermeiden, überhaupt Entscheidungen zu treffen, und daher stärker von Altersarmut bedroht sind als Männer.

¹⁴ Mitchell (1988), Chan, Stevens (2008).

¹⁵ Prast, van Soest (2015) 5.

¹⁶ Lusardi, Mitchell (2008), Aubrama et al. (2016) 6.

¹⁷ Aubrama et al. (2016) 27.

¹⁸ Prast, van Soest (2015) 9.

¹⁹ Aubrama et al. (2016) 2.

²⁰ Foster, Heneghan (2018).

Für Österreich gibt es bislang keine Studien über den Zusammenhang von Pension Literacy und Pensionsplanung, aber einige Studien zur Finanzkompetenz der österreichischen Bevölkerung.²¹ Es zeigt sich, dass einerseits das Niveau der Finanzkompetenz in Österreich – ähnlich wie in anderen Ländern – vor allem bei Frauen, Jüngeren und Älteren sowie bei Personen mit geringer Ausbildung besonders niedrig ist.²² Andererseits zeigt die Untersuchung von Aubrama et al.²³, dass sich eine höhere Kompetenz eindeutig positiv auf die Pensionsplanung – in diesem Falle bezogen auf die betriebliche und private Pensionsvorsorge – auswirkt.

Datenbasis und methodische Vorgehensweise

Der Inhalt des vorliegenden Beitrags basiert auf Teilergebnissen des bereits erwähnten TRAPEZ-Projektes. Das primäre Ziel des qualitativen Projektteiles war zu erfahren, was österreichische Frauen im erwerbsfähigen Alter und in den verschiedensten Lebenssituationen über die aktuellen Bestimmungen der Pensionsversicherung wissen bzw. was sie davon halten, wie sie die Ursachen des geschlechtsspezifischen Pensionsunterschiedes wahrnehmen und welche individuellen Handlungsmöglichkeiten sie sehen, aber auch, welche Veränderungen sie als notwendig erachten.

Um diesen Fragen nachzugehen, wurden die aktuellen Regelungen der österreichischen Pensionsversicherung für unselbständig Erwerbstätige aufgearbeitet und eine qualitative empirische Erhebung durchgeführt. Da es in Österreich bisher keine Studien zum geschlechtsspezifischen Pensionsunterschied gab und daher nur sehr wenige Informationen vorliegen, stellte die qualitative Erhebung ein geeignetes, weil exploratives Forschungsinstrument dar.

Kernstück der qualitativen empirischen Studie waren ausführliche leitfadengestützte Interviewgespräche mit elf Frauen und drei Fokusgruppengespräche mit insgesamt 26 Frauen. Qualitative Zugänge via Interviews sowie Fokusgruppen eröffnen die Chance, neue, über bestehende Vorkenntnisse hinausgehende Einsichten und Erkenntnisse zu einem Themengebiet zu erlangen.

Eine Besonderheit dieser Interviews und Fokusgruppen liegt darin, dass die befragten Frauen im Zuge der Gespräche über das österreichische Pensionsversicherungsrecht informiert wurden, denn es zeigte sich, dass das Pensionswissen sehr gering ist. Erst auf Basis der Informationen

²¹ Siehe dazu z. B. Silgoner, Weber (2014) und eine Untersuchung zu den Auswirkungen der Financial Literacy auf die Pensionsplanung: Aubrama et al. (2016).

²² Silgoner, Weber (2014) 41.

²³ Aubrama et al. (2016) 3ff.

konnte diskutiert werden, wie sie die einzelnen Regelungen einschätzen und was diese für sie individuell bedeuten.

Bei der Auswahl der Interviewpartnerinnen wurde nach dem Ansatz des Theoretical Sampling vorgegangen.²⁴ Dieses zielt nicht auf Repräsentativität im statistischen Sinn ab, sondern auf die sogenannte inhaltliche oder konzeptuelle Repräsentativität. Das bedeutet, dass der Gegenstand in seinen unterschiedlichen Facetten angemessen erfasst wird und die Ergebnisse auf empirisch begründeten Fallselektionen und Fallkontrastierungen beruhen. Vor diesem Hintergrund wurde die Stichprobe nach verschiedenen, sich als relevant abzeichnenden Kriterien variiert.

Die insgesamt 37 beteiligten Frauen sind zwischen 30 und 56 Jahre alt und unterscheiden sich nach folgenden Aspekten: Sie kommen aus fünf verschiedenen Bundesländern, leben in der Stadt oder am Land, sind verheiratet, leben in Lebensgemeinschaft, sind verwitwet oder geschieden, haben keine Kinder bzw. bis zu vier Kinder, ihre höchsten Bildungsabschlüsse reichen von Pflichtschule, Lehre über Matura bis zum Universitätsabschluss, sie sind Arbeiterinnen, Angestellte oder erwerbslos, mit oder ohne Migrationshintergrund.²⁵ Alle Interviews und Fokusgruppen wurden zwischen April und Oktober 2019 durchgeführt.

Zur Analyse wurden die Interviews mit Verfahren der Grounded Theory²⁶ interpretativ in mehreren Schritten kodiert, zu Themen verdichtet²⁷ und entlang der Fragestellungen ausgewertet.

Eckpunkte des österreichischen Pensionsversicherungsrechtes²⁸

Das gesetzliche Pensionsalter beträgt in Österreich für Männer 65 Jahre und für Frauen, die vor dem 2. Dezember 1963 geboren wurden, 60 Jahre. Ab dem Jahr 2024 wird das Frauenpensionsalter in Halbjahresschritten dem Männerpensionsalter angeglichen. Damit beträgt das Pensionsantrittsalter von Frauen ab 2033 bzw. für Frauen, die nach dem 1. 6. 1968 geboren sind, ebenfalls 65 Jahre.

Seit Inkrafttreten des Allgemeinen Pensionsgesetzes (APG) 2005²⁹ kann eine Alterspension bezogen werden, wenn neben der Erreichung des

²⁴ Strauss, Corbin (1996), Charmaz, 2014.

²⁵ Siehe dazu näher: Mairhuber, Mayrhuber (2020) 142.

²⁶ Glaser et. al. (2010).

²⁷ Lueger (2010).

²⁸ Die angeführten Bestimmungen beziehen sich auf die Pensionsversicherung für unselbstständig erwerbstätige Personen, die nach dem 31. Dezember 1954 geboren sind (Stand November 2020).

²⁹ Siehe näher zu den Bestimmungen und Auswirkungen der Einführung des Allgemeinen Pensionsgesetzes: Mairhuber (2013) 128f.

Pensionsantrittsalters mindestens 15 Versicherungsjahre, davon sieben aufgrund von Erwerbstätigkeit,³⁰ vorliegen. Damit haben z. B. Frauen mit sieben Erwerbsjahren und acht Kindererziehungsjahren Anspruch auf eine eigenständige Alterspension.

Nach den Bestimmungen des APG wurde für alle nach dem 31. Dezember 1954 geborenen Versicherten ein Pensionskonto eingerichtet, auf dem von der jährlichen Beitragsgrundlage, sprich dem sozialversicherungspflichtigen Jahresbruttoeinkommen bis zur Höchstbeitragsgrundlage, 1,78% als Teilgutschriften eingetragen werden. Diese jährlichen Teilgutschriften erhöhen die Gesamtgutschrift, die jährlich mit der durchschnittlichen Beitragsgrundlagenentwicklung aufgewertet wird.

Neben Zeiten einer Pflichtversicherung aufgrund einer Erwerbstätigkeit fließen in die Beitragsgrundlage auch sogenannte Teilpflichtversicherungszeiten (z. B. für Zeiten der Kindererziehung, des Bezuges von Kranken- oder Arbeitslosengeld) und Zeiten der freiwilligen Selbst- oder Weiterversicherung ein. Für die Berücksichtigung im Pensionskonto sind diesen Zeiten gesonderte Beitragsgrundlagen zuzuordnen. Diese Beitragsgrundlage beträgt 2020 z. B. für Kindererziehungszeiten monatlich 1.922,59 Euro (max. zwölf Mal jährlich) und beim Bezug von Arbeitslosengeld bzw. Notstandhilfe 70% bzw. 64,4% des vorangegangenen Erwerbseinkommens. Die Pensionsleistung errechnet sich aus der auf dem Pensionskonto angesammelten und jährlich mit der durchschnittlichen Beitragsgrundlagenentwicklung aufgewerteten Gesamtgutschrift. Dieser Wert geteilt durch 14 ergibt die monatliche Bruttopension.

Wird die Pension vor Vollendung des gesetzlichen Pensionsalters in Anspruch genommen und liegen keine 45 Erwerbsjahre vor, sind Abschläge vorgesehen. Diese betragen z. B. bei der Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension pro Jahr des früheren Pensionsantritts 4,2% (max. 13,8%) der Pensionsleistung. Wird die Pension nach Vollendung des gesetzlichen Pensionsalters in Anspruch genommen, fallen Zuschläge an. Damit erhöht sich die errechnete Pensionsleistung um 4,2% pro Jahr (max. 12,6%) der späteren Inanspruchnahme.

Seit 1993 gibt es im österreichischen Pensionsrecht Kindererziehungszeiten. Grundsätzlich werden für die ersten 48 Lebensmonate jedes Kindes auf Basis der bereits erwähnten gesonderten Bemessungsgrundlage Zeiten im Pensionskonto gutgeschrieben. Sind die Kinder in kürzeren Abständen geboren, werden die sich überlappenden Zeiten nur einmal berücksichtigt. Kindererziehungszeiten werden auch im Falle einer gleichzeitigen Erwerbstätigkeit gewährt und erhöhen somit in jedem Falle die

³⁰ Hierzu zählen auch Zeiten einer begünstigten Selbst- bzw. Weiterversicherung bei Pflege eines behinderten Kindes oder eines nahen Angehörigen ab der Pflegestufe 3, der Familienhospizkarenz sowie des Bezuges eines Pflegeteilzeitkarenzgeldes.

Pensionsleistung. Sie werden zunächst ausschließlich und automatisch dem Pensionskonto der Mutter zugerechnet. Auf Antrag können Kindererziehungszeiten auf das Pensionskonto des Vaters übertragen werden, wenn sich dieser tatsächlich und überwiegend der Kindererziehung gewidmet hat.

Eltern können zudem seit 2005 ein freiwilliges Pensionssplitting vereinbaren bzw. beantragen. Der Elternteil, der sich nicht überwiegend der Kindererziehung widmet und erwerbstätig ist, kann für die ersten sieben Jahre nach der Geburt des Kindes bis zu 50% seiner Teilgutschriften auf das Pensionskonto des Elternteils übertragen, der die Kindererziehung übernimmt. Die Antragsfrist gilt grundsätzlich bis zur Vollendung des zehnten Lebensjahres des Kindes. Die Übertragung kann nicht rückgängig gemacht werden.

Seit der Einführung der Pflegekarenz bzw. Pflegezeit im Jahr 2014 werden diese Zeiten ebenfalls als Teilpflichtversicherungszeiten auf dem Pensionskonto angerechnet. Die gesonderte Bemessungsgrundlage für Pflegekarenz entspricht jener der Kindererziehungszeiten. Darüber hinaus gibt es für Personen, die Angehörige ab Pflegestufe 3 oder ein behindertes Kind pflegen, seit vielen Jahrzehnten die Möglichkeit, eine freiwillige Weiter- oder Selbstversicherung zu beantragen.³¹ Die Beiträge dafür werden von der öffentlichen Hand übernommen, und im Falle der Selbstversicherung entspricht die gesonderte Bemessungsgrundlage ebenfalls jener der Kindererziehungszeiten. Bei Weiterversicherung aufgrund von Angehörigenpflege entspricht die Beitragsgrundlage jener vor dem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit.

Zudem besteht in Österreich für Personen, die in der Pensionsversicherung pflicht-, weiter- oder selbstversichert sind, die Möglichkeit, eine freiwillige Höherversicherung abzuschließen. Die Höhe der Beiträge kann – innerhalb der jeweils geltenden Jahreshöchstgrenze (2020: 10.740 Euro) – selbst bestimmt und auch der Zeitpunkt der Beitragsleistung frei gewählt werden (monatliche Zahlungen, ein- oder mehrmalige Zahlungen jährlich). Eine Höherversicherung kann jederzeit begonnen oder beendet werden. Die Höherversicherung hat die Wirkung einer Zusatzpension.

BezieherInnen einer Pension haben in Österreich Anspruch auf eine Ausgleichszulage, wenn ihr Gesamteinkommen den sogenannten Richtsatz nicht erreicht. Zum Gesamteinkommen zählen die Bruttopension, das sons-

³¹ Bereits seit 1998 konnten sich Personen, die aufgrund der Betreuung und Pflege eines Angehörigen mit Pflegestufe 5 bis 7 aus der Erwerbsarbeit aussteigen, in der Pensionsversicherung begünstigt weiter- bzw. selbstversichern lassen. Pflegenden Angehörigen hatten nur die Hälfte der Pensionsversicherungsbeiträge zu entrichten. In den darauffolgenden Jahren wurde diese Möglichkeit auf die Angehörigen mit Pflegestufe 3 und 4 ausgedehnt. Seit 2009 zahlt der Bund die Pensionsversicherungsbeiträge zur Gänze (Mairhuber, Sardadvar [2017] 12).

tige Nettoeinkommen, wie z. B. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, bei verheirateten Personen auch das Nettoeinkommen des bzw. des/der im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehepartners bzw. Ehepartnerin. Der Richtsatz für Einzelpersonen beträgt 2020 monatlich ca. 967 Euro. Für verheiratete PensionistInnen gilt der „Familienrichtsatz“, dieser beträgt ca. 1.525 Euro. Liegen 30 bzw. 40 Erwerbsjahre vor, kommen jeweils höhere Richtsätze zur Anwendung. Die Ausgleichszulage gebührt in der Höhe der Differenz zwischen der Summe des Gesamteinkommens und dem jeweiligen Richtsatz.

Hauptteil: Empirische Ergebnisse

Pensionsinteresse und Pensionsinformationen

Die österreichische Pensionsversicherung ist relativ komplex. Mit der Pensionsreform 2005 und der Einführung des neuen Pensionskontorechtes sollte diese Komplexität reduziert und – wie bereits erwähnt – vor allem mehr Transparenz geschaffen werden. Versicherte können jederzeit Einblick in das persönliche Pensionskonto nehmen und seit 2014 den aktuellen Stand der bereits erworbenen Pensionsansprüche mitverfolgen. Die Auswirkungen von Änderungen im Erwerbsverhalten – etwa die Reduzierung oder die Erhöhung der Arbeitszeit und damit des Erwerbseinkommens – sollen anhand der jährlichen Teilgutschriften unmittelbar sichtbar werden. So können sich Versicherte, so eine der Intentionen des Pensionskontos, individuell besser um ihre eigene finanzielle Absicherung im Alter kümmern, indem sie jeweils die pensionsversicherungsbezogenen „richtigen“ Entscheidungen im Erwerbsverlauf treffen. Dies setzt ein zukunftsorientiertes Denken und Handeln voraus und bedeutet, dass sich die Versicherten mit dem Thema „Pension“ auseinandersetzen und die wesentlichen Bestimmungen der Pensionsversicherung bzw. des Pensionskontorechtes kennen.

Wie sich im Rahmen der Interviews und Fokusgruppen zeigte, hatten sich die befragten Frauen in Österreich bisher jedoch kaum mit ihrer eigenen Alterssicherung beschäftigt. Es besteht eine große Hemmschwelle, die auch mit der Angst vor einer sehr niedrigen eigenen Pensionsleistung in Verbindung steht. Nachdem sich die Frauen im persönlichen Gespräch – im Rahmen der Interviews und Fokusgruppen – auf das Thema eingelassen hatten, zeigten sich jedoch ein großes Interesse und ein großer Informationsbedarf.³² Vorhandene Informationen bzw. Informationsmaterialien – analog wie digital – des Sozialministeriums, der Frauenministerin, der Pensionsversicherungsanstalt oder der Arbeiterkammern werden von

³² Siehe dazu näher: Mairhuber (2020) 62ff.

den Gesprächspartnerinnen kaum genützt, weil sie weitgehend unbekannt sind.

Nein, mit den Infobroschüren bin ich noch nicht in Berührung gekommen. Ich muss auch ganz ehrlich sagen, ich habe mir das jetzt bewusst noch nie mitgenommen von irgendwo. Und bekommen habe ich es jetzt auch noch nicht. (Frau H., 48 Jahre, Wien)

Von den wenigen Frauen, die Informationsmaterialien kennen, werden die zum Teil wenig verständlichen Formulierungen kritisiert, und es wird darauf hingewiesen, dass die verwendeten Fachbegriffe oder die zu vielen gesetzlichen Details von einer Beschäftigung mit den Inhalten abschrecken. Hier zeigt sich die eingangs erwähnte Problematik, dass bereits die Vermutung, Informationen nicht zu verstehen, davon abhält, sich mit einem Thema zu beschäftigen.³³ Erst nachdem im Rahmen der Interviews bzw. Fokusgruppen einzelne – für die teilnehmenden Frauen besonders interessante – Inhalte der Folder und Broschüren speziell besprochen wurden, gaben sie an, sich weiter informieren bzw. genauer nachlesen zu wollen.

Gesetzliches Pensionsalter und Pensionsberechnung

Insgesamt sind, so ein zentrales Ergebnis unserer Untersuchung, die aktuellen Bestimmungen der österreichischen Pensionsversicherung bzw. des Pensionskontorechts bei den befragten Frauen – unabhängig von Alter, Wohnort, höchster abgeschlossener Ausbildung etc. – nicht bzw. kaum bekannt.

Zwar wissen viele der befragten – vor allem älteren – Frauen, dass das gesetzliche Pensionsalter derzeit 60 Jahre beträgt, aber in den nächsten Jahren schrittweise an das der Männer angeglichen wird. Die wenigsten wissen allerdings, ob und wie sie persönlich davon betroffen sein werden.

Ich bin 1967 geboren, ich glaube, ich bin mit 63, bin mir aber nicht hundertprozentig sicher. Ich habe irgendwann einmal nachgeschaut. (Frau V., 52 Jahre, Wien)

Nachdem die einzelnen Frauen im Rahmen des Interviews bzw. der Gruppendiskussion ihr persönliches Pensionsantrittsalter erfahren haben, fallen die Reaktionen besorgt aus. Von manchen Frauen – vielfach ältere Arbeiterinnen oder derzeit arbeitslose Frauen – wird dieses als besonders problematisch angesehen, da sie aufgrund von gesundheitlichen Problemen oder mangels eines Arbeitsplatzes bereits jetzt Bedenken haben, das aktuelle gesetzliche Pensionsantrittsalter als aktive Erwerbstätige erreichen zu können.

³³ Aubrama et al. (2016) 2.

Bei mir ist es schrecklich ... 64 Jahre und sechs Monate. Poh. Dann muss ich noch 13 Jahre. Ma, das kann ich mir nicht vorstellen, dass ich noch 13 Jahre arbeite (atmet tief ein). (Frau H., 52 Jahre, OÖ/Land)

Bei einem vorzeitigen Pensionsantritt auch aufgrund von Invalidität oder Berufsunfähigkeit fallen – wie weiter oben beschrieben – jedoch Abschläge an und reduzieren die Pensionsleistungen erheblich.

In Hinblick auf die Pensionsberechnung bestehen besonders große Informationsdefizite. Am ehesten wissen die befragten Frauen, dass die zukünftige Pensionsleistung grundsätzlich vom Ausmaß der Erwerbstätigkeit abhängt, aber der Begriff Beitragsgrundlage oder wie sich das jährliche Erwerbseinkommen auf das Pensionskonto bzw. die zukünftige Pensionsleistung auswirkt, sind kaum bekannt.

Zwar wissen die befragten Frauen, dass nicht mehr wie bis 2003 die „besten 15 Jahre“ für die Berechnung der Pension herangezogen werden,³⁴ mit dem Prinzip der lebenslangen Durchrechnung sind sie jedoch kaum vertraut. Nur sehr wenigen ist bewusst, dass seit der Pensionsreform 2005 das Einkommen der gesamten Erwerbsbiographie für die Pensionsberechnung herangezogen wird. Manche der befragten Frauen merken an, dass diese Berechnungsmethode für Frauen aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ungünstig ist und ihrer Ansicht nach zum Pensionsunterschied beiträgt.

Dass im Falle eines vorzeitigen Pensionsantritts die Pensionsleistung niedriger ausfällt bzw. Abschläge zur Anwendung kommen, wissen die befragten Arbeiterinnen zum Teil. Dies dürfte einerseits daran liegen, dass sie aufgrund ihres meist frühen Einstieges in den Arbeitsmarkt am ehesten einen Anspruch auf eine vorzeitige Alterspension erwerben. Andererseits dürfte dies mit der kurz vor der Nationalratswahl im September 2019 beschlossenen Reform zu tun haben, die eine Abschaffung der Abschläge nach 45 Erwerbsjahren beinhaltete und medial große Beachtung fand. Wie hoch die Abschläge für die unterschiedlichen Pensionsarten sind und was dies für ihren individuellen Pensionsanspruch bedeuten würde, wissen sie aber nicht.

Von der Möglichkeit, über das gesetzliche Pensionsalter hinaus weiter zu arbeiten und dafür Zuschläge bzw. eine deutlich höhere Pensionsleistung zu erhalten, hat von den befragten Frauen noch keine gehört. Bei manchen stößt diese Möglichkeit auf großes Interesse und wird – sofern dies der Gesundheitszustand und die Arbeitsplatzsituation zulässt – durchaus in Betracht gezogen, um die von ihnen erwarteten niedrigen Pensionsleistungen zu erhöhen.³⁵

³⁴ Siehe dazu: Mairhuber (2012) 42f.

³⁵ Siehe dazu näher: Mairhuber (2020) 65f.

Kindererziehungszeiten und Angehörigenpflege

Die meisten befragten Frauen wissen, dass bei der Berechnung der zukünftigen Pensionsleistung Zeiten der Kinderbetreuung berücksichtigt werden. Wie die Anrechnung genau erfolgt und dass sich diese Zeiten im Fall einer gleichzeitigen Erwerbstätigkeit positiv auf die Pensionshöhe auswirken, wissen die Frauen meist nicht.

Ich weiß, dass es was für Kindererziehung gibt. Ich weiß aber nicht genau, wie, weil ich auch Zwillinge habe, und da war ich nur ein Jahr in Karenz. (Frau C., 49 Jahre, Wien)

Auch welche Beitragsgrundlage herangezogen wird oder dass die Kindererziehungszeiten grundsätzlich der Mutter angerechnet werden bzw. unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag dem Vater übertragen werden können, ist nicht bekannt.

Also, ich weiß, dass Kindererziehungszeiten angerechnet werden, aber nicht, in welchem Ausmaß. Also, ich glaube, das wird dann in die Berechnung reingenommen. Aber ich habe mich immer gefragt, mit welchem Gehalt eigentlich, und ich weiß auch nicht, wie viele Jahre es sind. (Frau D., 42 Jahre, Wien)

Für die Absicherung von Frauen im Alter wird die Anrechnung der Kindererziehungszeiten von den befragten Frauen als sehr wichtig erachtet und angesichts der damit geleisteten gesellschaftlich wertvollen Arbeit als gerecht empfunden.

Dass Zeiten der Pflegekarenz bzw. Pflegezeit angerechnet werden, ist ebenso unbekannt wie die seit Jahrzehnten bestehende Möglichkeit, im Falle der Betreuung und Pflege von Angehörigen eine kostengünstige bzw. kostenfreie Weiter- oder Selbstversicherung zu beantragen. Selbst von den davon betroffenen Personen wird diese Möglichkeit kaum in Anspruch genommen.³⁶

Nein, diese Möglichkeit [der freiwilligen Weiter- oder Selbstversicherung während der Angehörigenpflege] habe ich überhaupt nicht gewusst. Nein, ich kenne auch Leute, die in so Situationen kommen, da kommt mir nicht vor, dass das irgendwer weiß. (Frau D., 42 Jahre, Wien)

Nur befragte Frauen aus dem Burgenland hatten schon davon gehört. Dies dürfte u. a. mit der zum Zeitpunkt der Befragung verstärkten medialen Berichterstattung in Verbindung stehen. Hier wurde vor allem die Möglichkeit beworben, sich als pflegende Angehörige bei der neu geschaffenen Landesdienststelle (Pflegeservice Burgenland GmbH) anstellen zu lassen.

Die Möglichkeiten der kostenfreien Selbst- bzw. Weiterversicherung werden als sehr positiv eingeschätzt, auch wenn von manchen betont

³⁶ Siehe dazu näher: Mairhuber, Sardadvar (2017) 17f.

wird, dass ein längerer Ausstieg aus dem Erwerbsleben gerade in fortgeschrittenem Alter problematisch sein kann.³⁷

Arbeitslosigkeit und Ausgleichszulage

Ebenfalls kaum bekannt ist, dass für Zeiten der Arbeitslosigkeit bzw. während des Bezuges von Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung Beiträge bzw. Ansprüche gutgeschrieben werden. Selbst zum Interviewzeitpunkt erwerbslose Frauen wissen dies nicht, sind darüber aber erfreut.

Das ist aber schon einmal eine gute Nachricht, weil das habe ich mir nicht gedacht, dass das auch mit berechnet wird, also dass da trotzdem was eingeht aufs Pensionskonto. (Frau H., 48 Jahre, Wien)

Welche Beitragsgrundlage dafür herangezogen wird und wie sich die Zeiten der Arbeitslosigkeit auf die spätere Pensionsleistung auswirken werden, ist nicht bekannt, stößt jedoch auf großes Interesse.

Wenn es um die Mindestsicherung im Alter geht, ist in Österreich oft die Rede von einer Mindestpension. Auch die befragten Frauen gehen fälschlicherweise vielfach davon aus, dass die österreichische Pensionsversicherung eine individuelle Mindestpension vorsieht und verlassen sich – im Sinne einer Worst-Case-Situation – darauf.

Das ist sicher leichter, wahrscheinlich, wenn man zwei Mindestpensionen kriegt, trotzdem hat man nur einen Haushalt zu erhalten, einmal Miete zahlen und das Ganze. (Frau C., 49 Jahre, Wien)

Das kann fatale Folgen für die (eigenständige) Existenzsicherung der Frauen im Alter haben, denn das Ausgleichszulagenrecht sieht in Österreich seit 1972³⁸ – wie eingangs erwähnt – nur ein vom Familienstand abhängiges Mindesteinkommen vor. Die Anrechnung der gesamten eigenen Einkünfte für die Berechnung der Ausgleichszulage stößt bei den befragten Frauen weniger auf Unverständnis bzw. Ablehnung als die Tatsache, dass auch die Pension bzw. das Einkommen des (Ehe-)Partners angerechnet wird. Die Höhe der Richtsätze – zum Interviewzeitpunkt rund 933 Euro für Alleinstehende und knapp 1.400 Euro für Ehepaare – wird als viel zu niedrig angesehen, um davon leben zu können.

Von 933 Euro kann man ja nicht leben. (Frau F., 41 Jahre, Wien)

Nicht mehr als wie 1.400 Euro zu zweit? Wie soll man da leben? (Frau J., 51 Jahre, OÖ/Land)

³⁷ Siehe dazu näher: Mairhuber, Sardadvar (2017a).

³⁸ Siehe dazu näher: Mairhuber (2000) 120ff.

Pensionshöhe und Absicherung im Alter

Mit 1. Jänner 2014 wurde die Pensionsberechnung für alle Versicherten ab den Geburtsjahrgängen 1955 auf das Pensionskontosystem umgestellt. Alle Personen, die bereits vor 2005 erwerbstätig waren und Beiträge angesammelt hatten, erhielten eine sogenannte Kontoerstgutschrift. Diese Kontoerstgutschrift enthält alle Versicherungs- und Beitragszeiten, die bis Ende 2013 in der österreichischen Pensionsversicherung angesammelt wurden, und bildet somit die bis dahin erworbenen Ansprüche der einzelnen versicherten Frauen und Männer ab. Nicht alle der befragten Frauen, die bereits vor 2005 erwerbstätig waren, können sich an die Zusendung einer Information über diese Erstgutschrift erinnern. Jene, die es doch tun, geben durchwegs an, dass sie von der Kontoerstgutschrift, die in vielen Fällen sehr niedrig war, entsetzt bzw. enttäuscht gewesen sind.

Genau, das habe ich gekriegt. Ich glaube, ich habe nur gelacht, weil da einfach so wenig gestanden ist, aber ich kann mich nimmer an den Beitrag erinnern. (Frau F., 41 Jahre, Wien)

Obwohl die Gesprächspartnerinnen meist wissen, dass sich die Pensionsleistung an der Erwerbstätigkeit bzw. am Erwerbseinkommen orientiert, und sie zum Teil längere Erwerbsunterbrechungen haben bzw. in Teilzeit arbeiten, scheint ihnen die Höhe der Erstgutschrift als viel zu niedrig, vor allem in Hinblick auf eine ausreichende Absicherung im Alter. Dies betrifft sowohl ältere als auch jüngere Frauen.

Bei den meisten der befragten Frauen hat die sehr niedrige Kontoerstgutschrift den negativen Effekt, dass sie sich nicht weiter mit Fragen ihrer Alterssicherung beschäftigen wollen. Bis auf zwei der befragten Frauen hat keine der 37 Gesprächspartnerinnen jemals wieder einen Blick auf das eigene Pensionskonto, das auch online zugänglich ist, geworfen. Eine Frau tat dies aufgrund ihres etwas komplexeren Erwerbsverlaufs, der zu offensichtlichen Fehlern bei der Erstgutschrift geführt hatte. Die zweite Frau, schon älter und derzeit arbeitslos, hat sich bereits mit ihrer zukünftigen Pension beschäftigt, auch weil das AMS aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes dazu gedrängt hatte, einen Antrag bei der Pensionsversicherungsanstalt zu stellen.

Einige der befragten Frauen geben allerdings an, dass sie nach den – durchaus auch positiven – Informationen, die sie durch das Interview bzw. die Fokusgruppe erhalten haben, nun doch auf ihr persönliches Pensionskonto schauen und sich weiter mit dem Thema beschäftigen wollen.

Also, durch diese ganzen Informationen, muss ich ganz ehrlich sagen, geht es mir ein bisschen besser mit dem Gedanken. Schon alleine deshalb, weil ich jetzt weiß, dass ich mir das jetzt einmal anschau, wo ich jetzt gerade stehen würde. Das ist sehr interessant. (Frau H., 48 Jahre, Wien)

Da die Biographien der befragten Frauen vielfach (lange) Erwerbsunterbrechungen und (viele) Teilzeitjahre aufweisen und die (Teilzeit-)Einkommen der Frauen relativ niedrig sind, schätzen die Frauen in den Interviews ihre zukünftige eigene Pensionsleistung durchwegs als (sehr) niedrig ein. Aber auch Frauen mit einer guten Ausbildung und relativ guten Einkommensmöglichkeiten befürchten, dass ihre finanzielle Absicherung im Alter nicht sehr hoch sein wird.³⁹

Auf die Frage, wie hoch die eigene Pension sein müsste, um im Alter damit auszukommen bzw. um gut abgesichert zu sein, geben selbst vollzeitbeschäftigte Frauen an, dass sie eine Nettoersatzrate von 75% bis 100% ihres derzeitigen Einkommens brauchen würden.

Na ja, eigentlich, dass ich sage, das wäre super, okay, das müsste fast 3/4 von dem sein, was ich jetzt verdiene. (Frau A., 53 Jahre, Angestellte, 35 Stunden, Wien)

Dasselbe Einkommen, was ich jetzt habe. (Frau L., 55 Jahre, vollzeitbeschäftigte Arbeiterin, OÖ/Land)

Zwei verheiratete Arbeiterinnen, die jetzt teilzeitbeschäftigt sind, würden für eine eigenständige Absicherung im Alter sogar mehr als das derzeitige Einkommen brauchen, da ihre Erwerbseinkommen sehr gering sind. So verdient etwa Frau H. bei 32 Stunden und nach 19 Jahren Betriebszugehörigkeit nur 1.150 Euro/netto.

Na, ich bräuchte mehr, weil ich arbeite Teilzeit. (Frau S., 30 Jahre, 20 Stunden, OÖ/Land)

Ja, ich auch. (Frau H., 52 Jahre, 32 Stunden, OÖ/Land)

Frauen, die sehr lange Erwerbsunterbrechungen und Teilzeitbeschäftigungsphasen aufgrund von Kinderbetreuung haben, gehen davon aus, dass sie im Alter von ihrem Partner (weiterhin) abhängig sein werden, und sehen dies als logische Konsequenz ihres Lebensentwurfes. Gleichzeitig denken viele der befragten Frauen im Zusammenhang mit der Alterssicherung nicht an ein ausreichendes „Familieneinkommen“, sondern explizit an ihre eigene Pensionsleistung und vertreten die Ansicht, dass eine Abhängigkeit vom (Ehe-)Partner viel zu unsicher ist bzw. sie ihre finanzielle Eigenständigkeit im Alter nicht verlieren wollen.

Es besteht aber auch die Problematik, dass die finanzielle Unsicherheit und Abhängigkeit sehr stark verdrängt wird. Frauen wollen sich im Alltag nicht damit konfrontieren und nicht daran denken, dass sie im Alter vom Partner finanziell abhängig sein werden oder dass es zur Trennung oder Scheidung kommen könnte und ihre eigene Absicherung im Alter dann nicht ausreicht. Manchen der befragten Frauen ist erst im Zuge des Interviews bzw. der Fokusgruppengespräche der Gedanke gekommen, dass ihre Beziehung auch in die Brüche gehen könnte und dies Konsequenzen

³⁹ Siehe dazu näher: Mairhuber (2020) 77ff.

für die Alterssicherung haben würde. Frau A., verheiratet, ein Kind und derzeit Teilzeit beschäftigt, meint daher, dass sie nun über eine Erhöhung ihres Stundenausmaßes nachdenkt.

Den Aspekt vielleicht auch im Hintergrund halten, dass man vielleicht in der Pension, auch wenn es jetzt, sage ich jetzt, nicht ist, vielleicht einmal alleine ist und nimmer zu zweit ... weil ich sage jetzt einmal, auf das habe ich absolut gar nicht gedacht, weil es einfach ... ja, momentan keinen Grund gibt. (Frau A., 40 Jahre, OÖ/Land)

Geschlechtsspezifischer Pensionsunterschied

Wie bereits eingangs angeführt, ist der geschlechtsspezifische Pensionsunterschied in Österreich im Durchschnitt sehr hoch. Ein Teil der befragten Frauen schätzt die Höhe des Gender Gap in Pensions überwiegend richtig ein. Teilweise besteht – nachdem sie im Rahmen des Interviews bzw. der Fokusgruppen darüber informiert wurden – aber auch großes Entsetzen über die tatsächliche Höhe des geschlechtsspezifischen Pensionsunterschiedes. Der enorme Unterschied wird von allen befragten Frauen unabhängig von Alter, höchster abgeschlossener Ausbildung, gelebter geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung etc. als sehr ungerecht empfunden.

[Der geschlechtsspezifische Pensionsunterschied ist] katastrophal groß. Eine Katastrophe. Und da, glaube ich, am Land ist es ja noch viel schlimmer als in der Stadt. Das ist eine Katastrophe. (Frau I., 53 Jahre, Burgenland)

Sie thematisieren in diesem Zusammenhang auch, wie ungerecht sie es empfinden, dass sie, obwohl sie die unbezahlte Versorgungsarbeit – wie Kinderbetreuung und Angehörigenpflege – übernehmen, im Alter so viel schlechter als Männer abgesichert und von ihnen abhängig sind.

Als Gründe für den enormen Unterschied werden von den befragten Frauen der bestehende geschlechtsspezifische Einkommensunterschied und die anhaltende geschlechtliche Arbeitsteilung identifiziert. Ersteres wird ebenfalls – auch unabhängig von der gelebten geschlechtlichen Arbeitsteilung – für sehr ungerecht gehalten. Manche der befragten Frauen stellen hier fest, dass die Berücksichtigung der unbezahlten Versorgungsarbeit in der Pensionsversicherung unzureichend ist.

Im Zusammenhang mit der Verringerung des Gender Gap in Pensions wurden die Frauen auch gefragt, ob sie das freiwillige Pensionssplitting kennen bzw. ob dieses für sie persönlich eine Option darstellt. Grundsätzlich zeigt sich, dass diese Möglichkeit unter den befragten Frauen kaum bekannt ist.⁴⁰ Zudem ist ihre Haltung zum freiwilligen Pensionssplitting eher skeptisch. Die befragten Frauen – auch jene, die in einer Beziehung

⁴⁰ Tatsächlich wird das Pensionssplitting nur selten in Anspruch genommen. In den Jahren 2018/19 kam es nur in 994 Fällen zur Anwendung (BMSGPK [2020] 2).

leben – vertreten vielfach die Ansicht, dass Männer keinesfalls einen Teil ihrer Pensionsleistungen freiwillig an ihre Partnerinnen abtreten würden. Daher sprechen sich manche für ein verpflichtendes Pensionssplitting aus. Gleichzeitig wird eine Reihe von Argumenten gegen das Pensionssplitting, sei es nun freiwillig oder verpflichtend, angeführt.⁴¹ Darunter fällt etwa, dass die bessere Absicherung von Frauen damit wiederum von einem Partner abhängig ist. Frauen würden – wie bereits ausgeführt – aber (auch) im Alter gerne finanziell unabhängig sein.

Im Zuge der Interviews und Fokusgruppen wurden die Frauen weiters zur freiwilligen Höherversicherung befragt. Die wenigsten Frauen haben bisher von dieser Möglichkeit gehört. Es besteht allerdings großes Interesse, mehr darüber zu erfahren. Einige Frauen beabsichtigen, sich nach dem Interview bzw. der Fokusgruppe bei der Pensionsversicherungsanstalt näher darüber zu informieren.

Höherversicherung, das ist schon ein Thema, weil das ist quasi wie sparen. Interessante Option, müsste man vergleichen, einfach die Angebote, ob sich das auszahlt. Aber grundsätzlich habe ich noch keine Infos dazu. Das war mir gar nicht bekannt. (Frau A., 53 Jahre, Wien)

Allerdings wird vor allem von den befragten Arbeiterinnen mit geringem Einkommen und den teilzeitbeschäftigten Frauen die Leistbarkeit einer freiwilligen Höherversicherung thematisiert. Ähnliches trifft auf den Nachkauf von Schul- und Studienzeiten zu, wobei über diese grundsätzliche Möglichkeit mehr Frauen Bescheid wissen als über die Höherversicherung. Aufgrund der hohen Kosten wird jedoch von keiner der befragten Frauen ein Nachkauf in Erwägung gezogen.⁴²

Schlussfolgerungen

Die empirischen Ergebnisse zeigen sehr deutlich, dass die Funktionsweise und die Bestimmungen der österreichischen Pensionsversicherung den befragten Frauen weitestgehend unbekannt sind bzw. große Informationslücken und zum Teil Fehlinformationen bestehen. Dies bezieht sich einerseits auf Elemente, die sich positiv auf die eigene Absicherung auswirken, wie etwa Zuschläge bei einer über das gesetzliche Pensionsalter hinausgehenden Erwerbstätigkeit, aber auch auf die kostenfreie Weiter- oder Selbstversicherung bei Angehörigenpflege, das Pensionssplitting oder die Höherversicherung, Möglichkeiten, die individuell beantragt werden müssen. Andererseits sind jene Elemente, die sich negativ auswirken, wie etwa Abschläge im Falle eines vorzeitigen Pensionsantrittes oder die

⁴¹ Siehe dazu näher: Mairhuber (2020) 85ff.

⁴² Siehe dazu: Mairhuber (2020) 91f.

vom Familienstand abhängigen Regelungen der Ausgleichszulage, wenig oder nicht bekannt. Damit können die Möglichkeiten, die das österreichische Pensionsversicherungssystem in wechselnden Erwerbs- und Lebensphasen bietet, nicht genutzt werden und Situationen, die die zukünftige Pensionsleistung verringern – sofern diese individuell beeinflussbar sind –, nicht vermieden werden. Das heißt, den befragten Frauen fehlt eine wichtige Grundlage, um fundierte und vorausschauende Entscheidungen treffen zu können. Zudem ist dieses Nicht-Wissen nicht nur problematisch für die eigene Absicherung, sondern untergräbt auch das Vertrauen in die Nachhaltigkeit des österreichischen Pensionssystems insgesamt.⁴³ Das mangelnde Vertrauen lässt wiederum eine Beschäftigung mit den geltenden Bestimmungen der Pensionsversicherung als unnötig bzw. nicht sinnvoll erscheinen.

Auf Grundlage der empirischen Untersuchung sowie der eingangs erwähnten internationalen Studien zeigt sich, dass der Abbau des Gender Gap in Pension in Österreich – neben einer breiten Palette an arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen sowie pensionsrechtlichen Maßnahmen⁴⁴ – jedenfalls Aktivitäten zur Verbesserung der Pension Literacy von Frauen erfordert. Mehr Pensionswissen würde Frauen in die Lage versetzen, die Chancen, aber auch Grenzen der österreichischen Pensionsversicherung besser einschätzen zu können und daraus entsprechende Handlungsmöglichkeiten abzuleiten.

Unsere empirische Untersuchung macht deutlich, dass es vor allem neue Informationsformate braucht. Erst durch das aktive Zugehen auf und das persönliche Gespräch mit den Frauen – im Rahmen der Interviews und Fokusgruppen – konnten jene Hemmschwellen abgebaut werden, die Frauen daran hindern, sich mit dem Thema der eigenen Absicherung im Alter zu beschäftigen.⁴⁵

Damit die vorhandenen Informationsmaterialien genutzt werden, sollten diese sehr einfach und ohne Verwendung von (nicht erklärten) Fachbegriffen formuliert und modular aufgebaut sein. Dadurch könnte eine schrittweise Heranführung an ein komplexes Thema besser gelingen und verhindert werden, dass Adressatinnen Informationen ignorieren oder als irrelevant ablehnen, weil sie diese nicht verstehen oder auch nur vermuten, dass sie diese nicht verstehen.⁴⁶

Gezielte Informationskampagnen zum Thema Alterssicherung z. B. über Social Media, um vor allem junge Frauen zu erreichen, wären ebenso wichtige Aktivitäten.⁴⁷

⁴³ Siehe dazu näher: Mairhuber (2020) 67f.

⁴⁴ Siehe dazu näher: Mairhuber, Mayrhuber (2020) 111ff.

⁴⁵ Mairhuber (2020) 111f.

⁴⁶ Aubrama et al. (2016) 2.

⁴⁷ Mairhuber (2020) 112.

Ein Grund für die geringe Wirkung der angebotenen allgemeinen Informationsmaterialien zum Pensionsthema in Österreich sind wohl die individuell sehr unterschiedlichen Erwerbs- und Lebenslagen von Frauen. Folder und Broschüren mit allgemeinen Angaben zu den Bestimmungen der Pensionsversicherung liefern oft nicht die tatsächlich benötigten Informationen. Frauen brauchen in verschiedenen Erwerbs- und Lebensphasen jedoch spezifische Informationen, um qualifizierte Entscheidungen für ihre Absicherung im Alter treffen zu können. Auch Lusardi/Mitchell⁴⁸ gehen – z. B. bezogen auf die Financial Literacy – davon aus, dass One-size-fits-all-Informationen nicht in der Lage sind, die Defizite verschiedener Gruppen erfolgreich abzubauen. Prast/van Soest⁴⁹ betonen, dass es nicht ausreicht, den durchschnittlichen oder repräsentativen (meist männlichen) Versicherten zu berücksichtigen, da es eine enorme Heterogenität sowohl bei den Erwerbskarrieren als auch den Pensionsansprüchen gibt.

Darüber hinaus stellen Lusardi/Mitchell⁵⁰ fest, dass einmalige Info-Workshops oder Seminare nicht ausreichen, langfristige Planungs- und Handlungsentscheidungen zu beeinflussen. Vor allem über gesetzliche Veränderungen, die sich durch Pensionsreformen ergeben, muss über einen längeren Zeitraum immer wieder gezielt informiert werden, damit diese Informationen tatsächlich die betroffenen Personen erreichen.⁵¹

In internationalen Studien wird im Zusammenhang mit der Pensionsplanung zudem die Rolle arbeitsplatzbezogener Informations- und Bildungsprogramme betont. Bei denjenigen, die im Unternehmen Pensionsinformation erhalten haben, ist die Pension Awareness viel höher als bei anderen ArbeitnehmerInnen,⁵² und sie sind besser in der Lage, für ihre Pension zu planen.⁵³

Aufbauend auf den hier präsentierten Ergebnissen der explorativen qualitativen Untersuchung wäre weitere Forschung zur Pension Literacy von Frauen dringend erforderlich. So könnten differenzierte und auf einer repräsentativen Basis für Österreich gewonnene Erkenntnisse zur Pension Literacy von Frauen den Ausgangspunkt für zielgerichtete Informationsmaßnahmen liefern. Mehr Frauen würden so in die Lage versetzt, qualifizierte Entscheidungen über ihre Absicherung im Alter zu treffen.

⁴⁸ Lusardi, Mitchell (2008) 413.

⁴⁹ Prast, van Soest (2015) 6.

⁵⁰ Lusardi, Mitchell (2008) 413.

⁵¹ Atkinson et al (2012) 7.

⁵² Prast, van Soest (2015) 8.

⁵³ Clark et al. (2017) 248.

Literatur

- Adeabah, David, Pension Literacy and Retirement Planning in an Emerging Economy (Legon 2020).
- Atkinson, Adele; Harrison, Debbie; Messie, Flore-Anne; Yermo, Juan, Lessons from National Pensions Communication Campaigns (= OECD Working Papers on Finance, Insurance and Private Pensions 18, Geneva 2012).
- Aubrama, Tatjana; Kovarova-Simeceka, Monika; Wanzenried, Gabrielle, Financial Literacy and Pension Planning – A Comparative Study for Austria and Switzerland (2014); online: <https://ssrn.com/abstract=2892726>.
- BMSGPK; 2932/AB XXVII. GP, Anfragebeantwortung zum Pensionssplitting vom 16. 7. 2020 (2020).
- Chan, Sewin; Stevens, Ann Huff, What you don't know can't help you: pension knowledge and retirement decision-making, in: The Review of Economics and Statistics 90/2 (2008) 253–266.
- Clark, Robert; Lusardi, Annamaria; Mitchell, Olivia S., Employee Financial Literacy and Retirement Plan Behavior: A Case Study, in: Economic Inquiry 55/1 (2017) 248–259.
- Charmaz, Kathy, Constructing Grounded Theory. 2nd Edition (London 2014).
- Foster, Liam; Heneghan, Martin, Pensions planning in the UK: A gendered challenge, in: Critical Social Policy 38/2 (2018) 345–366.
- Gallo, Giovanni; Torricelli, Costanza; van Soest, Arthur, Individual heterogeneity and pension choices: Evidence from Italy, in: Journal of Economic Behavior & Organization 148/C (2018) 260–281.
- Geisberger, Tamara; Glaser, Thomas, Analysen zum Einfluss unterschiedlicher Faktoren auf den geschlechtsspezifischen Lohnunterschied, in: Statistische Nachrichten 6 (2017) 460–471.
- Glaser, Barney G.; Strauss, Anselm L.; Hildenbrand, Bruno, Grounded Theory: Strategien qualitativer Forschung 3., unveränd. Aufl. (Bern 2010).
- Landerretche, Oscar M.; Martínez, Claudia, Voluntary savings, financial behavior, and pension finance literacy: evidence from Chile, in: Journal of Pension Economics & Finance 12/3 (2013) 251–297.
- Lueger, Manfred, Interpretative Sozialforschung: Die Methoden (Wien 2010).
- Lusardi, Annamaria; Mitchell, Olivia S., Planning and financial literacy: How women fare?, in: American Economic Review. Papers & Proceedings 98/2 (2008) 413–417.
- Lusardi, Annamaria; Mitchell, Olivia S., The Economic Importance of Financial Literacy: Theory and Evidence, in: Journal of Economic Literature 52/1 (2014) 5–44.
- Mairhuber, Ingrid; Mayrhuber, Christine, TRAPEZ.ANALYSE – Geschlechtsspezifische Pensionsunterschiede in Österreich. Quantitative und qualitative Befunde (Wien 2020).
- Mayrhuber, Christine, Die geschlechtsspezifische Pensionslücke in Österreich, in: Mairhuber, Ingrid; Mayrhuber, Christine, TRAPEZ.ANALYSE – Geschlechtsspezifische Pensionsunterschiede in Österreich. Quantitative und qualitative Befunde (Wien 2020) 17–60.
- Mairhuber, Ingrid, Geschlechtsspezifische Pensionsunterschiede – Wissen, Sichtweisen und Bedarfe der Frauen, in: Mairhuber, Ingrid; Mayrhuber, Christine, TRAPEZ.ANALYSE – Geschlechtsspezifische Pensionsunterschiede in Österreich. Quantitative und qualitative Befunde (Wien 2020) 61–106.
- Mairhuber, Ingrid, Die Regulierung des Geschlechterverhältnisses im Sozialstaat Österreich – Traditionen, Wandel und feministische Umbauoptionen (Frankfurt am Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 2000).
- Mairhuber, Ingrid, Geschlechtergerechtigkeit in der österreichischen Pensionsversicherung. Aktuelle Situation und notwendige Veränderungen, in: Kurswechsel 2012/4 (2012) 39–49.

- Mairhuber, Ingrid, Sozialpolitik als Frauenpolitik – das „schwere“ Erbe von Johanna Dohnal, in: Mesner, Maria; Niederkofler, Heidi (Hrsg.), Johanna Dohnal. Ein politisches Lesebuch (Wien 2013) 113–132.
- Mairhuber, Ingrid; Sardadvar, Karin, Erwerbstätige pflegende Angehörige in Österreich: Herausforderungen im Alltag und für die Politik. Projekt-Teilbericht: Policy-Analyse und politische Empfehlungen. FORBA-Forschungsbericht 1/2017 (Wien 2017).
- Mairhuber, Ingrid; Sardadvar, Karin, Pflegekarenz und Pflegezeit in Österreich: Eine Neuausrichtung im Langzeitpflegeregime? Folgen, Potenziale und Grenzen einer Maßnahme zur ‚Vereinbarkeit‘ von Erwerbsarbeit und Care, in: *Femina Politica* 2017/2 (2017a) 47–61.
- Mitchell, Olivia S., Worker knowledge of pension provisions, in: *Journal of Labor Economics* 6/1 (1988) 21–39.
- Prast, Henriëtte; van Soest, Arthur, Pension Awareness, Pension Communication, and Choice Architecture (MOPACT project report 2015); online: <https://mopact.group.shef.ac.uk/wp-content/uploads/2013/10/D4.5-Pension-Awareness-Pension-Communication-and-Choice-Architecture.pdf>.
- Silgoner, Maria; Weber, Rosa, Das Finanzwissen der österreichischen Haushalte. Österreichische Nationalbank, in: OeNB Statistiken – Daten & Analysen Q3/15 (Wien 2014) 40–48.
- Strauss, Anselm; Corbin, Juliet, Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung (Weinheim 1996).

Zusammenfassung

Im Jahr 2018 lag der Gender Gap in Pensions in Österreich, gemessen am Durchschnitt der neu zugewandenen Alterspensionen, bei 42,3%, die Durchschnittspension der Frauen lag bei 1.284 Euro, jene der Männer bei 2.227 Euro. In unserem Beitrag gehen wir der Frage nach, ob Frauen in Österreich ausreichend Wissen über das österreichische Pensionssystem haben, um während ihres Erwerbslebens qualifizierte Pensionsentscheidungen treffen zu können. Eine mangelnde Pension Literacy kann mit ein Grund für den anhaltend großen Gender Gap in Pensions sein. Internationale Studien beschreiben einen klar ersichtlichen Zusammenhang zwischen Pension Literacy und guter Pensionsplanung. Auf Basis eines kurzen Überblicks über die Eckpunkte des österreichischen Pensionsversicherungsrechtes präsentieren wir die ersten für Österreich verfügbaren empirischen Ergebnisse zum Pensionswissensstand von Frauen. Relevant ist dabei sowohl der Wissensstand über die Grundzüge des Pensionssystems als auch die Kenntnis von oftmals gerade für Frauen sehr relevanten Detailregelungen wie z. B. die Möglichkeit der Weiter- oder Selbstversicherung bei Angehörigenpflege oder die vom Familienstand abhängige Ausgleichszulage. Auf Grundlage dieser Ergebnisse präsentieren wir Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung des Pensionswissens von Frauen und damit zum Abbau des geschlechtsspezifischen Pensionsunterschieds in Österreich.

Abstract

In 2018, the gender gap in pensions in Austria, measured by the average of newly awarded old-age pensions, was 42.3%, the average pension of women was 1,284 euros, that of men 2,227 euros. In our contribution we examine the question whether women in Austria have sufficient knowledge about the Austrian pension system to be able to make qualified pension decisions during their working life. A lack of pension literacy may be one of the reasons for the persistently large gender gap in pensions. International studies

describe a clearly evident connection between pension literacy and good pension planning. On the basis of a brief overview of the key points of Austrian pension insurance law, we present the first empirical results available for Austria on the pension literacy of women. Relevant here is both the level of knowledge about the basic features of the pension system as well as the knowledge of detailed regulations that are often very relevant especially for women, such as the possibility of continued or self-insurance for care of relatives or the equalisation supplement dependent on marital status. On the basis of these results we present measures to improve the pension knowledge of women and thus to reduce the gender gap in pensions in Austria.

Key words: Austrian Pension System, Gender Pension Gap, Pension Literacy

Schlüsselbegriffe: Österreichisches Pensionssystem, Frauenpensionsnachteil, Pensionswissen

JEL Codes: H55, I38, J26.

Erwerbsverläufe und psychisches Wohlbefinden während der SARS-CoV-2-Pandemie in Österreich*

Bernhard Kittel, Thomas Resch

1. Einleitung

Die Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus und die damit einhergehende Covid-19-Erkrankung hatten und haben gravierende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation, aber auch auf das Verhalten und auf die Einstellungen der Menschen, in der öffentlichen Meinung und in der Politik (Van Bavel et al. 2020). Ein zentrales Element der Krise war die Frage, ob der Arbeitsplatz im Lockdown erhalten blieb und welche Folgen durch den Lockdown bewirkte Arbeitslosigkeit hatte. Im Zuge der Krise nahmen laut WIFO (WIFO 2020) die Arbeitslosenzahlen (inklusive AMS-Schulungen) von rund 400.000 im Februar 2020 auf etwa 563.000 Ende März zu. Mit den schrittweisen Lockerungen der Maßnahmen des Lockdowns ab Mitte April 2020 sank die Arbeitslosigkeit nach Daten des AMS bis Ende Juni auf etwa 463.000 Personen, blieb aber mit +43% deutlich über dem Niveau vom Juni 2019 (AMS 2020a).

Der Verlust der Arbeit hat nicht nur materielle Konsequenzen, sondern führt auch zu psychischen Problemen. In diesem Aufsatz nehmen wir die psychischen Folgen des Verlusts des Arbeitsplatzes während der ersten Phase der Corona-Krise unter die Lupe. Wir untersuchen den Einfluss von Arbeitslosigkeit auf das psychische Wohlbefinden zwischen Februar und Juli 2020. Dabei gehen wir von der Hypothese aus, dass die Arbeitslosigkeit

* Der Aufsatz wurde im Rahmen und mit Daten des Austrian Corona Panel Projects (ACPP) verfasst. Wir danken dem Österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF, Projektnummer P 33907), dem Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds (WWTF, Projektnummer EI-COV20-006), dem Rektorat der Universität Wien, der Arbeiterkammer Wien, der Industriellenvereinigung sowie dem Sozialen Survey Österreich für großzügige finanzielle Unterstützung. Des Weiteren danken wir Fabian Kalleitner und David W. Schiestl für wertvolle Kommentare. Einige Aspekte dieses Aufsatzes wurden gemeinsam mit ihnen im A&W Blog „Psychische Auswirkungen der Arbeitslosigkeit in der Corona-Krise“ (<https://awblog.at/psychische-auswirkungen-arbeitslosigkeit-corona-krise/>) veröffentlicht.

keit, in der sich der Verlust der Arbeit nicht nur als deutliche Einkommensreduktion, sondern auch als Verlust des Status und des sozialen Umfelds im Erwerbsleben manifestiert, eine Zäsur in der psychischen Verfasstheit der Betroffenen darstellt.

Zunächst werden wir die These der latenten Deprivation durch Arbeitsplatzverlust vorstellen. Darauf folgt eine deskriptive Auswertung der verwendeten Daten und eine Beschreibung der angewandten Methoden. Anschließend führen wir statistische Analysen durch und präsentieren die Ergebnisse im Detail. Zum Abschluss diskutieren wir die gewonnenen Erkenntnisse.

2. Latente Deprivation durch Arbeitslosigkeit

Seit der Weltwirtschaftskrise der späten 1920er und der 1930er hat sich eine Soziologie entwickelt, die Arbeit und den Verlust dieser Arbeit in ihren Auswirkungen auf die menschliche Psyche beleuchtet. Zu diesem Zweck führt die führende Vertreterin dieser Forschung, Marie Jahoda, in ihrem viel zitierten Werk „Employment and Unemployment: A Social-Psychological Analysis“ (1982) das Konzept der latenten Deprivation ein. Sie unterscheidet zwischen dem manifesten und dem latenten Nutzen von Arbeit. Ersterer bezieht sich auf materielle Aspekte des Erwerbslebens, wie Verdienst und Karriere. Zweiterer erfasst die Strukturierung der Zeit, soziale Kontakte, gemeinsame Ziele, den gesellschaftlichen Status und Aktivität. So erfüllt Arbeit nicht nur materielle Grundbedürfnisse als Quelle von Einkommen und sozialem Status, sondern fungiert auch als sinnstiftender Aspekt im Leben der Menschen.

Zentrale Ergebnisse der Literatur (Jahoda 1997; Creed & Macintyre 2001) sind: 1) Die Zeitstruktur wirkt bei den Betroffenen als Polster zwischen mentaler Gesundheit und psychischen Problemen. 2) Sozialkontakte sind ebenso ein bedeutender Aspekt, denn es hat sich gezeigt, dass Arbeitslose mit einem guten sozialen Umfeld weniger anfällig für Depressionen sind als Arbeitslose ohne solche Kontakte. 3) Zudem sind Arbeitslose weniger anfällig für psychische Erkrankungen, wenn sie aktiv sind, und Aktivität wirkt als Mediator zwischen den einzelnen latenten Faktoren. 4) Kollektive Ziele stiften Sinn und helfen Menschen, sich als Teil einer Gemeinschaft wahrzunehmen. 5) Der durch die Arbeit erworbene Status spielt nicht nur im Berufsleben, sondern auch in der Freizeit eine bedeutende Rolle für das psychische Wohlbefinden. Obwohl der Entzug von Arbeit manifesten wie latenten Nutzen berührt, sind es die latenten Aspekte, die zu psychosozialen Problemen führen (Creed & Macintyre 2001; vgl. ebenso Creed & Klisch 2005). Insofern hat Arbeitslosigkeit eine zutiefst persönliche Konsequenz, welche sich auch aus der Bedeutung der Arbeit in der Gesellschaft ableitet.

Untersuchungen erwerbstätiger, arbeitsloser und nicht erwerbstätiger Personen stützen Jahodas Hypothese, dass es die latenten, also primär sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit sind, welche den schädlichsten Einfluss auf die individuelle Psyche haben (Selenko et al. 2011, Paul & Batinic 2010, Paul et al. 2009). Metaanalysen erhärten diese Ergebnisse, denn auch sie zeigen, dass etwa Jobunsicherheit mit einer schlechteren physischen und psychischen Gesundheit einhergeht (Sverke et al. 2002). Paul und Moser (2009) finden in einer breit angelegten Analyse, dass im Durchschnitt 34% der Arbeitslosen psychische Problematiken aufweisen, wogegen nur 16% der Erwerbstätigen mit derartigen Problemen kämpfen. Des Weiteren sind Männer und sogenannte „blue-collar workers“ (ArbeiterInnen) stärker von den psychischen Folgen betroffen als Frauen und „white-collar workers“ (Angestellte) (Wanberg 2012).

Laut Douglas et al. (2020) sind Arbeitslose höherem Stress und Langlewille sowie sozialer Isolation und Angst ausgesetzt. Diese führen schlussendlich zur Entstehung von psychischen Krankheiten und damit indirekt auch zu höheren Krankheitsraten und erhöhter Mortalität. Die Pandemie und ihre sozioökonomischen Konsequenzen verstärken diese Effekte wiederum, sodass strukturelle Ungleichheit verschärft wird.

Weitere Studien haben gezeigt, dass Arbeitslosigkeit depressive Symptome und Angstgefühle steigert, während das Sicherheitsgefühl und der Selbstwert sinken (Lennon & Limonic 2009). Außerdem wirkt sich Arbeitslosigkeit negativ auf zwischenmenschliche Beziehungen und auf die Schulleistungen der Kinder von Betroffenen aus (Mäder 2007). Laut einer dänischen Längsschnittstudie weisen Menschen, die längere Zeit arbeitslos sind, eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit auf, in eine psychiatrische Abteilung oder Klinik eingewiesen zu werden (Eriksson et al. 2010).

Arbeitslosigkeit ist kein zwangsläufig statischer Zustand, sondern lässt die Betroffenen verschiedene Stadien psychischer Verfassung durchlaufen. Diese Phasen der Reaktion auf Arbeitslosigkeit wurden bereits vielfach untersucht und beschrieben. Fryer (1985) fasst vorangehende Untersuchungen zusammen, in denen unterschiedliche Konzeptualisierungen von Phasen vorgeschlagen werden. Diese sind etwa gekennzeichnet von wechselndem Optimismus und Pessimismus oder von wechselnder Hoffnung und Hoffnungslosigkeit. Dahingegen steigt das psychische Wohlbefinden, sobald Menschen wieder Arbeit finden (Kessler et al. 1989).

Thill et al. (2019) unterscheiden zwischen drei Stadien der psychischen Verfassung von Arbeitslosen. Phase 1 dauert etwa zwölf Monate ab Verlust des Arbeitsplatzes. Sie ist gekennzeichnet von einer kognitiven Dissonanz zwischen dem realen und präferierten sozialen Status. Die nach etwa zwölf Monaten einsetzende Phase 2 stellt eine „Normalisierung“ des Arbeitslosenstatus dar. Diese dient als Bewältigungsstrategie des individuellen Zustandes, erzeugt aber auch negative Gefühle. Schließlich setzt

ab etwa 36 Monaten nach Beginn der Arbeitslosigkeit Phase 3 ein. Die Phase ist nicht mehr durch Bewältigung, sondern durch Frustration gekennzeichnet. Sie ist stark geprägt von negativer Wahrnehmung, aber auch von nach außen gerichteter Rechtfertigung der eigenen Arbeitslosigkeit.

Was bedeuten diese Befunde im Kontext von SARS-CoV-2 und den wirtschaftlichen Folgen, die für viele ArbeitnehmerInnen durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit geprägt sind? Gegenwärtig lassen sich nur die kurzfristigen Auswirkungen messen. Sinclair et al. (2020) weisen darauf hin, dass der Lockdown und die Maßnahmen des *physical distancing* sowohl die manifeste als auch die latente Dimension von Arbeit berühren. Sie befürchten daher eine Welle psychosozialer Probleme in der erwerbsfähigen Bevölkerung (Sinclair et al. 2020, S. 15).

Burchell et al. (2020) untersuchen in Großbritannien das psychische Wohlbefinden von Menschen im pandemiebedingten Zwangsurlaub (engl. furloughing), in der Arbeitslosigkeit und in regulärer Arbeit. Ihre Ergebnisse zeigen erwartungsgemäß, dass Arbeitslose im April 2020 ein niedrigeres Wohlbefinden aufweisen, während Menschen im Zwangsurlaub ein Niveau des psychischen Wohlbefindens haben, das annähernd jenem der Personen entspricht, die regulär weiterarbeiten.

Sowohl Kurzarbeit, die zumindest zeitweise bis zu 100% der Arbeitszeit umfassen kann (AMS 2020b), als auch Arbeitslosigkeit resultieren aus dem Verlust der wirtschaftlichen Erwerbsgrundlage und entziehen Menschen den latenten Nutzen ihrer Arbeitstätigkeit. In beiden Situationen ist die externe Strukturierung der Zeit ebenso bedroht wie die sinnstiftende Aktivität des Arbeitens, wobei diese Auswirkungen im Fall von Arbeitslosigkeit umfassender sein sollten. In beiden Fällen bleibt der manifeste Nutzen aufgrund der sozialen Absicherung zwar weitgehend erhalten, auch wenn der Einkommensverlust im Fall von Arbeitslosigkeit größer ist und in der Regel eine Einschränkung des Lebensstandards oder zumindest die Auflösung von Reserven zur Folge haben kann. Der Unterschied betrifft vorwiegend die Frage des gesellschaftlichen Status sowie der Zukunftsperspektiven. Kurzarbeit kann jedoch als temporärer Zustand wahrgenommen werden, der aufgrund des aufrechten Dienstverhältnisses und der eindeutig exogenen Verursachung keinen Statusverlust bedeutet und von dem zu erwarten ist, dass er ohne eigenes Zutun auch wieder endet. Arbeitslosigkeit hingegen bedeutet, dass die Betroffenen zunächst mit Statusverlust konfrontiert sind und anschließend die Reintegration in den Arbeitsmarkt mit Unsicherheit, aufgrund der Krisensituation mit einer längerfristigen negativen Perspektive und mit einigem eigenen Aufwand für die Wiedereingliederung verbunden ist.

Konkret auf die Krisenphase im Frühjahr 2020 bezogen, lässt sich eine weitere Erwartung hinsichtlich der unterschiedlichen Implikationen von

Kurzarbeit während des Lockdowns und nach dem Lockdown formulieren. Kurzarbeit während des Lockdowns erfolgte im Kontext eines generellen, gesamtgesellschaftlichen Schocks, bei dem zunächst vor allem die gesundheitliche Ebene im Vordergrund stand. Nach Ende des Lockdowns erhielt die Weiterführung der Kurzarbeit die zusätzliche Bedeutung einer längerfristigen Bedrohung der eigenen Arbeitsstelle, weil dies signalisierte, dass die eigene Tätigkeit nicht kurzfristig wieder aufgenommen werden kann. Daher sollten Personen, welche Ende März bis Anfang Mai in Kurzarbeit waren, eine geringere Einschränkung des psychischen Wohlbefindens aufweisen als jene, die danach weiterhin in Kurzarbeit waren oder deren Kurzarbeit nach Anfang Mai begann.

Zusammenfassend kann man aus der Literatur ableiten, dass Arbeitslosigkeit negative Folgen für die psychische Gesundheit zeitigen kann. Diese äußern sich in einem breiten Spektrum von Symptomen, welche im Grunde alle Bereiche des Lebens der Betroffenen erfassen. Diese Überlegungen werfen einige Fragen auf: Wie wirkt sich Kurzarbeit mit ihren Folgen als Massenphänomen in der Zeit der SARS-CoV-2-Pandemie in Hinblick auf psychosoziale Gesundheit aus? Wie sehr verschlimmern der Lockdown und die damit verbundenen politischen Maßnahmen bestehende und neu auftretende Arbeitslosigkeit und deren Implikationen? Es liegt nahe, dass sich Marie Jahodas These der latenten Deprivation auch in Zeiten der SARS-CoV-2-Pandemie erhärten lassen sollte. Wir erwarten, dass die Dauer der Arbeitslosigkeit ein signifikanter Faktor des psychischen Wohlbefindens ist und dass sich mit der Länge der Arbeitslosigkeit ab März 2020 eine erhöhte Depressionsneigung einstellt. Außerdem sollten besonders jene, die im Februar 2020 noch beschäftigt waren und dann arbeitslos wurden, von einem merkbaren Sinken des psychischen Wohlbefindens gekennzeichnet sein.

3. Datenbasis und Methode

Die Analyse nutzt die Daten des Austrian Corona Panel Project (ACPP, siehe Kittel et al. 2020, a. b.), in dem zwischen Ende März und Anfang Juni 2020 etwa 1.500 Personen, die die soziodemografische Struktur der österreichischen Bevölkerung repräsentativ abbilden, wöchentlich – später in größeren Intervallen – zu diversen sozialen Aspekten der Krise befragt wurden. Das ACPP ermöglicht dank seines Paneldesigns die Nachverfolgung sowohl der Erwerbsverläufe als auch des psychischen Wohlbefindens auf der individuellen Ebene. Daher lässt sich der unterstellte Zusammenhang zwischen zeitlichen Mustern des Beschäftigungsstatus und des psychischen Wohlbefindens statistisch prüfen.

Das psychische Wohlbefinden wird mit der Häufigkeit verschiedener Ge-

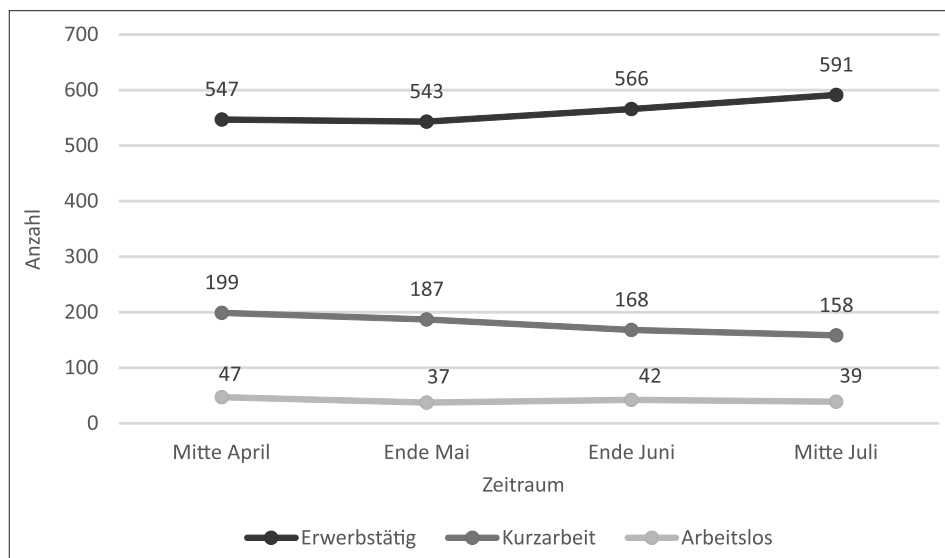
fühle gemessen, die in Gesundheitsanalysen genutzt werden, um die Neigung einer Person zu Depressivität einzuschätzen, welche jeweils auf einer Likert-Skala 1–5 abgefragt werden (siehe Anhang). Wir fassen diese Items zu einem Index zusammen, um eine höhere Kohärenz und Reliabilität zu erzielen. Der Index ist so konstruiert, dass mit ansteigenden Werten das psychische Wohlbefinden steigt.

Paul und Zechmann (2019) betonen, dass neben den latenten Faktoren der Erwerbstätigkeit auch die Rolle des Geschlechts, des sozioökonomischen Status, des Alters und der Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen sind. Wir nehmen diese Faktoren in das Modell auf und berechnen darüber hinaus den Effekt des Nettohaushaltseinkommens zur Kontrolle von manifester Deprivation. Wir kodieren die soziodemografischen Variablen folgendermaßen: Geschlecht als weiblich oder männlich, Bildungsniveau entsprechend der International Standard Classification of Education (ISCED 1–5), Migrationshintergrund (1, wenn beide Eltern zugewandert sind, sonst 0), Alter und Haushaltseinkommen (Netto) in Dezilen als Grundlage für manifeste Deprivation.

4. Beschäftigungsverläufe in der Corona-Krise

Um die Krisenfolgen am Arbeitsmarkt abzubilden, unterscheiden wir vier Kategorien des Beschäftigungsstatus: regulär beschäftigt, in Kurzarbeit, arbeitslos und nicht beschäftigt. Auf der Basis dieser Unterscheidung er-

Grafik 1: Verläufe der im Februar 2020 Erwerbstätigen

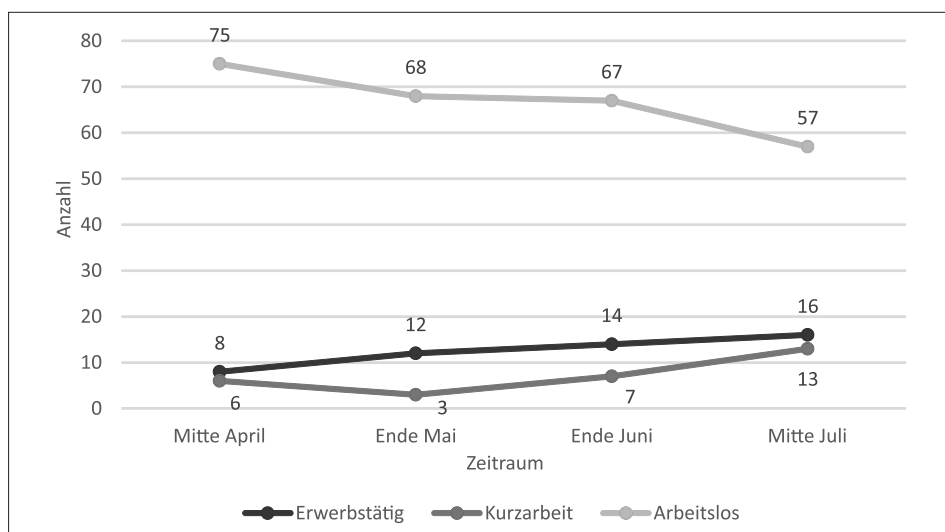


Quelle: Austrian Corona Panel Project, gewichtet (jeweilige Welle)

geben sich während der Krise zwölf Verlaufstypen (siehe Tabelle 1). Wir sehen uns zunächst jene Personen an, die im Februar 2020 beschäftigt waren, aber im Laufe der Krise in Kurzarbeit geschickt beziehungsweise arbeitslos wurden, denn sie sind neben denjenigen, die schon im Februar 2020 arbeitslos waren, besonders von latenter Deprivation betroffen.

Von den insgesamt 805 Personen, die im Februar 2020 erwerbstätig waren und an der Panelbefragung im April teilnahmen, waren am Höhepunkt der Krise im April rund 6% arbeitslos und etwa 25% in Kurzarbeit (Grafik 1). Von da an gingen sowohl Arbeitslosigkeit als auch Kurzarbeit zurück. Ein ähnliches Bild ergibt sich für diejenigen, die schon im Februar 2020 arbeitslos waren, wobei die kleine Fallzahl dieser Gruppe die Aussagekraft der Daten einschränkt. Deutlich ist jedoch, dass ein Großteil weiterhin bis in den Sommer arbeitslos blieb, aber anteilige 19% bis Juli wieder Beschäftigung fanden. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit wurde aber auch in dieser Gruppe mit entsprechenden 84% Mitte April erreicht (Grafik 2).

Grafik 2: Verläufe der im Februar 2020 Arbeitslosen



Quelle: Austrian Corona Panel Project, gewichtet (jeweilige Welle)

Tabelle 1 stellt die jeweiligen Erwerbsverläufe über vier Wellen dar. Hervorzuheben ist, dass neben Erwerbsarbeit besonders Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit deutlich erkennbare Phänomene sind. Sowohl Kurzarbeit als auch Arbeitslosigkeit nehmen bis Mitte Juli ab, während Zuwächse in der Erwerbsarbeit zu verzeichnen sind.

In welchem Ausmaß sind bestimmte Bevölkerungsgruppen von den Folgen der pandemiebedingten Wirtschaftskrise betroffen? Im Folgenden un-

tersuchen wir die Erwerbsverläufe der Befragten, die im Februar 2020 beschäftigt waren, aufgeschlüsselt nach soziodemografischen Merkmalen.

Tabelle 1: Veränderung des Erwerbsstatus (Februar 2020-Juli 2020)

Erwerbsstatus Februar 2020	Erwerbsstatus	Mitte April 2020		Ende Mai 2020		Ende Juni 2020		Mitte Juli 2020	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
erwerbstätig (56,64%)	erwerbstätig	547	67,95	543	68,30	566	70,66	591	73,14
	arbeitslos	47	5,84	37	4,65	42	5,24	39	4,83
	Kurzarbeit	199	24,72	187	23,52	168	20,97	158	19,55
	nicht erwerbstätig	12	1,49	28	3,52	25	3,12	20	2,48
	gesamt	805	100,00	795	100,00	801	100,00	808	100,00
arbeitslos (5,12%)	erwerbstätig	8	8,99	12	14,46	14	15,73	16	18,60
	arbeitslos	75	84,27	68	81,93	67	75,28	57	66,28
	Kurzarbeit	0	0,00	0	0,00	1	1,12	0	0,00
	nicht erwerbstätig	6	6,74	3	3,61	7	7,87	13	15,12
	gesamt	89	100,00	83	100,00	89	100,00	86	100,00
nicht erwerbstätig (38,24%)	erwerbstätig	6	1,02	11	1,90	13	2,24	14	2,39
	arbeitslos	4	0,68	6	1,03	12	2,07	15	2,56
	Kurzarbeit	0	0,00	3	0,52	2	0,34	4	0,68
	nicht erwerbstätig	576	98,29	560	96,55	553	95,34	554	94,38
	gesamt	586	100,00	580	100,00	580	100,00	587	100,00

Daten gewichtet mit Designgewichten (jeweilige Welle).

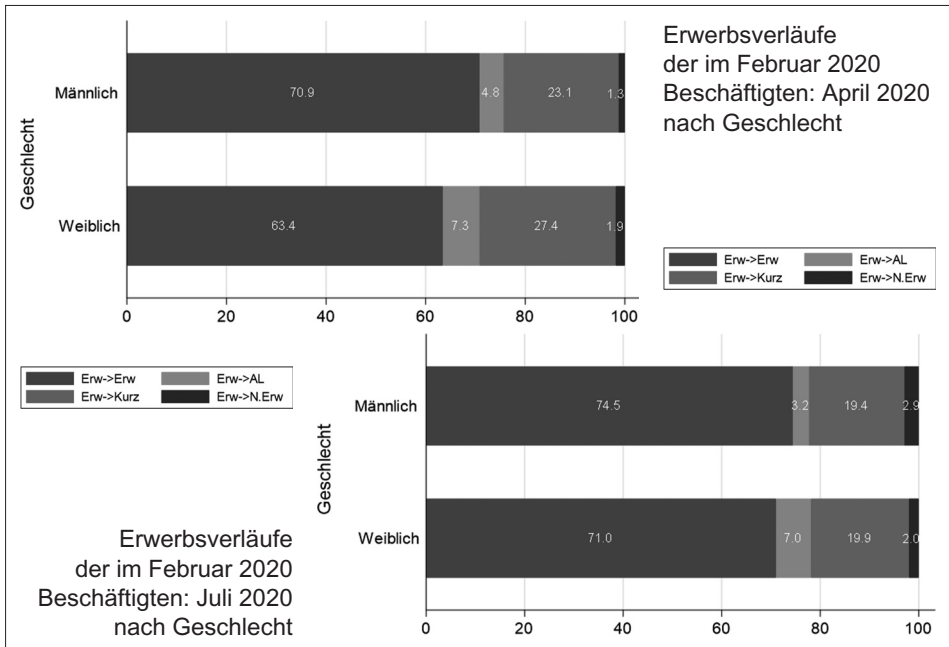
Grafik 3 zeigt, dass Frauen vor allem in der ersten Phase des strikten Lockdowns stärker von Arbeitslosigkeit und von Kurzarbeit betroffen waren als Männer. In Hinblick auf Alter, dargestellt in Grafik 4, sind jüngere Menschen unter 30 Jahren vor allem im April deutlich öfter von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen als Ältere.

Des Weiteren unterscheiden sich die Erwerbsverläufe nach dem erreichten Bildungsniveau. So zeigt sich in Grafik 5 eine Verschiebung von Mitte April zu Mitte Juli: Diejenigen, die in Erwerbsarbeit geblieben sind, verfügen tendenziell über ein höheres Bildungsniveau. Auch konnten Menschen mit zunehmendem Bildungsniveau früher ihre Arbeit wieder aufnehmen. Für die niedrigste Bildungskategorie lässt sich aufgrund der geringen Fallzahl (April: zehn, Juli: zwölf) keine Aussage treffen.

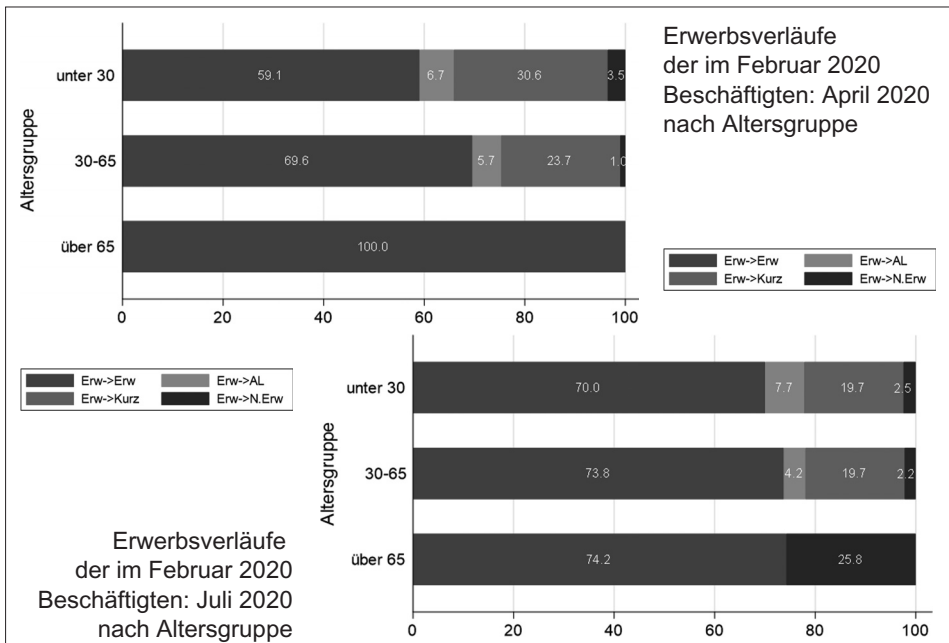
Grafik 6 zeigt schließlich, dass Menschen mit Migrationshintergrund, deren Anteil in der Stichprobe bei 22,4 Prozent liegt, im April überdurchschnittlich häufig von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen waren. Im Juli liegen die Anteile nur noch leicht über dem Rest der Bevölkerung.

Insgesamt deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass bestimmte soziodemografische Gruppen stärker von den wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns betroffen waren als andere. In der Tendenz sind es eher Frauen,

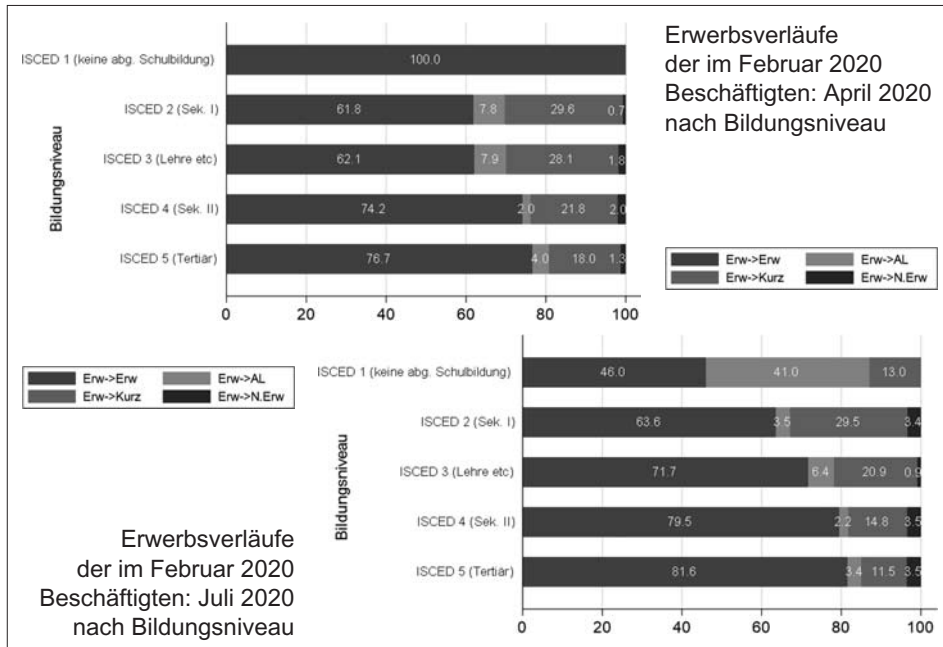
Grafik 3: Erwerbsverläufe der im Februar 2020 Beschäftigten nach Geschlecht, April 2020 (Welle 4/13)



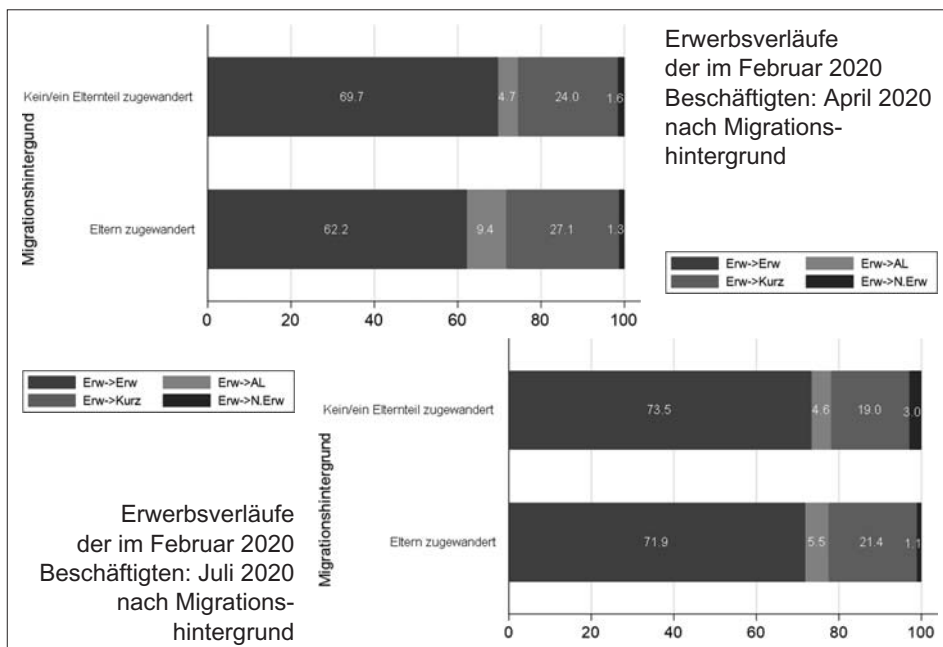
Grafik 4: Erwerbsverläufe nach Altersgruppen, gewichtet (Welle 4/13)



Grafik 5: Erwerbsverläufe nach AltGrafik 5. Erwerbsverlaufstypen nach Bildungsniveaus, gewichtet (Welle 4/13)



Grafik 6: Erwerbsverlaufstypen nach Migrationshintergrund, gewichtet (Welle 4/13)



eher Jüngere, eher weniger gut Gebildete und eher Menschen mit Migrationshintergrund, die arbeitslos geworden sind oder von Kurzarbeit betroffen waren. Diese Tendenzen können auf individueller Ebene kumulieren.

Die Zahlen aus dem Austrian Corona Panel korrespondieren mit den Registerdaten von Statistik Austria (Kremer & Wanek-Zajic 2020, S. 6), nach denen Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad und junge Menschen länger brauchten, um nach Mitte bzw. Ende März wieder eine Erwerbstätigkeit zu finden. Dies bezeugt die Robustheit der Daten aus dem Austrian Corona Panel Project.

5. Verläufe des psychischen Wohlbefindens von Arbeitslosen in der Krise

Das psychische Wohlbefinden wird mittels eines additiven Indexes verschiedener Dimensionen von Depressivität gemessen (siehe Anhang). Normalisiert auf die Skala 0–100 liegt der Mittelwert aller Befragten über alle Wellen des Panels bei 75 und befindet sich somit recht nahe am Pol des hohen psychischen Wohlbefindens (niedrige Depressionsneigung). Im Hinblick auf Veränderungen des psychischen Wohlbefindens lassen sich drei Gruppen unterscheiden (hierarchische Clusteranalyse mit Ward's Linkage, Tabelle 2). Sie umfassen alle Personen, die im Februar 2020 noch beschäftigt waren und innerhalb der Untersuchungsperiode arbeitslos wurden, und Langzeitarbeitslose, die bereits im Februar 2020 arbeitslos waren. Der Mittelwert der Gruppe der Arbeitslosen ist mit 66 um neun Punkte niedriger als der Gesamtdurchschnitt und zeigt, dass Menschen in Arbeitslosigkeit ein geringeres psychisches Wohlbefinden aufweisen.

Tabelle 2: Merkmale der Personen in Arbeitslosigkeit nach Verlauf des psychischen Wohlbefindens

	Gruppen nach psychischem Wohlbefinden		
	Gruppe 1: mittelmäßig unterdurchschnittliches Wohlbefinden	Gruppe 2: leicht unterdurchschnittliches Wohlbefinden	Gruppe 3: stark unterdurchschnittliches Wohlbefinden
N (Fallzahl)	63	22	167
psychisches Wohlbefinden (0-100)	67	69	65
Geschlecht	50% Frauen	42% Frauen	50% Frauen
Bildungsniveau	Viel ISCED 2, 3, 4, 5	Viel ISCED 2, 3, 5	Viel ISCED 2, 3, 4, 5
Migrationshintergrund	21%	18%	27%
durchschnittliches Alter	44	48	40
durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit	9 Wellen	13 Wellen	3 Wellen

Aus den Verläufen der psychischen Verfasstheit von Menschen, die im Februar 2020 erwerbstätig waren und arbeitslos wurden oder bereits arbeitslos waren, lassen sich durch Clusteranalyse drei Gruppen ableiten. Diese Gruppen unterscheiden sich primär nach Alter und Migrationshintergrund: In der Gruppe, die im Durchschnitt das geringste Wohlbefinden aufweist, sind jüngere Menschen und Personen mit Migrationshintergrund überproportional vertreten. Der zweite zentrale Punkt ist, dass die dritte Gruppe, die das niedrigste Wohlbefinden aufweist, deutlich kürzer arbeitslos ist. Menschen, die in der Pandemie arbeitslos wurden, haben also in größerem Umfang psychische Schwierigkeiten bekommen als diejenigen, deren Arbeitslosenstatus lediglich länger fortgeschrieben wurde. Hinsichtlich Bildung und Geschlecht sind keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Gruppen festzustellen.

Die Analyse zeigt, dass Frauen und Männer etwa gleich auf die drei Gruppen aufgeteilt sind. Des Weiteren ist auffällig, dass besonders Personen mit einem Lehrabschluss oder ähnlichem Bildungsniveau häufiger arbeitslos geworden sind und sich so über alle drei Verlaufgruppen verteilen. Auch Personen mit tertiärem Bildungsabschluss sind in allen drei Gruppen zu finden. Am markantesten sind die Unterschiede zwischen den drei Verlaufgruppen hinsichtlich der Merkmale Dauer der Arbeitslosigkeit, Alter und Migrationshintergrund. Erstens weisen jüngere Arbeitslose ein niedrigeres psychisches Wohlbefinden auf als ältere. Zweitens haben neu hinzugekommene Arbeitslose ein geringeres psychisches Wohlbefinden als Personen, die schon länger arbeitslos sind. Drittens sind Menschen mit Migrationshintergrund in den zwei Gruppen, deren psychisches Wohlbefinden geringer ist, häufiger vertreten.

6. Der Effekt von Arbeitslosigkeit auf das psychische Wohlbefinden

Zunächst sehen wir uns in Tabelle 3 an, welche Effekte der Erwerbsstatus und das psychische Wohlbefinden in der vorangegangenen Befragungswelle (t-1) auf das psychische Wohlbefinden in der aktuell betrachteten Welle (t) haben. Es zeigt sich, dass sich sowohl der Erwerbsstatus als auch das psychische Wohlbefinden der Vorperiode stark positiv und statistisch signifikant auf das psychische Wohlbefinden in der darauffolgenden Befragungswelle auswirken. Das lässt darauf schließen, dass der Erwerbsstatus und das psychische Wohlbefinden im Zeitverlauf systematisch zusammenhängen. Diese Effekte wirken über mehrere Perioden, was bedeutet, dass eine Beeinträchtigung des psychischen Wohlbefindens durch Arbeitslosigkeit länger anhält. Das psychische Wohlbefinden steigt mit dem Haushaltseinkommen (Netto) als Indikator des manifesten

Wertes von Arbeit. Zusätzlich erweisen sich Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund als stärker anfällig für ein vermindertes psychisches Wohlbefinden, während Alter einen leicht positiven Effekt hat.

Tabelle 3: Panelregressionsmodell des psychischen Wohlbefindens

Variable	Variablenausprägung	Koeffizient	Standardfehler
psychisches Wohlbefinden	Vorperiode ($t-1$)	0,683**	(0,007)
Erwerbsstatus	nicht erwerbstätig	0,230	(0,319)
	Kurzarbeit	0,571	(0,357)
	arbeitslos	-0,175**	(0,447)
Einkommen	Haushaltseinkommen	0,296**	(0,051)
Geschlecht	weiblich	-1,087**	(0,279)
Bildung	ISCED 2	0,901	(1,830)
	ISCED 3	1,354	(1,815)
	ISCED 4	1,142	(1,834)
	ISCED 5	1,674	(1,846)
Migration	Migrationshintergrund	-0,759*	(0,348)
Alter	Alter (in Jahren)	0,055**	(0,009)
Konstante		19,419**	(1,949)

Anmerkungen: Random-Effects Panelregression. Abhängige Variable: psychisches Wohlbefinden (Skala 0–100). ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$. Fallzahl $N = 1679$, je durchschnittlich 6,4 Wellen, R^2 (gesamt) = 0,73.

Um die Wirkung der Erwerbsverläufe auf das psychische Wohlbefinden im Detail zu untersuchen, betrachten wir die Zusammenhänge Mitte April (Welle 4), Ende Mai bis Anfang Juni (Welle 10), Ende Juni bis Anfang Juli (Welle 12) und Mitte Juli (Welle 13) separat unter Kontrolle der soziodemografischen Merkmale. In Tabelle 4 zeigt sich, dass das psychische Wohlbefinden von Personen in Kurzarbeit und von Nicht-Erwerbstätigen im Durchschnitt kaum von demjenigen der regulär Erwerbstätigen zu unterscheiden ist. Menschen, die während des Lockdowns arbeitslos waren oder in dieser Phase arbeitslos wurden, sind hingegen deutlich öfter und stärker von Einschränkungen des psychischen Wohlbefindens betroffen. Die Ergebnisse des Modells verdeutlichen, dass der Verlust des Arbeitsplatzes zwischen Februar und Mitte April, zwischen Februar und Ende Juni sowie zwischen Februar und Mitte Juli eine statistisch signifikante Reduktion des psychischen Wohlbefindens im Vergleich zu Personen, die weiterhin beschäftigt waren, bedeutete.

Ein Wechsel von der Erwerbstätigkeit in die Kurzarbeit hatte im Gegensatz zum Verlust des Arbeitsplatzes keine Verminderung des psychischen Wohlbefindens zur Folge. Zudem zeigt sich, dass bei den wenigen Befragten, die während der Krise eine Arbeit gefunden haben, das psychische

Tabelle 4: Querschnittmodelle des psychischen Wohlbefindens (Februar 2020–Juli 2020)

Veränderung Erwerbstätig- keit seit Februar 2020	Erwerbsverläufe	Welle 4		Welle 10		Welle 12		Welle 13	
		Koeffizient	Standard- fehler	Koeffizient	Standard- fehler	Koeffizient	Standard- fehler	Koeffizient	Standard- fehler
in Beschäftigung (Referenz: Verbleib in Beschäftigung)	Wechsel in Arbeitslosigkeit	-6,10*	(2,43)	-1,83	(2,89)	-6,12*	(2,80)	-6,76*	(2,98)
	Wechsel in Kurzarbeit	-0,37	(1,34)	1,31	(1,46)	1,27	(1,49)	1,03	(1,61)
	Wechsel zu nicht erwerbstätig	10,40*	(4,87)	2,54	(3,59)	2,56	(3,40)	4,66	(4,04)
	Verbleib in Arbeitslosigkeit	-11,15**	(2,16)	-9,97**	(2,22)	-10,20**	(2,31)	-12,94**	(2,56)
	Wechsel in Beschäftigung	14,11*	(6,70)	12,73*	(5,78)	3,19	(4,49)	-1,32	(4,68)
Arbeitslosigkeit	Wechsel in Kurzarbeit	...		...		-28,28	(14,76)	...	
	Wechsel zu nicht erwerbstätig	-4,80	(8,50)	-15,48	(9,50)	-21,28*	(8,43)	-17,16**	(5,69)
	Verbleib in nicht erwerbstätig	0,75	(1,09)	2,45	(1,18)	1,27	(1,17)	-0,73	(1,22)
nicht erwerbstätig	Wechsel in Beschäftigung	-8,66	(7,14)	0,90	(5,42)	-2,35	(4,94)	3,06	(5,10)
	Wechsel in Kurzarbeit	...		-13,55	(10,26)	-12,53	(11,22)	-16,00	(10,58)
	Wechsel in Arbeitslosigkeit	-17,60*	(7,51)	-4,51	(7,63)	-13,38*	(5,64)	-5,52	(5,10)
	weiblich	-3,70**	(0,88)	-2,80**	(0,94)	-2,26*	(0,93)	-2,53**	(0,97)
Bildung (Referenz: ISCED 1)	ISCED 2	-10,48*	(4,13)	-1,90	(4,12)	3,41	(3,95)	4,82	(4,18)
	ISCED 3	-9,79*	(4,20)	0,02	(4,11)	4,92	(3,93)	6,98	(4,15)
	ISCED 4	-10,11*	(4,18)	-0,56	(4,20)	3,96	(4,01)	7,19	(4,26)
	ISCED 5	-7,97	(4,20)	2,22	(4,21)	5,52	(4,01)	8,04	(4,25)
	Migrationshintergrund	-2,20*	(1,02)	-3,38*	(1,10)	-3,03*	(1,09)	-2,71*	(1,13)
Alter	Alter (in Jahren)	0,12**	(0,03)	0,17**	(0,03)	0,09**	(0,03)	0,20**	(-0,03)
Konstante		82,26**	(4,35)	69,49**	(4,38)	69,26**	(4,14)	62,89**	(4,43)
R ²		0,08		0,09		0,06		0,09	

Anmerkung: lineare Regressionen der jeweils genannten Befragungswelle. Abhängige Variable: psychisches Wohlbefinden (Skala 0–100). ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$. Daten gewichtet mit Designgewichten (jeweils entsprechende Welle). $N = 1351\text{--}1336$.

Wohlbefinden stark gestiegen ist. Weiters sticht die besondere Betroffenheit von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund hervor. Konträr zu den Ergebnissen der Panelanalyse, die einen mittleren Effekt über den gesamten Datensatz schätzt, zeigt sich hier, dass auch jüngere Personen ein geringeres psychisches Wohlbefinden aufweisen.

Ein möglicher Einwand ist, dass es weniger auf Kurzarbeit per se ankommt, sondern auf das Ausmaß der Beschäftigungsreduktion. Wie Krenner und Wanek-Zajic (2020) beschäftigt sich der nächste Analyseschritt mit den Wochenarbeitsstunden während der Pandemie im Vergleich zu vor Beginn der Corona-Krise in Österreich. Diese Analyse prüft den Effekt der Differenz der Wochenarbeitszeit zwischen Februar und Sommer 2020 auf das psychische Wohlbefinden im Sommer (Tabelle 5, Modell 1).

Tabelle 5. Querschnittregressionen: Arbeitsstundendifferenz, latente Faktoren Juni/Juli 2020

Psychisches Wohlbefinden	1	2	3
Arbeitsstundendifferenz Februar—Sommer 2020	0,001 (0,05)		–0,005 (0,05)
Geschlecht (weiblich)	–2,342 (1,33)	–2,662* (1,33)	–2,256 (1,42)
Migrationshintergrund	–7,168** (1,53)	–4,828** (1,48)	–7,452** (1,61)
Alter	0,184** (0,06)	0,171** (0,05)	0,192* (0,06)
Routine (Zeitstruktur)		–0,498 (0,65)	–0,593 (0,72)
Unterstützung (Sozialkontakt)		1,411 (0,77)	1,794* (0,83)
Bestes geben (gemeinsames Ziel)		2,110** (0,66)	1,842** (0,71)
Erwerbstätigkeit oder in Kurzarbeit (Aktivität)		10,613** (1,86)	16,633** (6,31)
Wichtigkeit Einkommen (Status)		–0,311 (0,98)	0,332 (1,10)
Konstante	71,643** (2,63)	53,167** (5,23)	44,960** (7,63)
R ²	0,059	0,116	0,100
N	565	614	503

Abhängige Variable: Depressionsindex der Welle 12 und 13 im Durchschnitt (Skala 0–100). Daten gewichtet mit Designgewichten (Welle 13). Koeffizienten mit Standardfehler in Klammer. * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$.

Die Analyse zeigt, dass ein solcher Effekt in unseren Daten nicht nachgewiesen werden kann. Aber es ist möglich, dass die Reduktion der Arbeitszeit ein zu grober Indikator der latenten Faktoren ist, die zum Sinken des psychischen Wohlbefindens führen. Deshalb prüfen wir darüber hin-

aus den Effekt von fünf Variablen, die Faktoren latenter Deprivation erfassen. Diese Faktoren sind: Routine („Ich richte meine Tage an Routinen aus, die schon länger bestehen“, Welle 12) als Indikator des latenten Faktors Zeitstruktur, Unterstützung („Ich erhalte aufmunternde Unterstützung von anderen“, Welle 13) für Sozialkontakt, gemeinsames Ziel („Wir geben alle unser Bestes, um die Krisensituation zu überwinden“, Welle 13), Aktivität (Erwerbstätigkeit und Kurzarbeit versus Arbeitslosigkeit, Welle 13) und die Bedeutung des Einkommens („Wenn Sie sich eine Stelle aussuchen könnten, wie wichtig wären für Sie persönlich die folgenden Dinge? Ein hohes Einkommen“, Welle 13) als Indikator für Statusorientierung. Die Korrelationen zwischen diesen Faktoren sind gering ($-0,03$ – $0,20$) und zeigen damit an, dass die fünf Variablen unterschiedliche Dimensionen erfassen. Die Regressionsanalyse (Tabelle 5, Modell 2) inkludiert alle Befragten, die in Welle 12 und 13 entweder erwerbstätig, in Kurzarbeit oder arbeitslos waren. Im Ergebnis zeigt sich folgendes Bild: Die Wahrnehmung eines gemeinsamen Ziels, die Bedeutung von Sozialkontakten und Aktivität haben signifikant positive Effekte auf das psychische Wohlbefinden. Hingegen haben das Ausüben von Routinetätigkeiten und die Bedeutung eines hohen Einkommens keinen signifikanten Einfluss. Konkret bedeutet dies, dass vor allem soziale Komponenten von Bedeutung sind, während Status und Zeitstruktur weniger wichtig zu sein scheinen. Modell 3 in Tabelle 5 zeigt, dass das Ausmaß der Reduktion der Arbeitszeit auch unter Kontrolle dieser latenten Faktoren keinen Effekt hat.

Wir schließen aus diesen Analysen, dass eine Reduktion der Arbeitsstunden keinen statistisch messbaren Beitrag zur Erklärung des psychischen Wohlbefindens während der Corona-Pandemie leistet, sondern dass besonders Sozialkontakte, das Verfolgen gemeinsamer Ziele und Aktivität dazu beitragen können, das Wohlbefinden zu verbessern. Da in Kurzarbeit Aktivität, kollektive Zielsetzungen und Sozialkontakte zumindest teilweise aufrechterhalten werden können, scheint diese neben dem formalen Aspekt des Erhalts des Beschäftigungsstatus auch über die latente Struktur einen Beitrag zu leisten, psychisches Wohlbefinden zu erhalten oder, anders formuliert, die Gefahr depressiver Gefühle abzufangen.

7. Fazit

Der zur Eindämmung der SARS-CoV-2-Pandemie erfolgte Lockdown hatte zur Folge, dass etwa 30% der Befragten im Austrian Corona Panel Project (ACPP) gänzlich oder teilweise ihre Beschäftigung verloren. Dies betraf tendenziell häufiger Frauen, Jüngere, Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau und Menschen mit Migrationshintergrund. Der Großteil dieser Menschen wurde durch die zwischen den Sozialpartnern ausge-

handelte Kurzarbeitsregelung aufgefangen. Dies hatte im Vergleich zu einer möglichen Arbeitslosigkeit nicht nur deutliche materielle Vorteile für die Betroffenen, sondern hat diese Menschen auch vor erhöhten psychischen Belastungen bewahrt. Dass fünf von sechs Beschäftigten, die während des Lockdowns nicht weiterarbeiten konnten, die Kurzarbeit nutzen konnten, zeigt die Dimension der vor einer Kündigung schützenden Wirkung der Kurzarbeitsregelung.

Die psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit lassen sich an den Effekten der Veränderungen des Beschäftigungsstatus während der Krise deutlich beobachten. Diejenigen, die trotz aller Maßnahmen während der Krise arbeitslos geworden sind, weisen eine substanzielle Verschlechterung des psychischen Wohlbefindens auf, während bei den wenigen, die während dieser Phase Arbeit gefunden haben, eine deutliche Verbesserung festzustellen ist. Darüber hinaus haben wir drei Indikatoren latenter Deprivation – ein gemeinsames Ziel zu haben, Aktivität auszuüben und soziale Unterstützung zu bekommen – identifiziert, deren Fehlen mit einem geringeren psychischen Wohlbefinden einhergeht.

Schlussendlich zeigt sich, dass Kurzarbeit ein wesentliches und wirksames Instrument gewesen ist, Beschäftigte während der Krise vor Arbeitslosigkeit und deren psychischen Folgen zu schützen. Dies ist wichtig, denn dem österreichischen Staat und der Volkswirtschaft werden dadurch vor allem mittel- und langfristige Kosten, welche sowohl Arbeitslosengeld und Ähnliches als auch Gesundheits- und Behandlungskosten einschließen, erspart. Da Kurzarbeit Beschäftigung über mehrere Personen verteilt, wendet sie mehrere Faktoren latenter Deprivation gleichzeitig von den Betroffenen ab und lässt ihre psychische Gesundheit so weitgehend intakt.

Eine Implikation unserer Ergebnisse ist, dass die Sozialpolitik mit der Gesundheitspolitik abgestimmt werden sollte. Arbeitslosigkeit zieht nicht nur manifest materielle Folgen nach sich, sondern hat auch psychische und psychosoziale Konsequenzen, die zu einer Verschlechterung der Aussichten auf Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt führen können. In diesem Sinne können Maßnahmen der Krisenbewältigung, die Arbeitslose in soziale Aktivitäten möglichst arbeitsmarktnah einbinden, den Betroffenen neue Perspektiven geben.

Literatur

- AMS (2020a). Arbeitslosigkeit Ende Juni lag um 43 Prozent über dem Vorjahresniveau. <https://www.ams.at/regionen/osterreichweit/news/2020/07/arbeitslosigkeit-ende-juni-40-prozent-ueber-vorjahr-072020>.
- AMS (2020b) COVID-19 Kurzarbeit. <https://www.ams.at/regionen/osterreichweit/news/2020/07/arbeitslosigkeit-ende-juni-40-prozent-ueber-vorjahr-072020>.
- Burchell, B., Wang, S., Kameräde, D., Bessa, I. & Rubery, J. (2020). *Cut hours, not people: no work, furlough, short hours and mental health during COVID-19 pandemic in the UK. Working Paper No. 521, Centre for Business Research, University of Cambridge.*

- Creed, P. A. & Klisch, J. (2005). Future Outlook and Financial Strain: Testing the Personal Agency and Latent Deprivation Models of Unemployment and Well-Being. *Journal of Occupational Health Psychology*, Vol. 10, No. 3, S. 251–260.
- Creed, P. A. & Macintyre S. R. (2001). The relative effects of deprivation of the latent and manifest benefits of employment on the wellbeing of unemployed people. *Journal of Occupational Health Psychology*. Vol. 6, No. 4, S. 324–31.
- Douglas, M.; Katikireddi, S. V.; Taulbut, M.; McKee, M.; McCartney, G. (2020). Mitigating the wider health effects of covid-19 pandemic response. *British Medical Journal*, 369, m1557, doi: <https://doi.org/10.1136/bmj.m1557>.
- Eriksson, T.; Agerbo, E.; Mortensen, P. B.; Westergaard-Nielsen, N. (2010). Unemployment and Mental Disorders: Evidence from Danish Panel Data. *International Journal of Mental Health*, Vol. 39, No. 2, S. 56–73.
- Fryer, D. (1985). Stages in the Psychological Response to Unemployment: A (Dis)integrative Review. *Current Psychological Research & Reviews*, Vol. 4, S. 257–273.
- Jahoda, M. (1982). *Employment and Unemployment: A Social-Psychological Analysis*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jahoda, M. (1997). Manifest and latent functions. In: Nicholson, N. (Hrsg.), *The Blackwell Encyclopedic Dictionary of Organizational Psychology*, Oxford, UK: Blackwell, S. 317–318.
- Kessler, R. C.; Turner, J. B.; House J. S. (1989). Unemployment, Reemployment, and Emotional Functioning in a Community Sample. *American Sociological Review*, Vol. 54, No. 4, S. 648–657.
- Kittel, B.; Kritzinger, S.; Boomgaarden, H.; Prainsack, B.; Eberl, J-M.; Kalleitner, F.; Lebernegg, N. S.; Partheymüller, J.; Plescia, C.; Schiestl, D. W.; Schlogl, L. (2020a). The Austrian Corona Panel Project: Monitoring Individual and Societal Dynamics amidst the COVID-19 Crisis. *European Political Science*, <https://doi.org/10.1057/s41304-020-00294-7>.
- Kittel, B.; Kritzinger, S.; Boomgaarden, H.; Prainsack, B.; Eberl, J-M.; Kalleitner, F.; Lebernegg, N. S.; Partheymüller, J.; Plescia, C.; Schiestl, D. W.; Schlogl, L. (2020b). Austrian Corona Panel Project (SUF edition), <https://doi.org/10.11587/28KQNS>, AUSSDA.
- Kremer, S. & Wanek-Zajic, B. (2020). Registerbasierte Statistiken Erwerbsverläufe Kalenderjahr 2020. Schnellbericht 10.53, Statistik Austria, http://www.statistik.at/wcm/idc/idcplg?IdcService=GET_PDF_FILE&RevisionSelectionMethod=LatestReleased&dDocName=124044.
- Lennon, L. & Limonic, M. C. (2009). Work and Unemployment as Stressors. In: A Handbook for the Study of Mental Health, Scheid T. L. & Wright, E. R. (Hrsg.), S. 224–238.
- Mäder, U. (2007). Armut und Gesundheit: Folgen der Arbeitslosigkeit. *Schweizerisches Medizin-Forum*, Vol. 7, No. 46, S. 930–933.
- Paul, K. I. & Zechmann, A. (2019). Arbeitslosigkeit und Gesundheit. In: Gesundheitswissenschaften, Haring R. (Hrsg.), Berlin: Springer, S. 487–496.
- Paul, K. I. & Batinic, B. (2010). The need for work: Jahoda's latent functions of employment in a representative sample of the German population. *Journal of Organizational Behavior*, Vol. 31, No. 1, S. 45–64.
- Paul, K. I. & Moser, K. (2009). Unemployment impairs mental health: Meta-analyses. *Journal of Vocational Behavior*, Vol. 74, Iss. 3, S 264–282.
- Paul, K. I.; Geithner, E.; Moser, K. (2009). Latent Deprivation among People who Are Employed, Unemployed, or Out of the Labor Force. *The Journal of Psychology*, Vol. 143, No. 5, S. 477–491.
- Selenko, E.; Batinic, B.; Paul, K. (2011). Does latent deprivation lead to psychological distress? Investigating Jahoda's model in a four-wave study. *Journal of Occupational and Organizational Psychology*, Vol. 84, No. 4, S. 723–740.
- Sinclair, R. R.; Allen, T.; Barber, L.; Bergman, M.; Britt, T.; Butler, A.; Ford, M.; Hammer, L.;

- Kath, L.; Probst, T., Yuan, Z. (2020). Occupational Health Science in the Time of COVID-19: Now more than Ever. *Occupational Health Science*, Vol. 4, Iss. 1–2, S. 1–22.
- Sverke, M.; Hellgren, J.; Näswall, K. (2002). No Security: A Meta-Analysis and Review of Job Insecurity and Its Consequences. *Journal of Occupational Health Psychology*, Vol. 7, No. 3, S. 242–264.
- Thill, S.; Houssemand, C.; Pignault, A. (2019). Unemployment Normalization: Its Effect on Mental Health During Various Stages of Unemployment. *Psychological Reports*, Vol. 122, No. 5, S. 1600–1617.
- Van Bavel, J. J.; Baicker, K.; Boggio, P. S.; Capraro, V.; Cichocka, A.; Cikara, M.; Crockett, M. J.; Crum, A. J.; Douglas, K. M.; Druckman, J. N.; Drury, J.; Dube, O.; Ellemers, N.; Finkel, E. J.; Fowler, J. H.; Gelfand, M.; Han, S.; Haslam, S. A.; Jetten, J.; Kitayama, S.; Mobbs, D.; Napper, L. E.; Packer, D. J.; Pennycook, P.; Peters, E.; Petty, R. E.; Rand, D. G.; Reicher, S. D.; Schnall, S.; Shariff, A.; Skitka, L. J.; Smith, S. S.; Sunstein, C. R.; Tabri, N.; Tucker, J. A.; van der Linden, S.; Van Lange, P. A. M.; Weeden, K. A.; Wohl, M. J. A.; Zaki, J.; Zion, S.; Willer, R. (2020). Using social and behavioural science to support COVID-19 pandemic response. *Nature Human Behaviour*, Vol. 4, S. 460–471.
- Wanberg, C. R. (2012). The Individual Experience of Unemployment. *Annual Review of Psychology*, Vol. 63, S. 369–396.
- WIFO (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) (2020), Beschäftigte und Arbeitslosenquote in Österreich, <https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/main.jart?rel=de&content-id=1354870251042>, letzter Zugriff 8. 2. 2021.

Anhang: Verwendete Items des Austrian Corona Panel Project

Psychisches Wohlbefinden:

Summe aus den Variablenwerten der folgenden Items: Wie oft waren Sie in der letzten Woche ...? (Matrix-Frage, randomisierte Antwort-Items) a. ruhig und gelassen; b. einsam; c. ärgerlich; d. so niedergeschlagen, dass Sie nichts aufheitern konnte; e. glücklich; f. sehr nervös; g. ängstlich; h. bedrückt und traurig; i. voller Energie. Die Items beruhen auf einer fünfstufigen Likert-Skala und wurden hinsichtlich ihrer Ausrichtung parallelisiert, summiert, durch das erreichbare Maximum dividiert und mit 100 multipliziert.

Erwerbstypen (Basis für Verläufe):

Hat sich in Ihrer beruflichen Situation aufgrund der Corona-Krise etwas geändert? Bitte wählen Sie alles Zutreffende aus. (Mehrfach-Nennung, randomisierte Antwort-Items) a. Ich bin im Home-Office; b. Ich bin im Abbau Zeitausgleich und Urlaub; c. Mir wurde gekündigt; d. Ich habe eine Stundenaufstockung; e. Ich habe Kurzarbeit; f. Ich erhalte Arbeitslosenunterstützung; g. Ich erhalte Gelder aus dem Härtefonds; h. Ich habe einen aws-Kredit; i. Ich bekomme Sozialhilfe (Mindestsicherung, Notstand); j. keine Änderung; k. keine Angabe [99].

Soziodemografie:

Welches Geschlecht haben Sie?¹ (Einfach-Nennung) a. männlich; b. weiblich; c. divers; d. keine Angabe [99]

Was ist der höchste Schul- oder Bildungsabschluss, den Sie erreicht haben? (Einfachantwort) a. Volksschule oder weniger; b. Hauptschule oder AHS-Unterstufe; c. Polytechnikum, BMS (Fachschule, z. B. HASCH); d. Lehre, Berufsschule; e. AHS mit Matura; f. BHS mit Matura (z. B. HTL, HAK, HBLA etc.); g. hochschulverwandte Lehranstalt oder Kolleg; h. Bachelor; i. Magister/Master/Diplomingenieur/Fachhochschule; j. Doktor/PhD; k. keine Angabe [99]

In welchem Jahr wurden Sie geboren?² (Einfach-Nennung, Zahleneingabe) a. Geburtsjahr

Wie viel Geld steht Ihrem Haushalt aktuell zur Verfügung (Netto-Haushaltseinkommen inklusive Sozialleistungen, Rente usw.)? Bitte rechnen Sie Überstunden mit ein, nicht aber den 13./14. Bezug. a. weniger als 1.100 Euro; b. 1.100 bis unter 1.500 Euro; c. 1.500 bis unter 1.800 Euro; d. 1.800 bis unter 2.200 Euro; e. 2.200 bis unter 2.700 Euro; f. 2.700 bis unter 3.100 Euro; g. 3.100 bis unter 3.700 Euro; h. 3.700 bis unter 4.300 Euro; i. 4.300 bis unter 5.500 Euro; j. 5.500 Euro und mehr; k. keine Angabe [99].

Wurde einer oder beide Ihrer Elternteile nicht in Österreich geboren?³ (Einfach-Nennung) a. Ja, einer; b. Ja, beide; c. Nein; d. keine Angabe [99].

Latente Faktoren:

Nun folgen einige Aussagen zur aktuellen Einteilung Ihrer Tage. Bitte geben Sie an, wie stark jede Aussage auf Sie zutrifft. (Matrix-Frage, randomisierte Antwort-Items) a. Ich richte meine Tage an Routinen aus, die schon länger bestehen.

Beurteilen Sie bitte, inwiefern die folgenden Aussagen derzeit auf Ihr Denken und Handeln in der Corona-Krise zutreffen. (Matrix-Frage, randomisierte Items) c. Ich erhalte aufmunternde Unterstützung von anderen.

Ganz allgemein, wie sehr treffen die folgenden Aussagen auf die Stimmung in unserer Gesellschaft zu? (Matrix-Frage, randomisierte Antwort-Items) a. Wir geben alle unser Bestes, um die Krisensituation zu überwinden.

Wenn Sie sich eine Stelle aussuchen könnten, wie wichtig wären für Sie persönlich die folgenden Dinge? (Matrix-Frage; randomisierte Items) b. Ein hohes Einkommen.

Wochenarbeitsstunden:

Wie viele Stunden (inklusive Überstunden) haben Sie in einer normalen Woche im Februar 2020 in Ihrer Haupttätigkeit gearbeitet? Wenn Sie es

¹ Wir verwenden in den Analysen nur männlich und weiblich.

² Variable recodiert in Alter: 2020-Geburtsjahr.

³ Variable recodiert als Migrationshintergrund: 1, wenn beide Elternteile zugewandert, sonst 0.

nicht genau wissen, genügt Ihre beste Schätzung. (Einfach-Nennung, Zahleneingabe, min. 1–max. 100) a. <...> Stunden pro Woche

36. Wie viele Stunden (inklusive Überstunden) arbeiten Sie in Ihrer Haupttätigkeit jetzt pro Woche? Wenn Sie es nicht genau wissen, genügt Ihre beste Schätzung. (Einfach-Nennung, Zahleneingabe, min. 0–max. 100) a. <...> Stunden pro Woche

Zusammenfassung

Wie wirken sich Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit während und nach dem Covid-19-Lockdown auf psychische Gesundheit aus? Ausgehend von einer Theorie der latenten Deprivation wird die Verknüpfung zwischen Erwerbsverläufen und psychischem Wohlbefinden zwischen Ende März 2020 und Mitte Juli 2020 untersucht. Datengrundlage der Analyse ist das Austrian Corona Panel Project (ACPP) mit 1.500 Befragten pro Welle. Die Befunde unserer Untersuchungen zeigen, dass Arbeitslosigkeit sich signifikant und negativ auf psychisches Wohlbefinden auswirkt. Insgesamt stützen die Ergebnisse die Hypothese, dass die SARS-CoV-2-Pandemie und die politischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie einen nachhaltigen Effekt auf das psychische Wohlbefinden für von Arbeitslosigkeit Betroffene hatten.

Abstract

We investigate how unemployment and short-time working during and after the Covid-19 lockdown affected mental health. We depart from a theory of latent deprivation to examine the nexus between employment trajectories and psychological well-being between the end of March 2020 and mid-July 2020 in Austria. Data for the analyses has been collected by the Austrian Corona Panel Project (ACPP), which encompasses 1500 respondents per wave. The findings suggest that unemployment significantly and negatively affects psychological well-being. Altogether, the SARS-CoV-2 pandemic and the political measures to contain the spread of the virus had a lasting impact on those affected by unemployment.

Keywords: unemployment, employment trajectories, mental health, COVID-19.

Schlüsselbegriffe: Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsverläufe, psychische Gesundheit, COVID-19.

JEL Codes: H12, I38, J64, J65, J68, Z13.

ÖGB VERLAG

www.oegbverlag.at

20 ■ sozialpolitik in diskussion sozialpolitik in diskussion

Nikolai Soukup (Hg.)

**NEOLIBERALE UNION
ODER SOZIALES EUROPA?**
ANSÄTZE UND HINDERNISSE
FÜR EINE SOZIALE NEUAUSRICHTUNG DER EU

Januar 2019

wien.arbeiterkammer.at



WIEN

Neoliberale Union oder soziales Europa?

Ansätze und Hindernisse für eine soziale Neuausrichtung der EU

Nikolai Soukup (Hg.)

Sozialpolitik in Diskussion Band 20 / ÖGB-Verlag 2019 / 140 Seiten / EUR 10,00
ISBN 978-3-99046-332-1

Wohin entwickelt sich die soziale Lage der EU und wie sozial ist ihre Politik ausgerichtet? Welche Hindernisse und Perspektiven gibt es für eine substanzielle soziale Neuausrichtung der EU?

Die EU ist von vielfältigen sozialen Problemlagen und Ungleichheiten geprägt. Im Zuge der Krise führten die auf Kürzungs- und Wettbewerbsdruck fokussierten neoliberalen Maßnahmen in mehreren Mitgliedstaaten zu verheerenden sozialen Auswirkungen. Doch bereits zuvor wurden Ziele des Wohlfahrtsstaates den Marktfreiheiten und Budgetregeln der EU untergeordnet. Die Initiative einer „europäischen Säule sozialer Rechte“ machte die soziale Dimension der EU zwar zum Thema, leitete jedoch keinen grundlegenden Kurswechsel ein.

Die Analysen dieses Sammelbands spannen einen weiten Bogen, der von der Wirtschaftspolitik der Eurozone und ihren geschlechterpolitischen Implikationen über Lohnentwicklung, Jugendarbeitslosigkeit und atypische Beschäftigung bis hin zu Lohn- und Sozialdumping, Armut und Fragen der Steuergerechtigkeit reicht.

Kostenloser Download unter E-Medien der Arbeiterkammern:

wien.arbeiterkammer.at/soziales-europa

BESTELLUNG IM THEMENSHP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21



Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie: Schumpeters Entwurf einer *histoire raisonnée* der Moderne*

Heinz D. Kurz

Die gerade erschienene 10. Auflage von Joseph Alois Schumpeters *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (2020) – im Folgenden kurz *KSD* – enthält erstmals auch den Fünften Teil der 1942 erschienenen amerikanischen Originalausgabe *Capitalism, Socialism and Democracy* – im Folgenden *CSD* – in letzter, von Schumpeter herausgebrachter Fassung.¹ Insofern könnte mit gutem Recht auch von der ersten Auflage der vollständigen deutschen Ausgabe gesprochen werden.²

Dieser Essay führt in das Werk Schumpeters und dessen Wirkungsgeschichte ein.³ Der Essay ist wie folgt gegliedert. Abschnitt 1 geht kurz auf die Entstehungsgeschichte von *CSD* ein und benennt dessen analytischen Fluchtpunkt. Abschnitt 2 erörtert das Thema des Werks – die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus. Abschnitt 3 reiht Schumpeters Werk in die vor allem zur Zeit der schottischen Aufklärung entwickelte Lehre von den nicht intendierten Konsequenzen menschlichen Tuns ein. Die folgenden fünf Abschnitte befassen sich nacheinander mit den fünf Teilen von *KSD*: Abschnitt 4 mit Schumpeters Auseinandersetzung mit Marx; Abschnitt 5 mit der von ihm aufgeworfenen Frage „Kann der Kapitalismus

* Für ihre kritische Lektüre und hilfreiche Anmerkungen danke ich Reinhard Blomert, Stephan Böhm, Christian Fleck, Christian Gehrke, Harald Hagemann, John King, Valeska Lembke, Hans-Walter Lorenz, Heinz Rieter, Bertram Schefold, Richard Sturn und Julia Wurzinger. Besonderen Dank für umfängliche Kommentare und zahlreiche Anregungen schulde ich Ulrich Hedtke. Alle verbliebenen Fehler und Deutungen sind alleine von mir zu verantworten.

¹ Eine zweite amerikanische Auflage erschien 1947, eine dritte 1950.

² Zur Frage, warum frühere Fassungen Teil V nicht enthalten, siehe den Appendix zu diesem Essay.

³ Der Essay besteht aus einer überarbeiteten Version meiner Einführung in die 10. Auflage. Ich danke Markus Marterbauer für die Aufforderung, eine Fassung des Essays in *Wirtschaft und Gesellschaft* einzureichen, und dem Narr Francke Attempto Verlag, Tübingen, für die großzügige Gewährung der Rechte ihrer Veröffentlichung. Einem anonymen Gutachter von *Wirtschaft und Gesellschaft* schulde ich Dank für nützliche Kommentare und Anregungen, die ich, so gut ich konnte, in meinen Text eingearbeitet habe.

weiterleben?“; Abschnitt 6 mit der Frage „Kann der Sozialismus funktionieren?“; Abschnitt 7 mit der Frage nach der Vereinbarkeit von Sozialismus und Demokratie; Abschnitt 8 schließlich mit der Geschichte des Sozialismus und der sozialistischen Parteien. Abschnitt 9 macht auf blinde Flecken in Schumpeters Analyse aufmerksam, insbesondere den rasanten Aufstieg Chinas und die Herausbildung einer „Mixed Economy“ in zahlreichen Staaten. Abschnitt 10 wirft einen Blick auf die Rezeptions- und Wirkungsgeschichte von *KSD*. Sie belegt eindrucksvoll, dass es sich dabei um ein großes Werk handelt, weil es offenbar nicht „sterben“ kann, sondern immer aufs Neue diskutiert wird und zur Entwicklung neuer Forschungsgebiete in einer Vielzahl von sozialwissenschaftlichen Disziplinen anregt. Die von Schumpeter behandelten Themen sind heute angesichts des Aufstiegs Chinas, der ins Torkeln geratenen Vereinigten Staaten von Amerika, der von der Pandemie ausgelösten Beschränkungen der Freiheitsrechte des Einzelnen und der vorsätzlich betriebenen Aushöhlung der Demokratie in mehreren Staaten und vor allem angesichts der ökologischen Herausforderung von vielleicht noch größerer Aktualität als zur Zeit des Erscheinens des Werks. Weder Kapitalismus noch Sozialismus noch Demokratie sind, eine berühmte Formulierung Marxens aufgreifend, feste Kristalle, sondern umwandlungsfähige und beständig im Prozess der Umwandlung befindliche Gebilde. *KSD* schärft den Sinn für diese Tatsache und wirft die Frage nach der für die Mehrzahl der Menschen möglichst vorteilhaften Bewegungsrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft auf.⁴

1. Entstehungsgeschichte und analytischer Fluchtpunkt von CSD

Einem handschriftlichen Vermerk zufolge beschließt Schumpeter am 13. Juni 1934, „eben mich auf Sozialismus as best I can zu konzentrieren und vom 1. Kapitel zu beginnen“⁵. Kapitel 14 verfasst er im Sommer 1935 (263, Fn. 6), Kapitel 19 im Sommer 1938 (305).⁶ Das Buch, schreibt er, sei

⁴ Hervorhebungen in zitierten Stellen aus *KSD* stammen von Schumpeter. Übersetzungen von Stellen aus englischsprachigen Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, für die keine deutschen Fassungen vorhanden sind, kommen von mir.

⁵ Siehe Dokument 10228u.JPG unter Punkt 3.5.62 in Hedtkes noch in Bearbeitung befindlicher Online-Edition: *Joseph Schumpeter: Pieces of manuscripts, discarded manuscripts, notes and other material for the socialism book*. (Schumpeters Manuskripte und Notizen zu *CSD* sind von Schumpeters Witwe der Bibliothek der Mie-Universität, Mie-Präfektur, Kansai, Japan, überlassen worden. Shin-ichi Uraki und Katsuhiko Imai haben die Manuskripte und Notizen im Privatdruck 2015 erstmals veröffentlicht. Die Edition wird in Bände in Hedtkes Schumpeter-Archiv publiziert.)

⁶ Schumpeter wirkt nach Professuren in Czernowitz, Graz und Bonn ab 1932 bis zu seinem Tod 1950 an der Harvard University in Cambridge, Massachusetts. Er baut den volkswirtschaftlichen Fachbereich mit auf und verhilft ihm zu Weltruhm. Zu seinen Schü-

„die Frucht meiner Bemühung, die Summe einer beinahe vierzigjährigen Gedankenarbeit, Beobachtung und Forschung über das Thema des Sozialismus“ (537). Das Thema des Sozialismus beschäftigt nicht nur ihn seit seiner Studienzeit in Wien, es steht im Zentrum der damaligen gesellschaftspolitischen Debatte in Europa und darüber hinaus.

Die stark soziologische und kulturwissenschaftliche Analyse in *KSD*⁷ steht in enger Beziehung zu Schumpeters zum Teil parallel dazu verfassten, 1939 veröffentlichten *Business Cycles*, die *KSD* das wirtschaftstheoretische und historisch-empirische Fundament liefern. Trifft die Marx'sche These zu, der Niedergang des Kapitalismus sei ökonomisch verursacht, oder handelt es sich dabei um eine unzulässige Extrapolation der Abschwungphase einer langen, etwa fünfzig Jahre umfassenden Welle der wirtschaftlichen Entwicklung – eines Kondratieff-Zyklus? Welche Rolle spielt in alledem der Imperialismus – drückt er die versiegenden Möglichkeiten der Kapitalverwertung in hoch entwickelten kapitalistischen Ländern aus, wie Marxisten behaupten, und ist er ein kriegstreibendes Moment? In seiner Schrift *Zur Soziologie der Imperialismen* (1919) widerspricht Schumpeter: Nicht so sehr rationale Gründe, sondern Kampfeslust und Revanchebegehren seien häufig Kriegsursachen. Der Kapitalismus sei grundsätzlich antiimperialistisch; er lenke kriegerische Energien in die Akkumulation von Kapital und Reichtum und sei nicht auf die gewaltsame Eroberung fremder Territorien aus, sondern auf deren wirtschaftliche Nutzung.⁸

KSD ist zugleich Kulminationspunkt von Schumpeters sozialwissenschaftlichem Schaffen. In ihn fließen seine methodologischen und programmatischen Erörterungen seit der Habilitationsschrift *Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie* (1908) ebenso ein wie seine Sicht der Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft in der *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* (1912) sowie seine Studien unterschiedlicher theoretischer Strömungen im Essay „Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte“ (1914) und in der im Entstehen begriffenen, posthum veröffentlichten *History of Economic Analysis* (1954a; vgl. auch 1954b). Zu erwähnen sind darüber hinaus seine zahlreichen Aufsätze zu Fragen

lern und Mitarbeitern zählen spätere Koryphäen wie Kenneth Boulding, Nicholas Georgescu-Roegen, John K. Galbraith, Richard Goodwin, Hyman Minsky, Richard Musgrave, Paul Samuelson, Paul Sweezy und James Tobin. Sie verkörpern höchst unterschiedliche fachliche und politische Orientierungen und dokumentieren eindrucksvoll Schumpeters intellektuelle Offenheit und Überzeugung, dass man in Auseinandersetzung mit klugen Leuten anderer Meinung am meisten lernen könne.

⁷ Ich beziehe mich fortan fast nur noch auf die jetzt vorliegende vollständige deutsche Übersetzung, der auch die zitierten Stellen entnommen sind.

⁸ Die Auffassung, wer miteinander Handel treibe, führe keine Kriege, vertreten bereits David Hume und Adam Smith. Im Lauf der Zeit sollten Schumpeter Zweifel an ihrer Richtigkeit kommen.

der Zeitgeschichte, Politik, Ökonomik, Soziologie, Kulturgeschichte usw. Etliche darunter sind wieder abgedruckt in Schumpeter (1952, 1953, 2016), darunter der finanzsoziologische Beitrag „Die Krise des Steuerstaates“ (1918) sowie „Sozialistische Möglichkeiten von heute“ (1920). Nicht zu vergessen sind auch Schumpeters tagespolitische Kommentare u. a. im von Gustav Stolper herausgegebenen *Der Deutsche Volkswirt* sowie seine zahlreichen Vorträge und Reden.⁹

Schließlich ist in Erinnerung zu rufen, dass Schumpeter schon an der Universität Wien später führende sozialistische Intellektuelle und Politiker kennen lernt, darunter Otto Bauer, Emil Lederer und Rudolf Hilferding (sowie auch Ultraliberale wie Ludwig von Mises). Aus diesen Bekanntschaften entwickeln sich zum Teil enge und freundschaftliche Beziehungen. Der Respekt gegenüber Andersdenkenden, soweit sie gewisse Anforderungen in Bezug auf Ernsthaftigkeit, Intelligenz und Bildung erfüllen, durchzieht *KSD*. Was konnte solche Menschen am Sozialismus faszinieren? Was konnte man von ihnen lernen? Mit Kritik und Häme überzieht Schumpeter die Internationale der Dummköpfe und Schreihälse – die den Kapitalismus blind Anbetenden nicht weniger als ihre Gegner. Statt nüchterner Analyse begegne man bei ihnen religiösem Eifer.

KSD beinhaltet eine Zusammenschau der Erkenntnisse verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen. Die immer tiefergehende innerwissenschaftliche Arbeitsteilung erlaube zwar einen schärferen Blick auf einzelne Aspekte des Untersuchungsobjekts, verliere aber das Ganze aus den Augen. Schumpeters Analyse nimmt im Lauf der Zeit auch immer deutlichere evolutorische Züge an.¹⁰ An die Seite des unter gegebenen Nebenbedingungen optimierenden *homo oeconomicus*, den Schumpeter in der *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* mit dem aktiven, diese Bedingungen niederreißenden Unternehmer oder *homo innovativus* konfrontiert, treten weitere Akteurstypen. Deren kognitive Verzerrungen stellen den überlieferten Begriff der Rationalität infrage. Parallel dazu tritt die von Schumpeter ursprünglich hoch gelobte mechanistische Theorie des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts Léon Walras' immer weiter in den

⁹ Seine vor allem parallel zur Abfassung von *KSD* erfolgenden diesbezüglichen Aktivitäten sowie deren Resonanz in Presse usw. sind jüngst detailliert von Hedtke (2019) nachgezeichnet und dokumentiert worden.

¹⁰ Biologische Metaphern finden sich in seinem Werk aber nur äußerst selten. In seiner *History of Economic Analysis* (1954a: 789) warnt er vor deren leichtfertigen Gebrauch: Die ökonomische Dynamik müsse mittels der von der ökonomischen Theorie zu entwickelnden Konzepte begriffen werden, und hierbei sei eine „Bezugnahme auf die Biologie von geringstem Nutzen“. Der wesentliche Unterschied zwischen evolutionstheoretischen Ansätzen in Biologie und Sozialwissenschaften sei die Intentionalität des menschlichen Akteurs, der die Folgen seiner Handlungen abzuschätzen versuche. Schumpeters Entwicklungsdenken ist nicht naturwissenschaftlich, sondern kulturtheoretisch fundiert. In seinen Schriften finden sich keine nennenswerten Rückbezüge auf Charles Darwin.

Hintergrund. Nur einmal wird er im Index von *KSD* erwähnt, andere bedeutende Vertreter der „marginalistischen Revolution“, so William Stanley Jevons oder Schumpeters österreichische Lehrer Carl Menger und Eugen von Böhm-Bawerk, gar nicht.

KSD ist auch ein enzyklopädisches Werk. Es nimmt sich aus wie die Spitze eines Eisbergs, dessen Hauptmasse in der Tiefe des ihn umgebenden Meeres ruht. Es ist ein Dokument von unbändiger Neugierde, immenser Belesenheit, großer Bildung, markanter Standpunkte, kühner Urteile und provozierender Thesen (vgl. auch Haberler 1981: 72). Um den Text nicht zu überfrachten, belässt es Schumpeter bei einem schlanken wissenschaftlichen Apparat. Dies erleichtert die Lesbarkeit, aber erschwert die Identifikation der von ihm genutzten Quellen. In dichter Abfolge durchmustert er kritisch die über Jahrhunderte in verschiedenen Disziplinen aufgetauchten Auffassungen und Erkenntnisse, schmiedet aus dem von ihm für brauchbar Erachteten neue Werkzeuge der Analyse und erzeugt mit deren Hilfe vielfach originelle und unkonventionelle Deutungen komplexer geschichtlicher Ereignisse und Abläufe.

Nicht alle Interpretationen und Spekulationen Schumpeters überzeugen seine Leser, etliche erweisen sich als problematisch, einige als unhaltbar. Seine Kritik am amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt hat obsessive Züge und seine meist indirekten Angriffe auf John Maynard Keynes schießen wiederholt übers Ziel hinaus und verkennen, dass die beiden vielleicht mehr als irgendjemand sonst die auch von Schumpeter beschworene Selbstzerstörungstendenz des Kapitalismus erfolgreich eingedämmt haben. Aber die Umsicht, Gelehrtheit und Hartnäckigkeit, mit denen er mit dem Stoff ringt, trotzen auch dem Kritiker Bewunderung ab. Hier ist ein Wissenschaftler am Werk, der sich nicht in die Kleinmeisterei disziplinärer Spezialisierung flüchtet, sondern, wie vor ihm Marx, sich den großen gesellschaftspolitischen Fragen stellt. Ihm ist bewusst, dass die Beschäftigung damit, soll sie nicht in bloße Großsprecherei münden, Kenntnisse, Wissen und Urteilsvermögen verlangt, wie sie von einem einzelnen Forscher und selbst von mehreren nicht zu erwarten sind. Das heißt keineswegs, dass man sich mit ihnen nicht beschäftigen kann – nein, man *muss* es sogar. Die Geschichte stellt die Fragen, und zwar völlig ungeachtet dessen, ob der Mensch adäquate Antworten darauf findet. Es kann nur darum gehen, bisherige Antworten durch bessere, weniger falsche zu ersetzen. In diesem Sinne wagt sich Schumpeter an das schier Unmögliche, und der ihm wohl bewusste Unterschied zwischen dem idealiter zu Leistenden und dem realiter Leistbaren erklärt seine immer wieder aufkeimende Unentschiedenheit und „typical contrariness“ (Musgrave 1992: 93), seine Widersprüchlichkeit. Der Vorwurf des Determinismus verkennt sowohl sein Anliegen als auch sein Problembewusstsein.

In Schumpeters Werk finden sich zwar wiederholt ironische Bemerkun-

gen, aber dessen Grundton ist meines Erachtens nicht von Ironie geprägt, wie Machlup (1943) meint.¹¹ Wohl aber zeichnet das Werk eine bemerkenswerte Spannung aus. Der eine Pol dieser Spannung ist die Überzeugung, dass die Bewegungsrichtung der allmählichen Selbsttransformation von Wirtschaft und Gesellschaft durch das Studium der dem System inhärenten Dynamik erkannt werden kann. Dies, so können wir sagen, ist gewissermaßen das Marx'sche Erbe in Schumpeters Diskurs. Es zeichnet einen ihn bedrückenden Gang in andere, von ihm nicht gewollte Verhältnisse. Der andere Pol ist die Überzeugung, dass der Lauf der Dinge in unerwarteter, nicht vorhersehbarer Weise im Guten wie im Schlechten von sich als große Führungspersonlichkeiten erweisenden energischen Menschen beeinflusst werden kann – egal, ob es sich dabei um Staatsmänner, Religionsgründer, Unternehmer, Wissenschaftler oder andere Agenten des Wandels handelt. Dieses Moment können wir der Kürze halber das Wieser'sche Erbe in Schumpeters Diskurs nennen.¹² Die Spannung entlädt sich einmal so, ein anderes Mal anders. Wie könnte man angesichts dessen die Zukunft vorhersagen wollen (vgl. Kurz und Storn 2012: 201)? *KSD* ist alles andere als deterministisch, prophetisch oder wahrsage-risch.¹³

Was genau aber ist Schumpeters Projekt in *KSD*?

2. Das Thema von *KSD*

Schumpeter treiben vor allem folgende Fragen um: Unterliegt der Kapitalismus einer allmählichen Transformation aus sich selbst heraus? Resultiert daraus am Ende auf naturwüchsige Weise der Sozialismus? Welche Arten von Kapitalismus und Sozialismus gibt es? Welche Rolle kommt

¹¹ Sollte Schumpeter angesichts eines rationalen Argumenten angeblich kaum zugänglichen Publikums überzeugter Sozialisten tatsächlich bewusst die rhetorische Strategie der Ironie gewählt haben, so ist diese nicht aufgegangen. Wie sonst hätten zahlreiche nichtsozialistische Leser Schumpeter für einen Propagandisten des Sozialismus halten können, der er nicht war? Walter A. Jöhr (1946: 371) schreibt in diesem Sinne, *CSD* sei „gefährlich, weil es uns nötigen will, das Ergebnis eines vermeintlichen Entwicklungsprozesses zu unserem sozialphilosophischen Credo zu erheben“. Mir erschließt sich nicht, wie Jöhr zu diesem Urteil gelangen konnte.

¹² Friedrich von Wieser war einer der Lehrer Schumpeters an der Universität Wien und hat mit seinen Ideen über die Beziehung zwischen Elite und Masse und die Rolle der Macht darin nachhaltig Einfluss auf Schumpeters Denken und seinen Unternehmerbegriff ausgeübt; vgl. Wieser (1910 und 1926).

¹³ Immer wieder merkt man dem Text Schumpeters nur schwer unterdrückte Enttäuschung über die Entwicklung, seine Ungeduld mit den Verhältnissen und Verärgerung über das (wie er meint) Versagen der Politik an. Aber die Hoffnung lebt, dass es noch anders kommen kann.

in verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftsformationen der Demokratie zu? Was ist über die Ko-Evolution von Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik zu sagen?

Sich heute noch mit der Frage nach der Möglichkeit oder gar Wahrscheinlichkeit des Sozialismus zu befassen, mag manche Leser befremden. Hat nicht der Niedergang der Sowjetunion und ihrer Satelliten eindrucksvoll und endgültig bewiesen, dass der Sozialismus lebensunfähig ist? Hat der Kapitalismus nicht auf der ganzen Linie obsiegt und den Systemwettbewerb ein für alle Mal für sich entschieden? Sich heute noch mit dem Sozialismus zu beschäftigen, ist demnach bestenfalls Ausdruck eines antiquierten Interesses, aber nicht des Bemühens, sich den Gegenwarts- und Zukunftsfragen unserer Gesellschaften zu stellen.

Hätte Schumpeter diese Sicht geteilt? Wohl kaum.¹⁴ Er lässt keinen Zweifel daran, dass Bolschewismus und Sowjetsystem nicht mit *dem* Sozialismus in eins gesetzt werden dürfen. Der „Prophet des Sozialismus“, wie wir Karl Marx in Analogie zum „Propheten der Innovation“ (McCraw 2007), Schumpeter, nennen können, hat zwar kaum etwas über den Sozialismus zu Papier gebracht, aber gewiss hätte der Humanist die fälschlich im Namen des Sozialismus errichteten Parteidiktaturen und erst recht die despotischen Regimes kompromisslos abgelehnt. Für Schumpeter steht außer Frage, dass speziell der Stalinismus sich nicht auf Marx berufen kann.¹⁵ Aber Marx' Versäumnis, den Sozialismus näher zu bestim-

¹⁴ Die Größe einer Idee oder Leistung definiert Schumpeter durch „Wiederauferstehung“ (S. 17), nicht dadurch, dass sie richtig oder falsch ist. Wichtig sei nur, dass sie nicht sterben kann. Beim Sozialismus handele es sich um eine solche Idee. Behauptungen über ihr Ableben sind demnach naiv. Fukuyamas (1992) abstruse These vom „Ende der Geschichte“ und der allgemeinen Übernahme von Kapitalismus und liberaler Demokratie als dem Endstadium der ideologischen Evolution des Menschen ist eindrucksvoll an der Wirklichkeit zerschellt. (Monate nachdem dies geschrieben worden ist, haben die Vorgänge rund um die Coronavirus-Pandemie gezeigt, wie schnell zentrale Regulierung und die Abschaffung demokratischer Rechte um sich greifen können. Es wird sich zeigen, welches Beharrungsvermögen diese Änderungen nach Ende der Pandemie aufweisen werden.)

¹⁵ Marx entwickelt in den *Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie* aus dem Jahr 1857 ein Konzept vorkapitalistischer Produktionsweisen und Eigentumsverhältnisse (vgl. MEGA II/1.2: 378–415). Dazu zählt die in den 1930er-Jahren von Wittfogel „asiatische Produktionsweise“ (vgl. Wittfogel 1957) genannte, die durch ein despotisches Regierungssystem gekennzeichnet ist, in dem der Herrscher die totale Macht beansprucht und alle bürgerlichen Freiheiten durch eine übermächtige Staatsbürokratie ersticken lässt. Getreu der Vorstellung Marx', dass der Sozialismus nur einem voll entwickelten Kapitalismus entwachsen könne, nicht aber vorkapitalistischen Verhältnissen, wie sie in Russland und insbesondere in China herrschten, bestand für ihn die Gefahr, dass eine verfrühte Revolution zu einer neuen Despotie noch schlimmeren Typs führen könnte. Stalin hat den Begriff der asiatischen Produktionsweise geächtet, da diesem zufolge Klassenherrschaft und Ausbeutung auch ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln möglich sind.

men, stelle eine der „bedenklichsten Unzulänglichkeiten“ (213) seiner Lehre dar. Schumpeter widmet den Dritten und Vierten Teil seines Buches dieser Aufgabe.

Was ist seiner Auffassung nach der unabdingbare Kern des Kapitalismus, was derjenige des Sozialismus? Beim Kapitalismus seien es vor allem das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Regelung von Produktion und Distribution über Privatverträge mittels eines Systems interdependenter Märkte sowie in modernen Zeiten die Kreditschöpfung der Banken. Beim Sozialismus hingegen seien es das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln sowie die weitgehende Abschaffung der marktförmigen Organisation von Produktion und Distribution zugunsten einer zentralen Planung. Jenseits dessen seien beide Systeme „kulturell indeterminiert“ (224) und erlaubten jeweils ein ganzes Spektrum unterschiedlicher institutioneller Ausgestaltungen.

Der Kapitalismus, dies ist zugleich die Hauptpointe und größte Provokation in Schumpeters Buch, komme nicht aufgrund seines ökonomischen Misserfolgs, ablesbar an einer tendenziell fallenden Profitrate, wie Marx gemeint hatte, an sein Ende, sondern die Art und Weise seines Erfolgs werde ihm zum Verhängnis. Diese These musste gleichermaßen Gegner und Befürworter des Kapitalismus herausfordern. Wenn der Patient angeblich bei bester Gesundheit ist, wieso muss er sich dann einer „Sozialismus“ genannten Rosskur aussetzen? Schumpeters Begründung lautet, kurz gesagt, wie folgt. Innovationen revolutionieren ohne Unterlass die Verhältnisse. Die von Marx zutreffend vorhergesagte Konzentration des Kapitals in großen Firmen, Aktiengesellschaften und Trusts führt zur routinemäßigen Organisation von Forschung und Entwicklung und verlangt einen langfristigen Planungshorizont. Die dem Kapitalismus innewohnende technologische und organisatorische Dynamik sowie der Prozess der unaufhörlichen Rationalisierung und Bürokratisierung bereiten dem Sozialismus das Feld.¹⁶ (Auf weitere Momente der Entwicklung gehen wir weiter unten ein.)

Anfang des 20. Jahrhunderts standen nach verbreiteter Überzeugung vor allem zwei Hindernisse der Realisierung der sozialistischen Verheißung im Wege – die mangelnde Verfügbarkeit relevanter Daten und die ungenügende Kapazität, diese für planerische Zwecke zu verarbeiten. Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie sind jedoch dabei, diese Hindernisse zu überwinden. Der „Datenkapitalismus“ bietet gänzlich neue Möglichkeiten, erfreuliche wie erschreckende, zur Steuerung und Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht nur in

¹⁶ Eine frühe Version dieser Sicht, bei der Schumpeter deutliche Anleihen nimmt, entwickelt Rudolf Hilferding in *Das Finanzkapital* (1910). Das Buch gilt in marxistischen Zirkeln zuweilen als vierter Band des *Kapitals*.

Ländern wie der Volksrepublik China ist die totale Überwachung der Bürger nicht länger eine bloß abstrakte Möglichkeit und Gefahr. „Big Brother is watching you!“ erhält eine neue Bedeutung. Big Brother sind einerseits Daten saugende und verwertende kapitalistische Unternehmungen und ist andererseits der kontrollbesessene Staatsapparat. Wir leben, könnte man sagen, im Zeitalter von GOD – der „Governance Of the Digital“. Allwissen über uns, ehemals nur einem imaginierten übernatürlichen Wesen zugesprochen, wird immer mehr eine Fähigkeit des Menschen und seiner Maschinen und Algorithmen. Auf der einen Seite wächst so die Möglichkeit sozialistischer Planung und Steuerung, auf der anderen die Gefahr des totalitären bzw. faschistischen Missbrauchs der neuen technologischen Mittel. Der Aufstieg der Volksrepublik China zu einer führenden Wirtschafts- und Militärmacht innerhalb von vier Jahrzehnten im Gefolge einer die „kapitalistische Maschine“ anwerfenden Reform- und Öffnungspolitik unterstreicht eindrucksvoll die anhaltende Aktualität von *KSD*. Weder Sozialismus noch Kapitalismus ist „tot“; beide existieren weiter und gehen verschiedentlich symbiotische Beziehungen von erstaunlicher Stabilität ein, wie sie sich Schumpeter nicht vorstellen konnte.

Schumpeter ist sich der Gefahr der Vernichtung demokratischer und Etablierung totalitärer Strukturen trotz der im Verhältnis zu heute weit weniger mächtigen Instrumente der psychologischen und sozialen Kontrolle seiner Zeit bewusst. Nicht umsonst erwähnt er Sigmund Freud in *KSD* öfter als Walras.

3. Nicht intendierte Konsequenzen menschlichen Tuns

Schumpeters Überlegungen sind stark von einer Lehre beeinflusst, die insbesondere zur Zeit der schottischen Aufklärung und speziell bei Adam Smith zu großer Prominenz gelangte – der Lehre von den nicht intendierten Konsequenzen menschlichen Handelns. Bei Smith ist vom Wirken einer „unsichtbaren Hand“ die Rede. Danach erreicht menschliches Handeln im Allgemeinen nicht nur, wenn überhaupt, die avisierten Ziele, sondern hat Konsequenzen, die von den handelnden Personen weder vorhergesehen worden sind noch hätten vorhergesehen werden können. Diese Konsequenzen können für die Gesellschaft insgesamt oder für Gruppen darin von Vorteil oder von Nachteil sein, im Extremfall können sie die sozioökonomischen Verhältnisse grundlegend umstülpen. So sieht Smith den weitgehenden Machtverlust der Feudalaristokratie und den Aufstieg des Bürgertums als die nicht intendierte Wirkung der Verschwendungssucht der Landbesitzer. Die New-Deal-Politik Roosevelts, gedacht als dauerhafte Sanierung und Stärkung der von der Weltwirtschaftskrise

schwer getroffenen amerikanischen Wirtschaft, hat für Schumpeter langfristig deren dauerhafte Schwächung zur Folge.¹⁷

Auch bei Marx ist die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus das Ergebnis des Wirkens einer Art unsichtbaren Hand – Thema des Ersten Teils von *KSD* (vgl. auch Kurz 2018e). Das unablässige Streben der Kapitalisten nach höheren Profiten führe „hinter ihrem Rücken“ paradoxerweise zum Fall der allgemeinen Profitrate, der dem Kapitalismus schließlich die Totenglocke läutet. Das selbstsüchtige und rationale Verhalten des einzelnen Kapitalisten erweise sich für die Klasse insgesamt als irrational und beende schließlich mit deren Herrschaft die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Schumpeter widerspricht. Nicht eine Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals werde dem Kapitalismus zum Verhängnis. Vielmehr gerate im Verlauf der Entwicklung das auf Privateigentum gestützte, von diesem geschützte und finanzierte und allein von energischen Personen her definierte Unternehmertum immer mehr ins Hintertreffen, die den Kapitalismus schützenden gesellschaftlichen Schichten verlören an Einfluss, die Intellektuellen wendeten sich gegen ihn und der ihn stabilisierende institutionelle Rahmen zerbreche. Der Kapitalismus scheitere nicht ökonomisch, sondern am schwindenden Verständnis seines höchst erfolgreichen Funktionierens und der Zersetzung des ihn stützenden institutionellen Fundaments und gesellschaftlichen Überbaus. Liegt es angesichts dieser Vision nicht nahe anzunehmen, Schumpeter bezweckte mit *KSD* nicht nur eine Analyse langfristiger, ihm missfallender Trends, sondern insgeheim auch eine politische und kulturelle Schubumkehr über die Herausarbeitung der, wie er meinte, wahren Leistungskraft des Kapitalismus und eine Kritik der sozialistischen Alternative? Nach dem, was seiner Ansicht nach auf dem Spiel stand, sind Übertreibungen, Zuspitzungen und ein gelegentlich alarmierender Tonfall nicht überraschend.

Marx war wissenschaftlicher *und* politischer Entrepreneur, sein Gewerbe die Disruption bestehender Verhältnisse (vgl. Kurz 2018e). Schumpeter ist in vergleichbarer Mission unterwegs: Er muss gegen das mangelnde Verständnis des Kapitalismus gerade auch seitens der Ökonomen und Politiker ankämpfen und sich so der drohenden Entwicklung entgegenstemmen. Und er muss im gleichen Zug die Unhaltbarkeit des „Wissen-

¹⁷ Schumpeters überaus negatives Urteil über Roosevelt lässt sich nicht halten. Die Wirtschafts- und Sozialreformen des vier Mal als Präsident Wiedergewählten linderten die krisenbedingte Not der Menschen und belebten die darniederliegende amerikanische Ökonomie. Langfristig desaströse wirtschaftliche Folgen dieser Politik, wie von Schumpeter beklagt, sind nicht auszumachen. Außenpolitisch überwand Roosevelt isolationistische Strömungen in den USA und führte das Land in den Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland und die faschistischen Länder Italien und Japan, die nach ihren Niederlagen auf marktwirtschaftlich-kapitalistischen Kurs einschwenkten.

schaftlichen Sozialismus“ nachweisen, dem zufolge der Sozialismus unabhängig vom Willen der Menschen oder seiner Wünschbarkeit unvermeidlich sei.

4. *KSD* Teil I: Ein „konservativ“ gewendeter Marx

Marx ist der bei weitem wirkungsmächtigste Theoretiker der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Überzeugt seine Begründung? Woran krankt sie? Zu welchem Ergebnis gelangt eine ihre Irrtümer und Schwächen überwindende, ihre Stärken entfaltende Analyse?

Zwei Kernsätze stechen aus Teil I hervor. Im Prolog definiert Schumpeter die Größe einer Leistung, wie bereits erwähnt, über deren Fähigkeit zur „Wiederauferstehung“ und fügt hinzu: „Wir brauchen nicht zu glauben, daß eine große Leistung notwendigerweise eine Quelle des Lichts oder ohne Fehler in den Grundlagen und den Einzelheiten sein muß“ (3). Dies treffe sowohl auf die Lehre Marx' als auch die Vision des Sozialismus zu. Schumpeter beschließt den Teil mit der Bemerkung: „Sagt man, daß Marx, von Phrasen entkleidet, eine Auslegung in konservativem Sinn zuläßt, so besagt dies nur, daß er ernst genommen werden kann“ (74). In diesem Sinn nimmt ihn Schumpeter sehr ernst. Was immer Marx schreibt, Schumpeter bemüht sich um eine Auslegung, die die Stoßrichtung des Marx'schen Arguments ändert: Er wendet Marx in bürgerlicher Absicht. Aber ist dies überhaupt möglich?

Zunächst sieht es nicht danach aus. Schumpeter ist bei aller Kritik voll des Lobs für Marx. Dieser habe wie kein anderer vor ihm die Leistungen des Kapitalismus erkannt. Nirgends habe er „die positive Wissenschaft an die Metaphysik verraten“ (10). Sein analytischer soziologischer Blick sei durch die Oberfläche „bis zur großartigen Logik der historischen Dinge“ durchgedrungen (10). Marx' „ökonomische Geschichtsauffassung“ zähle zu den „größten individuellen Leistungen der Soziologie“ (11). Dessen Konzentration auf die Produktionsweise und Produktionsverhältnisse als Hauptbestimmungsgründe der sozialen Struktur und der ihr innewohnenden Logik stellten „unschätzbare Arbeitshypothesen“ dar, die „ein großes Maß von Wahrheit“ beinhalteten (29). Aber, wendet Schumpeter ein, Marx unterschätze vollkommen die Bedeutung von „Ideen und Werten“ und deren Trägern und gelange daher nur zu „Teilwahrheiten“. ¹⁸

¹⁸ Schumpeter will die genannte Beschränkung Marx' überwinden und zeigen, dass sich dadurch die erzielten Resultate in grundlegender Weise ändern. Auch dieser Umstand spricht gegen den Vorwurf des Determinismus. Die Überzeugung, dass Ideen Konsequenzen haben, ist vor Schumpeter vor allem von Max Weber in seiner Schrift *Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus* (Weber [1904/1905] 2006) vertreten worden; vgl. Kurz (2020). Schumpeter war mit Webers Werk bestens vertraut und hat

Marx' Theorie der sozialen Klassen nennt Schumpeter analytisch nützlich, aber insofern irreführend, als dieser die Rolle von „übernormaler Intelligenz und Energie“ (18) für sozialen Aufstieg und ökonomischen Erfolg verkenne. Die „bourgeoise Kinderfibel“, wonach das Sparverhalten über Reich oder Arm entscheide, sei zwar nicht samt und anders falsch, wie Marx meint, aber von nur mäßigem Erklärungswert für die andauernde Segregation der Gesellschaft. Zwar spiele das Privateigentum an den Produktionsmitteln immer noch eine wichtige Rolle, aber keineswegs die ausschließliche. Vielmehr entscheide die unternehmerische Tätigkeit über „den unaufhörlichen Aufstieg und Niedergang von einzelnen Familien“ (21), über den Kreislauf der Eliten. Es gebe nicht nur Kapitalisten auf der einen und Proletarier auf der anderen Seite, die beide mittels des Klassenbegriffs erfasst werden können, sondern dazwischen eine Gruppe von Menschen mit wechselnder Zusammensetzung: Unternehmer. Sie übersehe Marx: Er „besaß keine ausreichende Unternehmungstheorie, und sein Unvermögen zwischen Unternehmern und Kapitalisten zu unterscheiden, erklärt ... viele Fälle des *non sequitur* und manche Irrtümer“ (39 f.).¹⁹

Unternehmer stellten einen ständigen Unruheherd dar. Sie revolutionierten die Verhältnisse unaufhörlich „von innen her“. Die kapitalistische Wirtschaft sei „nicht stationär und kann es nicht sein“ – wirtschaftlicher Fortschritt bedeute in der kapitalistischen Gesellschaft „Aufruhr“. Die Konkurrenz zwinge eine „jede Unternehmung“ zur Innovation und Investition. Dies habe Marx mit großer Klarheit erkannt. Was er jedoch nicht erkannt habe, seien „Natur“ und „Mechanismus“ des Prozesses (39). Andernfalls wäre ihm die Unhaltbarkeit seiner Mehrwerttheorie aufgestoßen: Profite, so Schumpeter, seien nicht das Ergebnis von „Ausbeutung“ der Arbeiter, sondern von einer durch Innovationen bewirkten Steigerung der Produktivität und Güterqualität.²⁰ Nicht zu halten sei auch Marx' Verelendungstheorie: Die Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards sei die nicht intendierte Folge des eigensüchtigen Verhaltens der Unternehmer. Deren Innovationstätigkeit treibe die ökonomische Dynamik an, erhöhe die Nachfrage nach Arbeitskräften und führe zu steigenden Löhnen. Diese erlaubten den Konsum von immer mehr Gütern in sich ständig verbessernder Qualität.

verschiedentlich von ihm gekehrt. Die Vorstellung, dass Ideen eine Kultur prägen und „kulturellen Entrepreneurs“ eine große Bedeutung für den Verlauf der Dinge zukommt, findet sich neuerdings besonders prononciert in den *Graz Schumpeter Lectures* des Wirtschaftshistorikers Joel Mokyr (2017).

¹⁹ Vor Schumpeter hatte bereits Werner Sombart Marx diesen Vorwurf gemacht. Schumpeter kritisiert auch Adam Smith, die Rolle des Unternehmertums vernachlässigt zu haben.

²⁰ Zu einer kritischen Erörterung der Profittheorien von Marx und Schumpeter, vgl. Kurz und Storn (2012a: 118–136 und 161–171) sowie Kurz (2012a, 2012b und 2018d).

Ausdrücklich lobt Schumpeter Marx' Vorhersage des Zugs zur Großunternehmung und Konzentration des Kapitals. Auch dessen Beitrag zur Konjunkturtheorie lobt er.²¹ Marx habe als einer der Ersten den zyklischen Charakter des Prozesses erkannt, aber es sei ihm nicht gelungen, die „*immanente* Wechselfolge von Prosperität und Depression“ zu erklären (49). Seine Bewunderung für die „ungeheure Kraft“ des Kapitalismus, die Produktivität der Arbeit zu steigern, stehe in eklatantem Widerspruch zur Erklärung von Krisen durch „Unterkonsumtion“ der Arbeitermassen. Aber selbst wenn Marx' Sicht in vielerlei Hinsicht irrig sein sollte, seine Überzeugung, „daß die kapitalistische Entwicklung die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft zerstören wird“, *könne* gleichwohl zutreffen. Und, sekundiert Schumpeter: „Ich glaube, so ist es“ (53). Diese Sicht sei längst „ein Gemeinplatz“. Marx, schließt Schumpeter, „war der erste Ökonom von Spitzenrang, der sah und systematisch lehrte, wie ökonomische Theorie in historische Analyse und wie historische Erzählung in *histoire raisonnée* verwandelt werden kann“ (54 f.).

Schumpeters Projekt fällt somit weder aus der Zeit und verkennt deren große Themen noch gibt es einen besseren Ausgangspunkt für die Erarbeitung einer alternativen *histoire raisonnée* als das Werk Marx'. Dieses sei zugleich anregend und fordere zum Widerspruch heraus. Der „Wissenschaftliche Sozialismus“ bleibe einen schlüssigen Beweis seiner Hauptthese schuldig. Weder breche der Kapitalismus „aus rein wirtschaftlichen Gründen“ zusammen noch sei es eine ausgemachte Sache, dass ein „sozialistischer Phönix der Asche entsteigt“ (71 f.). Die Zukunft ist offen, lässt Schumpeter seine Leser wissen.

5. KSD Teil II: Kann der Kapitalismus weiterleben?

Mit dieser Frage leitet Schumpeter den Zweiten Teil ein und antwortet: „Nein, meines Erachtens nicht“ (77). Er fügt sofort hinzu, dass diese Antwort nur ausdrücke, was die zu ihrer Begründung angeführten Tatsachen und Argumente nahelegten. Sie besage *nicht*, was „geschehen *wird*“, sondern nur was geschehen *würde*“, sollten diese zutreffen – angesichts der Komplexität des „sozialen Lebensprozesses“ sei die bloße Diagnose eines bestehenden Zustands und weit mehr noch die Prognose von dessen weiterer Entwicklung „furchtbaren Irrtumsquellen“ ausgesetzt und

²¹ Schumpeter kennt dabei noch nicht die erstmals in der MEGA²-Edition enthaltenen Manuskripte und Notizen, die verschiedentlich ein neues Bild von Marx' Leistungen vermitteln; siehe Marx und Engels (1976–2012). Zu erwähnen sind insbesondere Marx' Untersuchungen zu Kapitalakkumulation und technischem Fortschritt in multisektorialem Rahmen. Vgl. hierzu die Beiträge von Gehrke und Mori in Faccarello und Kurz (2019).

eine „sehr zweideutige Angelegenheit“ (77). Was man jedoch tun könne, sei, den Möglichkeitsraum auszuleuchten, in dem sich die Entwicklung vermutlich abspielen wird. Eine „andere Theorie“ als die Marx'sche sei nötig, um zu verstehen, „was letzten Endes den Kapitalismus töten wird“ (146), sollten die von der neuen Theorie ins Feld geführten Kräfte unge­stört ihre Wirkung entfalten können. Insgeheim hält sich Schumpeter freilich die Option des Optimisten Wilkins Micawber in Charles Dickens' Roman *David Copperfield* offen: „Something will turn up.“

Der Kapitalismus, insistiert Schumpeter, sei vital und kraftvoll wie eh und je. Die Weltwirtschaftskrise sei nicht Ausdruck seiner Schwächung oder gar seines Versagens, sondern der Art seines Funktionierens. Ihre besondere Tiefe sei nur dem unglücklichen Zusammentreffen der Wellentäler dreier Zyklen – des langen „Kondratieff“, des mittleren „Juglar“ und des kurzen „Kitchin“ – geschuldet, eine Erklärung, die sich auch in den *Business Cycles* findet (1939: 908). Der Kapitalismus, gibt sich Schumpeter überzeugt, finde aus eigener Kraft aus der Depression wieder heraus. Diese sei ein notwendiges Moment der Entwicklung und könne durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen nur in Grenzen gemildert werden. Negative Folgen für gewisse Gruppen der Bevölkerung seien unvermeidlich und hinzunehmen. Dagegen aufzubegehren wie mittels des New Deal von Roosevelt 1933–1938, intellektuell legitimiert durch den Cambridge Ökonomen John Maynard Keynes, erweise sich langfristig als schädlich. Ihr „antikapitalistischer“ Charakter lähme die Wirtschaft.²² Die Folgen aber würden fatalerweise dem Kapitalismus und nicht der betriebenen Politik angelastet. In letzter Instanz sei sein Niedergang die Folge eines mangelhaften Verständnisses seines „Bewegungsgesetzes“. Zyklen, heißt es in den *Business Cycles* (1939: v), seien nicht „wie Mandeln abtrennbare Dinge, die für sich behandelt werden können, sondern wie der Schlag des Herzens Teil des Wesens des Organismus, der sie aufweist“. Wer die Krisen abschaffen wolle, gefährde Wirtschaftsweise und Dynamik.

Der Kapitalismus sei nichts weiter als eine „Methode der ökonomischen Veränderung“ und von Natur aus „evolutionär“ (105). Sein Motor sei ein *System von Anreizen*, das mit außerordentlichen Belohnungen und Strafen operiere – „viel größer, als notwendig wäre, um eine besondere Leistung hervorzubringen“.²³ Diese Anreize „peitschen so *jeden einzelnen* auf, ... viel wirksamer, als es ein gleichmäßigeres und ‚gerechteres‘ System

²² Dies ist Schumpeters Hauptvorwurf gegen den „Laborismus“ – die wirtschafts- und sozialpolitische Orientierung an den Interessen der Arbeiterschaft und nicht an denen des Unternehmertums und Kapitals.

²³ Die Definition von Wirtschaftsordnungen über deren Institutionen, begriffen als Systeme von Anreizen, wird von der sogenannten Neuen Institutionenökonomie aufgegriffen; vgl. z. B. North (2005).

von Strafen tun könnte“ (93). Gefahr drohe dem Kapitalismus einzig und allein von einer Schwächung seiner Natur. Schumpeter will der geistigen Kaperung der Menschen durch irreführende Ideen über den Kapitalismus ein Ende bereiten. Sollte ihm dies gelingen, könnte die Entwicklung dann nicht einen anderen Verlauf als den befürchteten nehmen? Schumpeter hält sich zugute, den *modus operandi* des Kapitalismus, seine Leistungen und Schwächen, erkannt zu haben. Und er habe begriffen, was andere schon vor ihm, allerdings „mit unzulänglicher Begründung“ gesehen hätten: „*dem kapitalistischen System wohnt eine Tendenz zur Selbstzerstörung inne*“ (213, Hervorhebung hinzugefügt). Gebührte daher nicht ihm statt Keynes der Titel des größten Ökonomen der Welt? Jetzt war es an seinen Lesern, die Botschaft zu hören, zu verbreiten und politisch umzusetzen.

Grundfalsche Glaubenshaltungen waren über Bord zu werfen. Monopol und Großunternehmung dürften nicht länger denunziert werden, sondern seien als „kräftigster Motor“ des Fortschritts und des Wachstums zu begreifen (137).²⁴ Das Ideal des vollkommenen Wettbewerbs und die darauf beruhende Regulierungspolitik müssten zum alten Eisen geworfen werden. Firmen, die bei steigendem Output fallende Stück- bzw. Durchschnittskosten aufweisen, dürften von der Wettbewerbsbehörde nicht länger dazu gezwungen werden, ihre Preise in Höhe der Grenzkosten zu fixieren (das heißt der Kosten der zuletzt produzierten Einheit). Da diese unter den Durchschnittskosten lägen, würden die Firmen genötigt, Verluste zu machen, und müssten früher oder später in Konkurs gehen. Die These von der angeblich säkularen Tendenz zur Stagnation des Kapitalismus infolge sich verringernder profitabler Investitionsmöglichkeiten sei zu verwerfen. Von Keynes (1919, 1936) angestoßen, findet die These in Alvin Hansen (1939) ihren bedeutendsten zeitgenössischen Vertreter. Schumpeter widerspricht ihr mit Vehemenz: Die „kapitalistische Maschine“ finde „immer neue Chancen ..., da sie gerade auf diesen Zweck hin konstruiert ist“ (153). Die sich im Anschluss an die Große Depression ergebende Wachstumsschwäche sei kein Symptom eines nachhaltigen Verlustes von Lebenskraft des Kapitalismus, sondern die Folge der betriebenen exzessi-

²⁴ Schumpeters Hohelied auf die Großunternehmung ist in mehrerlei Hinsicht problematisch. Zum Ersten zeigt die Innovationsgeschichte, dass zahlreiche bahnbrechende Innovationen von neu gegründeten kleinen Firmen stammen. Zum Zweiten sind Großunternehmen häufig damit beschäftigt, stark in den Aufbau von Markteintrittsschranken zu investieren, um die Konkurrenz abzuhalten, oder erfolgversprechende Start-ups, die ihnen gefährlich werden könnten, aufzukaufen und stillzulegen. Dies aber drosselt die gesamtwirtschaftliche Innovationsdynamik. Zum Dritten ignoriert Schumpeter weitgehend den Umstand, dass zahlreiche Schlüsseltechnologien das Ergebnis hybrider privat-öffentlicher F&E-Anstrengungen sind. Ein bedeutendes Beispiel ist die Informations- und Kommunikationstechnologie, die zunächst nachrichten- und überwachungstechnische Bedarfe des Militärs decken sollte (vgl. hierzu Mazzucato 2015).

ven Sozial- und Steuerpolitik. Diese ersticke das Profitmotiv. Nicht der Patient sei krank, sondern der Arzt ein Quacksalber.²⁵

Das wachsende Unverständnis gegenüber der Funktionslogik des Kapitalismus lasse die ihn schützenden Mauern bröckeln – die „kapitalistische Zivilisation“ beginne zu erodieren. Schumpeter wechselt von der wirtschaftlichen zur kulturellen Ebene – zum gesellschaftlichen Überbau. Der Kapitalismus schaffe nicht nur „die moderne Technik und wirtschaftliche Organisation, sondern auch alle Eigenschaften und Leistungen der modernen Zivilisation“, einschließlich der „geistigen Gewohnheiten“ (165). Er rationalisiere Verhalten und Ideen, unterwerfe alles einem Nutzenkalkül und bewirke eine „anti-heroische“ und „pazifistische“ Haltung. Er befreie die Menschen aus früheren Zwängen, zugleich verlocke er sie dazu, „ihr Leben zu verpfuschen“ (170). Der sich ausbreitende Utilitarismus bewirke die völlige Zerstörung von „Weltanschauungen“ und die Auflösung der bürgerlichen Familie.

Diese Entwicklung gehe einher mit dem Verblassen der Unternehmerfunktion, der Zerstörung der den Kapitalismus unterstützenden gesellschaftlichen Schichten und ihn tragenden Institutionen. An die Stelle des wagemutigen Pioniers trete ein entpersönlichter, automatisierter und routinierter Prozess der Invention und Innovation in den F&E-Abteilungen großer Firmen.²⁶ Der Bedeutungsverlust des Unternehmertums erschüttere die gesellschaftliche Stellung und politische Macht des Bürgertums. Die anarchische Kraft des Kapitalismus reiße nicht nur „Schranken“ nieder, die seinen Fortschritt hemmen, sondern schließlich auch die „Strebebepfeiler“, die seinen Einsturz verhindern (181). Mit dem Aufkommen von Aktiengesellschaften und Großkonzernen und der Trennung von Eigentum und Kontrolle verlören wesentliche Institutionen des Kapitalismus, so insbesondere das Privateigentum und das freie Vertragsrecht, an Bedeutung. Eine wachsende Feindseligkeit gegen ihn mache sich breit, aber auch sie werde von ihm selbst erzeugt. Er induziere eine grundständig kritische

²⁵ In der *History of Economic Analysis* (1954a: 1173 Fn. 3) greift Schumpeter das Thema der Stagnation neuerlich auf und argumentiert im Einklang mit KSD, dass eine zunehmende Besteuerung der Profite kein exogener Grund für die Abschwächung der ökonomischen Dynamik sei, wie in der Literatur weithin behauptet. Vielmehr handele es sich dabei um ein genuines Element der miteinander evolvierenden kapitalistischen Wirtschaft und des kapitalistischen Staates. Er schließt interessanterweise, es komme auf das Gleiche hinaus, ob in einer „Profitwirtschaft“ die gewinnträchtigen Investitionsmöglichkeiten versiegt, wie Keynes und Hansen argumentierten, oder ob die erzielten Profite weggesteuert werden würden, wie er meint. Vgl. hierzu auch Kurz (2018c: 89–92).

²⁶ Schumpeter ist über die Maßen optimistisch bezüglich der Routinisierbarkeit des Inventions- und Innovationsprozesses. Diese ist jedoch nur bezüglich einzelner und kodifizierbarer Aspekte möglich, nicht jedoch bezüglich der menschlichen Erfindungsgabe und Kreativität.

Geisteshaltung, stärke den Einfluss der ihm von Beginn an ablehnend gegenüberstehenden Gewerkschaften und schaffe über einen ständig steigenden Lebensstandard immer günstigere Voraussetzungen für die Entwicklung gesellschaftspolitischer Alternativen. Intellektuelle spielten in diesem Prozess eine herausragende Rolle.²⁷ Hierbei handele es sich um wortgewaltige Leute ohne direkte Verantwortung für praktische Dinge und bar jeglicher Kenntnis aus erster Hand. Der den Widerspruch, die Grenzüberschreitung und schöpferische Zerstörung kultivierende Kapitalismus sei außer Stande, den intellektuellen Sektor und die darin wirkenden „intellektuellen Freibeuter“ zu kontrollieren. Diese griffen die in der kommerziellen Gesellschaft systemnotwendige Ungleichheit von Einkommen und Vermögen als ungerecht an und brächten so das Gros der Bevölkerung gegen sie auf. Sie übersähen hierbei, dass die kommerzielle Gesellschaft zwar „unbegrenzte Ungleichheit“ hervorbringe, aber zugleich höhere Lohneinkommen, „als es die gleichgroßen Einkommen im egalitären Sozialismus wären“ (253). Den Arbeitern, so Schumpeter, gehe es im Kapitalismus demnach absolut besser und nur relativ zu anderen Gesellschaftsgruppen schlechter als im Sozialismus. Aber dies werde ignoriert und so nehme die Feindseligkeit gegen den Kapitalismus laufend zu und werde schließlich von der Politik aufgegriffen, die aufhöre, „die Erfordernisse der kapitalistischen Maschine zu berücksichtigen“ (202).²⁸

Schumpeter schreibt vor dem Hintergrund der weltgeschichtlichen Lage gegen Ende der dreißiger und zu Beginn der vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts. Er verwendet grelle Farben und einen alarmierenden Tonfall. Er will anders als Cassandra in der griechischen Mythologie nicht als tragischer Held enden, der das Unheil voraussah, aber kein Gehör fand. Und so zeigt sich Schumpeters „contrariness“ auch jetzt, angesichts eines scheinbar dem Untergang entgegeneilenden Systems. Zwar deuteten alle Tendenzen, „sehr verstärkt“ durch den Zweiten Weltkrieg, auf das nahende Ende des Kapitalismus hin. „Aber wiederum: es muß nicht so sein.“ (215, Fn. 7) Und da es keine zwingenden wirtschaftlichen Gründe gebe, bestehe grundsätzlich noch Hoffnung – die Hoffnung auf das Auftauchen kulturell-politischer Entrepreneurs. Friedrich von Wieser hatte ein „Gesetz der kleinen Zahl“ postuliert, gemeint ist die Macht weniger großer Persön-

²⁷ Heinz Rieter hat mich zu Recht auf Julien Bendas höchst einflussreiche Streitschrift *La trahison des clerics* (1927) aufmerksam gemacht, die Schumpeter gekannt haben muss und in Passagen beinahe wörtlich übernimmt, aber nicht zitiert. Benda warf den Intellektuellen seiner Zeit vor, die universellen Werte verraten zu haben und „politischen Leidenschaften“ zu frönen.

²⁸ Schumpeters Thesen sind zum Teil auf heftige Kritik gestoßen und finden empirisch keine durchgehende Bestätigung. Aktiengesellschaften zum Beispiel haben das Privateigentum und die Vertragsfreiheit nicht völlig ausgehöhlt und die Bourgeoisie hat nicht allerorten abgedankt.

lichkeiten. Ihr Auftreten an Brennpunkten der Geschichte kann eine Wende zum Besseren einleiten. Auf sie hofft Schumpeter. Er will seine Leser zum Umdenken bewegen.

Aber ist der Sozialismus überhaupt lebensfähig? Wenn nein, verlöre jede weitere Befassung mit ihm stark an Bedeutung.

6. KSD Teil III: Kann der Sozialismus funktionieren?

So lautet der Titel des Dritten Teils, und Schumpeter antwortet: „Selbstverständlich kann er es“ (219). Schumpeter bezieht sich dabei im Wesentlichen auf einen Sozialismus, der, wie Marx unterstellte, einem Kapitalismus in „reifem“ Stadium entwächst und von einer Zentralbehörde durch idealerweise politisch unabhängige, kompetente Manager geleitet wird. Schumpeter verfolgt damit ganz offenbar die Strategie, die sozialistischen Leser seines Werkes, und vor allem sie will er überzeugen, nicht dadurch zu verprellen, dass er den Sozialismus von Beginn an als Monstrum zeichnet, als *Weg zur Knechtschaft*, wie der deutsche Titel eines zunächst in englischer Sprache erschienenen Buches von Friedrich August Hayek (1944) lautet. Vielmehr ist Schumpeter bemüht, alle zugunsten des Sozialismus ins Feld geführten Gründe in den Blick zu nehmen und zu überprüfen. Er nimmt dessen Anhänger ernst, so wie er Marx ernst nimmt, und versagt es sich, einen Pappkameraden zu errichten, den er dann leicht in den Staub werfen kann. Wenn sein Argument auch bei Anhängern sozialistischer Ideen verfangen soll, dann muss er damit bis in die letzten Verästelungen ihres diesbezüglichen Denkens vorstoßen. Er muss sich der größtmöglichen Herausforderung in der Sache stellen.

Formen des Sozialismus, die nicht einem reifen Stadium des Kapitalismus entwachsen sind, dem Idealfall, spielen vor allem in Teil V eine Rolle, in dem Realfälle zur Sprache kommen. Schumpeter macht in Bezug auf den Idealfall keinen systematischen Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialismus.²⁹ Und er betont, dass es wegen seiner kulturellen Unbestimmtheit keinen notwendigen Gegensatz zwischen Sozialismus und Individualismus gebe. Der These Ludwig von Mises', im Sozialismus sei eine rationale Planung wegen der Abwesenheit von Marktpreisen als Knappheitsindikatoren unmöglich, widerspricht er unter Verweis auf Arbei-

²⁹ Gemäß einer berühmten Definition Lorenz von Steins hält der Sozialismus am persönlichen Eigentum an Konsumgütern und der Existenz von diesbezüglichen Märkten fest, während der Kommunismus das Privateigentum schlechthin und jegliche marktförmige Organisation abschafft. Der so begriffene Sozialismus sucht mittels des Staates eine Kräfteverschiebung zu Gunsten der Arbeiter herbeizuführen und berührt sich so mit Schumpeters Konzept des Laborismus. Dieser hält den Laborismus indes nicht für einen gesellschaftlichen Endzustand, sondern für ein Übergangsstadium.

ten insbesondere von Enrico Barone, Abba P. Lerner und vor allem Oscar Lange, den er gründlich studiert hat.

In der im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts wogenden „Großen Systemdebatte“ argumentierten die Vertreter eines „Marktsozialismus“ wie folgt (vgl. Kurz 2016: 101–104). Über einen Prozess des Versuchs und Irrtums könnten auch im Sozialismus Preise gefunden werden, die rationale Planung zuließen. Léon Walras ([1874] 1954), der Begründer der Theorie des allgemeinen wirtschaftlichen Gleichgewichts, hatte vorgeschlagen, sich den Preisbildungsprozess in Marktwirtschaften wie folgt vorzustellen. Ein Auktionator würde Preise für alle handelbaren Dinge ausrufen, zu denen die Akteure – Haushalte und Firmen – die von ihnen angebotenen bzw. nachgefragten Mengen bekanntgäben. Sollte die sich durch Aufsummierung der jeweiligen Mengen ergebende Gesamtnachfrage nach einer Ware das Gesamtangebot übersteigen, so wäre dies ein Zeichen dafür, dass der betreffende Preis zu niedrig angesetzt worden ist. Er würde in der nächsten Runde erhöht werden. Im umgekehrten Fall müsste der Preis gesenkt werden. Auf diese Weise würden die aktuellen Preise, so Walras, geschwind zu den Gleichgewichtspreisen streben, bis alle Märkte simultan geräumt werden. Im Marktsozialismus träte die Zentralbehörde an die Stelle des Auktionators, der geschilderte Gravitationsprozess der Preise bliebe aber grundsätzlich der gleiche.

Mises' Behauptung von der prinzipiellen Unmöglichkeit rationaler Kalkulation im Sozialismus sei angesichts der von Enrico Barone aufgezeigten „reinen Logik des Sozialismus“ (227) daher unhaltbar.³⁰ Praktische Probleme bei der Datenerhebung und -verarbeitung stünden auf einem anderen Blatt. Aber, macht Schumpeter sowohl gegen Mises und Hayek als auch deren Kritiker geltend, die Debatte gehe völlig am Kern des Problems vorbei. Die Frage nach der Überlegenheit eines der beiden Systeme sei nicht danach zu entscheiden, wie nahe sie den statischen Effizienzeigenschaften einer Ökonomie im Zustand vollkommener Konkurrenz kämen. Ausschlaggebend seien einzig und allein ihre jeweiligen *dynamischen* Eigenschaften. Vorteile in dynamischer Hinsicht würden gegebenenfalls existierende Nachteile in statischer aufwiegen. In der Wirklichkeit gebe es weder Gleichgewicht noch vollkommene Konkurrenz. Es sei daher höchst gefährlich, zentrale Menschheitsfragen mittels „blutloser Begriffe“ (242) entscheiden zu wollen.

Hinsichtlich der dynamischen Eigenschaften scheint auf den ersten Blick alles für den Kapitalismus und dessen Anreizsystem zu sprechen. Aber, wendet Schumpeter ein, der Sozialismus müsse nicht notwendigerweise

³⁰ Zur ersten Sozialisierungsdebatte vgl. den Band von Backhaus, Chaloupek und Frambach (2019) und speziell zur Auseinandersetzung zwischen Machlup und Mises den Beitrag von Hagemann darin.

„egalitär“ sein, sondern könne ebenfalls ein wirkungsvolles System von Belohnungen und Bestrafungen installieren.³¹ Auf ihn treffe grundsätzlich die gleiche ökonomische Logik zu und keine andere, und die Vorstellung, der Sozialismus bewirke das Entstehen eines neuen Menschentyps, sei naiv bis lächerlich.³² Die Frage sei daher, ob der Spielraum, den die kulturelle Unbestimmtheit des Sozialismus biete, zugunsten seiner Wettbewerbsfähigkeit genutzt werde. Überdies könne der Sozialismus zahlreiche Vergeudungen, zu denen der Kapitalismus neige, vermeiden. Dazu gehörten u. a. die technologische Arbeitslosigkeit, die von Oligopolen gehaltene „Reservekapazität zum Zweck des Wirtschaftskrieges“ sowie die Verschwendung von Talenten in unproduktiven Beschäftigungen („Rent Seeking“). Der sozialistische Grundplan, lässt Schumpeter aufhorchen, verkörpere eine „höhere Stufe der Rationalität“ (259).³³

Aber diese Momente garantierten noch keinen Erfolg des sozialistischen Experiments. Besonders wichtig und schwierig sei die „rationale Ausnützung des bürgerlichen Menschenmaterials“, das dank des Selektionsprozesses „von übernormaler Qualität“ (268) sei. Die Menschen seien nicht gleich begabt, intelligent, durchsetzungsfähig usw. Wie aber löse der die Gleichheit aller Menschen postulierende Sozialismus das Selektionspro-

³¹ Einige Kommentatoren wie zum Beispiel Swedberg (1994: xviii) bescheinigen Schumpeter einerseits ein Bemühen um Objektivität beim ideologisch schwer belasteten Thema, halten seine Sicht der Dinge jedoch für utopisch und naiv.

³² Die Langzeitfolgen der Sozialisierung in religiös, kulturell, ideologisch usw. unterschiedlich konstituierten Gesellschaften sind mitunter beträchtlich, wie u. a. Weber ([1904/1905] 2006) zu Recht betonte. Diese Tatsache unterstützt für sich genommen jedoch nicht die oben angesprochene Hoffnung auf den „neuen Menschen“.

³³ Im Rahmen eines abstrakten Vergleichs von Kapitalismus und Sozialismus mittels einer langfristigen Gleichgewichtsanalyse ist von Domenico M. Nuti (1970) argumentiert worden, im Kapitalismus werde für gegebene Reallöhne die Profitrate maximiert, im Sozialismus indes für eine gegebene (d. h. angestrebte) Wachstumsrate der Konsum pro Kopf. Dies aber führe im Allgemeinen zur Wahl unterschiedlicher Techniken aus dem Spektrum gegebener Alternativen. Im Sozialismus könne auch anders als im Kapitalismus die Bedingung für optimales langfristiges Wirtschaftswachstum – die Gleichheit von Zinssatz und Wachstumsrate – leichter realisiert werden. Dies aber bedeute, dass der Sozialismus unter den gemachten Annahmen gegebenenfalls einen Wachstumspfad mit einem höheren Pro-Kopf-Konsum ermögliche.

Von dieser Frage zu unterscheiden ist die Frage nach dem optimalen Übergang von einer unterentwickelten zu einer entwickelten Wirtschaft und damit nach der Geschwindigkeit, mit der ein größerer Kapitalstock je Beschäftigtem aufzubauen sei, um schließlich einen langfristig höheren Konsum pro Kopf der Bevölkerung zu ermöglichen. Hierzu hatte der sowjetische Ökonom Grigory A. Feldman bereits 1928 ein Modell entwickelt, das von Marx' Theorie der erweiterten Reproduktion in Band II des *Kapitals* ausgeht und vom Komitee für die Wirtschaftsplanung (GOSPLAN) berücksichtigt worden ist. Feldman ([1928] 1964) konnte insbesondere zeigen, dass eine zu sehr forcierte Kapitalakkumulation und Industrialisierung suboptimal ist, da sie während des Übergangs den Konsum über das notwendige Maß hinaus einschränkt.

blem? Auch Sparsamkeit und Disziplin seien vonnöten, aber gewiss nicht in der in der Sowjetunion erzwungen Art und Höhe, „wie sie keine kapitalistische Gesellschaft je hätte erzwingen können“ (276). Offenbar komme die sozialistische Gesellschaft nicht ohne autoritäre Disziplin aus. Die Gefahr des Abgleitens in eine „Schreckensherrschaft“ (301) sei immer vorhanden, zumal in ökonomisch wenig entwickelten Gesellschaften. Der russische Fall belege dies eindrucksvoll.

In Summe kommt Schumpeter bemerkenswerterweise zum Ergebnis, dass die sozialistische Alternative gute Chancen habe, gegen einen seit einiger Zeit politisch „gefesselten Kapitalismus“ im Systemwettbewerb zu bestehen. Es gehe jedoch, unterstreicht er neuerlich, nur um „Möglichkeiten“, keinesfalls aber um „Gewißheiten“ oder auch nur „praktische Wahrscheinlichkeiten“ (286 f.). Sollte sich der Sozialismus jedoch tatsächlich durchsetzen – in welcher Spielart wird er dies voraussichtlich tun und ist diese mit Demokratie vereinbar?

7. KSD Teil IV: Sozialismus und Demokratie

Diesen Fragen wendet sich Schumpeter im Vierten Teil des Buches zu.³⁴ Um die Chancen demokratischer Verhältnisse im Sozialismus sei es umso schlechter bestellt, je turbulenter und gewalttätiger der Übergang zu ihm erfolge. Eine errichtete „provisorische Ordnung“ autoritären oder gar diktatorischen Zuschnitts habe die Tendenz, sich zu verfestigen. Die Geburtswehen des Sozialismus könnten sich als Nährboden dauerhafter Gewaltherrschaft erweisen.

Schumpeter erörtert zunächst verschiedene Konzeptionen und realhistorische Ausformungen von Demokratie, verstanden als „politische Methode“, die ein Volk verwendet, um zu Entscheidungen zu gelangen. Diese Definition lasse zahlreiche Beziehungen zwischen Demokratie und Freiheit zu. Theorien über die „Souveränität des Volkes“ sowie über Delegation und Repräsentation seien jedoch wenig mehr als ideologische Postulate. Utilitaristische Theorien in der Tradition Jeremy Bentham's und Theorien des Gesellschaftsvertrags in derjenigen Jean-Jacques Rousseaus lehnt er (wie vor ihm Wieser) strikt ab. Das „Gemeinwohl“ als Leitstern der Politik, wie von der klassischen Lehre der Demokratie unterstellt, gebe es nicht. Ebenso wenig gebe es das rationale Individuum, das zur Artikulation einer *volonté générale* fähig wäre. Schumpeter verweist auf großes „desil-

³⁴ Hinsichtlich seiner demokratiethoretischen Vorstellungen greift Schumpeter vor allem auf Wieser und Hans Kelsen (1920), gleichfalls Schüler von Wieser, zurück, den er aber nicht zitiert.

lusionierendes Beweismaterial“ (339) betreffend die menschliche Natur.³⁵ Er zieht eine Parallele zwischen Politik und Wirtschaft: In Ersterer komme es darauf an, möglichst viele Wähler, in Letzterer möglichst viele Kunden zu gewinnen. Kern der Politik sei der „Konkurrenzkampf um Macht und Amt“ und nicht die Verwirklichung eines übergeordneten, allgemein akzeptierten Ziels. In diesem Kampf würden alle Register der Beeinflussung, Überredung und Verführung gezogen. Die „soziale Funktion“ der Politik werde dabei, „so wie die Dinge nun einmal liegen, nur nebenbei erfüllt – im gleichen Sinne wie die Produktion eine Nebenerscheinung beim Erzielen von Profiten ist“ (373).³⁶ Den Politiker interessiere die Macht, nicht das Volkswohl, den Geschäftsmann der Profit, nicht die Produktion. Und beide, Politiker und Geschäftsmann, versuchten „an das Unterbewußte heranzukommen“ (346).³⁷ Nicht das Volk entscheide die sein Schicksal bestimmenden Streitfragen, sondern geltungssüchtige und machtbesessene Politiker.³⁸

Die Grundlage der klassischen Lehre von der Demokratie, der utilitaristische Rationalismus, sei „tot“, es brauche eine „andere“ Theorie, die wichtige Elemente der Realität berücksichtigt. Die demokratische Methode besteht nach Schumpeters neuer Definition in jener „Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben“ (355). Diese Definition stelle die im ge-

³⁵ Lange vor Schumpeter hatte u. a. Adam Smith in der *Theory of Moral Sentiments* ([1759] 1976a) eine empirisch basierte Anthropologie vorgestellt und argumentiert, dass der Mensch ein durch multiple, dimensional verschiedenartige Motive gekennzeichneter und allerlei kognitiven Beschränkungen unterliegender Akteur sei. Lange nach Schumpeter wurde diese Sicht von der Verhaltensökonomik wiederentdeckt; vgl. hierzu Kurz (2018b). Die Kritik am Begriff des Gemeinwohls ist vermutlich ein Echo auf Max Webers Angriff auf die historisch-ethische Richtung der Nationalökonomie im sogenannten „Werturteilsstreit“; vgl. Kurz (2020: Abschnitt 3).

³⁶ Marx hatte darauf bestanden, dass der Kapitalist nicht am Gebrauchswert von Waren interessiert sei, sondern nur am Tauschwert und dem darin enthaltenen Mehrwert bzw. Profit.

³⁷ Es überrascht, dass Schumpeter in diesem Zusammenhang zwar auf Gustave Le Bon mit seiner Theorie der Psychologie der Massen verweist (338), nicht aber auf Friedrich von Wieser, der insbesondere in seinem Werk *Das Gesetz der Macht* (1926) argumentiert hatte, die Kontrolle über das Denken und Handeln anderer, deren geistige Vereinnahmung, sei die wichtigste Grundlage der Macht.

³⁸ In der ersten Auflage der *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* (in der zweiten Auflage 1926 ist die Wortwahl eine andere) war ganz in diesem Sinn, aber auf den Unternehmer bezogen, zu lesen, dieser ändere die Wirtschaftsweise, nötige seine Produkte dem Markt auf und wecke „künstlich“ Bedürfnisse. „Die statisch-hedonisch disponierte Majorität wird nicht zur Kooperation überredet oder sonst für dieselbe gewonnen. Niemand fragt sie um ihre Ansicht. Sie wird dazu gezwungen“ (1912: 184), verkündet Schumpeter in gesperrtem Druck. Der Unternehmer, begriffen als Herr, „befiehlt“ und die Majorität „muß gehorchen“ (1912: 185).

samten gesellschaftlichen Leben „lebenswichtige“ Tatsache der Führung ins Zentrum der Betrachtung. Die herausragende Bedeutung von Führung beruht auf Schumpeters Überzeugung, dass eine Gemeinschaft im Unterschied zu einer bloßen Personenvielheit erst mittels Führerschaft zum Subjekt von Handlungen werde. Soziale Ordnungen lösten die Frage nach der Führerschaft auf unterschiedliche Weise. Die Demokratie als eine besondere soziale Ordnung erweise sich bei näherem Hinsehen als „Herrschaft des Politikers“ (376), der mit Stimmen „genau so“ handle wie der Unternehmer mit Waren. Schumpeter antizipiert das sogenannte Medianwählertheorem: Die um Stimmenmaximierung bemühten politischen Parteien nähmen sich vor allem der Wähler in der Mitte an, was zur Angleichung ihrer Programme führe.

Der politische Konkurrenzkampf sei kräftezehrend und beeinträchtige Effektivität und Güte dieser Regierungsform. So mancher im Amt befindliche Politiker könne „mit einem Reiter verglichen werden, der durch den Versuch, sich im Sattel zu halten, so völlig in Anspruch genommen wird, daß er keinen Plan für seinen Ritt aufstellen kann“ (379). In schwierigen Zeiten könne eine „monopolistische Führung“ der Demokratie überlegen sein.

Schumpeters Blick auf die Demokratie ist nüchtern und gelegentlich zynisch, jedenfalls alles andere als enthusiastisch.³⁹ Die heutige Form der Demokratie, obzwar parallel mit dem Kapitalismus entstanden, sei jedoch grundsätzlich auch mit dem Sozialismus vereinbar. Ja, Sozialismus bedeute die Ausdehnung der Sphäre der „Politik“ und damit demokratischer Spielregeln auf wirtschaftliche Fragen. Dies aber könne sich negativ auf Effizienz und Innovationstätigkeit auswirken und auch die individuelle Freiheit gefährden. Mit Blick auf seine Arbeit in der deutschen „Sozialisierungskommission“ im Jahr 1919 merkt Schumpeter jedoch an, dass die dort tätigen Sozialisten bzw. Sozialdemokraten (darunter Karl Kautsky als Vorsitzender sowie Emil Lederer und Rudolf Hilferding) kluge Entscheidungen getroffen hätten. Die SPD hatte sich bereits entschieden gegen den Bolschewismus gewandt und damit auch gegen die Idee einer „industriellen Demokratie“, in der die Arbeiter die Betriebsleiter wählen, ohne

³⁹ Auch in dieser Hinsicht finden sich deutliche Parallelen zwischen der Auffassung Schumpeters und derjenigen Wiesers, der die Vorstellung von der „Volkssouveränität“ ablehnt und darauf pocht, dass Menschen immer und überall von „Führern“ geleitet würden. Kelsens Urteil (1920: 29) über die Demokratie ist insgesamt freundlicher als Schumpeters: „In der Realität des sozialen Geschehens behauptet sich das Gesetz der kleineren Zahl; die Wenigen herrschen über die Vielen. Und unter diesem Gesichtspunkte ist die Frage der besten Staatsform die Frage nach der besten Methode der Führerauslese.“ Und mit überschießendem Optimismus fügt er hinzu: „Gerade das aber kann man der Demokratie nachrühmen, daß sie das bestmögliche Selektionsprinzip garantierte.“

Rücksicht auf deren fachliche Eignung. Da im Sozialismus, anders als im Kapitalismus mit seinem privatwirtschaftlichen Sektor, eine Gewalten- und Machtteilung fehle, sei es für Politiker viel einfacher, die gesamte Macht an sich zu reißen. Schumpeter schließt mit der bitteren Bemerkung: „Praktische Notwendigkeit mag dazu führen, daß sich die sozialistische Demokratie letzten Endes als größerer Trug erweist, als es die kapitalistische Demokratie je gewesen ist“ (399).

Schumpeters Gesamturteil über die Systemalternativen lautet demnach in etwa wie folgt: Der Kapitalismus ist den Alternativen überlegen, nicht aber der „gefesselte Kapitalismus“. Menschlicher Unverstand und politisches Unvermögen seien dafür verantwortlich, dass der Sozialismus in der ihn idealisierenden Beschreibung überhaupt als konkurrenzfähig erscheine. Aber jede Art von real existierendem Sozialismus weiche vom Ideal ab und laufe Gefahr, sich immer mehr von ihm zu entfernen. Wer sich auf ihn einlasse, komme mit großer Wahrscheinlichkeit vom Regen in die Traufe.

8. *KSD* Teil V: Geschichte des Sozialismus

Der Fünfte Teil befasst sich mit der Geschichte des Sozialismus und vor allem der sozialistischen Parteien. Schumpeters Ausführungen stehen unter dem Eindruck von vier aufeinander folgenden, miteinander zusammenhängenden weltgeschichtlichen Großereignissen und den sie begleitenden Flächenbränden. Diese haben die alte Welt für alle sichtbar aus den Angeln gehoben. Was würde an ihre Stelle treten? Das erste Ereignis ist der Erste Weltkrieg und die nachhaltige Verwüstung Europas, das zweite die russische Revolution und bolschewistische Machtergreifung sowie das Erstarken sozialistischer und kommunistischer Parteien in beinahe allen Ländern der Welt, das dritte die Weltwirtschaftskrise und in deren Folge u. a. der Aufstieg des Nationalsozialismus und Faschismus, das vierte der Zweite Weltkrieg, der zur Zeit der erstmaligen Veröffentlichung von *CSD* noch tobte. Alle zusammen haben der überlieferten bürgerlichen (bzw. in manchen Ländern feudalen) Ordnung schwere Schläge versetzt, den Glauben in die Leistungskraft des Kapitalismus nachhaltig erschüttert und der sozialistischen Alternative einen starken Auftrieb verliehen. Wie hätte man angesichts dessen nicht mit einem schier unaufhaltbaren Zug in Richtung Sozialismus oder wenigstens einer *Mixed Economy* und dem Erstarken keynesianischer Ideen rechnen können, ja müssen? Was Schumpeter in *CSD* ausdrückt, ist die vielleicht am subtilsten begründete Fassung dieser weitverbreiteten Sicht. Der Tenor der unmittelbaren Reaktionen auf das Buch nach dessen Erscheinen 1942 in der Presse drückt dies eindrucksvoll aus. Das Buch trifft ganz augenscheinlich

den Nerv der Zeit, seine Hauptthesen stoßen nur vereinzelt auf Ablehnung.⁴⁰

Schumpeter arbeitet Gemeinsamkeiten, vor allem aber Unterschiede zwischen sozialistischen Strömungen und Parteien in Europa, Russland und den USA heraus, zunächst für die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg, dann für die Zwischenkriegszeit und schließlich für die Zeit danach. Die sozialistischen Parteien weisen anders als ihre Konkurrentinnen eine enge Beziehung zwischen ideologischem Fundament und Lehre und betriebener Politik auf. Diese starke Verschränkung fasziniert Schumpeter nicht zuletzt deshalb, weil sie dem Analytiker die Gelegenheit gibt, Fehler der sozialistischen Politik auf solche in den theoretischen Grundlagen zurückzuführen. Er konstatiert die bestehenden und sich im Lauf der Zeit verschärfenden Auffassungsunterschiede zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien, die in offene und erbitterte Feindseligkeit münden.

Der bolschewistische Weg führe nicht, ist Schumpeter überzeugt, zum Sozialismus, sondern weg von ihm. Er nehme seinen Ausgang nicht von reifen kapitalistischen Verhältnissen, sondern von einem weitgehend vor-kapitalistischen Agrarland. Der propagierte Internationalismus sei nur eine verkappte Form des russischen Imperialismus. Schumpeter lässt keinen Zweifel an seiner entschiedenen Ablehnung des sowjetischen Systems, das nach einigen bemerkenswerten ökonomischen Erfolgen individuelle Freiheiten und politische Opposition gnadenlos unterdrücke und das Land mit eiserner Faust regiere.⁴¹ Aber er zeigt sich beeindruckt von den Führungsqualitäten Lenins und mehr noch Stalins. Auf deren Geschick sei es zurückzuführen, dass Macht und Einfluss der Sowjetunion trotz wirtschaftlicher Probleme und militärischer Schwäche weit über Erwarten gewachsen seien. Stalin sei es gelungen, Roosevelt und Churchill in Verhandlungen große Zugeständnisse abzutrotzen, er habe die Chance genutzt, den Bolschewismus imperialistisch in die ganze Welt zu tragen. Die Gefahr drohe, dass der „russische Despotismus“ sich über die Ruinen der europäischen Zivilisation hinweg ausdehnt und die kommunistischen Parteien in aller Welt „in russische Garnisonen verwandelt“ (479). Der „russische

⁴⁰ Vgl. Hedtkes Dokumentation *Zeitgenössische publizistische Rezensionen zu Capitalism, Socialism and Democracy* in: <http://www.schumpeter.info/CS&D/Rezensionen.pdf> und Abschnitt 10 unten.

⁴¹ Alexander Gerschenkron, der 1948 Assistenzprofessor in Harvard und damit Kollege Schumpeters wird, sollte später in zweierlei Hinsicht die Diskussion über die anfänglichen wirtschaftlichen Erfolge der UdSSR beeinflussen. Zum einen wird sein Fund, wonach die mäßige Rückständigkeit eines Landes vorteilhaft für dessen rasche ökonomische Entwicklung sein könne, in unzulässiger Weise auch auf die UdSSR angewandt. Zum anderen weist er nach, wie in der Sowjetunion aus propagandistischen Gründen die Tatsache ausgenutzt wurde, durch Änderung des Basisjahres einer Zeitreihe die durchschnittliche Wachstumsrate des Sozialprodukts als höher erscheinen zu lassen (sog. „Gerschenkron-Effekt“).

Imperialismus“ stelle die bei weitem größte Bedrohung für Freiheit und Demokratie dar.

KSD durchzieht Schumpeters tiefe Verachtung für Präsident Roosevelt, die sich u. a. darin ausdrückt, dass er ihn namentlich nicht erwähnt, selbst wenn es um seine Politik geht. Er wirft ihm nicht nur vor, in direkter Konfrontation mit Stalin versagt, sondern durch seine Politik des New Deal die „kapitalistische Maschine“ gelähmt zu haben.⁴² Beides zusammen habe den Bolschewisten in die Hände gespielt. Der Sowjetunion sei es gelungen, sich neben den USA als zweite Hegemonialmacht zu etablieren, mit der Gefahr der Erlangung der Weltherrschaft.

9. China und die *Mixed Economy* – blinde Flecken in Schumpeters Analyse

Mehrere der von Schumpeter bedingt erwarteten und zum Teil befürchteten Entwicklungen sind nicht eingetreten. Statt einer Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus ist es zu einer Implosion der Sowjetunion gekommen und davor unter Deng Xiaoping 1978 zur Reform- und Öffnungspolitik der Volksrepublik China. Diese Politik hat eine hybride Wirtschaftsordnung hervorgebracht, die sozialistische mit marktwirtschaftlich-kapitalistischen Elementen verknüpft und ein historisch bislang einmaliges Wachstum des Sozialprodukts pro Kopf von durchschnittlich beinahe zehn Prozent pro Jahr über etwa vier Jahrzehnte hinweg aufweist. Während dieser Prozess zunächst stark durch die Imitation überlegener Technologien und Organisationsformen charakterisiert war und ein „Catching up“ beinhaltete – getreu Dengs Devise: „Vom Westen lernen!“ –, hat China mittlerweile auf zahlreichen Feldern Anschluss an die Forschungsfront gewonnen und sich auf den weit beschwerlicheren Weg der eigenständigen Erzeugung von Innovationen gemacht (vgl. Kurz 2016b).

Im Index von KSD taucht das Stichwort „China“ nicht auf und im Text spielt das Land keine nennenswerte Rolle. Dies könnte von Kritikern gegen Schumpeter und seine Vorstellung von der Möglichkeit einer *histoire raisonnée* ins Feld geführt werden. Hat ihn nicht seine gesamte Gelehrsamkeit in Bezug auf ein weltgeschichtliches Ereignis von allergrößter Bedeutung im Stich gelassen? Bei genauerem Hinsehen bestätigt der Fall Chinas jedoch die beträchtliche Bedeutung dessen, was wir das Wieser'sche Element in Schumpeters Diskurs genannt haben. Der beeindruckende Wiederaufstieg des „Reiches der Mitte“ folgt nicht einer im Vorhinein gewissen, den Trends der Zeit davor zu entnehmenden Logik, sondern

⁴² Ein Blick auf die Daten der wirtschaftlichen Entwicklung der USA unter Roosevelt und danach bestätigt nicht Schumpeters samt und sonders negatives Urteil.

ist in besonderer Weise das nicht vorhersehbare Resultat der den Wandel induzierenden Personen.⁴³ Das Handeln von Deng und seiner Gruppe war von einem wirtschaftlichen Erfolg gekrönt, den sich selbst die größten Optimisten darunter vermutlich zunächst nicht vorstellen und später erklären konnten. Die nicht intendierten Konsequenzen des Tuns können die Phantasie der Akteure mitunter weit hinter sich lassen.

Vorgänge dieser Art bestätigen indes nicht nur die Bedeutung der von Schumpeter in helles Licht getauchten nicht-hedonistischen, energischen und heroischen Akteure. Sie unterstreichen auch die anhaltende Bedeutung der Idee des Sozialismus, die offenbar ebenso wenig wie diejenige des Kapitalismus sterben kann und sich historisch in immer neue Formen kleidet und in vielfältige Mutationen ausdifferenziert. Schumpeters Thema in *KSD* ist alles andere als tot!

Dies lässt sich auch in einem weniger endzeitlichen Sinne sagen, als es die Alternative „Kapitalismus oder Sozialismus?“ nahelegt. Im vergangenen Jahrhundert kommt es zu einem rasanten Aufstieg der *Mixed Economy* in großen Teilen der Welt, mit einem zunächst wachsenden und dann auf hohem Niveau verharrenden Staatsanteil.⁴⁴ Einer der bedeutendsten Vertreter einer *Mixed Economy* war Keynes, Schumpeters großer Rivale. Dessen Ideen kommen an zahlreichen Stellen von *KSD* zur Sprache, ohne dass sein Name fällt. In einer galligen Besprechung seines Hauptwerks, der *General Theory of Employment, Interest and Money* (1936), hatte Schumpeter (1936) empfohlen: „Je weniger über das Buch gesagt wird, desto besser.“ Daran hält er sich in *KSD*. Im toten Winkel von Schumpeters Fokussierung auf den Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus kommt es vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer eindrucksvollen Ausdehnung des sogenannten „Wohlfahrtsstaates“ (einer fortgeschrittenen Form von Schumpeters „Laborismus“) in so gut wie allen kapitalistisch-marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaften. Dieser Vorgang ist eine Reaktion auf den Aufstieg des Kommunismus und der Notwendigkeit, die Attraktivität des eigenen Systems sozialpolitisch zu erhöhen. Es kann daher nicht überraschen, dass mit dem schleichenden Verfall und

⁴³ Wie der Gutachter zu meinem Essay zu Recht angemerkt hat, kann es vor dem Hintergrund der damaligen Verhältnisse in China nicht verwundern, dass Schumpeter das Land nicht erwähnt. Im Inneren tobte ein Bürgerkrieg und von außen wurde es von Japan angegriffen, das größere Teile des Landes besetzte. Chinas späterer rapider wirtschaftlicher Aufschwung zeichnete sich auch nicht nur ansatzweise ab.

⁴⁴ Eine nähere Charakterisierung der heutigen chinesischen Wirtschafts- und Sozialordnung würde merkliche Unterschiede zu den *Mixed Economies* westlicher Prägung zum Ausdruck bringen, so insbesondere das Primat der Politik, genauer: dasjenige der Kommunistischen Partei Chinas. In diesem Zusammenhang wäre auch die Rolle des Sinomarxismus als ideologische Grundlage der Politik der KPC zu erörtern.

dann dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums auch der Wohlfahrtsstaat unter Druck geraten ist.

Keynes war bekanntlich kein Gegner des Kapitalismus, wohl aber besorgte ihn, ähnlich wie Schumpeter, dessen Trieb zur Selbstzerstörung und die Gefahr des Bolschewismus. Die von ihm vorgeschlagene Wirtschaftspolitik sollte den Kapitalismus retten. Der zu beobachtende Anstieg des Staatsanteils war auch nicht auf die Zerstörung der kapitalistischen Maschine hin angelegt, sondern eine Reaktion auf sich im Lauf der Entwicklung ergebende gesellschaftliche Legitimationsprobleme und Herausforderungen sowie die Resultate des politischen Willensbildungsprozesses. Wie Schumpeters Schüler Richard Musgrave betonte, habe der Staat nicht nur eine Verantwortung für die Stabilisierung der Wirtschaft, Keynes' vorrangiges Anliegen. Ihm obliege auch die Korrektur der sich ergebenden Verteilung des Einkommens durch ein Steuer- und Transfersystem und die Einrichtung eines Systems der Sozialleistungen. Schließlich habe er für die Allokation meritotischer Güter zu sorgen, das sind Güter, bei denen die private Nachfrage geringer ist als gesellschaftlich erwünscht. Die ökonomische Theorie des Marktversagens hat weitgehend unabhängig hiervon mehrere Felder identifiziert, auf denen die öffentliche Hand eine nützliche Rolle spielen kann. Dazu gehört das weite Feld der öffentlichen (im Unterschied zu den privaten) Gütern, denen Schumpeter in *KSD* kaum Aufmerksamkeit schenkt. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere umwelt- und klimapolitische Maßnahmen.

Empirisch gut belegt ist der Umstand, dass eine allzu große Ungleichheit der Einkommen und Vermögen Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft bremst, statt sie zu beschleunigen. Die seit einiger Zeit zu beobachtende Zunahme der Ungleichheit in zahlreichen Ländern und deren sich gleichzeitig abschwächende ökonomische Dynamik sprechen daher für eine Korrektur der Verteilung. Sie wäre auch aus folgenden miteinander zusammenhängenden Gründen geboten. Die Begrenzung der Macht Einzelner ist die wichtigste Aufgabe einer jeden sozialen Ordnung, darüber sind sich beinahe alle politischen Philosophen seit Platon und Aristoteles einig. Vermögen aber bedeutet Macht. Die wachsende Vermögenskonzentration gefährdet die Freiheit vieler und damit auch die Demokratie. Wir haben es heute mit neuen Formen des technischen Fortschritts zu tun, die zu Phänomenen geführt haben, die Schumpeter noch nicht kennen konnte, so insbesondere den Aufstieg von sogenannten „Superstarfirmen“ (Autor et al. 2017). Zu nennen sind vor allem die amerikanischen „Big Five“, Apple, Google, Facebook, Amazon und Microsoft (sowie vergleichbare chinesische Riesenfirmen). Sie sind in erheblichem Maß das Produkt der von der öffentlichen Hand in den USA finanzierten militärischen und nachrichtentechnischen Forschung. Diese hat das Internet hervorgebracht und die „vierte industrielle Revolution“ induziert. Sie basiert stark auf künstli-

cher Intelligenz, Robotern, selbstlernenden Systemen, Maschinen und Algorithmen, die nie schlafen und, während sie arbeiten, ständig ihre Leistungsfähigkeit verbessern. Sammlung und Auswertung von Feedbackdaten optimieren die Effizienz des Systems und erweitern seinen Anwendungsbereich. Je größer die kumulierte Menge an verarbeiteten Daten, desto besser die Performance. Wer einmal vorne liegt, ist kaum mehr einholbar. Netzwerkeffekte in der Plattformwirtschaft verstärken die Tendenz zur Monopolbildung. Mit der Zahl der Kunden steigt die Attraktivität des Netzwerks: Was groß ist, wird noch größer. Die entstehenden Superstarfirmen weisen eine geringe Beschäftigung und einen hohen Automatisierungsgrad auf, vergleichbar einer (fast) unbemannten Rakete, die im Flug selbsttätig wachsende Mengen neuen Treibstoffs ansaugt und an Größe und Gewicht zunimmt. Sie streichen exorbitante Profite ein, die aber zum Teil das Ergebnis öffentlicher Investitionen sind und daher auch der Allgemeinheit zustehen sollten. Stattdessen zahlen diese Firmen fast keine Steuern und ihre Machtfülle unterminiert die Souveränität von Nationalstaaten. Wir leben im Zeitalter des Datenkapitalismus (vgl. die Diskussion in Kurz et al. 2018).

Diese Entwicklungen fordern mehrere der von Schumpeter vertretenen Auffassungen heraus, darunter die vom relativ schnell vergänglichen Charakter von Monopolen. Aber obgleich er zu vielen der sich heute stellenden Fragen aus offensichtlichen Gründen nichts sagen konnte, hat er uns in *KSD* paradigmatisch gelehrt, wie man sich ihnen nähern kann. Auch dies macht die hohe und anhaltende Aktualität seines Buches aus.

10. Zur Rezeptions- und Wirkungsgeschichte von *KSD*

Schumpeter zufolge ist ein Werk groß zu nennen, wenn es nicht sterben kann. Mit der vorliegenden 10. deutschen Auflage, mehreren englischen bzw. amerikanischen Neuauflagen (vgl. Schumpeter 2008 und 2010) sowie Übersetzungen in zahlreiche andere Sprachen ist das Werk auf gutem Wege, unsterblich zu werden.⁴⁵ Die Jubiläen seines Erscheinens wurden durch Festschriften gewürdigt (vgl. z. B. Heertje 1981, Diamond und Plattner 1993 sowie Matis und Stiefel 1993). Seinem Autor gebührt ein Platz im sozialwissenschaftlichen Pantheon (vgl. Kurz 2019).

Die bisherige Wirkungsgeschichte von *KSD* ist beachtlich und ein Ende nicht absehbar. Nur ein kleiner Ausschnitt aus der Literatur zu *KSD* und der Rezeption der darin enthaltenen Ideen kann im Folgenden behandelt

⁴⁵ So firmiert die amerikanische Ausgabe (Schumpeter 2008) interessanterweise als „perennial“ – immerwährend, unvergänglich.

werden.⁴⁶ Das Buch wird typischerweise im Verbund mit anderen Werken Schumpeters erörtert, insbesondere mit der *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* (1912) (*TWE*) und den *Business Cycles* (1939) (*BC*). Dieser Umstand verweist auf die bemerkenswerte Kohärenz des Schumpeter'schen Werkes, mit späteren Arbeiten auf den vorhergehenden fußend und diese vertiefend und erweiternd. Zentrale, schon früh in seinen Schriften vorgestellte eigene und für seine Zwecke brauchbare fremde Ideen werden fortentwickelt und in vielfältigen Verästelungen ausgebaut. Nicht nur wirtschaftliche, sondern auch wissenschaftliche Innovationen basieren zu einem beträchtlichen Teil auf „neuen Kombinationen“ bekannter Ideen – Schumpeters Werk belegt dies eindrucksvoll.

Schumpeter ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von *CSD* in Fachkreisen und auch darüber hinaus kein Unbekannter mehr, aber sein internationaler Durchbruch gelingt ihm erst mit diesem Buch. Dies hat nicht wenig mit dessen Thematik zu tun. Über kaum etwas wurde heftiger gestritten als über die Frage „Sozialismus oder Kapitalismus?“, und der Streit wurde nicht nur mit Argumenten ausgetragen. Wie stand es um die Zukunft von marktwirtschaftlichen, privat-dezentralen Systemen und um die Demokratie – waren sie dabei, global von planwirtschaftlichen, staatlich-zentralen Systemen ohne nennenswerte demokratische Elemente abgelöst zu werden? Ganz offenbar trifft Schumpeter mit *CSD* nicht nur einen, sondern *den* Nerv der Zeit. Wer könnte sich schon diesem Thema entziehen, unbestreitbar einer Schicksalsfrage der Menschheit!

Im Folgenden gebe ich zunächst einen Überblick über die Aufnahme des Buches unmittelbar nach dessen Erscheinen. Danach wende ich mich seiner Wirkungsgeschichte zu. Im Zentrum steht Schumpeters Einfluss auf die Entwicklung der Sozialwissenschaften und insbesondere auf die von ihm angeregten neuen Forschungsfelder.

Frühe Rezeption. Schumpeters Buch wird bereits kurz nach seiner Veröffentlichung von zahlreichen bedeutenden Kommentatoren in wichtigen Organen und mehreren Sprachen rezensiert.⁴⁷ Joan Robinson, Cambridge Ökonomin und enge Kollegin von John Maynard Keynes, ist im von Keynes herausgegebenen *Economic Journal* 1943 bemerkenswerterweise voll des Lobs für *CSD*, und dies trotz Schumpeters (1936) galliger Besprechung der *General Theory* und seiner zahlreichen, meist indirekten Angriffe auf Keynes im Buch. Robinson nennt Schumpeters Standpunkt

⁴⁶ JSTOR (<https://www.jstor.org/>) enthält unter dem Titel von *CSD* eine Liste englischsprachiger, vorwiegend wissenschaftlicher Rezensionen des Schumpeter'schen Werkes. Hedtke hat diese um vorwiegend deutschsprachige Reaktionen ergänzt (siehe <https://www.schumpeter.info>).

⁴⁷ Alle Übersetzungen aus Schriften, für die keine deutschen Fassungen vorliegen, stammen von mir. Einflussreiche Rezensionen von Fritz Machlup, Edgar Salin und Walter A. Jöhr sind zum Teil bereits in vorherigen Abschnitten angesprochen worden.

„überaus originell“ und „seine Vision der allgemeinen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft im Kern zutreffend“. Sie ist überzeugt, dass damit die „Marx'sche Theorie des gewaltsamen Endes des Kapitalismus zusammenbricht“. Den Abschnitt über die Vereinbarkeit von Sozialismus und Demokratie hält sie für den „vielleicht schwächsten“ im Buch. Schumpeter gebe sich wiederholt zynisch, aber man werde den Eindruck nicht los, er wolle seine Leserschaft „necken und provozieren“. Seine Begründung der notwendigen Entstehung von Monopolen im Lauf der kapitalistischen Entwicklung sei „brillant“. „Sein Argument durchzieht wie ein Sturm die öde Pedanterie der statischen Analyse.“ Robinson widerspricht nicht Schumpeters Zurückweisung der stagnationstheoretischen Vorstellungen Keynes'. Sie lobt „Frische, Energie und Ungestüm“ seiner kultursoziologischen Erklärung für das notwendige Ende des Kapitalismus. Kritisch merkt sie lediglich an, dass wichtige Aspekte nicht hinreichend behandelt würden, und fragt: „Wie steht es um die UdSSR?“ Deren bloße Existenz beeinflusse die weitere Entwicklung der kapitalistischen Länder. „Und wie steht es um den Faschismus?“ Könne wirklich angenommen werden, der Kapitalismus gehe einem „ruhigen und frommen Tod“ entgegen? Das Buch, schließt sie, sei wertvoller als „das ganze Papageienhaus zeitgenössischer Orthodoxien, egal ob rechts, links oder im Zentrum“.⁴⁸

Für Waldemar Gurian (1943) in einer Besprechung in *The Review of Politics* leidet CSD geradezu an einer Überfülle an Ideen. „Brillant und geistreich geschrieben“, sei es ein „eindrucksvoller Beweis der außerordentlichen analytischen Fähigkeiten des Autors“. Auf die Frage, ob Schumpeter die Entwicklung hin zum Sozialismus gutheiße, antwortet Gurian entschieden: „Ganz offenbar nein.“ Er wirft Schumpeter jedoch vor, die „pseudotheologische, anti-religiöse Grundlage der Marx'schen Vision“ nicht erkannt zu haben und auch die vom Faschismus ausgehende Gefahr nicht zu sehen. Gurian kann sich Schumpeters „olympischem Skeptizismus, seinem von Verachtung und Mitleid geprägten Blick hinunter auf diese arme menschliche Welt mit ihrem Mangel an Logik und Konsistenz, ihrem ewigen Kampf unter irregeleiteten Gruppen“, nicht anschließen. Das Buch sei trotz aller interessanten Details ein beeindruckender Fehlschlag. In der gleichen Besprechung hebt er lobend Peter Druckers Buch *The End of Economic Man* (1939) gegenüber CSD hervor. Drucker selbst sah die Dinge allerdings anders: Für ihn war Schumpeter der einflussreichste Ökonom des 20. Jahrhunderts.

⁴⁸ In der zweiten Auflage von CSD reagiert Schumpeter partiell auf die Kritik, indem er in Teil V näher auf seine Sicht der Rolle der UdSSR eingeht und sich klar von Stalin und dem Bolschewismus distanziert. Auf den Faschismus und Nationalsozialismus kommt er indes nicht zu sprechen.

Die *New York Times* veröffentlicht am 4. Dezember 1944 einen Brief Irving Fishers, einem der führenden amerikanischen Ökonomen, den dieser in Reaktion auf ein Editorial zum Thema „Unvermeidlicher Sozialismus?“ schreibt. Darin wirft er Schumpeter „ökonomischen Fatalismus“ vor. Der Weg in den Sozialismus führe nicht ins gelobte Land, sondern in die Knechtschaft (so der Titel eines Buches von Hayek). Der Systemwettbewerb sei nicht entschieden. Zwar habe die Sowjetunion „Fortschritte mit beispielloser Geschwindigkeit“ aufzuweisen, aber diese basierten vor allem auf der Übernahme amerikanischer Technologien und Organisationsformen. Dem stehe der Verlust an persönlicher Freiheit gegenüber. Russland liege auch ökonomisch noch immer weit hinter den USA. Das werde sich allenfalls dann ändern, wenn die amerikanische Regierung fortfahre, die Unternehmen zu reglementieren und hoch zu besteuern. Gefahr drohe den USA nicht vom Sozialismus, sondern von der amerikanischen Politik. Der Leser reibt sich verwundert die Augen: Hatte Schumpeter nicht ganz Ähnliches geschrieben?

In seiner Besprechung in *The Nation* schreibt Arthur Schlesinger Jr. 1947, das Buch sei die Arbeit eines „schwierigen, mit einem umfänglichen Satz von Tatsachen hantierenden Geistes, und fällt deshalb in keine offensichtliche politische Kategorie“. Es „platzt in eine allgemein unfruchtbare Atmosphäre des politischen Diskurses wie ein Satz von Feuerwerkskörpern und Raketen. Das Schauspiel dürfte Liberale und Konservative gleichermaßen beeindrucken“. Der Autor nennt Schumpeter einen „Reaktionär ohne Illusionen“, der sich wohltuend von den „offiziellen Apologeten“ des Kapitalismus – er nennt Henry Hazlitt und Friedrich August Hayek – unterscheide. Feinsinnig begründe Schumpeter die These, wonach der Erfolg des Kapitalismus verantwortlich für dessen Untergang sei. Der Auffassung, der Sozialismus sei grundsätzlich lebensfähig, stimmt Schlesinger zu. Nur Schumpeters Behandlung der Frage, ob der Sozialismus demokratisch sein könne, hält er für unzureichend. *CSD* sei das Werk eines „intellektuell virtuos, brillanten, komplexen, vollkommen kontrollierten“ Mannes, der sich nicht in soziologischem Kauderwelsch verliere, sondern bedeutende Probleme erfolgreich ergründe. Seine Argumente stellten eine Herausforderung etablierter Vorstellungen und Politiken dar, so gerade auch der Kartellpolitik. „Die intellektuelle Rigorosität seiner Analyse setzt einen Standard, den liberale Autoren zu erreichen sich bemühen sollten.“

Der Grazer Ökonom Josef Dobretsberger nennt *KSD* 1948 eine „grandiose Schau unserer gesamten Gegenwartsproblematik, die bisher nicht übertroffen wurde“. Marx sei „noch niemals tiefer verstanden worden als hier“. Das Buch, behauptet er überraschenderweise, sei „eine ungewollte Gegnerschaft gegen die Werke Mises' und Hayeks, die die Unmöglichkeit des Sozialismus und seine Unvereinbarkeit mit der demokratischen Le-

bens- und Staatsform dartun“. Ungewollt? Schumpeter lässt keinen Zweifel daran, dass er mit den Auffassungen der Genannten nicht übereinstimmt. Speziell den auf der unterstellten Heiligkeit des Privateigentums basierenden Dogmatismus Mises' hält er für ganz und gar verfehlt.

Erwähnenswert ist schließlich Paul Sweezys *The Theory of Capitalist Development* (1942), das im gleichen Jahr erscheint wie *CSD*. Der Titel ist von *TWE* inspiriert. Sein Autor verdankt Schumpeters Analyse nach eigenem Bekunden sehr viel. In weiteren Auflagen geht er, häufig implizit, auch auf *CSD* ein. Er arbeitet Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Theorien von Marx und Schumpeter heraus. Letzterem hält er zugute, anders als die gängige Wirtschaftstheorie die Präferenzen der Akteure nicht als eigenständige Bestimmungsgründe der Preise und Einkommensverteilung zu betrachten, sondern als wesentlich von den Firmen bzw. Produzenten geformt. Im Unterschied zu Marx sehe Schumpeter im Profit eine Art Monopolrente als Ausdruck erfolgreicher Innovationstätigkeit. Marx hingegen hatte Profit als Folge des „Kapitalverhältnisses“, eines asymmetrischen Machtverhältnisses, begriffen. Eine durch arbeitssparende technische Fortschritte immer wieder aufgefüllte „industrielle Reservearmee“, die es bei Schumpeter nicht gebe, drücke auf die Löhne und schaffe Spielraum für Profite. Sweezy bedauert, dass Schumpeters Theorie in orthodoxen Kreisen nie die ihr gebührende Aufmerksamkeit erhalten habe und weithin missverstanden worden sei.

Zu den Wirkungen des Werkes. Die Wirkungen von *KSD* und der sonstigen Werke Schumpeters sind in längerfristiger Betrachtung kaum voneinander zu trennen, allzu eng sind sie miteinander verflochten.⁴⁹ Schumpeters entschieden dynamische Betrachtungsweise von Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik unterscheidet sich grundlegend von der in großen Teilen der Sozialwissenschaften, zumal der Ökonomik, immer noch vorherrschenden statischen und drängt auf deren Überwindung. Auf einigen Feldern fällt Schumpeters Plädoyer auf fruchtbaren Boden. Zu nennen sind insbesondere die Innovationsforschung, die Theorie und Empirie der Konjunktur- und Wachstumszyklen, die Theorie der Demokratie, die Unternehmenstheorie und Managementlehre sowie die Soziologie und Kulturwissenschaft. Sein Einfluss geht dabei weit über den akademischen Bereich hinaus und zeigt sich auch darin, dass von ihm geprägte oder mit neuen Bedeutungen aufgeladene Begriffe Eingang in die Umgangssprache finden, darunter „Entrepreneur“, „Pionier“ oder „schöpferische Zerstörung“. Bei erfolgreichen Praktikern der Innovation, den „Agenten der Neuerung“, trifft Schumpeters Sichtweise seit geraumer Zeit auf nachhalti-

⁴⁹ Die Literatur zur Wirkungsgeschichte von *KSD* ist umfänglich. Vgl. zum Folgenden u. a. McCraw (2007: insbesondere 495–506), die Einleitungen zu Schumpeter (2008, 2010), Böhm (2009) sowie Kurz und Sturn (2012: Teil III).

ge Zustimmung und merklich größeres Interesse als die konventionelle ökonomische Theorie.⁵⁰

Schumpeter nimmt in seinem Vergleich unterschiedlicher Wirtschaftssysteme den Grundgedanken der sogenannten *Neuen Institutionenökonomik* vorweg, wie sie von Douglas North und Oliver Williamson vertreten wird (vgl. insbesondere North 1990, 2005). Danach entscheidet vor allem die in den Institutionen einer Wirtschaft verkörperte Anreizstruktur über deren Wesen. Die Entwicklung einer Wirtschaft, so der von Schumpeter übernommene Grundgedanke, läuft immer auch auf eine Veränderung der Anreizstruktur und damit der Institutionen hinaus. Anders als in der Darwin'schen Evolutionstheorie ist Schumpeter zufolge der Schlüssel für menschlichen evolutionären Wandel die Intentionalität der Akteure. Diese bilden sich Vorstellungen bezüglich der von ihrem Tun vermutlich ausgelösten Wirkungen und sind bestrebt, die Ungewissheit des Verhaltens ihrer Organisationen in Bezug auf die angestrebten Ziele zu verringern. Dieses Moment, so Schumpeter, finde keine Entsprechung im von Darwin untersuchten Selektionsmechanismus (vgl. North 2005: 20). Beim Vergleich von Sozialismus und Kapitalismus in *KSD* steht die Frage im Zentrum, ob es dem Sozialismus gelingen werde, das im Kapitalismus geltende System von außerordentlichen Belohnungen und Bestrafungen durch ein System zu ersetzen, das die egalitäre Leitidee des Sozialismus mit ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit vereinbart. Der Sozialismus, ist Schumpeter überzeugt, steht und fällt mit der Lösung dieses Problems. North et al. greifen diese Idee auf und betonen, dass Motivation, leitende Ideen und Werte in allen Systemen eine bedeutende Rolle spielen. Die Fähigkeit eines Systems, sich nach Misserfolgen und angesichts neuer Herausforderungen hinreichend schnell und effektiv anzupassen, entscheide über sein Überleben. Ein wesentlicher Grund für den Zusammenbruch der Sowjetunion bestehe in der mangelnden Flexibilität ihrer Institutionen angesichts wachsender interner Verwerfungen und sich dramatisch ändernder externer Rahmenbedingungen. Schumpeter zufolge handelt es sich beim Kapitalismus, wie gesehen, um nichts anderes als um „eine Methode der ökonomischen Veränderung“ (105), während zahlreiche andere Gesellschaftsformen eine Methode zum Erhalt der Macht der herrschenden Eliten seien. Schumpeters Überzeugung, dass der evolutionäre kapitalistische Prozess einen im Trend ständig sich erhöhenden Lebensstandard aller Gesellschaftsmitglieder aufweise, lässt sich jedoch nicht halten, wie der Fall zahlreicher Länder einschließlich der USA seit einiger Zeit belegt. Riesigen Einkommens- und Vermögenszuwächsen der Managerkaste stehen merkbare Einbußen großer Teile der restlichen Gesellschaft ge-

⁵⁰ Dies belegt das Video „The Man Who Discovered Capitalism“ (plotpoint tv) eindrucksvoll, das vom Unternehmer Philipp Hoepp angeregt und finanziert worden ist.

genüber. So ist das reale Medianeinkommen in zahlreichen Ländern seit geraumer Zeit gesunken.

Die Schumpeter antreibende Idee, ein Wirtschafts- und Sozialsystem könne aus sich heraus, als Folge der von ihm erzeugten, aber von den handelnden Akteuren nicht vorhergesehenen Wirkungen zugrunde gehen, hat nichts von ihrem Erklärungswert verloren. Zwar wird heute die Gefährdung des Kapitalismus durch den Sozialismus weithin als gering eingeschätzt, aber andere Gefährdungen dafür als umso höher. Drei darunter sollten wenigstens erwähnt werden. Die Auswirkungen des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums auf Umwelt und Klima geben Anlass zu großer Sorge und lassen manche Beobachter sogar bezweifeln, dass mit einem längerfristigen Überleben der Menschheit gerechnet werden könne. In diesem Fall würde nicht nur der Kapitalismus an sein Ende kommen, sondern die menschliche Existenz schlechthin. Jedenfalls müsse mit anthropogen verursachten gravierenden Veränderungen von Produktions- und Lebensstil gerechnet werden. Eine zweite Art der Gefährdung sei auf die zunehmende Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen zurückzuführen. Der Kapitalismus werde gerade von jenen gefährdet, die von ihm am meisten profitieren, sowie von den ihre Interessen vertretenden politischen Parteien. Diese missbrauchten staatliche Macht zum Schutz der Reichen und Mächtigen gegen die Armen und Mittelschichten. An die Stelle der von Schumpeter beschworenen Gefahr des „Laborismus“ sei längst diejenige des politisch rechtskonservativen „Statismus“ getreten, so Stiglitz (in Schumpeter 2010). Beide schwächten die dynamische Kraft des Kapitalismus, Letztere dadurch, dass wachsende Anstrengungen auf die Verteidigung der Ungleichheit gegenüber den an Schärfe zunehmenden Angriffen und nicht auf die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und die dabei entstehenden Produktivitätsgewinne gerichtet würden. Eine dritte Gefahrenquelle, die mit der gerade genannten häufig, aber nicht immer in symbiotischer Beziehung steht, ist die Aushöhlung der Demokratie und die Herausbildung autoritärer bis faschistischer Regierungsformen. Diese sind durch ein hohes Maß an Korruption gekennzeichnet, Korruption aber ist vergleichbar einer Steuer auf produktive Tätigkeiten und wirkt entwicklungshemmend bis -erstickend. (Zum Problem der Coronavirus-Pandemie vgl. Fn. 12.)

Wer heute über den Sozialismus schreibt, kommt an CSD und den genannten Themen nicht vorbei.⁵¹ Joseph Stiglitz lobt Schumpeter in *Whit-*

⁵¹ Eine Ausnahme bildet Geoff Hodgson (2019), der zwar eine Abwandlung von Schumpeters berühmter Frage „Can socialism work?“ als Titel eines Buches über den Sozialismus wählt, Schumpeter einmal erwähnt, aber ansonsten bemerkenswerterweise nicht auf dessen Werk eingeht.

her Socialism? (1994: 138 f.) vor allem deshalb, weil dieser die Frage nach der Leistungsfähigkeit verschiedener Wirtschaftssysteme nicht mittels eines Vergleichs ihrer statischen, sondern ihrer dynamischen Eigenschaften zu entscheiden versucht hatte – ihrer Fähigkeit, technische Fortschritte zu realisieren und ein steigendes Sozialprodukt pro Kopf zu generieren.⁵² Vollkommener Wettbewerb, wie in der konventionellen neoklassischen Theorie unterstellt, liefere ein irreführendes Leitbild, denn dynamische Wirtschaften seien durch Innovationen gekennzeichnet, und diese führten notwendig zu Formen unvollkommenen Wettbewerbs bis hin zu Monopolen. Die verbreitete Vorstellung, Firmen seien machtlos und Preisnehmer, verweise Schumpeter zu Recht ins Reich der Fabel.⁵³

Schumpeter beabsichtigt in *KSD* die Erarbeitung der Grundzüge einer *histoire raisonnée* für die jüngere Vergangenheit. Er meint damit in Anlehnung insbesondere an Marx die systematische Verwendung ökonomischer Theorie zur Deutung historischer Entwicklungen und die Überführung des geschichtlichen Narrativs in begründete und begründende konjekturale Geschichte. Auf den Pfaden Schumpeters und seiner diesbezüglichen Vorgänger wandeln neuerdings zahlreiche Sozialwissenschaftler und untersuchen den Einfluss von Anreizen und Institutionen, der Aufgeschlossenheit gegenüber Innovationen, der Rechenschaftspflicht von Regierungen, der Partizipationsmöglichkeiten der Bürger am gesellschaftlichen Leben usw. für Wohlstand und sozialen Frieden. Untersucht werden zum Beispiel der Einfluss des Code Napoleon auf Wirtschaft und Gesellschaft Europas oder die Auswirkungen der britischen Kolonialregierung auf die Einigung Indiens und die Durchsetzung des Englischen als Amtssprache auf die ökonomische Entwicklung des Landes. Für die fragliche, häufig explizit oder auch nur implizit von Schumpeter inspirierte Literatur seien stellvertretend genannt: David Landes, *The Wealth and Poverty of Nations. Why Some Are So Rich and Some So Poor* (1998), Damon Acemoglu und James Robinson, *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty* (2012), sowie Joel Mokyr, *A Culture of Growth. The Origins of the Modern Economy* (2017).

⁵² Wenn Adam Smith im 1776 veröffentlichten *Wealth of Nations* sein eigenes System, das liberale „Kommerzsystem“, mit dem „Merkantilsystem“ der Privilegien und zentralen Steuerung vergleicht, so handelt es sich dabei um einen frühen Systemvergleich. Interessanterweise schlägt Smith bereits damals vor, die Frage mit Blick auf die dynamischen Eigenschaften der beiden Systeme zu entscheiden.

⁵³ Schumpeters Vorstellung, dass jedes Monopol nur von kurzer Dauer sei, wird allerdings theoretisch und empirisch bestritten. Tatsächlich gelingt es Firmen immer wieder, ihre Monopolstellung längerfristig durch vielfältige, die Konkurrenz aussperrende, sozial unproduktive Maßnahmen zu sichern. Große Konzerne sind erfolgreich damit beschäftigt, die Zutrittskosten zu Wissen und Daten zu erschweren und damit die wichtigsten Inputs für Innovationen zu monopolisieren. Microsoft belegt dies eindrucksvoll.

Schumpeters Ausführungen über die Demokratie regen einen neuen Wissenschaftszweig in der Politologie an und bereichern die *Ökonomische Theorie der Politik*, die *Public Choice Theory* sowie die *Kollektiventscheidungstheorie*. Anthony Downs veröffentlicht 1957 mit *An Economic Theory of Democracy* ein richtungsweisendes Werk über die Wettbewerbsdemokratie. Allerdings wird der weit ausgreifende politökonomische und anthropologisch fundierte Ansatz Schumpeters in sich auf ihn berufenden modelltheoretischen Beiträgen schnell merklich verengt. Der alle Eventualitäten und Optionen vorhersehende und rational kalkulierende *homo oeconomicus*, von Schumpeter als irreführende Fiktion abgetan, beherrscht die Szene. Auch hier zeigt sich, dass die modelltheoretische Fassung von Problemen häufig mit einem Verlust an Gehalt und einer Veränderung der Blickrichtung einhergeht: Das Modell erfasst im Allgemeinen nicht alles, was der Ideengeber ohne Modell zum Ausdruck brachte, und was es erfasst, verändert häufig dessen ursprüngliche Intention.

Schumpeters Analyse des politischen Prozesses stellt ohne Zweifel einen bahnbrechenden Beitrag dar. Politik begriffen als Wettbewerb um politische Führung und nicht als Versuch der Verwirklichung des (nicht existierenden) „allgemeinen Willens“ macht unmittelbar begreiflich, warum es Wahlkampfunterstützungen für politische Parteien und Lobbyismus gibt. Es erklärt, warum die Finanzindustrie alles dafür getan hat, um die Politik zur Deregulierung ihres Sektors zu veranlassen – Ökonomen wie Geoffrey Sachs sprechen davon, die „Wall Street“ habe die Politik über Parteispenden usw. gekauft. Nach dem Platzen der Blase wiederum hat sich die Finanzindustrie höchst erfolgreich für massive finanzielle Rettungspakete auf Kosten der Allgemeinheit eingesetzt. Schumpeter kommt das Verdienst zu, damit begonnen zu haben, das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik innerhalb eines neuen von ihm aufgespannten theoretischen Rahmens zu analysieren.

Thomas McCraw (2007) nennt Schumpeter in einer eindrucksvollen Gesamtschau von dessen Leben, Werk und Wirkung den „Propheten der Innovation“. Mit *TWE* und den *BC* ist Schumpeter auch einer der Pioniere der theoretischen und empirischen *Innovationsforschung*. Auf beträchtliche Aufmerksamkeit stößt seine Auffassung, Innovationen würden monopolistische Marktstrukturen hervorrufen, die dem Innovator Monopolrenten bescherten, aus denen er weitere Innovationen finanzieren könne, bekannt auch als „Schumpeter-Hypothese“. Kamien und Schwartz (1982) analysieren den Zusammenhang von Monopolisierung und technischem Fortschritt und Frederic M. Scherer (1986) überprüft die fragliche Hypothese empirisch. Zu den wichtigen Institutionen eines ökonomischen Systems zählt das Patentwesen, das in Schumpeters Werk jedoch keine große Rolle spielt. Tatsächlich geht er mehr oder weniger explizit davon aus, dass alle Informationen frei verfügbar seien, auch jene über neue

Produkte und Produktionsverfahren. Er war offenbar der Ansicht, dass die im Innovationsprozess zum Ausdruck kommende unbändige anarchische Kraft durch Patente kaum gezügelt werden kann. Aber die Frage, welche Ausgestaltung des Patentrechts der Erzeugung und Verbreitung wirtschaftlich nützlichen Wissens förderlich und welche ihnen schädlich ist, ist von großer Bedeutung für die Leistungskraft des ökonomischen Systems und hat einen umfänglichen Forschungszweig ins Leben gerufen.

Kritisiert wird Schumpeter zu Recht dafür, dass er nicht wirklich zwischen privater und gesellschaftlicher Ertragsrate von Innovationen unterscheidet. Dabei können die beiden merklich voneinander abweichen: Was dem Innovator nützt, kann zahlreichen Mitgliedern einer Gesellschaft und nicht nur seinen unmittelbaren Konkurrenten schaden. Da einige der Schäden nicht bereits *ex ante* bekannt sind oder überhaupt sein können, sondern sich erst im Verlauf der Entwicklung zeigen, ist eine rein präventive Politik ungenügend: Sie muss um eine Politik ergänzt werden, die die bereits eingetretenen Schäden mittels einer Umverteilung von Nutzen und Kosten korrigiert. Schumpeter ist auch nicht wirklich sensibilisiert bezüglich des Nutzens sozialer Innovationen, die das Spiel der Gesellschaft reibungsloser und erfolgreicher gestalten können. Diese sind komplementär zu den technologischen Innovationen, denen fast seine ganze Aufmerksamkeit gilt.

Schumpeters Innovationstheorie regt zahlreiche weitere Debatten und Untersuchungen an, so jene über seine These, der innovierende Unternehmer forme maßgeblich die Wünsche und Bedürfnisse der Konsumenten und nicht umgekehrt. Jacob Schmookler (1966) will die traditionelle Vorstellung von der Bedeutung der Präferenzen stützen, indem er mit Hilfe von Patentstatistiken nachzuweisen sucht, dass die Erfindungstätigkeit auf einen Nachfragesog reagiert. Der Wirtschaftshistoriker Nathan Rosenberg (2000) unterstützt hingegen Schumpeters Sicht der Dinge und die These von der relativen Macht der Firmen und der relativen Ohnmacht der Konsumenten. Allerdings hält er Schumpeters Konzentration auf große, disruptive Innovationen für problematisch: Der Gang der Dinge werde stark durch einen stetigen Fluss kleiner technologischer und organisatorischer Veränderungen geprägt. Auch Schumpeters These, ein großer Teil von Schlüsselinnovationen entstamme großen Firmen oder gar Monopolen, bestätigt sich nicht. Neue und zunächst kleine Firmen tragen erheblich zum Innovationsfluss bei. Schumpeters Erwartung, bedeutende Aspekte des Innovationsprozesses ließen sich routinisieren, trifft nur in einer kleinen Zahl von Fällen zu.

Die *Unternehmenstheorie* erhält von Schumpeter starke Impulse. Das Fach *Entrepreneurship* hält Einzug in der Betriebswirtschaftslehre (vgl. Casson et al. 2006). Schumpeters Einfluss ist deutlich in den Werken Alfred Chandlers (1990, 1993) über die Managementrevolution in den USA

zu spüren. Welche Eigenschaften den Entrepreneur bzw. verschiedene Unternehmertypen genau auszeichnen (Motivation, Willensstärke, Durchsetzungskraft, Fähigkeiten usw.), erweist sich dabei als nicht einfach zu benennen und ist Gegenstand multidisziplinärer Untersuchungen u. a. von Uwe Cantner. David Audretsch (2007) setzt an die Stelle von Adam Smiths Begriff der „kommerziellen Gesellschaft“ den der „unternehmerischen Gesellschaft“ (*Entrepreneurial Society*). In ihr gehe es nicht nur um einen Wettbewerb auf bestehenden Märkten, sondern mehr noch um einen solchen um neue Märkte. Mariana Mazzucato (2015) macht demgegenüber zu Recht darauf aufmerksam, dass zahlreiche bahnbrechende Innovationen von der öffentlichen Hand initiiert und finanziert worden sind, und spricht vom „unternehmerischen Staat“ (*Entrepreneurial State*). Die Ergebnisse insbesondere der nachrichten- und militärtechnischen Forschung in den USA sind anschließend privaten Firmen zur zivilen Verwendung überlassen worden. Insbesondere die „Big Five“ seien Geschöpfe hybrider, öffentlich-privater Aktivitäten. Die geläufige Darstellung des öffentlichen Sektors als unproduktiv und des privaten als produktiv, der auch Schumpeter zuneigte, verkenne völlig die wahre Situation. Mazzucato moniert zu Recht, dass die von den genannten Firmen eingestrichenen gewaltigen Profite nur in vernachlässigbar geringem Umfang über gezahlte Steuern an den Financier, die öffentliche Hand, fließen, und ortet darin ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem. Abschließend sei erwähnt, dass die Schumpeter'schen Konzepte des Entrepreneurs und der schöpferischen Zerstörung wenig überraschend auch vom neuen Fach der *Kunst- und Kulturökonomik* aufgegriffen werden.

Das Fach der *Evolutionsökonomik* verdankt seine Entstehung nicht zuletzt Schumpeter. Nelson und Winter (1982) brechen in *An Evolutionary Theory of Economic Change* mit dem konventionellen Rationalitäts- und Gleichgewichtsbegriff und adaptieren den Begriff der „natürlichen Selektion“ für die Ökonomik. Der Einfluss Schumpeters, schreiben sie, durchdringe ihr gesamtes Werk. In *Evolutionary Economics and Creative Destruction* (1998) begreift Stanley Metcalfe den Prozess der schöpferischen Zerstörung als dezentralisiertes Verfahren der Schaffung und Vernichtung von Vielfalt mittels Innovationen. Er nimmt dabei Anleihen bei der biologischen Evolutionstheorie. Wirtschaftliche Konkurrenz zeigt sich in einer Art Populationsdynamik und dreht sich um das Entstehen, den Aufstieg und Fall von Firmen.

In Walt Rostows Buch *Theorists of Economic Growth from David Hume to the Present* (1990) findet Schumpeter unter allen behandelten Autoren die bei weitem häufigste Erwähnung und große Anerkennung ob seiner Leistungen. Auch die konventionelle neoklassische Theorie konnte sich nicht dauerhaft der Bedeutung Schumpeter'scher Ideen verschließen. In der nach ihm benannten Wachstumstheorie versucht sie einige seiner

Ideen aufzugreifen und in den üblichen analytischen Rahmen mit beschränkter Optimierung einzupassen. Zu nennen ist insbesondere das Buch von Philippe Aghion und Peter Howitt (2009).

Ein neo-schumpeterianisches Forschungsprogramm stellen Hanusch und Pyka (2007) vor. Das anhaltende große Interesse an Schumpeter wird u. a. dokumentiert von neuen Ausgaben einiger seiner Werke; vgl. in jüngerer Zeit Schumpeter (2016).

Zeitschriften wie das *Journal of Evolutionary Economics*, das *Journal of Institutional Economics*, das *European Journal of the History of Economic Thought*, die *History of Political Economy*, das *Journal of the History of Economic Thought*, *Economic Development and Cultural Change*, *Metroeconomica*, das *Journal of Economic History*, die *Business History Review* sowie soziologische und politologische Zeitschriften wie *Leviathan* veröffentlichen regelmäßig theoretische und empirische Arbeiten, die sich mit Schumpeters' Themen und Ideen auseinandersetzen und diese weiterentwickeln. Sein intellektuelles Erbe wird von der *International Schumpeter Association* und zahlreichen nationalen Schumpeter Gesellschaften weitergetragen und fruchtbar gemacht. An mehreren Universitäten des In- und Auslandes sind Lehr- und Forschungseinrichtungen etabliert worden, die seinen Namen tragen. Beispielshalber seien erwähnt das *Graz Schumpeter Centre* an der Universität Graz und dessen Partnerinstitution an der Universität Nanjing, China, sowie die *Schumpeter School of Business and Economics* an der Bergischen Universität Wuppertal.

Appendix: Zu den deutschen Ausgaben des Werks

Die Tatsache, dass bislang nur ein deutscher Torso von *CSD* verfügbar war, bedarf der Erklärung. Diese kann hier nur ansatzweise gegeben werden, allzu komplex, zahlreiche Ungereimtheiten aufweisend und nur bruchstückhaft belegbar sind die betreffenden Vorgänge. Aber wichtige Aspekte verdienen es, genannt zu werden, da sie Licht auf umstrittene Entscheidungen betreffend ein umstrittenes Buch in schwieriger Zeit werfen.

Edgar Salin, der Herausgeber der 1946 veröffentlichten deutschen Teilausgabe, begründet seine Entscheidung, Teil V (mit Ausnahme von Abschnitt 5 von Kapitel 27) nicht mitaufzunehmen, in seiner im Oktober 1945 verfassten Einleitung wie folgt: Dieser enthalte eine historische Skizze einiger sozialistischer Parteien, die „so sehr auf den amerikanischen Leser ausgerichtet [ist], bei dem minimale Kenntnisse der europäischen Entwicklung vorausgesetzt werden, daß es unnötig schien, diesen Teil in der deutschen Ausgabe zu bringen“ (544). Angesichts der „Schwierigkeiten“, die in den Monaten, in denen die Übersetzung erstellt wurde, „einer regel-

mäßigen postalischen Verbindung mit den USA im Wege standen“, so Salin weiter, habe „Schumpeter die Gestaltung der deutschen Ausgabe völlig dem Unterzeichneten überlassen“ (543).

Was die Überlassung zur „Gestaltung“ der deutschen Ausgabe alles beinhaltete, sagt Salin nicht. Ein Brief Schumpeters, der dies klarstellen würde, findet sich nicht im Nachlass Salins in der Universitätsbibliothek Basel. Die Lektüre des Fünften Teils jedenfalls zeigt, dass dieser keineswegs nur „minimale Kenntnisse“ der europäischen Entwicklung voraussetzt. Und im Prolog dazu betont Schumpeter, dass manche darin enthaltenen Fakten „notwendig“ seien, „um das, was in den bisherigen Teilen des Buches gesagt wurde, zu vervollständigen und ins rechte Licht zu rücken“ (403).⁵⁴ Wer dem Schlussteil seines Werks eine derartige Bedeutung beimisst, der hätte wohl die Veröffentlichung einer ungekürzten Fassung bevorzugt.⁵⁵

Die deutsche Teilausgabe nennt als Erscheinungsjahr 1946, kommt aber bereits gegen Ende 1945 heraus. Mit Brief vom 20. März 1947 lässt Schumpeter Salin wissen, dass er bislang noch kein Exemplar der deutschen Übersetzung „erhalten oder zu Gesicht bekommen“ habe. Er verbirgt seine Verärgerung hinter dem Hinweis, dass „ein türkischer Student, der eines via Istanbul erhielt, mir versprochen hat es mir zu zeigen“, und fügt hinzu, dass er bislang „überhaupt nichts von der ganzen Angelegenheit gehört“ habe.⁵⁶ Mit Brief vom 19. April des Jahres bestätigt er dann den Eingang des Werks, das ihm vom Verleger von CSD, Harper Brothers, geschickt worden ist. Das Werk sehe „vortrefflich“ aus. Schumpeter setzt hinzu: „ich beeile mich die Gelegenheit zu benützen Ihnen nochmals für Ihre freundschaftlichen Bemühungen und Ihre Einleitung zu danken.“ Wieder huldigt er dem Prinzip *noblesse oblige*, denn in Salins Einleitung muss

⁵⁴ Der Umstand, dass Schumpeter den Fünften Teil eine bloße „Skizze“, basierend auf „sehr fragmentarischer Forschung“ und „bedauerlich unvollständig“ nennt (539), ändert nichts am Gesagten. Aber, so Bertram Schefold in einem Kommentar an mich, Salin war offenbar der Auffassung, KSD ohne den fraglichen Teil sei ein besseres Buch.

⁵⁵ Nur widerwillig habe Schumpeter dem Drängen Salins auf Weglassung von Teil V nachgegeben. So die Witwe Schumpeters in ihrem Brief vom 28. August 1951 an den Verleger von KSD. Die jetzt und im Folgenden zitierten bzw. erwähnten Briefe sind an der Universitätsbibliothek der Universität Basel archiviert. Ich danke der UB Basel für die Unterstützung bei meinen Recherchen.

⁵⁶ Schumpeter fügt interessanterweise hinzu: „Ich hatte gewünscht, meinen erneuten Dank für Ihre freundschaftlichen Bemühungen aufgrund einer Lektüre der Übersetzung noch weiter substantiieren zu können. Doch das ist ja sichtlich nicht nötig“ (Schumpeters Unterstreichung) – noch wäre es möglich. Er fährt fort: „dass die Übersetzung bei Ihnen in den bestmöglichen Händen war, stand ja a priori fest.“ Nachdem ihm weder die Übersetzung gezeigt noch ein Exemplar seines Buches geschickt worden ist, bleibt ihm nur noch ein Wunsch: „Ich will nun keineswegs um eine weitere Sendung von Autorenexemplaren bitten – aber ich würde mich freuen, wenn Sie, auf meine Kosten, die Übersendung eines Exemplars an mich veranlassen würden.“ *Noblesse oblige!*

er lesen, dass er, Schumpeter, ein „Sozialist“ (542) sei, ein „überzeugter“ (543). Schumpeter, seine Frau sowie enge Freunde, darunter Wolfgang Stolper und Gottfried Haberler, sind empört. Wie nur konnte ihn Salin so bezeichnen?⁵⁷ Ganz offenbar war es ein schwerer Fehler, den Fünften Teil zu unterdrücken, nicht zuletzt weil sich Schumpeter darin unmissverständlich vom despotischen Regime in der Sowjetunion distanziert und neuerlich betont, dass die analytische Ermittlung eines historischen Trends nicht bedeutet, ihn auch willkommen zu heißen. Wer mit Hagel rechnet, muss diesen nicht auch herbeisehen.⁵⁸

Die Veröffentlichung von *KSD* löst in deutschsprachigen Ländern gewisse Irritationen aus und gibt Anlass zu Spekulationen, was denn der wahre Grund für die Unvollständigkeit der Ausgabe sei, ob Schumpeter etwas verbergen wolle usw. All dies kommt Schumpeter höchst un gelegen. Er und seine Frau, unterstützt von ihrem näheren Umfeld, bemühen sich, möglichst schnell die Übersetzung des Fünften Teils herauszubringen, gegebenenfalls als separate Schrift oder als Essay in einer Fachzeitschrift. Gegenüber Salin drängt Schumpeters Frau darauf, dass eine zweite deutsche Auflage, sollte es zu ihr kommen, den vollständigen Text zu enthalten habe. Dazu kommt es aber nicht. In der zweiten Auflage von *KSD* aus dem Jahr 1950 stellt Salin einem Auszug aus Schumpeters Vorwort zur zweiten amerikanischen Auflage einen „Vorbericht“ voran. Dieser datiert vom 20. Mai 1950, also nach Schumpeters Tod am 8. Januar 1950. Salin geht darin vor allem auf das aktualisierte, in Teil V enthaltene Schlusskapitel 28, das sich mit den „Folgen des Zweiten Weltkriegs“ befasst, ein. Er bekundet, dass sich Schumpeter „ablehnend gegen eine Übertragung dieses Kapitels verhielt und bis zur endgültigen Fassung der dritten englischen Ausgabe zu warten bat“.⁵⁹ Dem besagten Wunsch „so bald nach

⁵⁷ Salin war nicht der Einzige, der dies getan hat, was vielleicht bis zu einem gewissen Grad verständlich ist, weil keine allgemein akzeptierte Definition von „Sozialist“ existierte. Nach eigenem Bekunden jedenfalls war Schumpeter ein Liberal-Konservativer und Bewunderer der ökonomischen Leistungen des Kapitalismus. (Hinsichtlich der Kultur des Kapitalismus war sein Urteil kritisch, gelegentlich sogar verachtend.) In *KSD* kommt dies an zahlreichen Stellen unmissverständlich zum Ausdruck, so zum Beispiel wenn er schreibt, „man sollte dem kapitalistischen Prozeß erlauben, weiter zu arbeiten und ... die Armut von den Schultern der Menschheit zu heben“, statt „sein Vertrauen auf eine unerprobte, von unerprobten Männern befürwortete Alternative zu setzen“ (169). Swedberg (1994: xviii) nennt Schumpeter einen „eingefleischten Feind des Sozialismus“.

⁵⁸ Die Enttäuschung über Salins editorische Tätigkeit hat offenbar u. a. zur Folge, dass Schumpeter und seine Frau die Edition der *Aufsätze zur ökonomischen Theorie* (Schumpeter 1952) und die *Aufsätze zur Soziologie* (Schumpeter 1953) nicht in dessen Hände, sondern in diejenigen Arthur Spiethoffs und Erich Schneiders legen.

⁵⁹ In seinem Brief vom 19. April 1947 sagt Schumpeter lediglich, dass er eine Übersetzung „zunächst“ nicht für nötig halte. Weitergehende Äußerungen sind mir nicht bekannt.

dem Tode nicht zu entsprechen, schien uns nicht angängig“, schreibt Salin, und lässt in der zweiten Auflage nicht nur das Kapitel, sondern wie bisher den gesamten Fünften Teil weg. Er fügt hinzu: „Sollte es zu einer dritten deutschen Ausgabe kommen, so wird neu zu entscheiden sein, ob die Patina der Zeit vielleicht doch den aktuellen Ausführungen so viel bleibendes Gewicht verliehen hat, daß sie auch vor Schumpeters eigenem Urteil bestehen könnten und eine deutsche Übertragung verantwortet werden darf“ (546).

Diese Begründung verstört sowohl sprachlich als auch inhaltlich. Da Schumpeter die revidierte Fassung des Kapitels in der zweiten Auflage von *CSD* veröffentlicht hat, wird sie wohl vor dessen „eigenem Urteil“ Bestand gehabt haben. Wieso aber „darf“ dann eine deutsche Übertragung nicht „verantwortet“ werden? Wieso müssen die nur des Deutschen mächtigen Leser vor ihr bewahrt werden? Und welche Rolle kann der „Patina der Zeit“ dafür zukommen, ob eine einmal verfasste Zeitdiagnose überhaupt jemals der Öffentlichkeit zu Gesicht gebracht werden darf?⁶⁰

Ganz offenbar war Salin mit dem Inhalt von Teil V nicht einverstanden und hat seine Aufnahme in die deutsche Ausgabe verhindert. Salins negatives diesbezügliches Urteil hätte Schumpeter kennen können, wäre ihm nur dessen 1944 unter dem Titel „Nochmals: ein dritter Weg?“ veröffentlichter Besprechungsaufsatz, der sich vor allem mit *CSD* befasst, in der *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft* zu Gesicht gekommen.⁶¹ Darin greift Salin, ein Anhänger der Anschaulichen Theorie, den „Sozialisten“ Schumpeter frontal an. Dessen Buch sei „nicht stets überzeugend“ (1944: 124), insbesondere neige Schumpeter dazu, „theoretisch wichtige Erkenntnisse“ durch Überspitzung „in ihrer Bedeutung zu [überschätzen]“. Salin setzt hinzu: „Hier wie stets [sic] ist das Anschauungsmaterial, das er beibringt, oft willkürlich ausgewählt und noch willkürlicher gedeutet. Hier wie stets [sic] zeigt sich, dass er bei aller Kenntnis ge-

⁶⁰ Schumpeters Witwe ist ob des gesamten Falls sehr aufgebracht, wie ihre Korrespondenz insbesondere mit Salin belegt. Vgl. hierzu auch Hedtkes Einführung in das Schumpeter-Archiv: <https://www.schumpeter.info/doks/einfuehrung.html>.

⁶¹ Mit Brief vom 7. November 1944 ersucht Salin den Verleger ausdrücklich, ein Exemplar des Hefts mit seiner Besprechung an den früheren Reichskanzler Heinrich (jetzt „Henry“) Brüning zu schicken, der seit 1937 als Lehrbeauftragter und seit 1939 als Professor für Verwaltungswissenschaft an der Harvard-Universität tätig ist. Bezüglich des Autors von *CSD* stellt er es bemerkenswerterweise ins Ermessen des Verlegers, wenn er schreibt: „Vielleicht wäre es richtig, dass Sie auch Schumpeter ein Expl. zugehen lassen.“ Schumpeter hat dieses Exemplar anscheinend nie erhalten. Er lässt Salin am 24. September 1945 aus Taconic wissen: „Nein, ich habe Ihre Recension nicht erhalten und werde, sowie ich nach Cambridge zurückkehre nicht verfehlen sie in der Bibliothek nachzuschlagen.“ Ob er es getan hat, wissen wir nicht. Jedenfalls enthält sein weiterer Briefwechsel mit Salin keinen Hinweis darauf. (Eine Nachfrage meinerseits bei der Bibliothek hat dies nicht zu klären vermocht.)

schichtlicher Fakten keinen wirklich geschichtlichen Blick und keinen geschichtlichen Griff besitzt“, vielmehr nur ein „absonderliches Verhältnis zu geschichtlichen Fakten“ (ibid.). Ihm fehle der Sinn für die „Einmaligkeit der Geschichte“ (ibid.: 125), seine Urteile würden durch „vorgefasste Meinungen oder jahrhundertealte Ansichten oder ungenügende Sachkenntnisse“ getrübt (ibid.). Es dominiere „Schumpeters Determinismus“ (ibid.: 131), der auf obsoleten „ökonomisch-soziologischen Thesen des 19. Jahrhunderts“ basiere, und er übersehe die auf dem europäischen Festland bevorstehenden „gefährlicheren Entscheidungen“ und „bedrohlicheren Kräfte“. Salin sieht angesichts der durch den Krieg verursachten Verwüstungen einen „radikalen Nihilismus“ heraufkommen (ibid.). Im Vergleich dazu, spekuliert er kühn, würde sich „dermaleinst der heut[e] gefürchtete Sozialismus als zahmer Literatentraum eines anciens régime“ ausnehmen (ibid.). Schumpeter kann zwar zu Recht vorgeworfen werden, die vom Nationalsozialismus ausgehende Bedrohung der menschlichen Zivilisation stark unterschätzt und sogar heruntergespielt zu haben.⁶² Aber welches Verhältnis zu geschichtlichen Fakten hat Salins Rede vom „Literatentraum“? Und obgleich sich Schumpeter von den Führungsqualitäten Lenins und Stalins beeindruckt zeigt, billigt er keineswegs die Ziele, die sie anstreben, und die Politik, die sie betreiben.

Angesichts seines frontalen Angriffs auf Schumpeters Geschichtsverständnis und dessen gesamtes Projekt fragt man sich, warum sich Salin überhaupt als Herausgeber von *KSD* angedient hat. Sollte Schumpeter dessen Aufsatz frühzeitig zu Gesicht bekommen haben, ist es dann vorstellbar, dass er Salin als Herausgeber akzeptiert hat?

⁶² Laut eines Artikels im *Daily Boston Globe* vom 27. Mai 1933 äußerte sich Schumpeter kurz vor seiner Abreise nach Europa dahingehend, Deutschland unter Hitler schaue „viel schlimmer aus als es wirklich ist“, gefolgt von der höchst naiven und sich als grundfalsch erweisenden Spekulation, „die Naziregierung [werde sich] bald auf eine rationalere, konservative Gangart“ einlassen. Hitler könne überdies seine Politik auf eine „gesündere finanzielle Basis“ stellen, als es unter parlamentarischen Bedingungen möglich sei. Es hat den Anschein, dass er den Nationalsozialismus, der Marx und die Sozialisten verteufelt, nicht wirklich für eine Spielart des Sozialismus erachtet, aber sein diesbezügliches Urteil schwankt. In einer Besprechung von *CSD* drängt Joan Robinson (1943), wie in Abschnitt 10 gesehen, auf eine klarere Einschätzung der UdSSR und überhaupt auf eine solche des Faschismus bzw. Nationalsozialismus. In der zweiten Auflage reagiert Schumpeter lediglich mit weiteren Klarstellungen bezüglich der UdSSR. Nach dem Fall des „Dritten Reichs“ sind solche bezüglich des Nationalsozialismus offenbar nicht mehr nötig.

Literatur

- Acemoglu, D., und Robinson, J. (2012). *Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty*. New York: Crown Publishing.
- Aghion, Ph., und Howitt, P. (2009). *The Economics of Growth*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Audretsch, D. (2007). *The Entrepreneurial Society*. Oxford: Oxford University Press.
- Autor, D., Dorn, D., Katz, L. F. Patterson, C. und Van Reenen, J. (2017). The fall of the labor share and the rise of superstar firms. *NBER Working Paper No. 23396*, Cambridge, MA.
- Bäckhaus, J., Chaloupek, G. und Frambach, H. (Hrsg.) (2019). *The First Socialization Debate (1918) and Early Efforts Towards Socialization*. Springer, Cham: Springer Nature.
- Benda, J. (1927). *La trahison des clercs*. Paris: Les Cahiers Verts, Grasset. Deutsche Übersetzung als *Der Verrat der Intellektuellen*, zuletzt Mainz: Verlag André Thiele.
- Böhm, S. (2009). Joseph A. Schumpeter (1883–1950). In: H. D. Kurz (Hrsg.), *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Bd. 2, München: C. H. Beck, S. 137–160.
- Böhm-Bawerk, E. v. (1913). Eine „dynamische“ Theorie des Kapitalzinses. *Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung*, 22: 599–639.
- Casson, M. et al. (Hrsg.) (2006). *The Oxford Handbook of Entrepreneurship*. Oxford: Oxford University Press.
- Chandler, A. D. (1990). *Scale and Scope*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Chandler, A. D. (1993). *The Visible Hand: The Managerial Revolution in American Business*. Cambridge, MA, und London: Belknap Press of Harvard University Press.
- Diamond, L., und Plattner, M. (1993). *Capitalism, Socialism and Democracy Revisited*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Dobretsberger, J. (1948). Besprechung von *Capitalism, Socialism and Democracy*. In: *Zeitschrift für Nationalökonomie*, 12(1): 134 f.
- Downs, A. (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row.
- Drucker, P. (1939). *The End of Economic Man. The Origins of Totalitarianism*. New York: John Day Co.
- Faccarello, G., und Kurz, H. D. (Hrsg.) (2019). Marx at 200. Spezialheft des *European Journal of the History of Economic Thought*, 25(5).
- Feldman, G. A. ([1928] 1964). On the theory of growth rates of national economy. Übersetzt aus dem Russischen in N. Spulber (Hrsg.), *Foundations of Soviet Strategy for Economic Growth*. Bloomington: Indiana University Press.
- Fisher, I. (1944). Brief an die *New York Times* vom 4. Dezember 1944 mit einer Besprechung von Schumpeters *Capitalism, Socialism and Democracy*.
- Fukuyama, F. (1992). *The End of History and the Last Man*. New York: Free Press. Deutsche Übersetzung als *Das Ende der Geschichte*. München: Kindler.
- Giersch, H. (1984). The age of Schumpeter. *American Economic Review. Papers and Proceedings*, 74(2): 103–109.
- Gurian, W. (1943). The politics and social world of our time. In: *The Review of Politics*, 5(1): 120–126.
- Haberler, G. (1981). Schumpeter's *Capitalism, Socialism and Democracy after forty years*. In A. Heertje (Hrsg.), *Schumpeter's Vision: Capitalism, Socialism and Democracy after Forty Years*. New York: Praeger.
- Hansen, A. (1939). Economic progress and declining population growth. *American Economic Review*, 29(1): 1–15.
- Hanusch, H. (Hrsg.) (1999). *The Legacy of Joseph A. Schumpeter*. Cheltenham und Northampton: Edward Elgar.
- Hanusch, H., und Pyka, A. (Hrsg.) (2007). *The Elgar Companion to Neo-Schumpeterian Economics*. Cheltenham: Edward Elgar.

- Hayek, F. A. (1944). *The Road to Serfdom*. London: Routledge. Deutsche Übersetzung als *Der Weg zur Knechtschaft*, Erlenbach-Zürich 1945: Eugen Rentsch.
- Hedtke, U. (2019). Schumpeter Archiv, ständig aktualisiert. Siehe insbesondere: Im Umfeld von *Capitalism, Socialism & Democracy*. Schumpeters Wirken 1927–1942 im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik. <https://www.schumpeter.info>.
- Heertje, A. (Hrsg.) (1981). *Schumpeter's Vision: Capitalism, Socialism and Democracy after 40 Years*. New York: Praeger.
- Hilferding, R. (1910). *Das Finanzkapital*. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.
- Hodgson, G. M. (2019). *Is Socialism Feasible? Towards an Alternative Future*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Jöhr, W. A. (1945–1946). Sozialismus? Kritische Bemerkungen zu den Büchern von Schumpeter und Hayek. *Schweizer Monatshefte. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur*, 25(6): 354–372.
- Kamien, M., und Schwartz, N. (1982). *Market Structure and Innovation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kelsen, H. (1920). *Vom Wesen und Wert der Demokratie*. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Keynes, J. M. ([1919] 1972). *The Economic Consequences of the Peace*. Wiederabdruck in *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Hrsg. von D. Moggridge, Bd. II. London und Basingstoke: Macmillan.
- Keynes, J. M. (1936). *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London: Macmillan. Band VII der *Collected Writings of John Maynard Keynes*.
- Kurz, H. D. (2012a). Schumpeter's new combinations. Revisiting his *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* on the occasion of its centenary. *Journal of Evolutionary Economics*, 22(5): 871–899.
- Kurz, H. D. (2012b). Schumpeter and Marx: a comment on a debate. *Industrial and Corporate Change* 22(2): 577–584.
- Kurz, H. D. (2016a). *Economic Thought: A Brief History*. New York: Columbia University Press.
- Kurz, H. D. (2016b). Zur Aktualität Joseph A. Schumpeters. Innovationen, schöpferische Zerstörung und die Rastlosigkeit des Kapitalismus. In Schumpeter (2016), S. 405–429.
- Kurz, H. D. (2018a). No invitation to 'Alles Walzer!': Schumpeter on *The General Theory*. In S. Dow, J. Jespersen und G. Tilly (Hrsg.), *The General Theory and Keynes for the 21st Century*. Cheltenham: Edward Elgar, S. 183–198.
- Kurz, H. D. (2018b). Der Home oeconomicus – eine bedrohte Spezies? *Die Volkswirtschaft*, 10/2018: 8–11.
- Kurz, H. D. (2018c). *Das Gespenst säkularer Stagnation. Ein theoriegeschichtlicher Rückblick*. Marburg: Metropolis.
- Kurz, H. D. (2018d). Making his own sense of Marx. Schumpeter's adoption-cum-adaptation of Marxian ideas. *Marx-Engels Jahrbuch 2017/18*. Berlin: De Gruyter, S. 80–102.
- Kurz, H. D. (2018e). Hin zu Marx und über ihn hinaus. Zum 200. Geburtstag eines deutschen politischen Ökonomen von historischem Rang. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 19(3): 245–265.
- Kurz, H. D. (2019). Schumpeter im sozialwissenschaftlichen Pantheon. *Leviathan* 47(3): 375–397.
- Kurz, H. D. (2020). Über die scheinbare Paradoxie von Weltablehnung und Erwerbsvirtuosität. Zum 100. Todestag von Max Weber. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 21(4): 326–352.
- Kurz, H. D., Schütz, M., Strohmaier, R. und Zilian, S. (2018). Riding a new wave of innovations. A long-term view at the current process of creative destruction. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 44(4): 545–583.

- Kurz, H.D., und Sturn, R. (2012). *Schumpeter für jedermann. Von der Rastlosigkeit des Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch.
- Landes, D. S. (1998). *The Wealth and Poverty of Nations. Why Some Are So Rich and Some So Poor*. New York und London: W. W. Norton & Company.
- Machlup, F. (1943). Capitalism and its future appraised by two liberal economists. *American Economic Review*, 33(2): 301–320.
- Matis, H., und Stiefel, D. (Hg.) (1993). *Ist der Kapitalismus noch zu retten? 50 Jahre Joseph A. Schumpeter: „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“*. Wien: Ueberreuter.
- Mazzucato, M. (2015). *The Entrepreneurial State. Debunking Public vs. Private Sector Myths*. London und New York: Anthem Press.
- McCraw, T. (2007). *Prophet of Innovation: Joseph Schumpeter and Creative Destruction*. Cambridge, MA, und London: Belknap Press of Harvard University Press.
- MEGA². Marx, K., und Engels, F. (1976–2012). *Marx Engels Gesamtausgabe*. Hrsg. von der Internationalen Marx-Engels Foundation (IMES), *Zweite Abteilung: „Das Kapital“ und Vorarbeiten*, MEGA², 15 Bde. in 23 separaten Teilen. Berlin: De Gruyter.
- Metcalfe, S. (1998). *Evolutionary Economics and Creative Destruction. The Graz Schumpeter Lectures*. London: Routledge.
- Mokyr, J. (2017). *A Culture of Growth: The Origins of the Modern Economy. The Graz Schumpeter Lectures*. Princeton und Oxford: Princeton University Press.
- Musgrave, R. A. (1992). Schumpeter's crisis of the tax state: an essay in fiscal sociology. *Journal of Evolutionary Economics*, 2(2): 89–113.
- Nelson, R., und Winter, S. (1982). *An Evolutionary Theory of Economic Change*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- North, D. C. (1990). *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge: Cambridge University Press.
- North, D. C. (2005). *Understanding the Process of Economic Change*. Princeton: Princeton University Press.
- Nuti, D. M. (1970). Capitalism, socialism and steady growth. *Economic Journal*, 80(317): 32–57.
- Robinson, J. V. (1943). *Capitalism, Socialism and Democracy* by Joseph A. Schumpeter. *Economic Journal*, 53(212): 381–383.
- Rosenberg, N. (2000). *Schumpeter and the Endogeneity of Technology: Some American Perspectives. The Graz Schumpeter Lectures*. London und New York: Routledge.
- Rostow, W. W. (1990). *Theorists of Economic Growth from David Hume to the Present*. New York und Oxford: Oxford University Press.
- Salin, E. (1944). Nochmals: ein dritter Weg? (Bemerkungen zu Joseph A. Schumpeters *Capitalism, Socialism and Democracy*). *Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft*, 80: 114–132.
- Scherer, F. M. (1986). *Innovation and Growth: Schumpeterian Perspectives*. Cambridge, MA: MIT Press.
- Schlesinger, A. (1947). Besprechung von *Capitalism, Socialism and Democracy*. In: *The Nation*, 26. April 1947: 489–491.
- Schmookler, J. (1966). *Invention and Economic Growth*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Schumpeter, J. A. (1908). *Über das Wesen und den Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie*. Berlin: Duncker und Humblot.
- Schumpeter, J. A. (1912). *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. Berlin: Duncker & Humblot. Zweite, stark geänderte und gekürzte Auflage 1926.
- Schumpeter, J. A. (1914). Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte. In M. Weber et al. (Hrsg.), *Grundriss der Sozialökonomik*, I. Abteilung. Tübingen: J. C. B. Mohr, S. 19–124.

- Schumpeter, J. A. (1918). *Die Krise des Steuerstaates*. Graz und Leipzig: Leuschner & Lubensky. Wiederabdruck in Schumpeter (1952), S. 1–71.
- Schumpeter, J. A. (1919). *Zur Soziologie der Imperialismen*. Tübingen: J. C. B. Mohr. Wiederabdruck in Schumpeter (1953) und Schumpeter (2016).
- Schumpeter, J. A. (1934). *The Theory of Economic Development*. Cambridge, MA: Harvard University Press. Übersetzung der zweiten deutschen Auflage von Schumpeter (1912), 1926.
- Schumpeter, J. A. (1936). J. M. Keynes: *General Theory of Employment, Interest and Money*, Besprechungsaufsatz. *Journal of the American Statistical Association* 31(196): 791–795.
- Schumpeter, J. A. (1939). *Business Cycles. A Theoretical, Historical and Statistical Analysis of the Capitalist Process*, zwei Bände. New York: McGraw-Hill.
- Schumpeter, J. A. (1942). *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York: Harper & Brothers. Zweite Auflage 1947, dritte Auflage 1950.
- Schumpeter, J. A. (1946). *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Hrsg. von Edgar Salin. Bern: Francke. Zweite Auflage 1950.
- Schumpeter, J. A. (1952). *Aufsätze zur ökonomischen Theorie*. Hrsg. von Erich Schneider und Arthur Spiethoff. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Schumpeter, J. A. (1953). *Aufsätze zur Soziologie*. Hrsg. von Erich Schneider und Arthur Spiethoff. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Schumpeter, J. A. (1954a). *History of Economic Analysis*. London: George Allen and Unwin.
- Schumpeter, J. A. (1954b). *Dogmengeschichtliche und biographische Aufsätze*. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Schumpeter, J. A. (2008). *Capitalism, Socialism and Democracy*. Mit einer Einleitung von Thomas K. McGraw. New York: First Harper Perennial Modern Thought Edition.
- Schumpeter, J. A. (2010). *Capitalism, Socialism and Democracy*. Mit einer Einleitung von Joseph E. Stiglitz. London: Routledge.
- Schumpeter, J. A. (2016). *Joseph A. Schumpeter. Schriften zur Ökonomie und Soziologie*. Hrsg. von Lisa Herzog und Axel Honneth. Mit einem Nachwort von Heinz D. Kurz. Berlin: Suhrkamp.
- Schumpeter, J. A. (1946/2020) *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Zehnte Auflage 2020 (utb 172). Mit einer Einführung von Heinz D. Kurz. Übersetzung der ersten vier Teile (1942) durch Susanne Preiswerk. Übersetzung des fünften Teils durch Theresia Hager, Philipp Kohlgruber und Patrick Mellacher. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag.
- Smith, A. ([1759] 1976a). *The Theory of Moral Sentiments*. In D. D. Raphael und A. Macfie (Hrsg.), *The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith*. Oxford: Oxford University Press.
- Smith, A. ([1776] 1976b). *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. In R. H. Campbell und A. S. Skinner (Hrsg.), *The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith*, zwei Bände. Oxford: Oxford University Press.
- Stiglitz, J. E. (1994). *Whither Socialism?* Cambridge, MA: The MIT Press.
- Swedberg, R. (Hrsg.) (1991a). *Schumpeter J. A. The Economics and Sociology of Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Swedberg, R. (1991b). *Schumpeter. A Biography*. Princeton: Princeton University Press. Deutsch als: Joseph A. Schumpeter. Eine Biographie. Stuttgart 1994: Klett-Cotta.
- Swedberg, R. (1994). Introduction. In J. A. Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*. London und New York: Routledge. Paperback Edition, S. ix–xix.
- Sweezy, P. M. (1942). *The Theory of Capitalist Development. Principles of Marxian Political Economy*. New York: Monthly Review Press. Zahlreiche weitere Auflagen.

- Walras, L. ([1874] 1954). *Elements of Pure Economics*. 2. Aufl. 1977. Fairfield, New Jersey: Augustus M. Kelley. Übersetzung der 1874 erschienenen französischen Ausgabe durch W. Jaffé.
- Weber, M. ([1904/1905] 2006). *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, vollständige Ausgabe, herausgegeben und eingeleitet von Dirk Kaesler, 2. Aufl., München, C.H. Beck.
- Wieser, F. von (1910). *Recht und Macht*. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Wieser, F. von (1926). *Das Gesetz der Macht*. Wien: Julius Springer.
- Wittfogel, K. A. (1957). *Oriental Despotism. A Comparative Study of Total Power*. New Haven: Yale University Press. Deutsche Übersetzung als *Die orientalische Despotie. Eine vergleichende Untersuchung totaler Macht*. Frankfurt: Ullstein.

Zusammenfassung

Die gerade erschienene 10. Auflage von Joseph Alois Schumpeters *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (2020) – im Folgenden kurz *KSD* – enthält erstmals auch den Fünften Teil der 1942 erschienenen amerikanischen Originalausgabe *Capitalism, Socialism and Democracy* – im Folgenden *CSD* – in letzter, von Schumpeter herausgebrachter Fassung. Insofern könnte mit gutem Recht auch von der ersten Auflage der vollständigen deutschen Ausgabe gesprochen werden. Dieser Essay führt in das Werk Schumpeters und dessen Wirkungsgeschichte ein. Er wirft einen Blick auf die Rezeptions- und Wirkungsgeschichte von *KSD*. Ein Werk, dessen Themen heute von vielleicht noch größerer Aktualität sind als zur Zeit des Erscheinens des Werks.

Abstract

Joseph Schumpeters legendary “Capitalism, Socialism and Democracy (CSD)” just saw its 10th German edition, which for good reason should be called its first complete German edition. For it is the first German edition which also includes the fifth part of CSD on the history of socialist parties. This introduction to the new edition by the editor gives an overview of the works of Schumpeter, shows their lasting influence on political and economic debates, and highlights the new directions in economic theory and analysis which were sparked by Schumpeter. It also points to the lessons that can still be learned from Schumpeters insights as well as mistakes. In the Appendix to this Introduction the Author shows the influence, often neglected actors like Schumpeters first translator Salin can have on the reception of important economic works and their authors.

Key words: Joseph A. Schumpeter, Capitalism, Socialism and Democracy, Capitalist development, Socialist Parties, History of economic Thought.

Schlüsselbegriffe: Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus Sozialismus und Demokratie, kapitalistische Entwicklung, sozialistische Parteien, Theoriegeschichte.

JEL Codes: B31, B25, O31, O33, O40, P00, P10.



EINKOMMEN - VERMÖGEN - UNGLEICHHEIT FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN!

Drei Broschüren zeigen alle Fakten zur Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie Hintergründe von Thomas Piketty.
Mit anschaulichen Grafiken und kompakten Texten sind viele Zahlen, Daten und Fakten aufbereitet.

DOWNLOAD:

www.jbi.or.at

BESTELLUNG:

office@jbi.or.at

REZENSIONSARTIKEL

Widersprüche des Kopfes und Widersprüche der Gesellschaft*

Rainer Lucas, Reinhard Pfriem und Hans-Dieter Westhoff (Hrsg.):
Arbeiten am Widerspruch – Friedrich Engels zum 200. Geburtstag.
Marburg: Metropolis 2020, 596 S., 48,00 €, ISBN 978-3-7316-1400-5

1. Vom „jungen“ zum „reifen“ Engels

Auch 125 Jahre nach seinem Tod erscheint vielen Menschen Friedrich Engels, geboren und aufgewachsen im heutigen Wuppertaler Stadtteil Barmen, als eine Art jüngerer und kleinerer Bruder von Karl Marx, eine Einschätzung, die Engels wohl selber noch dadurch gefördert hat, dass er sich in ihrem engen und fast lebenslangen Zusammenwirken nur „die zweite Violine“ spielen sah. Eine der Absichten dieses Jubiläumsbandes ist es zweifellos, dieses Bild ein wenig zurechtzurücken. Eindrucksvoll geschieht das gleich zu Beginn von Teil 1 *Leben, Suchen, Emanzipieren* in dem Beitrag „Strategisches Suchen in der Gesellschaftskrise“ von Michael Brie (Berlin), der kenntnisreich und detailliert den intellektuellen und sozialen Reifungsprozess von Engels in Manchester nachzeichnet, also noch bevor die enge Kooperation mit Marx begann. Der „Preis“ für Engels' „Marxist-Werden“: „Er konzentrierte sich ganz darauf, dem Weg zu folgen, den er gemeinsam mit Marx gefunden hatte“ (S. 61). Der fragliche Lebensabschnitt davor ist also einer Herausarbeitung von Engels eigenständigem Beitrag besonders zugänglich.

Heinz D. Kurz (Graz) geht dieser Frage weiter nach anhand des Engels-Textes „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ (1844), der den ersten ernsthaften Kontakt des jungen, hegelianisch geschulten Philosophen Marx zum Themenfeld „Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft“ bildete. Dass Engels dabei von „Nationalökonomie“ – einem neben Dänemark und Schweden nur im deutschen Sprachraum geläufigen Begriff – spricht, obwohl er sich in erster Linie auf englische und französische Autoren, meist aus Sekundärquellen, stützt, ist auffällig, und dass er sie als „komplette Bereicherungswissenschaft“ einseitig und verzerrt darstellt, mitunter gestützt auf Fehlinterpretationen, ist kritikwürdig; doch all diese Defizite ändern nichts daran, dass Marx' Ökonomiebild im Guten wie im Bösen stark, aber keineswegs vollständig durch diesen Text seines Freundes geprägt wird. Natürlich bleibt Marx nicht bei diesen „Umrissen“ stehen, er frequentiert später den Lesesaal des British Museum und holt sich Rat in konkreten ökonomischen Fragen

* Für hilfreiche Anmerkungen danke ich Richard Bräu (Greifswald) sowie Gerhard Casper (Stanford, Ca./Berlin) und Cornelia Layher (Neckargemünd). – Eine kompakte Zusammenstellung von Basisdaten und Basiswissen zu Engels, auch in seiner Beziehung zu Marx, gibt Georg Fülberth: Friedrich Engels. Köln 2018.

bei seinem Freund. Engels lernt ebenfalls dazu, indem er seine praktische Erfahrung und die empirische Evidenz durch eine nachholende Auseinandersetzung mit ökonomischer Literatur vervollständigt und dabei durch den inzwischen schon weiter in das Fach vorgedrungenen Marx unterstützt wird.

Heinz D. Kurz kritisiert indes ganz zu Recht Engels' ersten ökonomischen Rundumschlag, bei dem dieser so tut, als ob es eine einheitliche Nationalökonomie und „den Ökonomen“ schlechthin gäbe, die es nur bloßzustellen gelte: Engels „verwischt (...) großzügig alle Gegensätze und Unterschiede zwischen Autoren und Schulen (...). Er lässt fast jedes Differenzierungsvermögen zwischen verschiedenen, zum Teil einander diametral gegenüberstehende[n] Auffassungen vermissen. Eine bessere Kenntnis des Fachs und seiner Vertreter (...) hätte seinen Furor merklich gedämpft“ (S. 72f.). Ist dieser Furor aber nur aus der moralischen Empörung des jungen Engels über „die“ Nationalökonomie angesichts der sozialen Zustände vor allem in England gespeist, die er gerade kennengelernt und 1845 in seiner „Lage der arbeitenden Klasse in England“ detailliert und aufrüttelnd dargestellt hatte, wie man ihm zugutehalten möchte? Oder steckt da auch etwas anderes dahinter?

In einem Bericht über seine Alpenüberquerung drei Jahre zuvor, publiziert in „Athenäum“, der „Zeitschrift für das gebildete Deutschland“, setzt Engels sich nicht mit sozialen, sondern sprachlichen Differenzen auseinander, wenn er *en passant* der Eigenheit des Rätoromanischen nachspürt, das die Sprachwissenschaft nicht richtig einzuordnen wisse und im Dunkeln lasse. Für ihn ist die Lösung denkbar einfach: „Will man einmal dies Idiom einiger Aufmerksamkeit würdigen, so ist der Vergleich mit den angränzenden Dialekten doch wohl das, was am Nächsten liegt. Dies aber hat man bisher unterlassen.“ Soviel er „bei flüchtiger Durchreise“ von sprachkundigen Leuten herausbekommen konnte, habe „die Wortbildung des Idiom sehr nahe Verwandtschaft mit dem des angränzenden lombardischen Dialekts, und nur mundartliche Verschiedenheiten von demselben“¹ Hier deutet sich eine ähnliche Überheblichkeit eines nur unzureichend informierten gegenüber einer sich herانبildenden Wissenschaft an wie im Fall der Nationalökonomie, und das lässt doch eher auf jugendliche Besserwisserei als auf reflektierte Auseinandersetzung mit komplizierten Sachverhalten schließen. Offen bleibt zunächst, ob dieser juvenile Charakterzug sich mit den Jahren bei Engels abgeschliffen hat oder nicht.

Der Beitrag von Michael R. Krätke (Lancaster) „Friedrich Engels und die Große Transformation des Kapitalismus“ hilft ein wenig zur Klärung dieser Frage, ob sich die jugendliche Besserwisserei von Engels im Laufe seines Lebens abgeschliffen hat, und die Antwort darauf ist ein vorsichtiges Ja. Sein mitunter schroffer Ton gegenüber Andersdenkenden muss im Kontext der damaligen Diskursführung ge-

¹ Friedrich Oswald [Pseudonym für F. E.]: Lombardische Streifzüge. I, in: Athenäum, Heft 48, Dezember 1841, S. 751–756, hier: S. 755. – Man darf freilich Engels nicht dafür verantwortlich machen, dass Benito Mussolini knapp 100 Jahre später ebenfalls die Eigenständigkeit des Rätoromanischen (und Ladinischen) gegenüber dem Italienischen in Frage gestellt hat, allerdings nicht als verhinderter Sprachwissenschaftler, sondern als politischer Propagandist überholter Großmachtambitionen.

sehen werden, und er mäßigt auch allmählich seinen Ton ein wenig, vor allem im hohen Alter. Engels korrigiert da selbst Fehleinschätzungen, die zum Teil 50 Jahre zurückliegen, und differenziert seine frühere jugendforscher Argumentationsweise, wie besonders seine Briefe belegen. Das ist einer der Gründe dafür, dass der mit ihm in den letzten Lebensjahren eng kooperierende Eduard Bernstein um 1900 in London so überrascht war, wie schlecht seine „revisionistischen“ Ideen in Berlin ankamen, wo man Engels' Flexibilität und Altersmilde in London wohl gar nicht recht mitbekommen hatte. Krätke zeigt auch, wie Engels seine ökonomietheoretischen Defizite aus dem Jahr 1845 nach und nach aufarbeitet und immer mehr auch in dieser Hinsicht zum kongenialen Partner von Marx wird, einmal ganz abgesehen von seinen großen editorischen Leistungen, die wichtige Teile des Marx'schen Werkes der Öffentlichkeit seiner Zeit überhaupt erst zugänglich gemacht haben.

Hans-Dieter Westhoff, einer der beiden Kuratoren des Engels-Festjahres 2020, präsentiert den Jubilar sodann als „modernen Mann“, aber zugleich in seinem zeitlichen und sozialen Umfeld in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nicht nur als „Wegbereiter von Sozialismus und Kommunismus, sondern auch als Teil eines Modernisierungsschubs für Säkularisierung, empirische Untersuchung von Sozial- und Wirtschaftssystemen, Anthropologie, Geschlechter- und Naturforschung“ (S. 41). Dieses positive, aber zu schlichte Bild eines „Modernisierers“ findet sich ebenso in zwei Beiträgen von Teil 2 *Weltanschauung, Religion, Materialismus* die den heranreifenden Engels einfach sukzessive der pietistischen Enge des Wuppertales entschwinden sehen, den „religiösen Wahn“ (Susanne Schunter-Kleemann) hinter sich lassend, der sich heute in Europa und den USA wieder vermehrt zu Wort und zur Macht melde. Ähnliche Assoziationen weckt Henrike Lerchs Aufsatz „Engels und die Dissidenten“, die den Beitrag der freireligiösen Bewegungen im 19. Jahrhundert zur Kritik an Institution und Macht der Kirche(n) skizziert. Hat Engels aber wirklich durch seine Wendung zur Religionskritik den Glauben seiner Kindheit und seines Elternhauses einfach wie einen unnütz gewordenen Kokon abgestreift und damit ein neues Reifestadium erreicht?

Susanne Schunter-Kleemann erwähnt zwar Philipp Jakob Spener (1635–1705), den Begründer des Pietismus in Deutschland, hat aber dessen jahrhundertlang prägendes Hauptwerk „Pia desideria“ (1676)² offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen. Dort geht es zentral um die Besserung bestehender kirchlicher und damit auch gesellschaftlicher Verhältnisse auf Erden und so gut wie gar nicht darum, „dass man am Ende der Tage – wenn der Messias wiederkommt und sein Reich aufrichtet – zu den Auserwählten gehört, die an der Seligkeit seines himmlischen Reiches teilhaben dürfen“ (S. 166). Spener dagegen plädiert ausdrücklich (als drittes von insgesamt sechs „Mitteln“) für eine Neugestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen nach dem Grundsatz der tätigen Bruder- und Nächstenliebe und kritisiert eine praxisferne Sonntagstheologie, die es schon zu seinen Zeiten gab, mit dem Hinweis, „daß es mit dem Wissen im Christenthum durchaus

² Siehe Philipp Jakob Spener: *Pia desideria oder Herzliches Verlangen nach Gottgefälliger Besserung der wahren Evangelischen Kirchen* (Orig. 1676). Niesky bei Görlitz 1846, hier S. 68.

nicht genug sei, sondern daß es vielmehr in der Ausübung bestehe“. Er lehrt gegen eine nach außen inszenierte „Frömmerei“ einen seiner Meinung nach praxistauglichen Pietismus, dessen Keimzellen die *collegia pietatis*, religiöse Zusammenkünfte in Privathäusern, sein sollten. Man mag Speners (1676/1846, S. 48) normative Vorstellungen von Kirche als einem weitestgehend unkrautfreien „Weizenacker“ (mit so wenig „Heuchlern“ wie irgend möglich) für illusionär halten, sollte sie aber nicht einfach von der Erde in den Himmel verlegen. Auch die Unterschiede zwischen dem Pietismus Speners, klar lutherischer Provenienz, und der ebenfalls im Wuppertal, speziell im Umfeld von Engels, verbreiteten calvinistischen Prädestinationslehre, die Max Weber (1904/1920)³ beachtet hat, sollte man nicht vorschnell in einem kirchenkritischen Einheitsbrei (vgl. S. 167) zusammenrühren.

Aber warum muss man in solchen Fragen überhaupt so genau sein? Nun, das Werk und das politische Engagement von Engels zeigen auch nach seiner längst vollzogenen Abwendung von der Religion plausible, aber meines Wissens bisher nicht umfassend untersuchte Spuren seiner pietistischen Erziehung. Das unterscheidet ihn von Marx, dessen christliche Taufe keine inhaltliche Glaubenszugehörigkeit bezeugte, sondern das *billet d'entrée* in die bürgerliche Gesellschaft darstellte. Hinsichtlich der künftigen sozialistischen Gesellschaft, die beide aus gutem Grund nie systematisch, sondern nur cursorisch behandeln, stimmen sie trotzdem fast gänzlich in einer prinzipiell harmonischen Grundvorstellung überein, wenn auch wohl aus unterschiedlichen Gründen: Bei dem dialektisch geschulten Philosophen Marx ist es offenkundig die Synthese des vom Kopf auf die Füße gestellten Hegel'schen Weltgeistes, die zur Ruhelage drängt. Bei Engels, der eine generell hegelianische Rhetorik des Widerspruchs als ständige Bewegung pflegt, könnten im Hinblick auf die anzustrebende Zukunft Speners Ideen von der „gottgefälligen Besserung der wahren evangelischen Kirchen“, die im deutschen Pietismus des 19. Jahrhunderts keineswegs verschwunden waren, noch eine – zumindest indirekte – Rolle gespielt haben, aber ebenso reformierte Vorstellungen vom „Reich Gottes“ oder vom „Bund Gottes mit seinem Volk“. Natürlich sind solche religiösen Spuren zunächst einmal bloße Vermutung; aber das ändert nichts daran, dass das auch in der DDR gern gepflegte Muster des problemlos vom Glauben zum Verstand herangereiften Engels zu einfach gestrickt ist.

Dieser Frage geht ebenfalls der Frankfurter Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe nach, der den „Weg des jungen Friedrich Engels zur Ökonomie“ in seinem sehr informativen und quellengestützten Beitrag „Vom Supernaturalisten zum Kommunisten“ ohne Hagiographie und Häme nachzeichnet. Er sieht, etwa im „Kommunistischen Manifest“, eine Verbindung von „Weltgeschichte als Heilsgeschehen“, basierend auf eine „Art materialistisches Geschichtsverständnis (...)“, dessen „Duktus aber stark an eine Predigt erinnerte, ja die Verkündigung einer Art säkularisierter Heilsbotschaft enthielt“. Das so errichtete Gedankengebäude entsprach, „was zumeist zu wenig betont wird, geradezu mustergültig den in der Person von Friedrich Engels auffindbaren Prägungen“ (S. 213). Dazu zählt Plumpe pietis-

³ Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus (1904), Kap. II, Tübingen 1920, hier S. 84f.

tisch-heilsgeschichtliche Vorstellungen, die später von Engels' Klassenkampf-rhetorik überlagert werden. Engels' frühe Kritik an der Bigotterie des Bürgertums im Wuppertal und anderswo beruht dagegen auf christlichen, ja selbst wieder pietistischen Wurzeln, nicht auf seiner erst später entwickelten materialistischen Geschichtsauffassung, die dann eine neue heilsgeschichtliche Orientierung mit sich brachte. Engels' Ablösungsprozess vollzog sich in Stufen, zwar rasch in einem Zeitraum von vier Jahren, verlief aber keineswegs harmonisch und widerspruchsfrei, Plumpe stößt immer wieder auf ähnliche und dem Pietismus eng verwandte Argumentations- und Verhaltensmuster, oft in Hegel'scher Redeweise. Und nicht zuletzt: Engels selbst sieht in seiner Spätschrift „Zur Geschichte des Urchristentums“ (1894, MEW 22, S. 446–473) Bezüge und Parallelen zwischen den Anfängen der Religion seiner Kindheit und Jugend und der frühen Arbeiterbewegung.

2. Die Entfaltung der Widersprüche

Ein bei Engels eindrucksvoller Zug, seine empathische Beziehung zu den Menschen, deren Lebens- und Arbeitsverhältnisse er untersucht und denen er sich nicht nur in seinem Vorwort zur „Lage der arbeitenden Klasse in England“, sondern ebenso im Forschungsprozess selbst direkt zuwendet, passt in gewisser Weise zu Speners Betonung der tätigen Bruder- und Nächstenliebe, und das gilt auch für den hohen Stellenwert, den beide der Praxis beimessen, Engels, weil er mit dieser Praxis beruflich und politisch eng verknüpft ist, Spener, weil er sie für den Prüfstein wahren Glaubens und Wissens hält. Engels' Diktum *The proof of the pudding is in the eating* könnte Spener durchaus zustimmen, auch wenn er es vermutlich etwas theologischer ausgedrückt hätte. Hier sehe ich ein durchaus positives (mögliches) Erbe bei Engels. Eine potentielle Erblast befürchte ich dagegen bei seiner in manchen Zügen pietistischer Orthodoxie nicht unähnlichen Rechthaberei, die immer wieder einmal aufblitzt. Am penetrantesten erscheint mir das in seiner Überhöhung des selbst vertretenen Sozialismus als „Wissenschaft“ und der Herabwürdigung alternativer Vorstellungen als „Utopie“, die zugleich der eigenen Kritikimmunität sowie der Brandmarkung seiner Kritiker als „Utopisten“ dient und eine inhaltliche Auseinandersetzung vereinfacht, ja erübrigt. Hier fühlt man sich an Philipp Jakob Speners „wahren Glauben“ erinnert, der (schon) auf Erden Heilsgewissheit verbürgt.

Eine faire Diskussionslage würde das Eingeständnis von Engels (und Marx) voraussetzen, dass sie selber ebenfalls eine Utopie vertreten, die aber keine wissenschaftlich begründete Zukunftsprognose darstellt, sondern eine normative Richtungsbestimmung für eine anzustrebende Zukunft. Diese kann dann sinnvoll mit anderen Entwürfen revisionistischer, reformistischer und liberaler Provenienz in vergleichenden Diskurs und politische Konkurrenz gesetzt werden. Das tut Engels aber nicht. In seiner Broschüre „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (1880, MEW 22, S. 223) vertritt er eine sozialistische Idylle, in der „die Herrschaft des Produkts über die Menschen“ beseitigt und die „Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion (...) durch planmäßige bewußte Organisation“ ersetzt wird: „Der Kampf ums Einzeldasein hört auf.“ Ganz anders liest sich das aber in seiner vor allem teils gegen, teils an die italienischen

„Antiautoritärer“ (meist Anhänger und Sympathisanten von Michail Bakunin) gerichteten Schrift „Von der Autorität“ (1873, MEW 18, S. 305–308). Diesen wirft er „einen regelrechten Kreuzzug“ gegen das vor, „was sie das *Autoritätsprinzip* nennen“ (ebd., S. 305). Es geht um funktionale und organisatorische Abhängigkeiten im großindustriellen Produktionsprozess, die Engels zufolge die technischen Zwänge und damit den Umfang der notwendigen Autorität immer größer werden lassen.

Über allfällige technologische Alternativen und organisatorische Umgestaltungen – heutzutage selbstverständliche Ansätze in der Theorie und Praxis von Unternehmen beim Umgang mit diesem Problem – denkt Engels nicht im Geringsten nach, sondern sieht hier nur unverrückbare Sach- und Technikzwänge, die „man“, also konkret die Arbeiterschaft, steigender Produktivität zuliebe hinnehmen müsse, und argumentiert, quasi hochaktuell, mit „Alternativlosigkeit“: Alles andere laufe auf Abschaffung der Großindustrie, Vernichtung der Dampfspinnerei und Rückkehr zum Spinnrad hinaus. Er bemüht sogar das Bild des „Schiffs auf hoher See“, das ohne absoluten und sofortigen Gehorsam gegenüber „dem Willen eines einzelnen“ (ebd., S. 306) Leib und Leben der Passagiere und der Besatzung aufs Spiel setze. Die sozialistische Idylle, sozusagen das „Reich Gottes“, muss der Großindustrie als dem „weltlichen Regiment“ und ihren Zwängen auch im Sozialismus den Vorrang geben. Man kann hier, wenn man will, Luthers Zwei-Regimenten-Lehre im Hintergrund am Werk sehen. Dann ist es nur konsequent, wenn der „mechanische Automat einer großen Fabrik (...) um vieles tyrannischer [ist], als es jemals die kleinen Kapitalisten gewesen sind, die Arbeiter beschäftigen“ (ebd.), und wenn Engels sich ebenso wenig eine flexible Arbeitszeitgestaltung vorstellen kann. Er möchte vielmehr die Arbeiter zumindest in puncto Arbeitszeit auch an den Toren der sozialistischen Fabriken mit der Parole willkommen heißen sehen: *Lasst alle Autonomie fahren, die Ihr eintretet!* Das ist bekanntlich eine Paraphrase des Satzes *Lasst, die ihr eingeht, alle Hoffnung fahren*, mit dem Dante in der „Göttlichen Komödie“ die armen Seelen auf ihrem letzten Weg am Eingang zum *Inferno*, also zur „Hölle“ begrüßt.⁴ Viel religiöser geht es nicht mehr. Man kann sich fragen, wer der „einzelne“ ist, der die anderen auf den rechten Weg bringt und damit das Leben aller rettet, wenn sie ihm nur bedingungslos gehorchen. Vielleicht ist es Engels selbst, sei es als gedanklicher Fabrikherr, sei es als säkularisierter Bußprediger?

Der Erhalt der Naturgrundlagen von Leben und Wirtschaften, fokussiert in der globalen Klimakrise, ist heute ein weltweit und parteiübergreifend diskutiertes Zentralproblem. Eva Bockenheimer (Siegen) will „mit Friedrich Engels über Dialektik und die ökologische Krise der Gegenwart“ nachdenken, inspiriert von einem titelgebenden Zitat aus dem „Anti-Dühring“ (1878): „Die Natur ist die Probe auf die Dialektik“ (MEW 20, S. 22). Die gegen Eugen Dühring gerichtete Streitschrift und die posthume Sammlung von Artikeln und handschriftlichen Fragmenten-

⁴ Da Engels' Artikel vor allem gegen (und an) die italienischen „Antiautoritären“ gerichtet war, erschien er zuerst im *Almanacco Repubblicano* für das Jahr 1874 auf Italienisch, und da sind die Parallelen seiner Paraphrase mit Dantes Original noch eindrücklicher: Man braucht nur das Wort „speranza“ durch „autonomia“ zu ersetzen.

ten, die erstmals 1925 als „Dialektik der Natur“ (MEW 25, S. 307–570) erschien, dienen ihr als Nachweis der Aktualität von Engels' Überlegungen und als Richtigstellung – man könnte sagen: Ehrenrettung – der oft missverstandenen Dialektik, gerade im Bereich der Natur und der Naturwissenschaft. Allerdings ist ihre Schlussfolgerung „Durch unseren zerstörerischen Eingriff in die Natur, mit dem wir z. B. den Klimawandel und das Artensterben hervorbringen, vernichten wir letztlich unsere eigene Lebensgrundlage und damit mittelbar unser menschliches Leben selbst“ (S. 270) nicht zwingend auf Engels' Naturdialektik angewiesen; sie kann auch anders begründet werden, und das ist in der heute weit gefächerten ökologischen Literatur nicht unüblich.

Der Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftsethiker Martin Büscher (Wuppertal/Bethel) kritisiert in seinem Beitrag „Sein ohne Bewusstsein“ die Art und Weise, wie „die neo-liberale Marktwirtschaft ihre eigenen ethischen Funktionsbedingungen aushöhlt und das gesellschaftliche Bewusstsein prägt“ (S. 249). Er nimmt, anknüpfend an Engels' „Umriss“, „die Kritik an der Loslösung, der naturwissenschaftlichen Verselbständigung und der quantitativen Engführung“ auf und überträgt sie „auf das normative Selbstverständnis der neoklassischen und darauf aufbauenden neo-liberalen Wissenschaften“ (S. 250). Dagegen setzt er die Forderung nach einer hermeneutischen Dimension der Ökonomie – es geht also um Begriffe wie „Sinn“ und „Verstehen“, und er findet dafür Ansatzpunkte bei Max Weber, Werner Sombart („Die drei Nationalökonomien“, 1930) und – in spiritueller Hinsicht – bei Sergij Bulgakov („Philosophie der Wirtschaft“, 1912/2014). Inwieweit diese entwicklungsfähig sind, bleibt allerdings offen. Am besten sehe ich hier die Chancen bei Max Weber, dessen – auch kleinste – ökonomische Fragmente jetzt vollständig und gut kommentiert in drei Bänden der Max Weber-Gesamtausgabe (MWG, 1984–2020) vorliegen. Sombart hat sich und anderen leider durch nicht nur wissenschaftliche, sondern auch politisch motivierte „Unklarheiten“ (antisemitische Vorurteile, Anbiederung an die „Hitlerregierung“) eine posthume Weiterentwicklung erschwert. Sergij Bulgakovs im vorrevolutionären Russland des frühen 20. Jahrhunderts erlernte Argumentationsweise ist nicht nur für eine am Mainstream orientierte Ökonomin wie Karen Horn, sondern ebenso für den eher heterodox gestimmten Rezensenten zumindest „schwierig“.⁵ Im Grunde berechnete Hoffnungen scheint Büscher auf eine Weiterentwicklung der Ordnungstheorie von Walter Eucken zu setzen.

3. Zwei Rückblicke auf 1968

An dieser Stelle möchte ich vorweg auf einen Beitrag vom Ende des Sammelbandes näher eingehen, der mich wegen einiger Parallelen, aber auch Unterschiede zu meiner eigenen Begegnung mit Marx und Engels besonders angesprochen hat. Der Musiker, libertäre Autor und politische Aktivist Ulrich Klan, auf vielfältige Weise mit Wuppertal verbunden, gibt dort „Antworten auf Friedrich Engels“ auf dem Weg „von der Wissenschaft zu neuen Utopien“. Für ihn wie für mich

⁵ Siehe die Beiträge der beiden Genannten in Barbara Hallensleben/Regula M. Zwahlen (Hrsg.): Philosophie der Wirtschaft im interdisziplinären Gespräch. Münster 2014.

war das Jahr 1968 prägend für die Auseinandersetzung mit Engels und natürlich auch mit Marx. Klan war damals 15-jähriger Teilnehmer eines Jugend-Theaterworkshops in West-Berlin und erlebte dort im August den Einmarsch der Sowjettruppen und ihrer Verbündeten in die ČSSR, der dem „Prager Frühling“ ein Ende bereitere. Nachdem der Sozialismus mit menschlichem Antlitz von seiner realsozialistischen Fratze gewaltsam verdrängt wurde, kam es in West-Berlin zu einer großen friedlichen Protestdemonstration, vor allem von Jugendlichen, und zwar „von links gegen die Sowjetunion“, eine für Ulrich Klan prägende Erfahrung. Mit dem ersten selbstverdienten Geld im Ferienjob hatte er Band I der Marx-Engels-Studienausgabe, herausgegeben von Iring Fetscher, erworben und konnte sich so „unverstellt von ‚marxistisch-leninistischen‘ Schwellen und Vereinnahmungen (...) Engels' Texte selbst erarbeiten, unmittelbar in seiner kritischen Kraft, aber auch seinerseits kritikwürdig“ (S. 544).

Ich war knapp 23 Jahre alt, hatte im April 1968 mein VWL-Studium abgeschlossen und nur am Rande mitbekommen, dass während meines Examens der Studentenführer Rudi Dutschke von einem rechtsradikalen Attentäter lebensgefährlich angeschossen worden war. Zuvor hatte ich im Studium immer wieder einmal nach Marx und Engels gefragt und von Dozenten, die zugaben, nichts von beiden gelesen zu haben, regelmäßig die Antwort bekommen, es lohne sich nicht, sich damit zu befassen. Allerdings: Der BWL-Professor zeigte sich zumindest an dem Thema interessiert und nicht völlig uninformiert. Dass der junge Wirtschaftstheoretiker C. C. von Weizsäcker, der seit Herbst 1965 in Heidelberg die Tafeln voll Formeln schrieb und sich selbst als „eingefleischten Neoklassiker“ bezeichnete, sich in seinem Basler Rigorosum 1961 mit Marx beschäftigt hatte und als echter Liberaler auch sonst heterodoxen Fragestellungen gegenüber offen war, merkten wir erst 1968/69. Dominante Fachthemen waren bis dahin Globalsteuerung, mittelfristige Finanzplanung und neoklassische Synthese. Sozialismus spielte kaum eine Rolle. Ich sammelte derweil, neben anderem, preiswerte, oft antiquarische DDR-Ausgaben von Marx/Engels-Texten (sie traten gewöhnlich im Duo auf), zunächst mehr zur Abrundung meiner Büchersammlung als zur intensiven Lektüre, schon wegen der zeitlichen Konkurrenz mit der „wirklich“ examensrelevanten Literatur, Dutschke hatte Ende Januar 1968 bei einer öffentlichen Diskussion in Freiburg den Soziologen Ralf Dahrendorf, damals für die FDP aktiv, als „Fachidioten“ angegriffen und sich dabei die ausgiebig im Fernsehen gezeigte Replik eingefahren, es gebe auch „Fachidioten des Protests“. Das Argument erschien mir nicht ganz unplausibel.

Ziemlich erschreckt hat mich dann aber die öffentliche Reaktion auf das Attentat. Ein weitgehender Konsens schien darin zu bestehen, dass man ja nicht gleich auf Dutschke hätte schießen sollen, dass dieser aber durchaus einen „Dämpfer“ verdient habe. Von Diskursregeln, geschweige denn von Diskursethik war jedenfalls schon damals ähnlich wenig zu hören wie heute in den sozialen Medien. Das Thema „Marxismus und Gewalt“ wurde also für mich nach dem Examen wichtig am Beispiel eines linken Intellektuellen in Deutschland, der Gewaltopfer eines Rechtsradikalen geworden war. Das wurde wenige Monate darauf verstärkt durch den auch für Ulrich Klan prägenden sowjetischen Einmarsch in die friedliche Tschechoslowakei, deren Flagge ich alsbald an meinem VW-Käfer befestigte. An

eine größere Protestdemonstration gegen den völkerrechtswidrigen Einmarsch kann ich mich im Raum Heidelberg nicht erinnern. Aber ich hatte jetzt, für acht Monate ausgestattet mit einem kleinen Promotionsstipendium, Zeit, mich nicht nur mit Alfred Marshalls „Principles of Economics“ (London et al. 1890/1920), sondern auch mit meiner Marx/Engels-Literatur eingehender zu beschäftigen und diese weiter preiswert zu ergänzen.

Einen der ersten Texte, die ich mir nun genauer anschaute, war, wie bei Ulrich Klan, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft* (1880), ein anderer der bereits genannte Almanach-Artikel *Von der Autorität* (Dezember 1873). Wie zwiespältig Letzterer mindestens in Teilen auf mich wirkte, zu einer Zeit, als aus den kapitalistischen USA schon die ersten Wellen von *job rotation*, *job enlargement* und *job enrichment* über den großen Teich zu uns herüberschwappten, habe ich oben bereits durchblicken lassen. Allerdings ist mir seitdem auch noch das damalige Faszinosum entschwunden, dass Engels tatsächlich Vorstellungen einer systemübergreifenden, gewissermaßen neutralen Technik und Rationalität des Großbetriebes vertrat.⁶ Die Fragwürdigkeit seiner Position schwante mir aber schon 1968, als die Unternehmenseite in Deutschland der wachsenden Forderung nach betrieblicher Partizipation mit dem flotten Argument entgegentrat, Demokratie ende vor Schulen, Gefängnissen und Unternehmen. Ich fand diese Zusammenstellung apart, und sie erinnerte mich ein wenig an Engels. Immerhin wusste ich jetzt, dass ich mich künftighin auf Fragen von Mitbestimmung, Arbeiterpartizipation, Arbeiterselbstverwaltung und auf außermärkliche Allokationsmechanismen konzentrieren wollte.

In vielem, was Ulrich Klan an Engels schätzt und an ihm kritikwürdig findet, fühle ich mich mit ihm verbunden, etwa in seiner Hochschätzung von dessen „wissend veränderndem Blick auf die Wirklichkeit“, aber auch in seiner positiven Sicht auf Utopien, in seiner kritischen Wahrnehmung von selbstreklamierter Wissenschaft, in seiner Kritik an Begriffen wie „Lumpenproletariat“ und nicht zuletzt in seiner Ablehnung des Militarismus. In dem letzten Punkt bin ich freilich in den vergangenen 25 Jahren etwas nachsichtiger geworden, nachdem ich mich Max Weber zugewandt hatte. Dieser beeindruckte mich durch seine, wie ich meine, Marx und Engels deutlich überlegene Behandlung des Konzepts der „materiellen Interessen“. Allerdings stieß ich bei Weber unerwartet auf eine ausgeprägte Rhetorik des „Kampfes“, die mich schon bei Engels (und Marx) gestört hatte, und sein konsequentes Eintreten, etwa gegen Schmoller, dafür, dass man eigene Werturteile kenntlich machen müsse und sie nicht als objektive Wahrheiten maskieren dürfe, weckte in mir bald den Verdacht, dies wissenschaftstheoretische Engagement sei auch von dem Wunsch gespeist, die eigenen, heute oft imperialistisch erscheinenden Werturteile desto vehementer vertreten zu können. Selbst die Schroffheit

⁶ Eine sehr lesenswerte Analyse und Kritik dieses „neutralen“ Verständnisses von Technik, das sich bei orthodoxen Marxisten und orthodoxen Neoliberalen gleichermaßen noch immer großer Beliebtheit erfreut, findet sich, wenn auch ohne expliziten Bezug zu Engels, bei Stephen A. Marglin: What Do Bosses Do? The Origins and Functions of Hierarchy in Capitalist Production, in: Review of Radical Political Economics 6 (1974), S. 60–112.

im literarischen Umgang mit Andersdenkenden und Kontrahenten war den „bürgerlichen“ Sozialwissenschaftlern des 19. und frühen 20. Jahrhunderts kaum weniger vertraut als den „wissenschaftlichen Sozialisten“ dieser Zeit. Der Ton war generell etwas ruppig, nicht nur zwischen Engels und Dühring, und mitunter musste ein Duell, als Spätform des mittelalterlichen Gottesurteils, entscheiden, wer wen zu Recht beleidigt oder wer wessen Frau zu Unrecht verführt hatte.⁷ Der allgemein verbreitete Militarismus, selbst und gerade bei den „gebildeten Schichten“, ging im zweiten Jahrzehnt des letzten Jahrhunderts sogar so weit, dass er die Überlegenheit des „deutschen Geistes“ zumindest faktisch an der Reichweite von Geschützen und den Opferzahlen von Giftgaseinsätzen festmachen wollte.

Die Geschichte der „Studentenbewegung“ von 1968ff. soll hier nicht rekapituliert werden. Aber ein paar kurze Reminiszenzen sind hilfreich. Im Wintersemester 1968/69 bildete sich in Heidelberg eine „Kritische Universität“, in der Assistenten, Doktoranden und Studierende sich mit vielen verschiedenen Themen befassen, von der Psychoanalyse über die Wohlfahrtsökonomik bis hin zu einem bunten Strauß teils eher marxistischer, teils eher leninistischer Arbeitskreise zur „Politischen Ökonomie“. Man traf sich an unterschiedlichen Orten, der wichtigste davon war das „Collegium Academicum“ (CA), ein etwas heruntergekommenes Gebäude hinter der Neuen Universität (NU). In einem der Marx-Engels-Arbeitskreise, in dem ich gerade mitarbeitete, ging es vor allem um den „Spätkapitalismus“ und die diesbezüglichen Prognosen der Klassiker. Ich brachte dabei Eduard Bernsteins Kritik an den von Marx behaupteten Konzentrationstendenzen zur Sprache und erntete fast unisono das (tot)schlagende Argument: „Aber der ist ja ein Revisionist!“ Ich nutzte eine gerade fällige Pause zur Abfassung eines Vierzeilers, mit dem ich die zweite Sitzungshälfte einleitete: „Es stimmt, der Ede Bernstein ist/von Grund auf ein Revisionist./Jedoch, was würden wir verlieren,/wenn wir, was falsch ist, revidieren?“

Das kam natürlich nicht besonders gut an, und ich muss zugeben, dass es mir dabei mehr um Provokation als um Wissenschaftstheorie ging. Aber mir imponierte Bernstein, der mit preußischen Gewerbestatistiken gegen die sozialistischen Klassiker argumentierte, und ich empfand das auch als wohlthuende Auflockerung unseres feierlich gestimmten Arbeitskreises, der sich, wie viele andere Konventikel dieser Zeit, zwar im Sinne von Spencers *collegia pietatis* der inneren Erbauung widmete, dabei aber natürlich die Bibel durch andere heilige Schriften ersetzte und sich mitunter in (quasi)theologische Dispute verhedderte (vor denen Spener doch immer wieder gewarnt hatte). Ich war gelegentlich versucht, den Teilnehmenden, mich selbst eingeschlossen, zuzurufen: „Glotzt nicht so romantisch!“ (Bertolt Brecht, *Trommeln in der Nacht*). Als sich später an Stelle der meist textkri-

⁷ Auf diesem Weg verlor auch die deutsche Arbeiterbewegung einen ihren Gründer, Ferdinand Lassalle, am 31. August 1864. Engels zeigte sich, ähnlich wie Marx, davon betroffen, stellte aber in seinem Brief vom 4. September 1864 sich und seinem Freund die eher rhetorische Frage: „Wie konnte ein politischer Mann wie er sich mit einem walachischen Abenteurer schießen?“ (MEW 30, S. 233.) Er verwechselte dabei allerdings den offiziellen Verlobten von Lassalles Herzensdame Helene von Dönniges, den rumänischen Fürsten Janko von Rakowitz, der nur Sekundant war, mit dem tatsächlichen Duellanten, Helenes Vater Wilhelm, einem Diplomaten im Dienste Bayerns.

tischen Fragen an und über Marx und Engels stärker realitätskritische Fragestellungen wie die „Grenzen des Wachstums“ (1972)⁸ geltend machten, geriet die zuvor meist in kleinen Zirkeln geführte Diskussion rasch in die allgemeine, oft außerakademische Öffentlichkeit, auch in die politischen Parteien. In meiner eigenen, der SPD, bestimmte damals der unlängst verstorbene Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Erhard Eppler die beginnende ökologische Debatte. Er tat das mit Engagement, aber noch immer im Ton der vorangegangenen politökonomischen Erörterungen, stets mit einem gehörigen Schuss Bußpredigt. Als mir damals zugetragen wurde, der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner habe den Minister Eppler als „Pietkong“ bezeichnet, fand ich das ziemlich ungehörig und der ökologischen Problematik nicht angemessen, aber im Hinblick auf die äußere Form durchaus zutreffend.

4. Entwicklungsprozesse

Das Problem der Transformation unter dem Postulat der Nachhaltigkeit behandelt Rainer Lucas (Wuppertal), der andere Kurator von *Engels2020* in Teil 3 *Arbeit, Leben, Geschlechterverhältnisse*. Er fordert einen anderen Umgang mit den Produktivkräften, von der Naturbeherrschung (die ja Engels nicht ganz fremd ist) hin zur „Allianztechnik“, einer „konkreten Utopie“ in Ernst Blochs *Prinzip Hoffnung* (Frankfurt/M. 1973), das die soziale Revolution als „zwischenmenschliche Revolution“ begreift „und nicht als Prozess der Eroberung staatlicher Macht“ (S. 321). Lucas vermutet unter generellem Verweis auf Engels' Hinwendung zur *Dialektik der Natur* (1873 bis 1883): „Der alte Engels (...) hätte seine Freude an dieser Denkweise“ (S. 322). Das hätte man gerne noch ein bisschen konkreter gewusst. Hilfreich ist seine Auseinandersetzung mit verschiedenen Ansätzen zur Entwicklung der Produktivkräfte – von Karl Polanyis (1944) bis hin zu Uwe Schneidewinds (2018) *Großer Transformation*⁹ –, die mitunter über eine Kritik eines engen technizistischen Verständnisses hinausgehen und Anstöße zu einem neuen Transformationsbegriff geben, aber auch ihrerseits wieder zu kurz greifen (können). Also ein weites Feld.

Burghard Flieger (Freiburg) gibt anhand Engels' Schrift zur Wohnungsfrage und der damaligen Diskussion über Wohnmöglichkeiten für die Arbeiterschaft einen instruktiven Überblick über die derzeitige Diskussion und Lage auf diesem „Markt“, die durch keineswegs ideologiefreie Gesetzesänderungen in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts bestimmt sind. Reformen der damaligen Reformen erscheinen daher notwendig, und sie sollten keineswegs durch die von Engels (und Marx) im 19. Jahrhundert geschwungene Utopiekeule gegen konkrete Lösungsvorschläge (vgl. S. 351) heute erneut wieder aus der gesellschaftli-

⁸ Dennis Meadows et al.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome. Frankfurt/M. 1972.

⁹ Karl Polanyi: The Great Transformation. Politik und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen (Am. Original 1944). Frankfurt/M. 1978. – Uwe Schneidewind: Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt/M. 2018.

chen Diskussion verdrängt werden, sozusagen im unfreiwilligen Verbund mit neoliberalen Denkverboten. Es hätte, meine ich, nicht erst der Corona-Krise bedurft, um der Einsicht wieder zum Durchbruch zu verhelfen, dass Arbeiterwohnungen nicht nur eine Angelegenheit der unmittelbar Betroffenen sind und dass sie daher von der Gesellschaft nicht einfach regelungsfrei einer unsichtbaren Hand überantwortet werden dürfen, die sich eben auch dann nicht offenbart, wenn es darauf ankäme: Sie kümmert sich keineswegs von selbst um allfällige Auswirkungen beengter und unhygienischer Wohnverhältnisse auf die ganze Gesellschaft. Auf die Wiederbelebung des Stadt-Land-Gegensatzes und die zunehmend globalisierte Dimension der Wohnungsfrage in den Städten verweisen auch Daniel Lorange und Katharina Simon (beide Wuppertal). Progressive Praktiken in diesem Bereich könnten, ganz im Sinne von Engels, erste Schritte zu einer umfassenderen Umgestaltung der Gesellschaft insgesamt darstellen.

Die Berliner Sozialwissenschaftlerin Gisela Notz setzt sich mit Engels' „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ (1884, MEW 21, S. 25–173) auseinander und fragt, „was er uns heute noch zu sagen hat“. Engels' Schrift wurde erstmals 1884 als Monographie publiziert, August Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“, von der Verfasserin ebenfalls angegeben, aber nicht weiter ausgewertet, erschien 1879 und wurde alsbald in Deutschland verboten; die 2. überarbeitete Auflage kam 1883 in Zürich heraus, mit dem Titel „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ (der die deutsche Zensur überlisten sollte). Engels bedankte sich bei Bebel, mit dem er auf „Genossen-Du“ stand, Anfang 1884 höflich-reserviert für die Zusendung eines Exemplars, obwohl dieser in der Neuauflage eigens auf Engels' „Anti-Dühring“ (1878, MEW 20) eingegangen war. Engels erwähnt Bebel's nach dem Ende der Sozialistengesetze (1890) weit verbreitetes Buch auch nicht in späteren Auflagen des „Anti-Dühring“ und ebenso wenig im „Ursprung der Familie“, Bebel umgekehrt schon.¹⁰ Warum, ist unklar; eine Unzufriedenheit von Engels mit dem „kompromisslerischen“ Bebel, der in der Partei zwischen Gegnern und Anhängern von Eugen Dühring zu vermitteln suchte, erscheint plausibel. Gisela Notz schlägt in ihrem Beitrag eine Brücke von der vorletzten Jahrhundertwende bis hin zur Gegenwart, die sie immer noch vom „Familismus“ und einer zunehmenden Verengung auf ein kleinfamiliäres Verständnis geprägt sieht.

Engels' Offenheit in „Genderfragen“, jedenfalls für seine Zeit und im Vergleich zu Marx, ist Gegenstand eines Briefwechsels selbstdritt, „Nachdenken mit Friedrich Engels“, von Adelheid Biesecker (Bremen), Frigga Haug (Los Quemados/Esslingen) und Uta von Winterfeld (Wuppertal/Kassel). Sie finden dabei, nicht überraschend, viel Anregendes, Weiterführendes, Widersprüchliches und Problematisches in puncto Natur- und Geschlechterfragen. Engels erscheint hier als guter Stichwortgeber, über dessen Begriffe und Vorstellungen es sich, ausgestattet mit heutigen Wissens- und Politikmodulen, 150 Jahre später trefflich diskutieren lässt.

Die gewaltigen Veränderungen, die sich derzeit durch die „Digitalökonomie“ vollziehen, werden schließlich in Teil 4 *Wissenschaft, Utopie, Zukunft* von Lutz

¹⁰ Siehe etwa August Bebel: *Die Frau und der Sozialismus* (1879). 62. Aufl. Berlin 1950, Kap. I.1, Abschnitt 3, S. 49, Fußnote 9.

Becker (Köln) in den Vordergrund gestellt; er lässt didaktisch klug seine Botschaft zu „Fliehkräfte[n], Krisen und Transformation“ mit der Durchsetzung der Druckkunst im Bergischen Land Anfang des 16. Jahrhunderts beginnen. Er legt so nebenbei einen indirekten Link zu frühen Transformationen, insbesondere zu kulturell-wirtschaftlichen Sprach- und Staatsbildungsprozessen, wie sie sich im Anschluss an den Buchdruck durch die Bibelübersetzung Luthers oder die niederländische *Statenbijbel* herangebildet haben, Prozesse, die schließlich über viele weitere Vermittlungsschritte zur „Digitalisierung“ und zur Ablösung der „klassischen Marktökonomie“ führen. Seine Titelfrage: „What’s next, Fred?“ sollte von der Leserschaft vielleicht nicht mit „Was kommt als nächstes?“ übersetzt werden, denn Engels war ja kein Prophet, wenn er sich nicht gerade einmal im quasi-religiösen Sprachmodus bewegte, sondern wohl besser als Frage an ihn verstanden werden, wie er denn auf inzwischen eingetretene oder in Kürze erwartbare technisch-gesellschaftliche Transformationen reagieren würde oder reagiert hätte.

„Würde Engels heute für Postwachstum kämpfen?“, fragt Peter Hennicke (Wuppertal). Seine „Entdeckungsreise zum gesellschaftlichen Naturverhältnis“ führt ihn zu vielen theoretischen und praktischen Hauptproblemen. Er zeigt an verschiedenen Beispielen, wie wichtig der Einbezug von Erkenntnissen und Denkweisen der marxistischen Denktradition in die theoretische und praktische Behandlung der drängenden Gegenwartsfragen ist, und verweist auf beispielgebende Ansätze wie das „integrierte Marxstudium“ im Rahmen der akademischen Ausbildung zum Volkswirt/zur Volkswirtin an der Universität Heidelberg (dessen Beginn er versehentlich um vier Jahre auf 1965 vorverlegt¹¹). Sein Postulat „Klimawandel ist kein ‚Marktversagen‘“ (S. 478) erinnert mich lebhaft an die scheinbare Harmlosigkeit und tatsächliche Unterschätzung des Externalitätenproblems bei Arthur Cecil Pigou (dem Begründer und Autor der *Economics of Welfare*, 1920): Pigous Beispiel des Funkenflugs einer Eisenbahn, die das Gehölz entlang den Schienen zum Brennen bringt (was durch eine „Steuer“ kompensiert und korrigiert wird), lässt uns eher an ein heimeliges Lagerfeuer als an die großflächige Zerstörung der tropischen Regenwälder durch Brandrodung denken. Es bedarf zur Nachhaltigkeit aber nicht nur neuer wissenschaftlicher Konzepte, sondern grundlegender politischer und institutioneller Reformen, insbesondere im Bereich der internationalen Finanzmärkte, denn: „Das entfesselte Finanzkapital ist gleichsam der Brandbeschleuniger des Kapitalozäns und der damit verbundenen universellen Umweltzerstörung“ (S. 493).

Der Aufruf von Lars Hochmann (Bernkastel-Kues) „zur Kritik im Handgemenge“ ist von der einsichtigen Überzeugung getragen: „Demokratien leben vom Widerspruch.“ Was heißt das hier? Engels wird richtig gezeichnet als Gegenteil eines „Stubengelehrten“, als einer, dem „Wissenschaft – der Ort des systematischen Denkens – (...) als emanzipatorisches Wagnis [galt]“ (S. 500); leider auch, wie man hinzufügen muss, mitunter als Mittel zur Abwehr unerwünschter Kritik. Die von Hochmann beklagte „Tendenz mathematischer Metaphysik“ (S. 506) eskalierte in den Wirtschaftswissenschaften indes nicht mit Alfred Marshalls *Principles*

¹¹ Tatsächlich begann die Integration marxistischer Lehrinhalte in das Heidelberger VWL-Studium erst 1969. Siehe dazu oben Abschnitt 3.

of *Economics* (1890/1920), denn die von ihm vorgeschlagene Ablösung des Begriffs *Political Economy* war damals noch kein Programm zur Inhaltsbeschränkung, ebenso wenig wie die vermeintlich universale Verwendung mathematischer Formeln und Verfahren. Wer in das Buch hineinschaut, entdeckt weit über 95% Text und eine Vielzahl unterschiedlicher, gemäß heutigem *Mainstream* oft nicht-ökonomischer Fragestellungen, also deutlich weniger als 5% Formeln. Der deutsch-amerikanische Entwicklungsökonom André Gunder Frank, bekannt für seine „Dependenztheorie“, der Anfang der fünfziger Jahre an der University of Chicago studierte, erzählte mir etwa 1984, man habe ihn seinerzeit sogar vor dem Text von Marshall gewarnt und aufgefordert, sich auf seine Mathematik zu konzentrieren. Der mathematische Anhang macht ganze 16 von 706 Seiten aus. Der wirkliche Bruch vollzog sich nicht 1890 oder 1920, sondern 1947 durch Paul A. Samuelsons *Foundations of Economic Analysis* (Cambridge, Mass.), stark am Vorbild der Physik orientiert und als *breakthrough in political economy*[!] gepriesen, so die Verlagswerbung. Marshall dagegen sah die Biologie, nicht die Naturwissenschaften schlechthin, als Leitwissenschaft an, hatte aber eine zu harmonische Naturvorstellung und gab folglich seinem Lehrbuch das Motto: *Natura non facit saltum* (Die Natur macht keine Sprünge).

Hochmanns Kritik an den „methodischen Fingerübungen“ und an dem „System hochgeranker Zeitschriften“ ist natürlich sehr berechtigt. Diese Exerziten haben sich inzwischen bedenklich verselbständigt. Als Berichterstatter einer Berufungskommission hatte ich einmal einen in den Bewerbungsunterlagen angegebenen Aufsatz gelesen und kritisch beurteilt. Ein anderes Kommissionsmitglied meinte jedoch, der Artikel sei gut. Zu meinen Beurteilungsgründen sagte es nichts. Als ich darauf hinwies, war die Antwort: „Aber er steht in einem guten Journal.“ Mein Hinweis darauf, dass sich auch einmal ein schlechter Aufsatz in eine gute Zeitschrift verirren könnte, blieb unbeantwortet. Dabei hatte ich gar keine Grundsatzkritik am Ranking geäußert!¹² Mit der Mathematik ist es übrigens wohl ähnlich wie mit dem Geld, von dem Balzac sagt, es sei ein guter Diener, aber ein schlechter Herr. Schließlich: Über Engels als „Möglichkeitswissenschaftler“ kann ich leider (noch) nichts sagen, denn davon verstehe ich bisher einfach zu wenig.

Karl Marx soll einmal gesagt haben: „Je ne suis pas Marxiste.“ Wie steht es mit Engels? Claus Thomasberger (Berlin) informiert dazu „Über Hintergründe und Folgen der Utopie eines zukünftigen ‚Reichs der Freiheit‘“. Eugen Dührings „sozialliberale“ Vorstellungen von einem künftigen sozialistischen Gemeinwesen waren Friedrich Engels’ Hoffnungen auf ein „Reich der Freiheit“ diametral entgegengesetzt. Engels sah zwar, „dass auch die Bourgeoisie sich den ökonomischen Notwendigkeiten nicht entziehen [konnte]“ (S. 529). Was er, hierin Marx eng ver-

¹² Im Österreich des späten 19. Jahrhunderts soll die Stampiglien-Gebühr für einen Meisterbrief im Handwerk eines Fleischhauers und Selchers genauso hoch gewesen sein wie für eine Urkunde über eine erfolgreiche Habilitation, z. B. in Nationalökonomie. Auch wenn das wohl kein Zufall war, sollte man daraus keine weiteren inhaltlichen Schlüsse ziehen. Um zu einer solchen Urkunde aber überhaupt zu gelangen, war es damals in Deutschland, besonders in Preußen, ratsam, viel Geschichte und wenig Nutzentheorie zu betreiben; Österreich war in diesem Punkt im doppelten Wortsinn „liberaler“. Aber im ganzen deutschen Sprachraum und weit darüber hinaus waren Marxisten unerwünscht.

bunden, zu wenig sah, war die – natürlich in der ökonomischen Literatur gerne übertriebene – Koordinations- und Informationsfunktion von Märkten. Engels und Marx wurden in dieser Hinsicht wohl Opfer ihrer Hegel'schen Rhetorik, verbunden mit einem Schuss Geschichtsdeterminismus, durch den sie sich den Wind der historischen Notwendigkeit gleichsam in den eigenen Rücken bliesen. Bei Engels kamen vielleicht noch ein paar unverdaute Restbestände von Pietismus hinzu. Aber selbst ein braver Reformist und Revisionist wie Eduard Bernstein pflegte noch die überkommene Redeweise von gesellschaftlicher Planung ohne genaue Spezifikation des Anwendungsbereichs. Bei Engels verwundert das noch mehr, denn er kannte ja als ausgebildeter Jungunternehmer die bürgerliche Geschäftspraxis, die trotz mancher normativer und faktischer Mängel leidlich funktionierte und von der er – und über ihn Marx – auskömmlich, wenn auch nicht mit Reichtümern gesegnet, leben konnte, selbst in tatsächlichen oder gemutmaßten Krisenzeiten.

Mit dem Neoliberalismus tut sich Thomasberger ein wenig schwer, wenn er Alexander Rüstow, gemeinhin als einer der „Gründerväter der sozialen Marktwirtschaft“ betrachtet, dem neoliberalen Lager zurechnet und nicht dem Ordo-Liberalismus von Walter Eucken, dem er deutlich nähersteht.¹³ Schön arbeitet er heraus, dass „Marx' Leugnen des Problems der Übersicht in einer komplexen Gesellschaft“ (S. 537) faktisch das Vordringen des Neoliberalismus begünstigte, und richtig betont er, dass es bei vielen inhaltlichen Defiziten von Engels' Arbeiten „die Schwächen von Marx selbst [sind], die (...) zum Vorschein kommen“ (S. 539). Engels' – vielleicht übertriebene – Loyalität speist sich aus einer nahezu lebenslangen Verbundenheit mit Marx, die selbst seine tiefe Enttäuschung durch den unempathischen Freund beim Tod seiner Frau Mary Burns überstand, und auch aus seiner umfangreichen editorischen Arbeit an dessen schriftlicher Hinterlassenschaft, die ihn eher unbeabsichtigt nach Marx' Tod zu einer Art „Gralshüter des Marxismus“ werden ließ. Damit geriet er zwangsläufig in eine politische Rolle, die sich nicht leicht mit seinen wissenschaftlichen Ansprüchen in Einklang bringen ließ. Dass so etwas nicht immer gut geht, haben in den letzten 150 Jahren auch andere Kollegen aus meiner Zunft zu ihrem Leidwesen erfahren müssen.

Reinhard Pfriem, vielfältig mit Wuppertal, Berlin und Oldenburg verbunden, stellt im letzten Beitrag des Bandes „Die Entwicklung der besseren Gesellschaft von der Wissenschaft zur Utopie“ just die Schrift „vom Kopf auf die Füße“ (S. 563), die Ulrich Klan und mich vor gut 50 Jahren in den ersten, doch nicht ganz konfliktfreien Kontakt zu Engels gebracht hatte. Aber auch er hat Schwierigkeiten mit seiner „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (1880/1882), die er – zu Recht – vom damaligen Zeitgeist der „(Natur-)Wissenschaftsgläubigkeit“ geprägt sieht. Die verständliche Abkehr von einem übersteigerten Idealismus, hinter dem sich konkrete Machtinteressen und oft genug antisemitische Vorurteile verbargen, führte über die Ablehnung scheinbar idealistischer Thesen wie Heinrich von Treitschkes (1879) „Männer machen die Geschichte“ zu einer erneuten inneren Bestätigung der schon zuvor erworbenen „materialistischen Geschichtsauffassung“, die zum marktbeherrschenden marxistischen Markenzei-

¹³ Im Text steht „Walter Rüstow“, im Literaturverzeichnis aber richtig „Alexander Rüstow“.

chen gegen Ende des vorletzten Jahrhunderts wurde. Engels schwankt zwischen Naturbeherrschung, der Bändigung und Indienstnahme von Natur einerseits und Hinweisen auf Naturzerstörung andererseits, die er aber vor allem mit dem Kapitalismus verbindet (womit er indirekt die Hoffnung nährt, das werde im Sozialismus tendenziell verschwinden). Er ist „wie alle wirklichen Menschen (...) ein Kind seiner Zeit“ (S. 570). Der späte Engels erkennt in Briefen zwar die Notwendigkeit, „das eigene Theoretisieren *nicht als Doktrin, sondern als Methode* zu sehen“ (ebd.), aber seine zuvor beißende Kritik am „systemschaftende[n] Herr[n] Dühring“ (MEW 20, S. 6) wird m. E. schon dadurch in Frage gestellt, dass er 1885 noch selber glaubt, „die Natur [sei] jetzt so weit, dass sie der dialektischen Zusammenfassung nicht mehr entrinnt“ (ebd., S. 14).

Reinhard Pfriem betont die Offenheit der Zukunft, plädiert, ähnlich wie zuvor Lucas, für die Rehabilitation des Begriffs der (realen) Utopie, für ein „mögliches Wissen von der besseren Gesellschaft“ und eine „Möglichkeitswissenschaft“ (mit der ich mich aber, wie oben gesagt, erst noch näher befassen muss). Seine Kritik an der bipolaren Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus ist einleuchtend, gleichwohl plädiert er für Nüchternheit und Skepsis, aber zugleich Entschlossenheit und Parteilichkeit bei der Untersuchung von Bedingungen und Möglichkeiten einer besseren Gesellschaft. Das hätte Friedrich Engels vermutlich gefallen, auch der Ausdruck „Parteilichkeit“, ich würde lieber von „Entschiedenheit“ sprechen, denn die „Parteilichkeit“ erinnert mich, vom Verfasser sicherlich nicht so gemeint, doch zu sehr an einen Liedtext von Kurt Barthel, dem 1. Sekretär des Deutschen Schriftstellerverbandes, über den sich 1953 Bertolt Brecht aus ernstem Anlass lustig gemacht hat. Trotz unterschiedlicher Begriffe sind wir aber in der Sache höchstwahrscheinlich nicht sehr weit auseinander.

5. Statt eines Resümees

Am Ende des Überblicks über einen so vielfältigen und vielschichtigen Sammelband von 600 Seiten fühlt man sich gewöhnlich verpflichtet, der eiligen Leserschaft eine ganz knappe und handliche Zusammenfassung, ein summarisches Buchurteil in wenigen Sätzen zu geben. In diesem Fall erscheint mir das kaum möglich, und der Grund dafür ist zum einen die Vielschichtigkeit von Friedrich Engels als Mensch, als Politiker und Wissenschaftler. Zum anderen fügen sich die vielfältigen Perspektiven, Wahrnehmungen, Einsichten und Fortschreibungen der Autor(inn)en, sogar unabhängig vom konkreten Jubilar, nicht zu einem geschlossenen, schon gar nicht abgeschlossenen Bild von Leben und Werk des Geehrten zusammen. Das hat auch zu tun mit der unterschiedlichen Intensität, mit der die einzelnen Beiträge auf Aspekte von Engels' Leben und Werk eingehen, sei es in seiner Historizität, sei es in seiner mutmaßlichen Aktualität. Da spielt es natürlich eine wichtige Rolle, wie sehr man sich schon bisher mit dem Themenfeld befasst hat, wie gut man die Quellen und frühere Erörterungen der Thematik kennt und versteht. Manche Artikel scheinen motiviert zu sein durch den Versuch einer Antwort auf die Frage: Was fällt mir zu Engels in meiner gegenwärtigen Lebenssituation ein? Andere Artikel sehen sich in der Kontinuität einer Rezeptionsgeschichte, die es fortzuschreiben oder günstigenfalls weiter zu entwickeln gilt. Wieder ande-

re Beiträge sind von dem Bemühen getragen, die Aktualität des Klassikers und/oder ihrer spezifischen Fragestellung nachzuweisen in Form eines elaborierten Aufsatzes im Themenkreis: Was hat Engels uns heute (noch) dazu zu sagen? Um Missverständnissen vorzubeugen: All das sind legitime, wenn auch nicht immer besonders fruchtbare Perspektiven für eine weiterführende Diskussion. Am spannendsten sind natürlich die Beiträge, die auf der Grundlage zahlreicher, vielleicht sogar neuer oder jedenfalls weniger bekannter Quellen und in Kenntnis der bisherigen Diskussionen ein neues Licht auf Person und Werk von Friedrich Engels werfen. Und davon hat diese Textsammlung eine ganze Reihe.

Eine plausible Lehre aus dem Jubiläumsband und aus der erneuten Befassung mit Friedrich Engels scheint mir die Einsicht zu sein, dass wir ihn heute nur dann wirklich beerben und für die Zukunft fruchtbar machen können, wenn wir die Zeitgebundenheit mancher seiner Anschauungen nicht nur entschuldigend, sondern auch kritisch zur Kenntnis nehmen, wenn wir seine charakterlichen und religiösen Prägungen wirklich ernst nehmen und in Betracht ziehen, nicht im Sinne einer Psychologisierung seiner Ansichten, sondern im Sinne einer verständigen Kontextualisierung. Die Legende der von Engels abschließend vollzogenen Religionskritik und vom vollständig geglückten Übergang zu Wissenschaft und Vernunft sollte als mythische Erzählung verstanden werden, nicht als unwiderleglicher Tatsachenbericht. Für den jungen Engels war David Friedrich Strauß' Werk „Das Leben Jesu, kritisch bearbeitet“ (1835/36) ein wichtiger Schritt bei seiner Ablösung von einem beengenden und belastenden wörtlichen Verständnis der Bibel, das zu Bigotterie und Unaufrichtigkeit geführt hatte. Eine beschönigende Rezeption, die Engels sakralisiert, anstatt ihn zu kritisieren, ist letztlich nichts anderes als säkularisierte, aber schlechte Theologie. Sowohl Religion als auch Religionskritik können indes wertvolle Impulse zu verantwortlicher theoretischer und praktischer Bemühung um verbesserte soziale Verhältnisse geben; sie garantieren solche Zustände aber nicht. Diesem Sammelband ist eine große Leserschaft zu wünschen, denn er hat das Potential, nicht nur unsere Kenntnisse von Engels' Leben und Werk zu erweitern, sondern ebenso unser Verständnis dafür zu schärfen, wie man den Geehrten richtig feiert. Sicherlich nicht durch Heldenverehrung oder Verriss.

Ein Letztes: Die „Genderfragen“ oder „Geschlechterverhältnisse“ spielen in dem Band eine große Rolle, und sie tun das ja auch in der Realität. Ein zweiter, damit zusammenhängender Fragenkomplex betrifft die Angemessenheit der damaligen und heutigen Diskussionen im Umkreis dieses „sozialistischen Klassikers“. Also: Ist Engels jeweils fair mit seinen Kritiker(inne)n umgegangen und umgekehrt? Und weiter: Sind heutige Erörterungen zu den damaligen Auseinandersetzungen ihrerseits so sachlich und objektiv, wie sie es selber beanspruchen? Schließlich, und vermutlich am schwierigsten zu beurteilen: Welche Perspektiven künftiger Forschung erscheinen in diesem Feld besonders aussichtsreich? Dazu gehört natürlich auch ein genauer Blick auf implizite Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse in den nur auf den ersten Blick gleichberechtigten und rationalen Diskursen über die Thematik. Die Herausgeber nennen sie „Arbeiten am Widerspruch“ und widmen den Sammelband Engels zum 200. Geburtstag. Engels hat bekanntlich einen regen, manchmal geradezu inflationären Gebrauch von dem

Begriff „Widerspruch“ gemacht, aber wenn ihm selber Widerspruch gegen seine Auffassungen entgegentrat, hat er das meist nicht als „dialektisch“ gewürdigt, sondern eher als reaktionären Unsinn oder unreife Utopie abzuwerten versucht. Das hat mich an einen Cartoon aus den siebziger Jahren erinnert, in dem ein junger, bärtiger Mann vor einer jungen Frau doziert: „Der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital ist der Grundwiderspruch; der Gegensatz zwischen Mann und Frau ist ein Nebenwiderspruch.“ Darauf wendet die junge Frau ein: „Aber ...“, und wird von dem bärtigen Jüngling unterbrochen: „Kein Widerspruch!“

Womit können wir uns jetzt von diesem umfang- und inhaltsreichen Sammelband verabschieden, natürlich nicht, um ihn folgenlos im Bücherschrank verstauen zu lassen? Mir fällt hier etwas Altmodisches aus der Poesie ein, das vermutlich Engels (und Marx), jedenfalls wenn sie gerade einmal grimmiger Laune waren, nicht gefallen hätte und das sie dann wohl als „abgeschmackt“ abgetan hätten. Die Lebensdaten des Dichters decken sich zwar weitgehend mit denen von Engels, aber sonst gibt es wenig Berührungspunkte zwischen beiden. Noch mehr gilt das für die Zeit, in der das *Versepos* spielt. Wir sind im Jahr 1523, nicht in einem kleinen gallischen Dorf, sondern auf der Insel Ufenau im Zürichsee, und es geht um „Huttens letzte Tage“ von Conrad Ferdinand Meyer. Der legt dem dahinscheidenden Reichsritter, der in viele Kämpfe seiner Zeit verstrickt war, die gerne zitierten Worte in den Mund: „Ich bin kein ausgeklügelt Buch, ich bin ein Mensch in seinem Widerspruch.“¹⁴

Ich weiß, das ist eine unzeitgemäße Schlussbetrachtung. Aber in gewisser Hinsicht erscheint sie mir noch immer aktuell, denn sie richtet den Blick auf die Bedingungen menschlicher Existenz, und zwar nicht nur im individuellen Sinn.

Hans G. Nutzinger

¹⁴ Ulrich von Hutten, Humanist und Kritiker der katholischen Kirche, hat in der dritten seiner drei „Invektiven“ (Schmähreden) 1521 gegen das kirchliche Meinungs- und Deutungsmonopol seiner Zeit deutlich Stellung bezogen und mit den Worten „videtis illam spirare libertatis auram“ eine freiheitlichere Denk- und Lebensweise heraufkommen sehen. Die deutsche Kurzform „Die Luft der Freiheit weht“ (zurückgehend auf den liberalen Theologen D. F. Strauß, 1808–1874, und dessen Hutten-Biographie) ist seit 2002 das offizielle Motto der amerikanischen Stanford University. Da „aura“ wörtlich „Luft-hauch“ bedeutet, wäre die Kurzübersetzung „Dieser Hauch der Freiheit weht“ wohl exakter. Strauß’ „Leben Jesu“ (1835/36) war, wie im Text dargelegt, wichtig für Engels’ Ablösung von einem wörtlichen Bibelverständnis. Friedrich Nietzsche behauptet zwar, Strauß sei ein „rechter satisfait [zufriedener Kunde] unserer Bildungszustände und typischer Philister“ (Unzeitgemässe Betrachtungen I, KSA 1, S. 171), aber ich halte Strauß und Hutten – Letzterem attestiert Nietzsche immerhin „Muth“ (KSA 8, S. 391) – bei all ihrer Zeitgebundenheit für wichtige Aufklärer, die durchaus einen inhaltlichen Bezug zu Engels aufweisen.

BUCHBESPRECHUNGEN

Eine völlig gescheiterte Schulreform?

Rezension von: Tomáš Cvrček, *Schooling under control. The origins of public education in Imperial Austria 1769–1869 (Economy and History 1)*, Mohr Siebeck, Tübingen 2020, 301 S., gebunden, 60,70 €; ISBN 978-3-1659-267-6

Die Geschichte des Schulwesens in der Habsburgermonarchie hat immer wieder das Interesse von Historikern geweckt, nicht nur von jenen, die sich speziell mit der Bildungsgeschichte befassen. Allerdings bildet in der rezent erschienenen wissenschaftlichen Literatur der Zeitraum von der liberalen Schulreform von 1869 bis zum Ende der Monarchie eindeutig einen Schwerpunkt. Die vorangegangene Periode hingegen wurde vor allem in der älteren Literatur mit Bezug auf die gesamte Monarchie oder jedenfalls deren „österreichischen“ Teil, also unter Ausklammerung der Länder der ungarischen Krone, behandelt, wobei allerdings für das heutige Österreich eine sehr grundlegende vielbändige Geschichte des Bildungswesens seit geraumer Zeit vorliegt. Was jedoch all diesen Studien abgeht, ist ein elaborierter quantitativer Ansatz der sich entsprechender statistischer Modelle bedient. Der an der UCL School of Slavonic and East European Studies in London lehrende Wirtschaftshistoriker Tomáš Cvrček hat in seinem neuen Werk genau einen solchen Zugang gewählt. Seine Gesamtdarstellung um-

fasst die „vorliberale“ Periode von der mariatheresianischen bis zum Reichsvolksschulgesetz von 1869. Die Länder der ungarischen Krone bleiben ausgeklammert.

Die Studie basiert primär auf der Auswertung zeitgenössischer Statistiken zum Pflichtschulwesen, ergänzt durch einige archivalische Quellen aus tschechischen Archiven. Die quantitativen Befunde werden zu den qualitativen der Sekundärliteratur in Bezug gesetzt. Im Vordergrund steht die Makroperspektive auf der Ebene der späteren Kronländer. Diese wird durch einige Detailanalysen von einzelnen Städten und Regionen ergänzt. Aus wirtschaftshistorischer Perspektive ermöglicht der quantitative Ansatz in besonders anschaulicher Weise, die Entwicklung des „Humankapitals“ während der Proto- und Frühindustrialisierung mit jener der wirtschaftlichen Performance der Monarchie, genauer genommen der „österreichischen“ Reichshälfte, in Beziehung setzen, die in den Arbeiten von David F. Good, John Komlos und anderen dokumentiert wurde.

Nun hat das österreichische Pflichtschulwesen aus der Zeit der „Reaktion“ bekanntlich in der Vergangenheit eine durchwegs negative Beurteilung erfahren. Kritisiert wurde die inhaltliche Enge der Lehrinhalte, die auf die Erziehung „gehorsamer Untertanen“ gerichtet war, aber auch die unzureichende Lehrerausbildung, deren schlechte Bezahlung und die geringe Bereitschaft seitens der Herrscher und Regierungen, mehr Budget für das Schulwesen bereitzustellen. Für einen „military-fis-

cal state“, der die Habsburgermonarchie wie viele andere europäische Staaten noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war, überrascht dieser Befund allerdings nicht weiter. Nach Berechnungen des Autors gab der Staat selbst im Jahr 1865, also am Ende der betrachteten Periode, für Pflichtschulen nur 0,34% des BIP aus. Die gängige Finanzierung durch Schulpatron, Gemeinde und Eltern, manchmal ergänzt durch Mittel aus dem Schulfonds oder andere staatliche Hilfen, ließ keine ausreichenden Mittel erwarten.

Es verwundert daher auch nicht, dass diese Kritikpunkte an der habsburgischen Schulpolitik in Cvrčeks Buch eine quantitative Bestätigung finden. Tatsächlich war die postjosephinische Politische Schulverfassung von 1805 von der Angst vor „gemeinschädlicher Verstimmung der Gemüter durch schiefe Aufklärung, unverdaute Lektüre und gelehrte Theorien“ geprägt. Der starke Einfluss der katholischen Kirche tat ein Übriges, um die strukturellen Defizite lediglich zu mildern, aber nicht grundlegend zu überwinden. Diese Defizite waren vielfältig. Selbst die vom vormärzlichen Regime angestrebte, nicht allzu ambitionierte Steigerung der Zahl der Trivialschulen gelang vor 1848 nur langsam, die erwünschte Zahl der „eingeschulten“ Orte wurde nicht erreicht. Das Grunddilemma lag darin, dass die einzelnen Gemeinden nicht gezwungen werden konnten, Schulen zu errichten, aber wenn diese vorhanden waren, diese dann unter strikten staatlichen Auflagen und Kontrollen litten. So bemühten sich sogar adelige Schulpatrone zum Teil erfolglos um mehr Unterricht in den „realistischen Fächern“. Die Bezahlung der Lehrer in den Pflichtschulen war äu-

ßerst dürftig und ohne Zuverdienst durch Kirchendienst oder andere Nebenbeschäftigungen zumindest in den ländlichen Regionen existenzbedrohend niedrig. Für Lehrer war ein Anstellungswechsel äußerst wichtig, da die bei der Anstellung vereinbarten nominellen Löhne auch bei hoher Inflation nicht angepasst wurden. Lehrerinnen fanden im betrachteten Zeitraum vor allem in Städten und dort in Privatschulen Anstellung, zumeist lediglich für „weibliche Handarbeiten“. Besser war ihre Situation nur im italienischsprachigen Raum. Die Benachteiligung tschechischsprachiger („slavischer“) Schulen, wie Cvrček belegt, bestand nicht in ihrer geringeren Zahl, sondern in der Ausstattung und den Lehrergehältern. Allen Trivialschulen gemein war eine überbordende Zahl von Kindern pro Klasse, die sinnvollen vertieften Unterricht kaum zuließen. Dazu kamen die vielen Schulbefreiungen im ländlichen Raum, die Überbelastung von Arbeiterkindern, die harte Kinderarbeit und Schule unter einen Hut bringen sollten. Nicht zu vergessen bestand auch ein beträchtlicher Gender Gap, was den Zugang von Mädchen zu Pflichtschulen anlangt.

Im Gegensatz zu älteren Darstellungen bezieht Cvrček die mariatheresianische Reform in seine zum Teil sehr harsche Kritik an der Entwicklung des Pflichtschulwesens in der Habsburgermonarchie mit ein. Im Wesentlichen stützt sich diese auf zwei Argumente: die geringe Durchsetzung der Schulpflicht und die bereits erwähnte mangelnde finanzielle Fundierung des Schulwesens. Für die Schulpflicht vergleicht der Autor Bevölkerungszahlen aus den Konstruktionen mit der publizierten Zahl schulpflichtiger und die Schulen besuchender Kinder. Die Bi-

lanz der Reform fiel demnach sehr ernüchternd aus. Nach Berechnungen des Autors waren 1780 lediglich 10% der Schulpflichtigen 1,74 Millionen Fünf- bis Zwölfjährigen auch in Pflichtschulen eingeschrieben, selbst in Niederösterreich lediglich 29%. Noch 1865 soll in Niederösterreich die Lücke zwischen den von den Schulbehörden erfassten und tatsächlich Schulpflichtigen laut Volkszählung fast 35.000 von 219.000 betragen haben. Das sind doch von den bisherigen Zahlen in der Sekundärliteratur stark abweichende, sehr geringe Werte, denn in der älteren Literatur findet sich die Aussage, dass am Vorabend der 1848er-Revolution fast alle schulpflichtigen Kinder in den österreichischen Alpenländern, mit Ausnahme der Untersteiermark und der böhmischen Länder, auch eine Schule besuchten. Wie ist diese Differenz zu erklären?

Nun ist die oben getroffene Aussage dahingehend zu relativieren, dass der Schulbesuch zum Teil sehr ungenügend passierte, sowohl was die vorgesehene Schuldauer von sechs Jahren als auch den unterjährigen Besuch in den Erntemonaten betrifft. Cvrček kommt darauf selbst am Beispiel Tirols zu sprechen. In diesem Land sorgte der verbreitete halbtägige Unterricht für eine hohe „enrollment ratio“, der kein entsprechend ausreichender Schulbesuch entsprach. Eine ähnliche Wirkung hatten sicherlich auch auf Druck der Eltern zu Stande gekommene Schulabbrüche nach nur drei oder vier Schuljahren, denen die Schulbehörden zu wenig Widerstand entgegensetzten. Ein völliger Nicht-Besuch von Pflichtschulen kam aber in den 1840er-Jahren in den ökonomisch entwickelten Kernländern wohl nur mehr selten vor. Das erklärt zumindest bis zu

einem gewissen Grad die durchaus nicht ungünstige ökonomische Performance während der Frühindustrialisierung trotz dieser Mängel im Bildungswesen.

Mag die Beurteilung dieser „Teilschulpflichtigen“ noch Ansichtssache sein, ist dem Autor allerdings ein gravierender statistischer Fehler unterlaufen, der die starken Abweichungen seiner Berechnung von der bisherigen Sekundärliteratur weitestgehend erklärt. Die Schulpflicht in „Österreich“ betrug vor 1869 sechs Jahre. Für die Berechnung des Anteils der schulpflichtigen Kinder hätte Cvrček also Schätzungen aus den Konskriptionen der Sechs- bis unter Zwölfjährigen vornehmen müssen, tatsächlich ging er aber wohl von den Sechs- bis unter 13-Jährigen aus, wie ein Abgleich für Wien im Jahr 1865 ergab. Nach Angaben des Autors wären noch 1865 rund 17.000 Schüler im damaligen Stadtgebiet nicht in die Pflichtschule gegangen, eine völlig unglaubwürdige Zahl. Nimmt man die Daten der Sechs- bis unter Zwölfjährigen aus der Volkszählung von 1869, der ersten modernen Volkszählung, und vergleicht diese mit den Daten der Schulbehörden, wie sie sich aus der vom Autor herangezogenen „Detail-Conscription“ von 1865 erschließen lassen, beträgt der Unterschied lediglich 2.000 – unter Berücksichtigung der Zuwanderung und des Geburtenbooms dieser Jahre ein für den Zeitraum 1865–1869 durchaus plausibler Anstieg.

Dem Autor wäre aber noch ein weiterer Gegencheck seiner Schätzungen zugänglich gewesen: die Alphabetisierungsraten laut Volkszählung 1890 nach Altersgruppen. 1890 waren von den im Zeitraum 1800–1809 in Cisleithanien Geborenen 37,5% Analphabe-

ten im engeren, 47% im weiteren Sinn (konnten nur lesen). In der Kohorte der 1840–1849 Geborenen betrugen die entsprechenden Anteile 30,9 und 37%. Das spricht für keinen großen Erfolg des vormärzlichen Schulsystems vor den Reformen der späten 1860er-Jahre. Die Verhältnisse waren allerdings doch deutlich besser, als der Autor suggeriert. So lag im industriellen Kernland Niederösterreich die Alphabetenrate bei den 81- bis 90-Jährigen (also im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts Geborenen) bei 22%, bei den 41- bis 50-Jährigen jedoch nur bei 6%. Berücksichtigt man die Zuwanderung aus Galizien, der Slowakei und anderen Teilen der Monarchie mit geringerem Bildungsstand, decken sich diese Werte durchaus mit den optimistischen Angaben aus der älteren Literatur. Zwar können die Ergebnisse der Volkszählungen der späten Habsburgermonarchie „geschönt“ sein – die hohe internationale Reputation der k. k. Statistischen Zentralkommission spricht allerdings eher dagegen –, aber ob Personen des Schreibens und Lesens nicht mächtig waren, entging den Erhebungsorganen vermutlich nur in seltenen Fällen.

Doch selbst wenn man den Volkszählungsergebnissen mit Bezug auf die Erhebung von Lesen und Schrei-

ben einen „Bias“ zurechnet, ist die Conclusio des Autors, die „Allgemeine Schulordnung“ von 1774 wäre „a brake on education“ (S. 267) gewesen, nicht nachvollziehbar. Nach der prononciert (manchester-)liberalen Position des Autors wäre es besser gewesen, auf das staatliche Pflichtschulwesen zu verzichten und Bildung, dem englischen Beispiel folgend, dem „Markt“ zu überlassen. Wie wenig das die mehrheitlich agrarische Bevölkerung der Habsburgermonarchie im späten 18. und im 19. Jahrhundert überzeugt hätte, illustriert der bäuerliche Widerstand gegen den Schulbesuch der Kinder in allen Teilen der Monarchie deutlich. Unter solchen Vorzeichen wäre es kaum bis 1913 zur flächendeckenden Alphabetisierung im westlichen Teil von Cisleithanien (Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. 8, Teil 1, S. 69) gekommen, einer „enrollment ratio“, die der amerikanische Historiker Gary Cohen als durchaus mit Deutschland vergleichbar annimmt.

So verdienstvoll die Arbeit des Autors mit Bezug auf die Erfassung der quantitativen Entwicklung des Schulwesens in der Habsburgermonarchie auch ist, kann der Conclusio des Autors schwerlich zugestimmt werden.

Andreas Weigl

Zu Gast bei Russlands Reichen

Rezension von: Elisabeth Schimpfössl,
*Rich Russians: From Oligarchs
 to Bourgeoisie*, Oxford University Press,
 Oxford 2018, 248 Seiten, gebunden, 44 €;
 ISBN 978-0-190-6776-3

2020 zählt das „Forbes“-Magazin in Russland 99 Milliardäre mit einem Vermögen von insgesamt mehr als 380 Mrd. US-Dollar. Die russischen Superreichen üben eine besondere Faszination aus, denn ihr exorbitanter Reichtum ist kaum drei Jahrzehnte alt und wird gerne ostentativ zur Schau gestellt. Wenn riesige russische Yachten die Häfen europäischer Nobelorte wie Monaco ansteuern, rümpft die alteingesessene Elite die Nase, denn der protzige Lebensstil entspricht nicht den vornehmen Gepflogenheiten des alten Geldadels. Doch die russischen Superreichen betreiben intensive Imagepflege und arbeiten an ihrer Anerkennung im bürgerlichen Lager. „Rich Russians“ von Elisabeth Schimpfössl bietet einen spannenden und intimen Einblick in die Welt der russischen Eliten, ihre Selbstwahrnehmung sowie die Umstände, die ihren Reichtum ermöglichten.

Elisabeth Schimpfössl ist eine österreichische Soziologin, die aktuell an der Aston University in Birmingham forscht und lehrt. Studienabschlüsse in Soziologie, Geschichte, Politikwissenschaft und Russlandstudien machen

sie zu einer versierten und interdisziplinären Expertin in Russlandfragen. In ihrer Forschung folgt Schimpfössl der wissenschaftlichen Tradition von Pierre Bourdieu, Max Weber, Werner Sombart oder Thorstein Veblen.

Kern des Buches ist eine soziologische Untersuchung, wie aus teils konkurrierenden russischen Oligarchen mit der Zeit eine soziale Klasse, eine russische Bourgeoisie wurde. Denn historisch hatte sich in Russland nie ein so starkes Bürgertum wie in England oder Frankreich etabliert – nicht in der Zarenzeit, und schon gar nicht nach der Russischen Revolution 1917. Ausschlaggebend für die exorbitanten Vermögen der neuen Reichen waren somit nicht Erbschaften innerhalb einer bürgerlichen Klasse, sondern die im Rahmen beispielloser Privatisierungswellen ermöglichte Aneignung vormals staatlichen Eigentums.

Schon die ersten Seiten lassen vermuten, welch großer Aufwand in der Recherche betrieben wurde.¹ Das Buch ist vollgepackt mit Namen und Biografien, politischen Hintergründen und historischen Fakten. Zwischen 2008 und 2017 führte Schimpfössl 80 qualitative Interviews in der russischen Oberschicht, unter den Interviewten etwa ein Drittel mit einem Vermögen von mehr als 500 Mio. Dollar und zahlreiche Milliardäre.² Aber auch die meisten anderen InterviewpartnerInnen besitzen mehr als 50 Mio. Dollar und zählen zu den reichsten 0,1% der russischen Gesellschaft.

¹ Einen ähnlich großen Rechercheaufwand hat auch die Journalistin Chrystia Freeland für ihr Buch „Die Superreichen“ (2013) betrieben, das mehrmals von Schimpfössl zitiert wird und vermutlich ein wenig als Vorlage diente.

² Durch den Fokus auf qualitative Interviews unterscheidet sich das Buch Schimpfössls von Arbeiten des Elitenforschers Michael Hartmann, der seine Analyse in „Die globale Wirtschaftselite“ (2016) überwiegend quantitativ fundiert.

Schimpfössl führte ausführliche biografische Interviews über die Familiengeschichte, Wertvorstellungen, Hobbys, die Hintergründe für den eigenen Reichtum, Einstellungen zum Westen, Geschlechterrollen, Zukunftshoffnungen und viele andere Fragen. Die Suche nach InterviewpartnerInnen gestaltete sich naturgemäß sehr aufwändig: Die Autorin musste oft lange Wartezeiten und mehrmalige Verschiebungen in Kauf nehmen, Interviewte wollten den Gesprächsverlauf und Themen selbst bestimmen oder zogen ihre Zustimmung zur Veröffentlichung sogar nach dem Interview noch zurück. Umso wertvoller ist das publizierte Ergebnis, das seltene Einblicke in eine nahezu unzugängliche Gesellschaftsschicht erlaubt.

Der Aufstieg der russischen Elite ist vor allem vor dem Hintergrund der politischen Transformation des Landes zu betrachten. Das Ende der Sowjetunion 1991 und die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien führten zunächst zu einem drastischen Einbruch des Lebensstandards in Russland. Innerhalb weniger Jahre verdreifachte sich die Armut, die Lebenserwartung reduzierte sich bei Männern auf 57 Jahre, und die Geburtenrate brach ein. Gleichzeitig gab es das andere Russland, jenes der Oligarchen und Neureichen. Sie kamen scheinbar aus dem Nichts und plünderten in den 1990er-Jahren die Ressourcen des Landes. Schimpfössl bietet einen kompakten und interessanten Überblick über die zehntausenden Privatisierungen und deren Profiteure. So stellten die millionenfach an die Bevölkerung vergebenen Privatisierungsschecks die Industrie nicht unter Kontrolle der ArbeiterInnen, da diese meist Bargeld bevorzugten und die Gutscheine an ihre

Chefs verkauften. Als Russland Mitte der 1990er in Schwierigkeiten bei Pensionsauszahlungen geriet, wurden Privatisierungen auf nahezu alle Wirtschaftsbereiche ausgeweitet und beschleunigt.

Für den raschen Aufstieg war ein schwieriger Spagat zu bewältigen. Man musste weit genug vom alten Partei-Establishment entfernt sein, um Geschäfte unabhängig und mit allen Freiheiten entfalten zu können. Zugleich aber war die Nähe zum Staatsapparat wichtig, um vom Ausverkauf profitieren zu können. Der Rest ist Geschichte: Das politische Establishment und ihm nahestehende Oligarchen schufen ein System, in dem eine Hand die andere wusch. Es war der rasante Aufstieg der Telekom-Giganten, Medienmogule und Ölbarone.

Obwohl viele Oligarchen unter Präsident Putin in den 2000er-Jahren in Ungnade fielen, wuchs in dieser Zeit die Zahl der Reichen, die nicht durch Öl, Gas oder Kohle, sondern durch Finanzwirtschaft, Informationstechnologie, Immobilien und Handel reich wurden. In dieser Dekade entstand zwar auch eine russische Mittelschicht, doch währenddessen schossen die Vermögen der Reichsten in den Himmel, und Russland wurde zum Land mit der weltweit größten Vermögensungleichheit.

Das rückte die Profiteure der Privatisierungen in der Bevölkerung allerdings in ein schlechtes Licht. Vor allem seit der globalen Wirtschaftskrise 2008 und der Rubelkrise 2014 sind die reichen Russen um ihre gesellschaftliche Anerkennung besorgt. Sie wollen ihren Reichtum von der Bevölkerung gebilligt wissen und ringen um Akzeptanz in einer ungleichen Gesellschaft, die den Superreichen misstrauisch gegenübersteht.

Mehr als die Hälfte der russischen Bevölkerung ist laut Umfragen überzeugt, dass man mit ehrlichen Mitteln nicht reich werden kann. In Reaktion haben die reichen Russen Ressourcen für kulturelle und soziale Zwecke lockergemacht, um sich als respektierte, aber auch politisch mächtige Klasse zu konstituieren. Sie eigneten sich noble Umgangsformen und kultivierte Verhaltensweisen an, entdeckten ihre Familiengeschichten, engagierten sich philanthropisch und entwickelten Narrative, die ihre privilegierte Position legitimieren sollten. Oft wurden dazu familiäre Wurzeln in der russischen Intelligenzija ausgegraben und aufpoliert. Sie versuchten den Mief der Neureichen abzustreifen und sich ein bürgerliches, gehobenes Image zu geben, beschreibt Schimpfössl.

Im Buch wird die ostentative Demonstration von Bodenhaftung mit illustrativen Beispielen aus den Interviews belegt. Eine lange Ehe wurde wichtiger als eine junge Freundin, der Kleidungsstil bei Außenauftritten bescheidener – manche trugen demonstrativ gebrauchte Kleidung –, und man legte Wert auf Fahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln statt in Limousinen. Immer wieder betonen die Reichen in den Gesprächen mit Schimpfössl ihre Herkunft aus einfachen Verhältnissen, um so die eigene Leistung für den sozialen Aufstieg in den Blickpunkt zu rücken.

Die Zahlen sprechen eine etwas andere Sprache: Mehr als vier Fünftel der russischen Elite zu Anfang der 1990er-Jahre hatten schon vor der politischen Wende eine privilegierte Position,

wenn auch nur in der zweiten oder dritten Reihe. Einige Beispiele im Buch zeigen den inneren Konflikt zwischen der Betonung der einfachen Herkunft und der stolzen Familiengeschichte. Ein Telekom-Milliardär verwandelt innerhalb des Interviews die einfachen Verhältnisse („*I'm a simple man. My family goes back to workers and peasants.*“) in eine angesehene Dynastie („*My great-grandfather was a famous man in Moscow. [...] He sat in the pre-revolutionary Moscow duma and owned seventeen houses.*“).

Immer wieder kommt in den Interviews die ideologische Nähe zum Neoliberalismus durch, dessen radikaler Umsetzung viele russische Neureiche ihren Erfolg verdanken. Das äußert sich teilweise in der Verehrung von Augusto Pinochet, der in der chilenischen Militärdiktatur ab den 1970ern freie Märkte mit Waffengewalt durchsetzte und dessen Name in mehreren Interviews fällt. Aber auch in der offen unterstützten Leistungsideologie, wonach alle ihr Glück selbst in der Hand hätten.³ Ein Unternehmer meint: „*I didn't think about the poor back then; in fact, I don't think about them today either. [...] They will help themselves – well, as long as they are not lazy or idiots – then they'll go figure something out.*“ Ein anderer zeigt ebenfalls wenig Verständnis: „*If you don't have money, get a scholarship. At university nobody cares whether you are wealthy or not.*“

Außerdem gibt es zwei Erfolgsfaktoren, die sich die Reichen auf ihre Fahnen schreiben: Gott und Gene. Während die einen ihren starken religiösen

³ Ähnliche Einblicke bietet der jüngst in Wirtschaft und Gesellschaft veröffentlichte Artikel von Hannah Quinz „Subjektive Wahrnehmung und Legitimierungsstrategien von Vermögenserblinnen“ (WuG 1/2020) auf Basis von Interviews mit Erblinnen großer Vermögen.

Glauben betonen, sehen sich andere als genetisch dem Rest der Bevölkerung überlegen. Und dann gibt es am anderen Ende des Spektrums noch jene, die ein ganz besonders unerwartetes Vorbild haben: „*Someone I see as my role model? Karl Marx. Of course, there is a lot of utopia in Marx, but utopian ideas are not so bad after all.*“ Es sind auch solche Zitate in Schimpfössl's Buch, die einen lebhaften Eindruck von der Gedankenwelt der russischen Oberschicht vermitteln.

So divers Russlands Reiche sind, die meisten eint der Wunsch nach einem besseren Image in der Bevölkerung. Das Bild vom eigensinnigen und rücksichtslosen Oligarchen der 1990er-Jahre soll dem eines gutbürgerlichen, ehrlichen und menschenfreundlichen Wohlhabenden weichen. Es wundert nicht, dass philanthropische Initiativen deutlich zugenommen haben und sich so mancher Reiche dem Bau von Museen widmet, um das kulturelle Erbe Russlands der Allgemeinheit zu sichern, oder sich notleidender Kinder annimmt. Die ehemaligen Raubritter wollen zu respektierten Gentlemen werden, die Oligarchie gern zur Bourgeoisie. An dieser Stelle sei erwähnt, dass das in dieser Rezension meist verwendete Maskulinum kein Zufall ist. Ein ganzes Kapitel widmet Schimpf-

össl den Geschlechterverhältnissen in Russlands Oberschicht und kommt zum Schluss, dass diese Welt eine fast ausschließlich männliche, patriarchale ist.

„Rich Russians“ zeigt den Aufstieg der russischen Oberschicht in der jüngeren Geschichte vor dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Verwerfungen nach dem Ende der Sowjetunion. Ihre soziologische Analyse legt dar, wie die russischen Neureichen zu einer von Pierre Bourdieu charakterisierten *classe dominante* wurden: einer sozialen Klasse, die neben wirtschaftlicher Macht auch kulturelle und gesellschaftliche Hegemonie erreicht hat. Dabei verspüren sie ein Zusammengehörigkeitsgefühl, haben also ein Bewusstsein für ihre eigene Klasse entwickelt, denn sie eint ihr Interesse an möglichst stabilen sozialen Verhältnissen, um ihren Reichtum abzusichern. Elisabeth Schimpfössl liefert mit ihrem Buch einen interessanten Streifzug durch die jüngere Geschichte Russlands, spannende Einblicke in die Gedankenwelt einer sonst unzugänglichen Gesellschaftsschicht und nicht zuletzt durch viele amüsante, provokante und verblüffende Interviewpassagen eine kurzweilige Lektüre.

Matthias Schnetzer

Kritik und Alternativen: „Postwachstum“ öffnet neue Perspektiven

Rezension von: Matthias Schmelzer und
Andrea Vetter, Degrowth/Postwachstum
zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag,
2019, 16,30 €, broschiert,
ISBN 978-3-960-60307-8.

Über Pfingsten 2020 war eine internationale Konferenz zum Thema „Degrowth/Postwachstum“ in Wien geplant, bei der Strategien des sozial-ökologischen Umbaus unserer Gesellschaften zentral waren. Die auch von der Arbeiterkammer unterstützte Konferenz hat im Unterschied zu ihren Vorläuferkonferenzen – die Treffen finden seit 2008 alle zwei Jahre an verschiedenen Orten statt – Fragen von Arbeit und ihre Rolle im Umbauprozess, aber auch solche angemessener Interessenvertretung prominent diskutiert. Die Konferenz wurde aus den bekannten Gründen online durchgeführt. Statt der geplanten maximal 800 Teilnehmenden vor Ort in Wien waren es dann über 4.000 registrierte Personen. Die Präsentationen und Diskussionen hatten eine durchweg hohe Qualität. Sie wurden durch etwas ausgezeichnet, das die Diskussion um Postwachstum prägt: ein enges Zusammenspiel von Wissenschaft und politischer Praxis.

Das Buch der beiden in Leipzig lebenden WissenschaftlerInnen und AktivistInnen Andrea Vetter und Matthias Schmelzer erhellt den Hintergrund der dynamischen internationalen Diskussion, die nach und nach auch in der breiten Öffentlichkeit und bei politischen AkteurInnen anzukommen scheint. Hinter Postwachstum verbirgt sich eine

Kritik an der Fokussierung von Politik, Ökonomie und Gesellschaft auf das Wirtschaftswachstum – samt den problematischen sozialen und ökologischen Implikationen. Verbunden mit dem Begriff ist eine Fülle von Vorschlägen, wie ein gutes Leben für alle auf gerechte und ökologisch nachhaltige Weise erreicht werden kann. „Im Kern geht es bei Postwachstumsvorschlägen darum, die dominante ökonomische Logik und das ökonomische Kalkül – die Frage also, ob es sich in Geld rechnet – als in vielen Kontexten alleinige Entscheidungsgrundlage zurückzudrängen. Ziel ist damit ebenso die Repolitisierung und Demokratisierung von gesellschaftlichen Institutionen wie von Macht- und Eigentumsverhältnissen und die Erkämpfung von selbstbestimmten Freiräumen, um dadurch die gesellschaftliche Dominanz und Logik ‚der Ökonomie‘ zu verlassen“ (S. 22).

Vetter und Schmelzer legen keine Definition vor, sondern schreiten das breite Feld von Kritik und Alternativen ab, die sich unter dem Begriff Postwachstum versammeln. Nach einer vorzüglichen Einleitung werden zunächst knapp und präzise die historische Bedeutung des Wirtschaftswachstums und die damit einhergehenden Probleme dargestellt. Anschließend werden sieben Stränge der Wachstumskritik skizziert, die in einen produktiven Austausch gebracht werden sollten: eine ökologische Kritik (Stichworte etwa planetare Grenzen und Klimakrise), eine sozial-ökonomische Kritik (Stichworte sind Keynes' Verständnis von Bedürfnissen und Konsumkritik), eine kulturelle Kritik (Stichwort Entfremdung) und eine feministische Kritik (Stichwort Bedeutung reproduktiver Arbeit) sowie Kritiken mit Fokus auf Kapitalismus (Stich-

worte Akkumulation und Ausbeutung), auf Industrialismus (Stichwort Technik als Wachstumstreiber) und auf Nord-Süd-Verhältnisse (Stichworte hier imperiale Lebensweise und „Entwicklung“ als Machtverhältnis). Dabei wird deutlich, dass „Postwachstum“ ein deutlich progressiver Begriff ist, während sich hinter „Wachstumskritik“ auch regierungsnahe, konservative und weiter rechts stehende bis hin zu faschistischen Strömungen verbergen.

Über die Kritik hinaus bedeutet Postwachstum vor allem, dass Alternativen heute bereits entstehen. Dafür werden verschiedene Strömungen dargestellt: institutionenorientierte – die wahrscheinlich am ehesten im AK- und Gewerkschaftsspektrum anzutreffen sind –, suffizienzorientierte, alternativ-ökonomische, feministische sowie kapitalismus- und globalisierungskritische Strömungen.

Im nächsten Abschnitt wird eine spannende Verdichtung vorgenommen, indem drei Ziele für eine Postwachstumsgesellschaft aus den bisher dargestellten Ansätzen benannt werden: erstens globale ökologische Gerechtigkeit, zweitens soziale Gerechtigkeit und die Möglichkeit eines guten Lebens, Selbstbestimmung und die demokratische Gestaltung der Gesellschaft sowie drittens eine systemische Wachstumsunabhängigkeit der Wirtschaft. Dafür werden vielfältige Strategien und konkrete Schritte genannt, wie beispielsweise der Rück- und Umbau von Produktion, um sie gerecht und demokratisch zu gestalten, die Stärkung von solidarischer Ökonomie sowie der Erhalt und die Ausweitung der Commons, die Neubewertung und -verteilung von Arbeit, existenzsichernde soziale Sicherungssysteme, Um-

verteilung von oben nach unten und Maximaleinkommen. Ein besonders interessanter Anstoß der Postwachstum-Debatte ist aus meiner Sicht ein anderes Verständnis von Technik, nämlich – in Anlehnung an Ivan Illich – eine ein gutes Zusammenleben ermöglichende „konviviale Technik“ und demokratische Technikentwicklung: „Es geht um die Frage, welche Technik eingesetzt wird, wofür und wie viel davon – und wer das entscheidet“ (S. 194).

In einem weiteren Abschnitt werden exemplarische Transformationsstrategien vorgestellt, die von Freiräumen und Experimenten über institutionelle Politiken sowie mit dem Begriff der Gegenhegemonie bis hin zur Entwicklung neuer Selbstverständlichkeiten jenseits der Wachstumsfixierung und dem Umbau gesellschaftlicher Machtverhältnisse reichen. Besonders interessant ist hier der Begriff der „nicht-reformistischen Reformen“, der in den 1970er-Jahren von André Gorz geprägt wurde: Postwachstumspolitik setzen „bei bereits bestehenden Strukturen und Regelungen an, weisen aber über die kapitalistische, wachstumsgetriebene Produktionsweise hinaus“ (S. 219).

Wichtige Kritiken, die immer wieder an „Postwachstum“ formuliert werden, schließen das Buch ab: Eine vermeintliche Konsumfixierung würde zur Vernachlässigung von sozialen und Klassenfragen führen; unterschätzte globale Fragen, also die Implikationen von Postwachstumspolitik für andere Weltregionen; Fragen der Digitalisierung und des „Informationskapitalismus“. Die wichtige Schlussbemerkung: Eine grundlegende sozial-ökologische Transformation bzw. die Einrichtung einer Postwachstumsgesellschaft ist ein

konfliktreicher Prozess, gegen den sich die herrschenden Kräfte wehren werden.

Das Buch besticht durch eine profunde Kenntnis der wissenschaftlichen *und* der politischen Debatten. Andrea Vetter hat zum Thema „konviviale Technik“ und Technikethik promoviert (ihre Dissertation erscheint Anfang 2021 beim Transcript-Verlag), der Historiker Matthias Schmelzer hat 2017 bei Cambridge University Press seine Dissertation zur Geschichte und Hegemonie des Wachstums in der OECD-Welt

publiziert. Die AutorInnen arbeiten beim Konzeptwerk Neue Ökonomie in Leipzig, das sich in den letzten Jahren zur Schnittstelle zwischen Politik, Bewegungen und Wissenschaft im Themenfeld Wachstumskritik, Alternativen und Utopien entwickelt hat.

Das Buch ist geeignet zur Einführung, bietet aber auch jenen, die mit der Debatte bereits vertraut sind, spannende Informationen und Perspektiven.

Ulrich Brand

Wissen für KeynesianerInnen und alle, die es werden wollen/sollen

Rezension von: Robert Dimand, Harald Hagemann (Hrsg.), *The Elgar Companion to John Maynard Keynes*, Edward Elgar Publishing 2019, 672 Seiten, \$ 350, gebunden, ISBN 978-1-847200-008-2

Tiefe Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, wirtschaftliche Kosten einer überbewerteten Währung oder auch chronischer Überschüsse in der Leistungsbilanz, Möglichkeit, mit höheren Staatsausgaben und niedrigen Zinsen Vollbeschäftigung zu erreichen, Verhältnis unbezahlter Arbeit (von Frauen) zu bezahlter Arbeit (von Männern), Zusammenhang zwischen höherem Wohlstand und kürzeren Arbeitszeiten, Bedeutung von technologischem Fortschritt und Kapitalakkumulation und deren Zusammenspiel mit der effektiven Nachfrage, Regulierung von Finanzmärkten und Kapitalverkehr sowie öffentliche Rolle und politischer Einfluss von „Top-Ökonomen“ auf die öffentliche Debatte: Viele brandaktuelle Themen der Wirtschaftspolitik von heute prägten – unter anderen Vorzeichen – auch die Wirtschaftspolitik in den Marktwirtschaften des 20. Jahrhunderts. Sie kennzeichneten ebenso das Leben und Werk des wahrscheinlich einflussreichsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts, des britischen Liberalen John Maynard Keynes. Gute Gründe, sich einmal mehr mit seinem Werk zu beschäftigen.

Das neue „Elgar Companion to John Maynard Keynes“ bietet eine exzellente Gelegenheit, sich detailliert mit vielfältigen Aspekten von Leben und

Werk, ideengeschichtlichen Hintergründen und wirtschaftspolitischen Umständen, prägenden ZeitgenossInnen, engen Verbündeten und erbitterten GegnerInnen sowie der recht unterschiedlichen Entwicklung des Keynesianismus in ausgewählten Ländern auseinanderzusetzen. In 95 neuen, von prominenten AutorInnen, exzellenten KennerInnen ihres Fachgebietes verfassten Artikeln wird nicht nur Bekanntes neu aufbereitet, sondern auch so manches neue Detail mit Umsicht beschrieben.

Die beiden Herausgeber garantieren die hohe wissenschaftliche Qualität des Werkes, sie sind aber ebenso mit belegbarem Erfolg um die Lesbarkeit des Buches bemüht: Robert Dimand, Ökonomieprofessor an der Brook University, und Harald Hagemann, Professor an der Universität Hohenheim, beschlagener Makroökonom und einer der anerkanntesten deutschsprachigen Experten der Ideengeschichte der Ökonomie, exzellenter Keynes-Kenner und ehemaliger Vorsitzender der Keynes-Gesellschaft.

Im Rahmen dieser Rezension können nur einzelne der Vielzahl an lezenswerten Kapiteln des neuen Standardwerkes besprochen, auf einige weitere kann allenfalls cursorisch hingewiesen werden.

Teil I des neuen Buches widmet sich dem Leben und Werk des britischen Ökonomen. Neben Kurzporträts des Vaters John Neville Keynes, der Mutter Florence Ada Keynes und der Frau Lydia Vasilievna Lopokova werden dabei vor allem die zeitgeschichtlichen Umstände des Keynes'schen Schaffens umrissen. Die Doyenne der britischen Ökonomie Victoria Chick bringt die intellektuelle und künstlerische Atmosphäre der Bloomsbury Group zum

Leuchten. Keynes selbst hatte zwar vielfältige Begabungen, wohl aber kein künstlerisches Talent, war eher Patron der illustren Runde aus SchriftstellerInnen, MalerInnen und KunstkritikerInnen. In dieser Patronage verknüpfte er gewohnt vielseitig und umsichtig ökonomische und künstlerische Fragestellungen, etwa wenn er eine Sitzung des Alliierten Finanzkomitees in Paris 1918 dazu nutzte, weltberühmte Bilder aus dem Atelier Degas – zu außerordentlich günstigen Preisen – für die National Gallery zu ersteigern, einen Cézanne aber auch für sich selbst. Der beschlagene Herausgeber von Keynes' „Collected Writings“ Donald Moggridge zeichnet die Umstände und Rahmenbedingungen von vier Phasen Keynes'scher Interventionen in die britische und internationale Wirtschaftspolitik nach, seine Tätigkeit im India Office, während des Ersten und Zweiten Weltkrieges und im Wettkampf der ökonomischen Ideen in der Zwischenkriegszeit. Hier wird bewusst, wie Keynes gleichzeitig wirtschaftstheoretischer Vordenker, mit drängenden Herausforderungen befasster wirtschaftspolitischer Berater, Intellektueller mit dem Ziel, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, und britischer Gentleman mit Interesse an den schönen Künsten war. Zu viel für ein Menschenleben.

Der Ökonom John Maynard Keynes begann als Philosoph. Dies zeigt sich zum Beispiel in seiner Dissertation zu den philosophischen Grundlagen der Wahrscheinlichkeitstheorie „Treatise on Probability“ (1921) und prägt seinen vielschichtigen, interdisziplinären Zugang zu wirtschaftspolitischen Problemen ebenso wie seine Fähigkeit, sich in der öffentlichen Debatte mit umfassendem Wissen Gehör zu verschaffen.

Teil II des „Elgar Companion“ analysiert zunächst den Einfluss der großen Cambridge-Philosophen George Moore und Bertrand Russell auf Keynes, aber auch dessen Beziehung zu Ludwig Wittgenstein, mit dem er bei beiden von ihm mitorganisierten Cambridge-Aufenthalten des österreichischen Philosophen 1911–1913 und 1929 Kontakt hatte. Das wechselseitige Interesse an den inhaltlichen Arbeiten war hoch, viele Sichtweisen ähnlich, auch wenn die persönlichen Beziehungen eher schwierig gewesen sein dürften. Darauf folgen fünf Kurzaufsätze zu den wirtschaftswissenschaftlichen Vätern: von Thomas Malthus über Alfred Marshall und Knut Wicksell bis John Hobson und Irving Fisher.

Teil III des Bandes stellt die kompakteste Zusammenfassung der wichtigsten Keynes'schen Werke dar, die mir bislang untergekommen ist. Die von Robert Dimand besprochenen „The Economic Consequences of the Peace“ (1919) machten Keynes zum weltbekannten Intellektuellen, Bestseller-Autor und änderten sein Leben und seine Karriere. Die von den Alliierten in Versailles von Deutschland verlangten Reparationszahlungen veranlassten Keynes, aus der britischen Delegation bei den Friedensverhandlungen auszusteigen und innerhalb weniger Wochen ein Buch zu verfassen, in dem er die ökonomisch und politisch verheerenden Wirkungen des Friedensvertrages offenlegte. Spätestens hier zeigte sich Keynes' Fähigkeit, auf der Basis von im Detail analysierten Fakten grundlegende ökonomische Zusammenhänge aufzuzeigen und politisch plakativ Position zu beziehen. In seinem Anspruch, die aus den Reparationszahlungen resultierenden Budget- und Wirtschaftsprobleme Deutsch-

lands und das ganz Europa wirtschaftlich schadende Transferproblem zu analysieren, bezog Keynes die Rolle als Vertreter des gesamtwirtschaftlich vernünftigen Allgemeininteresses. Joseph Schumpeter sollte später Keynes Erstling hymnisch feiern und als „work of art“ und „masterpiece“ bezeichnen.

Nicht weniger faktenbasiert und gekonnt polemisch argumentierte Keynes wenige Jahre später in „The Economic Consequences of Mr Churchill“ (1925) gegen die Entscheidung des britischen Schatzkanzlers, das Pfund Sterling zu überhöhtem Wechselkurs neuerlich in den Goldstandard zu führen. Keynes beschrieb nicht nur das absehbare wirtschaftliche Desaster, sondern gewann in dieser Analyse auch wertvolle Einsichten, etwa in die Schwierigkeiten von Nominallohnsenkungen, die eine wesentliche Grundlage für Kapitel 2 der späteren General Theory bildeten. Die Überlegenheit des Keynes'schen Arguments führte spät, aber doch im Jahr 1931 zur unaufschiebbaren Abschaffung des Goldstandards.

Als sehr erfreuliche Entscheidung der Herausgeber erweist es sich, einzelne Aufsätze der „Essays in Persuasion“ (1931), in denen Keynes Meisterhaft der Beeinflussung von intellektuellem Diskurs und öffentlicher Meinung kulminiert, separat zu beschreiben. So beschäftigt sich Sherry Davis Kasper mit dem wichtigen Aufsatz „The End of Laissez-Faire“ (1925), ursprünglich „Sydney Ball Memorial Lecture“ (1924). Keynes widmet sich dabei der Ideengeschichte der Laissez-faire-Position und des Individualismus. Dieser wurde zunächst als Gegenposition zum Absolutismus der Monarchie entwickelt, geriet aber bald in Gegensatz zum sozialistischen Egalitarismus. Die

klassische Ökonomie glaubte beide Strömungen versöhnen zu können, indem in ihrem Konzept die Verfolgung individueller Interessen zum gesellschaftlichen Wohlstand führt. Keynes wendet sich gegen die „popularisers and vulgarisers“ des Laissez-faire, die dieses im Gegensatz zu Smith, Ricardo und Malthus zum politischen Programm konservativer Ideologie machten. Daraus leitet Keynes eine Sozialphilosophie des Mittelweges ab, die gesellschaftliche Interessen spiegelt und später in Kapitel 24 der General Theory weiterentwickelt wurde.

Die Grundlage für den wichtigen Aufsatz „Am I a Liberal?“ bildet Keynes Rede bei der Liberal Summer School 1925. Die liberale Partei war die lebenslange geistige und politische Heimat von John Maynard Keynes. In Abgrenzung zu Tories und Labour sah er die Liberalen als Garanten von Marktwirtschaft und Demokratie. Er benannte die „questions of the day“ in fünf Kategorien, darunter „peace questions“ in Bezug auf die wirtschaftliche Erholung Deutschlands, „questions of government“ im Aufbau starker öffentlicher und semiöffentlicher Institutionen und „sex questions“ mit Geburtenkontrolle, Scheidungsrecht und einer Stärkung der ökonomischen Rolle von Frauen. Alles in allem ein sozialliberales Programm. Keynes Hoffnungen in Bezug auf die liberale Partei erfüllten sich nicht, eher Befürchtungen, indem die Liberalen darauf reduziert waren, „to providing Conservative governments with ministers and Labour governments with ideas“.

Herausgeber Harald Hagemann selbst hat das Kapitel zu „Economic Possibilities for our Grandchildren“ verfasst, einem Aufsatz, in dem die langfristige Version des Keynes'schen

Denkens kulminiert und der heute zu Recht wieder besondere Aufmerksamkeit erfährt. Keynes machte sich mitten in der Wirtschaftskrise Gedanken über das ökonomische Leben in hundert Jahren, und seine Vision war positiv: Er vertraut auf technischen Fortschritt und Kapitalakkumulation und sieht langfristig die ökonomischen Probleme der Menschheit gelöst. Bei Arbeitswochen von wenigen Stunden haben die Menschen Zeit „to live wisely, agreeably and well“. Hagemann preist Keynes für seine Analyse langfristigen Wirtschafts- und Produktivitätswachstums lange vor der modernen ökonomischen Wachstumstheorie, seine Unterscheidung zwischen absoluten und relativen Bedürfnissen und seine menschliche Vision. Hagemann diskutiert die Keynes'sche Vision anhand der Kriterien ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit und kritisiert Keynes – an dieser Stelle – fehlende Verteilungsanalyse, seine Unterschätzung der Konsumbedürfnisse und seinen unübersehbaren kulturellen Elitismus. In diesem Aufsatz kommt auch die ambivalente Haltung von Keynes gegenüber dem Kapitalismus zum Ausdruck: Auf der einen Seite lobt er dessen Effizienz und Akkumulationsdynamik, auf der anderen Seite kritisiert er dessen moralische und kulturelle Verkommenheit.

Es folgen eine Besprechung der „Essays in Biography“ (1933) durch Geoffrey Harcourt und der wichtigen Lectures „The Monetary Theory of Production“ (1932/33) und „The General Theory of Employment“ (1934/35) durch Robert Dimand, in denen Keynes die Grundzüge der General Theory ausarbeitet, sowie der wirtschaftstheoretischen Umstände und wirtschaftspolitischen Ergebnisse von „The Gene-

ral Theory of Employment, Interest and Money“ (1936) durch den besten zeitgenössischen Kenner von Keynes Leben und Werk, den Keynes-Biographen Robert Skidelsky.

Der deutsche Keynesianer Peter Spahn widmet sich dem wichtigen Werk „How to Pay for the War“ (1940). Dieser Aufsatz kann als ein Beispiel für die enge Involvierung von Keynes in die praktische Gestaltung der Wirtschaftspolitik verstanden werden. Als Berater des Treasury war Keynes mit Überlegungen befasst, wie Inflation in einer Kriegswirtschaft zu vermeiden sei. Gleichzeitig versuchte er mit dem Aufsatz die politische Debatte zu beeinflussen und einen sozialreformerischen Vorschlag zu machen. Nach Abwägung möglicher Alternativen vor allem der Zins- und Steuerpolitik entfaltet Keynes ein Schema verpflichtender Ersparnisse, mit dem die gesamtwirtschaftliche Nachfrage beschränkt und Inflation vermieden werden kann. Damit sollten makroökonomische Stabilisierung und breitere Verteilung des Finanzvermögens gleichzeitig erreicht werden. Familienbeihilfen und eine Vermögensabgabe dienten der verteilungspolitischen Ergänzung. Spahn betont vor allem Keynes Fähigkeit, seine Vorschläge anzupassen, um politische Mehrheiten zu finden, sowie seine genuine Stärke, ökonomisch-technische Politikvorschläge mit visionären Sozialreformen zu verbinden.

Der außerordentlich aufschlussreiche Teil IV des Werkes diskutiert Keynes Beitrag zu zentralen Konzepten der makroökonomischen Analyse. Von der Quantitätstheorie des Geldes (Arash Vasséi) über den Multiplikator (Robert Dimand), effektive Nachfrage (Paul Davidson) und Arbeitslosigkeit (Sylvie Rivot) sowie Liquiditätspräfe-

renz (Victoria Chick) und Risiko und Unsicherheit (Sheila Dow), IS-LM (Warren Young), Finanzmotiv (Jan Kregel) bis zu unvollständiger Konkurrenz (Rodolphe Dos Santos Ferreira). Dazu kommen unter anderen Beiträgen zwei Analysen von wichtigen Kontroversen: Heinz Kurz zur Keynes-Sraffa-Hayek-Kontroverse um die Kapitaltheorie, Marcel Boumans zur Keynes-Tinbergen-Kontroverse um Ökonometrie.

In Teil V werden KritikerInnen und ZeitgenossInnen beschrieben. Besonders interessant erscheinen mir der Beitrag von Harald Hagemann über Joseph Schumpeter. Schumpeter und Keynes teilen das gleiche Geburtsjahr (1883, zugleich das Todesjahr von Karl Marx) und auch darüber hinaus einiges. Beide sahen sich als Liberale, die den Beitrag des Kapitalismus zum Wohlstand für hoch, seine moralischen Grundlagen aber für voller Mängel hielten. Aus unterschiedlichen Denktraditionen kommend blieb ihre persönliche Beziehung kompliziert. Arbeiten wie die „Treatise on Money“ oder „The Economic Consequences of the Peace“ hymnisch lobend blieb Schumpeter gegenüber der General Theory kritisch. Zu schwierig war es für ihn, der Krisen im Kapitalismus für wichtig hielt, Keynes theoretischer Fundierung der Stabilisierungspolitik zu folgen. In der praktischen Ablehnung von Austeritätspolitik, der Notwendigkeit von expansiver Fiskalpolitik und staatlicher Intervention in der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre waren einander die beiden dann aber wieder enig und standen damit gemeinsam in Widerspruch zu Hayek. Hagemann kritisiert umsichtig und mit interessanten Quellen die Mode, Keynes und Schumpeter gegeneinander auszuspielen. Er redet

vielmehr einer Kombination von Keynes Ausweitung der Nachfrage nach Konsumgütern und öffentlicher Infrastruktur sowie Schumpeters Betonung von Forschung und Entwicklung als wirtschaftspolitisches Erfolgsrezept das Wort.

Die zentralen Gegenspieler des 20. Jahrhunderts waren vielmehr John Maynard Keynes und Friedrich August Hayek, denen der Beitrag von Hansjörg Klausinger gewidmet ist. Bereits um Keynes „Treatise on Money“ (1930) und Hayeks „Prices and Production“ (1931) kam es zu heftigen akademischen Auseinandersetzungen, die das Cambridge-Lager um Keynes für sich entschied. Noch heftiger wurde die intellektuelle Debatte um die Weltwirtschaftskrise, die beiden Konjunkturtheorien und die angemessene Wirtschaftspolitik: Hayek führte seine Position des Lobs öffentlicher und privater Sparsamkeit, der Kritik expansiver Geldpolitik und der Empfehlung von Kürzungen bei Löhnen und Konsum immer weiter ins Extrem. Damit war er chancenlos gegen General Theory und Keynes'sche Revolution. Enttäuscht über seine akademische und politische Niederlage wandte sich Hayek von den Wirtschaftswissenschaften ab und der Sozialphilosophie zu. Erst in den 1970er-Jahren nahm Hayek neuerlich seinen Feldzug gegen Wohlfahrtsstaat und Keynesianismus auf, den er als inflationistisch und kalten Sozialismus verunglimpfte. Mit den Wahlerfolgen der Hayek-AnhängerInnen Ronald Reagan und Margaret Thatcher war er zumindest dann politisch erfolgreich. Wissenschaftlich blieb er aber weitgehend einflusslos.

Spannend und dennoch hier nicht weiter behandelt sind die beiden Aufsätze zu Keynes Zeitgenossen William

Beveridge (Robert Dimand) und Michał Kalecki (Malcolm Sawyer). Teil VI des Bandes widmet sich sodann Keynes Verbündeten. Heinz Kurz porträtiert Piero Sraffa und dessen Verhältnis zur Keynes'schen Theorie. Sraffa und Keynes, von völlig unterschiedlicher Persönlichkeit, verband eine enge intellektuelle und wissenschaftliche Auseinandersetzung, die sie in wesentlichen Kontroversen, z. B. jener mit Hayek, auf einer Seite sah. Der engste wissenschaftliche Mitarbeiter von Keynes war wohl Richard Kahn, auf den vor allem die bahnbrechende Idee des Multiplikators zurückgeht. Sein Werk wird von Maria Marcuzzo porträtiert. Joan Robinsons „The Economics of Imperfect Competition“ (1933) war eine wesentliche Erweiterung der keynesianischen Ökonomie. Robinson, im vorliegenden Band porträtiert von Prue Kerr, gehörte aber wie Kahn und Sraffa auch zum innersten „Cambridge Circus“ und war dessen wichtigstes Verbindungsglied zu Michał Kalecki. Es folgen interessante Einträge zu Roy Harrod, James Meade, Colin Clark, Richard Stone, Lorie Tarshis und David Chapmanowne.

Keynes Vermächtnis beeinflusste das Werk zahlloser ÖkonomInnen der nächsten Generationen. Die Interpretation, Kritik und Weiterentwicklung seiner Ideen wird in Teil VII des Werkes anhand von 17 ÖkonomInnen, von

John Hicks (Omar Hamouda) bis Sidney Weintraub (Paul Davidson), dargestellt. Darauf folgen Beiträge über postkeynesianische Ökonomie von Eckhard Hein und Marc Lavoie, New Keynesian Economics von Peter Spahn, die Phillips-Kurve von James Forder und „The Rise, Fall, and Return of the Master“ von Peter Clarke. Teil VIII behandelt die Entwicklung des Keynesianismus in verschiedenen Ländern. Leider fehlt hier ein Beitrag über jenes Land, in dem eine spezifische Ausformung keynesianischer Politik, der Austrokeynesianismus, außerordentlich erfolgreich war und lange anhielt, nämlich bis Mitte der 1990er-Jahre: Österreich.

Das bleibt jedoch der einzige Makel eines außerordentlich eindrucksvollen Bandes. Dieser bietet nicht nur für Keynes-KennerInnen erstaunlich viel neues Material und Anlass, sich aufs Neue mit den vielseitigen Aspekten des Keynes'schen Schaffens und seinen Wirkungen auseinanderzusetzen, sondern eignet sich auch für alle NeueinsteigerInnen. Das erfreulicherweise neu aufflammende Interesse an der Geschichte der wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinungen, etwa in der wichtigen Pluralismus-Bewegung, bekommt damit neues Grundlagenmaterial.

Markus Marterbauer

Gender Budgeting in Europe

Rezension von: Angela O'Hagan,
Elisabeth Klatzer (Hrsg.): Gender
Budgeting in Europe. Developments
and Challenges. Palgrave Macmillan,
London 2018, 378 Seiten, gebunden,
95,04 €; ISBN 978-3-319-64890-3

Obwohl schon vor über zwei Jahren veröffentlicht, hat weder der Sammelband selbst etwas an Aktualität noch das von Herausgeberinnen und Autorinnen vertretene Anliegen an Dringlichkeit verloren, ganz im Gegenteil: Gerade die gegenwärtige Covid-19-Krise macht deutlich sichtbar, dass die Ansätze und Initiativen der letzten Jahrzehnte zur Verbesserung der sozialen, ökonomischen und politischen Gleichstellung von Frauen und Männern in vielen Ländern nur eine begrenzt nachhaltige Wirkung gezeitigt haben. Vielfach tragen Frauen die Hauptlast der zusätzlichen unbezahlten Arbeit, die im Zuge von Homeoffice, Homeschooling sowie allgemein durch die Einschränkungen im öffentlichen Leben anfällt. Sie sind nach wie vor überrepräsentiert in zwar „systemrelevanten“, aber häufig mit begrenzten Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten verbundenen Berufen, und sie sind häufiger als Männer von „Corona-Arbeitslosigkeit“ betroffen.¹ Gleichzeitig schnüren viele Regierungen in beispiellosem Ausmaß Hilfspakete zur Unterstützung von Unternehmen und

Haushalten, um den aus den notwendigen gesundheitspolitischen Maßnahmen resultierenden Wirtschafts- und Beschäftigungseinbruch abzufedern, ohne allerdings in Ex-ante-Wirkungsfolgenabschätzungen sowie begleitend zur Umsetzung möglichen geschlechterdifferenzierten Auswirkungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Ansätze und Instrumente für eine bessere Gleichstellungsorientierung staatlichen Handelns im Allgemeinen und – angesichts beispielsweise der enormen Summen an öffentlichen Geldern, die zur Krisenbewältigung bewegt werden – der Budgetpolitik im Besonderen sind also akut und vermutlich auch in den nächsten Jahren, die von den Folgen der Krise geprägt sein werden, dringender denn je. Und dies nicht nur aus verteilungs- und demokratiepolitischen Gründen: Vielmehr ist, wie eine aktuelle Studie des WIFO² nahelegt, eine Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern auch mit positiven ökonomischen Effekten verbunden.

Vor diesem Hintergrund liefert der von Angela O'Hagan und Elisabeth Klatzer herausgegebene Sammelband für verschiedene Zielgruppen wertvolle Anregungen und Informationen zu Gender Budgeting: ein Ansatz, der auf die geschlechtergerechte Ausgestaltung öffentlicher Haushalte abzielt. Forscherinnen und Forscher, die sich für den Stand der Diskussion zu den konzeptionellen und methodischen Grundlagen von Gender Budgeting in-

¹ Vgl. z. B. Bock-Schappelwein, Julia, Famira-Mühlberger, Ulrike, Mayrhuber, Christine, COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen, WIFO Research Brief, Nr. 3, 2020.

² Bachtrögler, Julia, Bock-Schappelwein, Julia, Eckerstorfer, Paul, Huber, Peter, Mayrhuber, Christine, Sommer, Mark, Streicher, Gerhard, Wachstumsfaktor Gleichstellung. Der ökonomische Nutzen von Gender Budgeting in Wien, Wien 2019.

teressieren; Studierende; Politikerinnen und Politiker sowie zivilgesellschaftliche AkteurInnen – sie alle werden in diesem Band, der 17 Beiträge von einschlägigen Gender-Budgeting-Expertinnen enthält, fündig werden.

Die Beiträge des Sammelbandes sind in vier Teile gruppiert.

Der erste Teil gibt einen Überblick über konzeptionelle Grundlagen von Gender Budgeting sowie aktuelle ökonomische Herausforderungen. Zunächst legt Angela O'Hagan die konzeptionellen und institutionellen Ursprünge von Gender Budgeting dar. Nach einem kurzen Überblick über Gender Budgeting in Europa (Elisabeth Klatzer, Angela O'Hagan und Katharina Mader) gehen Tindara Addabbo, Elisabeth Klatzer, Christa Schlager, Paola Villa und Paloma de Villota auf die Herausforderungen ein, die sich durch die Austeritätspolitik im Gefolge der letzten Krise und die damit vielfach verbundenen Einsparungen bei gleichstellungspolitischen Maßnahmen ergeben.

Der zweite Teil widmet sich in zwei Beiträgen methodischen Aspekten von Gender Budgeting.

Susan Himmelweit setzt sich mit Gender Impact Assessment als Kernstück des Gender Budgeting auseinander. Methodische Grundlagen präsentieren Elisabeth Klatzer, Tindara Addabbo, Gloria Alarcon-García und Angela O'Hagan, wobei sich ein beeindruckend breites Spektrum an methodischen Zugängen zeigt. Interessant ist hier unter anderem ein Überblick über verschiedene Optionen zur praktischen Implementierung von Gender Budgeting.

Acht Fallstudien bilden den dritten Teil des Sammelbandes. Die Darstellung von bisherigen Erfahrungen mit

Gender Budgeting in so unterschiedlichen Ländern wie Österreich (Elisabeth Klatzer, Romana Brait und Christa Schlager), Deutschland (Christine Färber), Island (Finnborg S. Steinþórsdóttir, Katrín Anna Guðmundsdóttir, Thamar M. Heijstra und Halldóra Friðjónsdóttir), Italien (Francesca Bettio und Annalisa Rosselli), Spanien (Yolanda Jubeto, Mariá José Gualda, Buenaventura Aguilera, Alicia Del Olmo, Paula Cirujano und Paloma de Villota), Polen (Zofia Łapniewska), Türkei (Yelda Yucel und Gulay Gunluk-Senesen) und Vereinigtem Königreich (Angela O'Hagan, Eva Neizert und Lynn Carvill) illustriert die Vielfalt bestehender Initiativen zur Implementierung von Gender Budgeting.

Herausforderungen bei der Implementierung von Gender Budgeting insbesondere aus der Sicht feministischer Aktivistinnen in zivilgesellschaftlichen Institutionen und Wissenschaft adressiert abschließend der vierte Teil des Bandes. Der Beitrag von Angela O'Hagan und Elisabeth Klatzer betont die zentrale Rolle feministischer Bewegungen und progressiver Allianzen für die Stärkung von Gender Budgeting als Strategie zur Erreichung feministischer Ziele. In Konversationsform stellt Antonella Picchio die Bedeutung historischer und politischer Zusammenhänge heraus, die den großen Kontext für Gender-Budgeting-Initiativen darstellen. Im letzten Beitrag reflektieren die Herausgeberinnen über Möglichkeiten, bestehende Herausforderungen für die Umsetzung von Gender Budgeting zu bewältigen und die Transformation hin zu einer geschlechtergerechteren Wirtschaft und Gesellschaft zu beschleunigen.

Eines teilt der Sammelband mit vielen Gender-Budgeting-Initiativen: Die

Rolle der Männer wird praktisch ausgeblendet – nach Ansicht der Rezensentin eine Leerstelle, die es zu füllen gilt, wenn Gender Budgeting erfolgreich implementiert werden soll. Ansonsten stellt der Sammelband insgesamt eine

gelungene Zwischenbilanz des bisher Erreichten dar: als gute Grundlage und Ausgangspunkt für eine effektivere Ausgestaltung künftiger Gender-Budgeting-Initiativen.

Margit Schratzenstaller

Jahresregister 2020

Artikel		Nummer	Seite
Bachberger-Strolz Kerstin	<i>Profiling, Targeting</i> , Algorithmen, künstliche Intelligenz – über die Irrwege einer Debatte in der Arbeitsmarktpolitik	3	329
Butschek Felix	Franz Nemschak und die Gründung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung	2	239
Eder Julia, Kaps Klemens	Kann Protektionismus fortschrittlich sein? Eine wirtschaftshistorische Analyse von protektionistischer Theorie und Praxis	2	175
Hehenberger Anna	Regional development by a lead firm in Austria: An analysis of economic, social and political factors	2	209
Humer Stefan, Lechinger Vanessa, Six Eva	Die <i>Doctrine classique</i> des FamilienbonusPlus – Eine Debatte in 5 Akten	1	13
Kittel Bernhard	Neue Polarisierungen in der Arbeitswelt aufgrund von COVID-19	4	537
Kurz Heinz	Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie	4	559
Mairhuber Ingrid, Stadler Bettina	Gender Gap in Pension und Pension Literacy von Frauen in Österreich	4	515
Mayrhuber Christine	Geschlechtsspezifische Pensionslücke in Österreich	4	501
Mesch Michael	Kollektivverträge in 24 europäische Ländern 2000–2017: Ursachen und Veränderungen des Deckungsgrads	3	409
Ollé-Espluga Laia, Hadler Markus	Gemeindewohl-Ökonomie: Arbeitsplatzqualität und Gesundheit	3	393
Quinz Hannah	Subjektive Wahrnehmung und Legitimierungsstrategien von Vermögenserblinnen	1	63
Vogel Laura, Kittel Bernhard	Arbeit in Non-Profit-Organisationen aus arbeitssoziologischer Perspektive: Arbeitsmarktintegration zwischen Anspruch und Wirklichkeit	3	365
Zandonella Martina, Mayerl Corinna, Holzer Andreas	Wie soziale Ungleichheit und die Prekarisierung von Arbeit das Vertrauen der ArbeitnehmerInnen in die Demokratie zerstören	1	41
Editorials			
Der Staat als <i>Employer of Last Resort</i>		1	3
Eine wirtschaftliche vernünftige, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Antwort auf die Krise		2	163

Editorials		Nummer	Seite
Registerforschung: Chancen, Risiken und Herausforderungen		3	315
Der österreichische Sozialstaat in der Covid-19-Krise		4	487
Buchbesprechungen			
Altreiter Carina, Flecker Jörg, Papouschek Ulrike, Schindler Saskja, Schönauer Annika	Umkämpfte Solidaritäten – Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft (Elisabeth Beer)	1	138
Atkinson Anthony B.	Measuring Poverty Around the World (Karin Heitzmann)	3	455
Bruckmüller Ernst	Österreichische Geschichte. Von der Urgeschichte bis zur Gegenwart (Martin Mailberg)	3	478
Cvrček Tomás	Schooling under control. The origins of public education in Imperial Austria 1769-1869 (Economy and History 1) (Andreas Weigl)	4	627
Dow Sheila, Jespersen Jesper, Tily Geoff (Hrsg.)	The General Theory and Keynes for the 21st Century (Fabian Lindner)	1	134
Duma Veronika	Jochmann Rosa. Politische Akteurin und Zeitzeugin (Romana Brait)	2	304
Elsen Thierry, Klein Simone, Rökl Gabriele (Hrsg.)	Adelheid Popp, Frauenarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft (Sabine Lichtenberger)	1	150
Hagemann, Harald, Dimand Robert W. (Hrsg.)	The Elgar Companion to John Maynard Keynes-c (Markus Marterbauer)	4	638
Harmann Sibylle	Adelheid Popp, Jugend einer Arbeiterin; Gernot Trausmuth; „Ich fürchte niemanden“. Adelheid Popp und der Kampf für das Frauenwahlrecht (Sabine Lichtenberger)	1	150
Himpele Klemens	Statisch gesehen: Echte Zahlen statt halber Wahrheiten aus Österreich und Deutschland (Reinhold Russinger)	2	302
Jahoda Marie	Arbeitslose bei der Arbeit & Aufsätze und Essays, hrsg. von Johann Bacher, Waltraud Konnonier-Finster, Meinrad Ziegler (Benjamin Herr)	3	474
Lackner Herbert	Als die Nacht sich senkte: Europas Dichter und Denker zwischen den Kriegen und am Vorabend von Faschismus und NS-Barbarei (Brigitte Ederer)	2	310

Buchbesprechungen		Nummer	Seite
Lucas Rainer, Pfriem Reinhard, Thomasberger Claus (Hrsg.)	Auf der Suche nach dem Ökonomischen – Karl Marx zum 200. Geburtstag (Hans G. Nutzinger)	1	95
Lucas Rainer, Pfriem Reinhard, Westhoff Hans-Dieter (Hrsg.)	Arbeiten am Widerspruch – Friedrich Engels zum 200. Geburtstag (Hans G. Nutzinger)	4	609
Müller Torsten, Vandaele Kurt, Waddington Jeremy (Hrsg.)	Collective bargaining in Europe: towards an endgame (Michael Mesch)	2	287
Nassehi Armin	Muster. Theorie der digitalen Gesellschaft (Nele Dittmar, Dennis Kirschsieper)	3	460
Novy Andreas, Bärnthaler Richard, Heimerl Veronika	Zukunftsfähiges Wirtschaften (Michael Soder)	1	141
O'Hagan Angela, Klatzer Elisabeth (Hrsg.)	Gender Budgeting in Europe. Developments and Challenges (Margit Schratzenstaller)	4	644
Piketty Thomas	Capital and Ideology (Branko Milanovic)	2	295
Plumpe Werner	Das kalte Herz. Kapitalismus: die Geschichte einer andauernde Revolution (Felix Butschek)	3	468
Quaas Georg	Die ökonomische Theorie von Karl Marx (Hans G. Nutzinger)	1	95
Raphael Lutz	Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom (Kai Biehl)	3	465
Saez Emmanuel, Zucman Gabriel	Der Triumph der Ungerechtigkeit – Steuern und Ungleichheit im 21. Jahrhundert (Franziska Disslbacher, Markus Marterbauer)	1	128
Schimpfössl Elisabeth	Rich Russians: Form Oligarchs to Bourgeoisie (Matthias Schnetzer)	4	631
Schmelzer Matthias, Vetter Andrea	Degrowth/Postwachstum zur Einführung (Ulrich Brand)	4	635
Schürz Martin	Überreichtum (Egon Christian Leitner)	1	108
Schürz Martin	Überreichtum (Julia Hofmann)	1	125
Talós Emmerich	Die Schwarze-Blaue Wende in Österreich: Eine Bilanz (Simon Theurl)	1	144
Talós Emmerich, Hinterseer Tobias	Sozialpartnerschaft: Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor der Zweiten Republik am Ende? (Thomas Zotter)	2	277

Buchbesprechungen		Nummer	Seite
Trautmuth Gernot	„Ich fürchte niemanden“. Adelheid Popp und der Kampf für das Frauenwahlrecht (Sabine Lichtenberger)	1	150
Trautwein Hans-Michael (Hrsg.)	Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie XXXV. Macht oder ökonomische Gesetze? (Hans G. Nutzinger)	2	265
Von Weizsäcker Carl Christian, Krämer Hagen	Sparen und Investieren im 21. Jahrhundert: Die große Divergenz (Richard Sturn)	2	298

Wirtschaft&Umwelt

ZEITSCHRIFT FÜR UMWELTPOLITIK UND NACHHALTIGKEIT



Wir schreiben, was
Menschen & Umwelt
bewegt. In der Politik.
Im Betrieb. Im Leben.

Bestellen Sie sich Ihr
Gratis-Probeheft unter:
01/50165-12404 oder
wirtschaft.umwelt@ak-wien.at

Kostenloser PDF-Download
sowie alle Ausgaben unter:
www.ak-wien.at



www.arbeiterkammer.at

Neu bei VSA:



BEIGEWUM

Umkämpfte Technologien

Arbeit im digitalen Wandel

Herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

224 Seiten | 2018 | EUR 16.80

ISBN 978-3-89965-847-7

Wer gestaltet technologischen Wandel und wer profitiert davon? In diesem Buch werden gesellschaftlich umkämpfte Prozesse betrachtet, deren Richtung und Ausgang offen ist. Die Autorinnen und Autoren liefern Argumente und Handlungsoptionen für politische und betriebliche Zusammenhänge – denn Arbeit 4.0 heißt auch Arbeitskampf 4.0.

Der technologische Wandel und seine Auswirkungen auf Arbeits- und Lebenswelten prägen die Debatte in Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft. Dabei wird üblicherweise davon ausgegangen, dass die gegenwärtige Entwicklung einerseits unausweichlich ist und andererseits »disruptiven« Charakter hat, also noch nie dagewesene Veränderungen mit sich bringt. Seitens der Beschäftigten wird der Diskurs oft defensiv geführt und schwankt zwischen Zukunftsangst und anpassungswilligem »Technooptimismus«, während die Kapitalseite den Wandel wegen seiner disziplinierenden Wirkung fördert.

In diesem Band wird eingangs besprochen, wo und wie technologischer Wandel stattfindet und welche Rolle er in der kapitalistischen Entwicklung einnimmt. Danach werden die Auswirkungen vorgestellt: unter anderem auf die Verteilung von Wohlstand und Arbeit sowie die zunehmende Prekarisierung. Schließlich werden Gestaltungsspielräume aufgezeigt: Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsrecht, Verteilung, soziale Sicherung und Formen der Organisation des Arbeitskampfes, insbesondere in der sich ausbreitenden Plattformökonomie.

Der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) ist ein Verein von SozialwissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen, der das Ziel verfolgt, Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die laufende politische Debatte einzubringen. Bei VSA: veröffentlichte er die erfolgreiche »Mythen«-Reihe zu den Themen Reichtum (2014), Sparen (2013), Krise (2010) und Ökonomie (2005).

www.vsa-verlag.de

„Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft“ Die Working Paper-Reihe der AK Wien

sind unregelmäßig erscheinende Hefte, in denen aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden. Sie sollen in erster Linie Informationsmaterial und Diskussionsgrundlage für an diesen Fragen Interessierte darstellen.

Ab Heft 80 sind die Beiträge auch als pdf-Datei zum Herunterladen im Internet

<http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/MaterialienzuWirtschaftundGesellschaft/index.html>

Heft 188	Sarah M. Tesar	Populismus und Wirtschaftspolitik: Die wirtschafts-politische Programmatik populistischer Parteien in Südeuropa, April 2019
Heft 189	Romana Brait u. a.	Keine Transparenz, Investitionen in Arbeit, Klima und gerechte Verteilung fehlen. AK-Analyse des Stabilitäts-programms, April 2019
Heft 190	Dietmar Aigner u.a.	Digitale Transformation im Steuerrecht; Juni 2019
Heft 191	M. Schratzenstaller u.a.	Die Auswirkungen der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage auf Österreich, Juli 2019
Heft 192	Susanne Forstner u.a.	Makroökonomische Auswirkungen von Reformoptionen für eine Senkung der Körperschaftsbesteuerung, Juli 2019
Heft 193	Vasily Astrov u.a.	Die Lohnentwicklung in den Westbalkanländern, Moldau und der Ukraine, August 2019
Heft 194	Adi Buxbaum u.a.	Wohlstandsbericht 2019, Oktober 2019
Heft 195	Christoph Scherrer	Trumps neues Handelsabkommen mit Mexiko: Besserer Schutz für ArbeiterInnen?, November 2019
Heft 196	Reinhold Russinger	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1995 bis 2018, Jänner 2020
Heft 197	Stefan Jestl u.a.	Distributional National Austria (DINA) for Austria 2004-2016, März 2020
Heft 198	Georg Adam	Zur Dynamik der Arbeitsbeziehungen in vier EU-Mitgliedsländern, März 2020
Heft 199	Georg Adam u.a.	Ist Zeit das neue Geld? Arbeitszeitverkürzung in österreichischen Kollektivverträgen, März 2020
Heft 200	Georg Feigl u.a.	Budget 2020: Schritte zur Überwindung der Corona-Krise, Mai 2020
Heft 201	Julia Hofmann u.a.	Gerechtigkeits-Check: Wie fair findet Österreich die Einkommens- und Vermögensverteilung?, Juli 2020
Heft 202	Gerald Gogola	Arbeitsplatzschaffende und personenbezogene För-derungen in Österreich und Deutschland – Ein Vergleich, September 2020
Heft 203	Michael Mesch	Der kollektivvertragliche Deckungsgrad in 24 euro-päischen Ländern 2000-2017, September 2020
Heft 204	Jana Schultheiß u. a.	Wohlstandsbericht 2020, September 2020
Heft 205	Georg Feigl u.a.	Zu spät, zu wenig, nicht ausreichend fokussiert. Budgetpolitik in der CORONA-Krise. Analyse des Bundesvorschlags 2021 und darüber hinaus, November 2020
Heft 206	Ines Heck u.a.	Vermögenskonzentration in Österreich – Ein Update auf Basis des HFCS 2017, November 2020
Heft 207	Stefan Humer u.a.	Ökosoziale Steuerreform: Aufkommens- und Verteilungs-wirkungen; Jänner 2021
Heft 208	Matthias Petutschnig	Aufkommenswirkungen einer steuerlich abzugsfähigen Eigenkapitalverzinsung, Jänner 2021

